DM 10,– Nr. 1 Januar 1993 E 8080 E



CODE

Deutschland:

Die Bonner Lügen werden immer größer

Wie Kohls Regierung versagt: Asyltourismus, Ausplünderung der Bürger, Verrat deutscher Interessen

Europäische Gemeinschaft:

Der Maastrichter Trichter

Bill Clinton:

Erster Rhodes-Stipendiat als US-Präsident

John F. Kennedy:

War George Bush ein Mitverschworener?

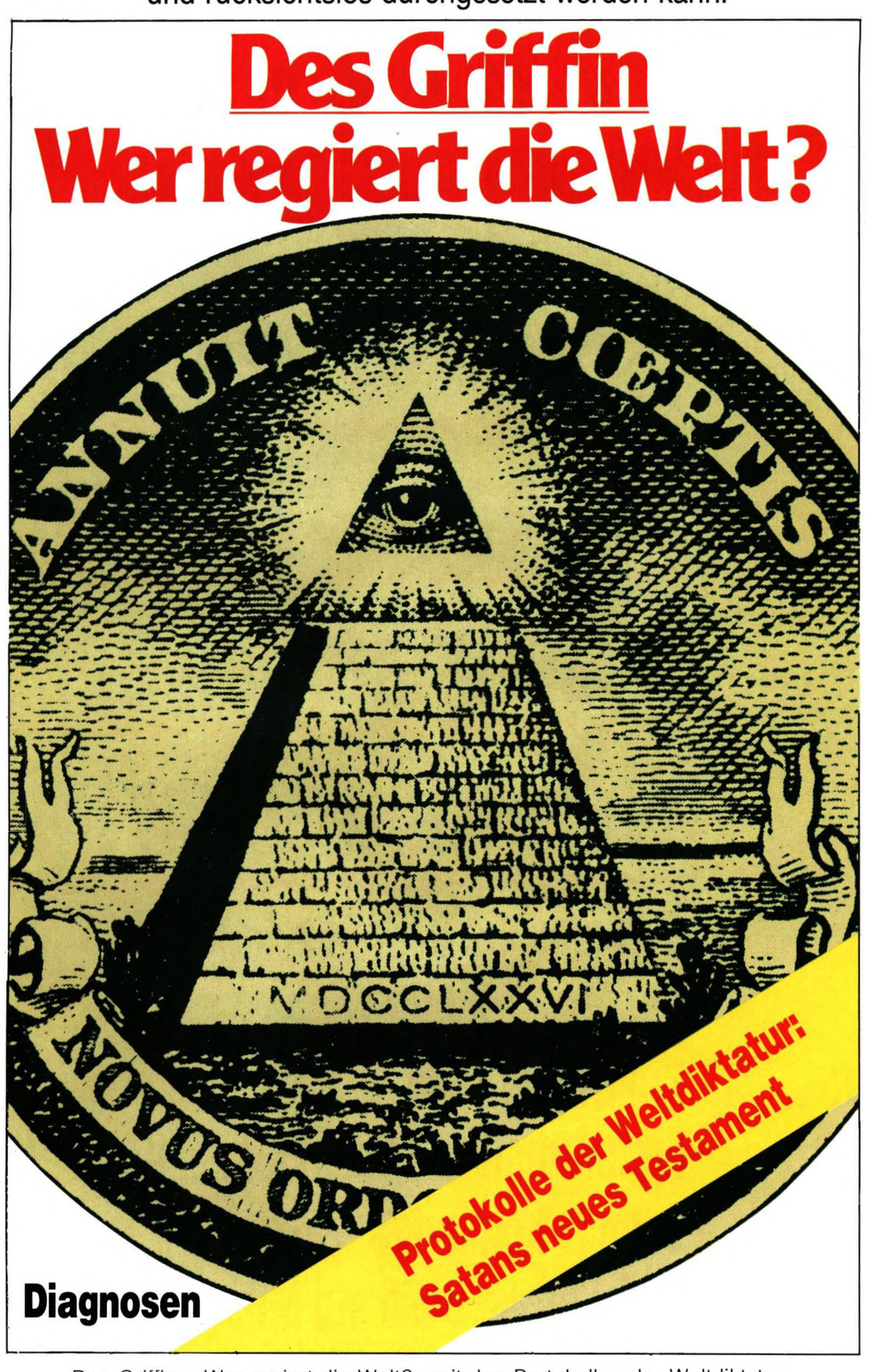
Bundeswehr:

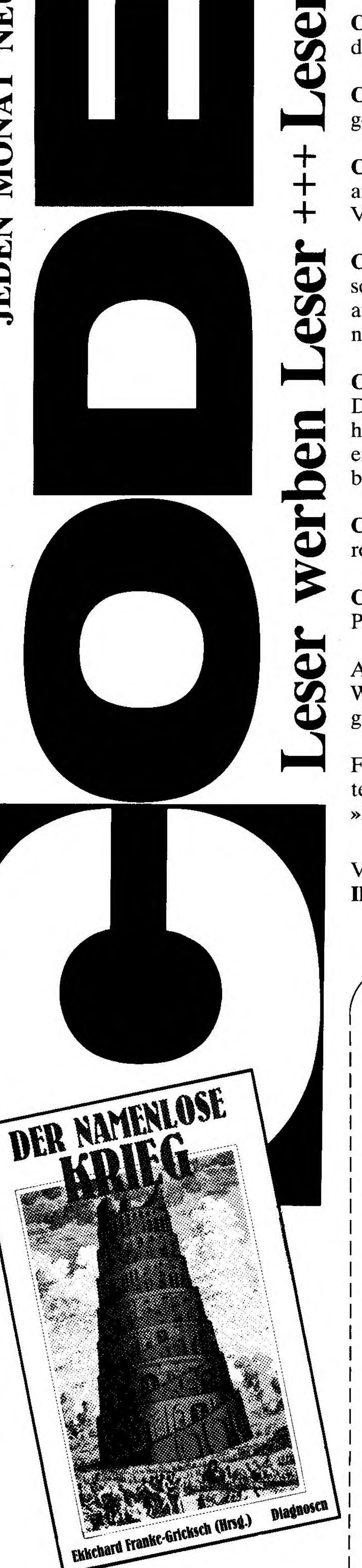
Eine erschütternde Debatte

Bernhard-Lewis-Plan:

Das Ende des arabischen Nationalismus durch Kriege

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.





Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Deutschland



Bundeskanzler Helmut Kohl ermahnt die Bürger zur Sparsamkeit, leistet sich selbst aber einen neuen Airbus und zwei allerfeinste Daimler-Benz-Autos.

Finanzen

Internationales

7. Jahrgang Nr. 1 Januar 1993



US-Präsident Franklin D. Roosevelt hat sich aller Tricks bemächtigt, um die USA in den Zweiten Weltkrieg zu verwickeln.

Medizin

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Polnische Schikanen

Wie sehr man sich auf das Wort der Polen verlassen kann, die »deutsche Minderheit« würde umfassende Rechte erhalten, sobald der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet ist, zeigt folgendes: Die polnische Regierung hatte kürzlich erklärt, zur Beschränkung der Parteienzersplitterung eine Fünf-Prozent-Klausel im Wahlgesetz einzuführen. Dadurch würden aber die vor einem Jahr ins polnische Parlament (Sejm) gewählten Abgeordneten der »deutschen Minderheit« im nächsten Parlament nicht mehr vertreten sein, da sie landesweit weit unter dieser Klausel bleiben.

Dies rief selbst Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth auf den Plan. Bei einem Abendessen in Bonn forderte sie den polnischen Parlamentspräsidenten Wieslaw Chrazanowski auf, »im Wahlgesetz keine Sperrklausel für die deutsche Minderheit einzuführen«. Die Mitarbeit der Abgeordneten der Minderheit im Sejm werde »eher Gutes befördern als Gefahren herbeiführen«.

Als Ausweg empfahl die zum linken Fügel gehörende CDU-Politikerin das Beispiel Schleswig-Holstein, wo es für die dänische Minderheit eine Ausnahme von der Fünf-Prozent-Klausel gibt. Chrazanowski erwiderte: »Ich bin zuversichtlich, daß auch im künftigen Parlament polnische Staatsbürger deutscher Abkunft Aufnahme finden werden.«
Man beachte: Chrazanowski erklärte nicht, er wolle sich für eine Ausnahmeregelung bemühen, sondern nur, daß »polnische Staatsbürger deutscher Abkunft Aufnahme finden werden«. Dies könnte auch bereits dann der Fall sein, wenn sie sich einer polnischen Partei anschließen. Damit wäre aber das gesamte deutsch-polnische Abkommen ad absurdum geführt. Aber schließlich wäre es nicht das erste Mal, daß die Polen einen Vertrag zu ihren Gunsten verdrehen! □

Heuchlerei deutscher Prominenter

Früher galt das alte deutsche Sprichwort: »Man beschmutzt nicht den Teller, von dem man ißt.« Heute scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein. Drei Beispiele berühmter Deutscher beweisen das.

In einem Interview mit der Zeitschrift »Max« antwortete der Schlagersänger und vielfache Millionär Roland Kaiser auf die Frage, was seine Meinung zur Asyl-Debatte sei: »Bei den Bildern aus Rostock habe ich nur Haß empfunden. Die etablierten Parteien haben verpaßt, das Thema aufzugreifen. Man muß Regeln schaffen, daß Deutsche mit Ausländern klarkommen. Wir müssen toleranter sein als andere Völker. Es ist für mich eine Schande hier zu leben, Deutscher zu sein und zu erleben, daß Deutsche versuchen, andersdenkende Menschen zu verbrennen.

Es fängt schon wieder an wie 1933. Die Weltöffentlichkeit hat Angst vor uns, und das zu Recht! Wir haben das größte Verbrechen aller Zeiten begangen. Wir haben Millionen Menschen vergast und verbrannt mit einer Systematik, die schier unglaublich ist. Wir können und dürfen nicht immer deutsch bleiben. Wir müssen multikulturell denken lernen. Es ist doch krank im Kopf auf die deutsche Nationalität stolz zu sein.«

Das sagt der selbe Sänger, der es nur seinen vielen deutschen Fans verdankt, die seine vor »Herz« und »Schmerz« triefenden, ansonsten aber nichtssagenden Platten kaufen und ihm damit den Lebensstandard schaffen, von dem die meisten wirklich hart arbeitenden Menschen nur träumen können. Ein Sänger, der nur deutsch singt, im englischsprachigen Raum wohl auch keinen Erfolg hätte.

Das nächste Beispiel ist der Talkmaster Alfred Biolek, der selber in einer ARD-Zeitschrift zugab, daß ihn hauptsächlich seine Eitelkeit vor die Kamera treibt. In der Berliner Tageszeitung »B.Z.« vom 31. Oktober 1992 war zu lesen: »Ich werde zu dieser Demonstration (gemeint ist die gegen Ausländerfeindlichkeit; die Redaktion) kommen und auch bei der Abschluß-Kundgebung das Musik-Programm moderieren. Wir sind in Deutschland bereits kurz vor dem Punkt, wo es schon fast zu spät ist. Wir müssen der großen Gefolgschaft der Rechtsradikalen zeigen, daß sie trotzdem noch in der Minderheit sind. Eher sollte die Atombombe auf dieses Land fallen und dem Boden gleich machen, als daß wir nochmal in eine Situation kommen wie vor 40 Jahren. Ich würde keine Minute in solch einem Land bleiben. Aber noch mag ich Deutschland, und deshalb möchte ich es verteidigen.«

Zwar wird es wohl für immer Bioleks Geheimnis bleiben, was denn 1992 so schlimmes in Deutschland war, aber was er meinte, dürfte wohl jedem klar sein. Es ist erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit sich dieser Mann vom öffentlich-rechtlichen Zuschauer bezahlen läßt, gleichzeitig aber bereit ist, eine Atombombe auf ein Land fallen zu lassen, wenn dessen Bürger in einer geheimen Wahl einer sogenannten rechtsextremistischen Partei zur Mehrheit verhelfen sollten.

Selbst falls sich Biolek mit einer »absichtlichen Überspitzung zur Verdeutlichung meiner Meinung« verteidigen sollte – was er bislang aber nicht getan hat, zumindest war bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe nichts derartiges bekannt geworden –, ist diese Äußerung doch weitaus skandalöser, als etwa die Einladung von Franz Schönhuber zur Thomas Gottschalk-Plauderstunde. Während letzteres aber im ganzen deutschen Blätterwald einen Sturm der Empörung auslöste, las man über die Biolekschen Entgleisungen nur in einer Handvoll Zeitungen etwas. Deutsche Medienwirklichkeit!

Das »Trio Infernale« komplett machte dann Boris Becker! Der sah sich genötigt, in einem Interview mit der »Welt am Sonntag« über Deutschland, die Asylpolitik und den »Rechtsradikalismus« herzuziehen. Da seine Braut in spe Barbara Feltus selbst Negerin sei, habe er die alltägliche Diskriminierung oft genug selbst erlebt. Es gehe nicht an, daß es so etwas in Deutschland gibt, und es müsse sich hier unbedingt etwas ändern, erklärte der Tennisspieler singgemäß.

Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Da entzieht sich einer der Wehr- und Steuerpflicht, in dem er ins Steuerparadies Monaco zieht, verdient mit ein paar Stunden Tennis am Tag und zig Werbeverträgen Millionen und Abermillionen, meint dann aber, sich plötzlich über deutsche Verhältnisse aufregen zu müssen. Dabei lebt dieser »Herr« gerade mal ein paar Tage im Jahr in Deutschland – schließlich will man hier nicht den hohen Steuersatz zahlen müssen – und glaubt schon, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Man kann Herrn Becker nur raten, mal selber für einige Wochen neben eine »Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber« zu ziehen, dann erlebt er am eigenen Leibe, worüber er jetzt so schön theoretisiert. □

Subventionsmißwirtschaft in Deutschland

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat massiv gegen das deutsche Subventionsunwesen Front gemacht. Dies betrifft aber nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Gemeinden, »die in zunehmendem Maße Subventionen gewähren«.

So verdoppelten die Gemeinden in den alten Bundesländern ihre Finanzhilfen zwischen 1975 und 1987 von 1,9 auf 3,8 Milliarden Mark. Zugleich erhöhte sich der Anteil der Finanzhilfen an den kommunalen Nettoausgaben um 0,8 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent.

Dieses sei überwiegend auf den verstärkten Einsatz in den traditionellen Schwerpunkten kommunaler Subventionspolitik zurückzuführen. So entfielen 1987 unverändert mehr als 90 Prozent der Finanzhilfen auf nur vier Aufgabenbereiche: auf die Wirtschaftsunternehmen (50 Prozent), auf die Wohnungsbauförderung (19 Prozent), auf die Städtebauförderung (14 Prozent) sowie auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft mit acht Prozent. Die Anteile der Subventionen an den jeweiligen Ausgaben bewegten sich dabei zwischen 13 Prozent bei der Städtebauförderung und knapp 90 Pro-

zent bei den Verkehrsunternehmen.

Über diese Finanzhilfen hinaus sind nach Angaben des RWI auch noch Mindereinnahmen durch die verbilligte Abgabe von Grundstücken für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der gewerblichen Wirtschaft zu berücksichtigen. Diese Preissubventionen dürften sich derzeit jährlich auf reichlich 100 Millionen Mark belaufen. Darüber hinaus finanzierten die Gemeinden einen erheblichen Teil der Betriebsverluste des öffentlichen Personennahverkehrs durch im Versorgungsbereich erwirtschaftete Erträge. 1988 beliefen sich diese Verlustübernahmen in der Bundesrepublik auf insgesamt rund 1,3 Milliarden Mark.

Das Essener Institut bewertet diese Subventionen sehr kritisch. So gelinge es den Gemeinden trotz zunehmender Subventionen an die gewerbliche Wirtschaft nicht, das Standortverhalten privater Betriebe maßgeblich zu beeinflussen. Vielmehr liege die eigentliche Stärke kommunaler Wirtschaftsförderung vielmehr in den indirekten Maßnahmen. Dazu gehören die Bereitstellung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, zum Beispiel in den Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie von Gewerbeflächen, die über eine gute Anbindung an das kommunale Verkehrs- und Versorgungsnetz verfügen.

Im Bereich des hochdefizitären öffentlichen Personennahverkehrs reduzieren die Finanzhilfen ebenso wie die Übernahme der Verluste durch kommunale Versorgungsunternehmen sogar den Druck für die Nahverkehrsbetriebe, durch eine kostengünstigere Leistungserstellung das Defizit zu vermindern. □

Medienkampagne gegen »Böhse Onkelz«

Die deutschsprachige Hardrock-Gruppe »Böhse Onkelz« aus Frankfurt sieht sich einer unablässigen Medienhetze ausgesetzt (siehe hierzu auch CODE 11 und 12/92). Zur Erklärung: Die Gruppe hatte 1979 – die Bandmitglieder waren damals zwischen 14 und 16 – als Skinheadgruppe angefangen, zwei ausländerfeindliche Lieder gesungen, sich aber 1987 hiervon ganz losgesagt. Selbst der Verfassungsschutz hatte weder in seinen alten Texten rechtsextremistische Inhalte gefunden, wie aus dem Spezialband »Skinheadmusik« (veröffentlicht im Oktober 1991) hervorgeht. Dennoch wird gegen diese Band eine Hetze betrieben, wie sie wohl in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmalig sein dürfte.

Nicht nur, daß die entsprechenden Interviews, auf Plattencovern und ihrem Musikvideo geäußerten Statements überhaupt nicht beachtet werden, wird ihnen nach wie vor vorgeworfen, ihre »rassistischen Lieder wiegeln die Skinheads zur Stürmung und zum Niederbrennen der Asylantenheime auf«. Konzerte werden verboten, in Sendungen Hetze gegen sie gemacht und ihre Platten in Geschäften boykottiert. Obwohl sie bis auf Platz 5 in den LP-Charts stiegen – wegen des Medien- und Werbeboykotts einmalig in der deutschen Musikgeschichte –, spielen nur wenige Radiosender ihre Lieder (darunter SWF 3) und werden »Pro-Asyl«-Platten an ihre entsprechende Stelle im Verkaufsregal gelegt.

Wie »demokratisch« manche Musikredakteure im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind, zeigt sich an folgendem: So schickte etwa Michael Schulz von der Musikredaktion des Sender Freies Berlin (SFB) eine Platte der »Onkelz« mit dem Vermerk »Annahme verweigert« an die Plattenfirma zurück. Das ist dann der selbe Mann, der über die »Onkelz« berichten soll, aber noch nicht einmal ihre Platten gehört hat.

Als Musterbeispiele eines demokratischen Grundkonsens führen sich auch Udo Lindenberg und Herbert Grönemeyer auf. Wie »Onkelz«-Bandleader Stephan Weidner jetzt aber in einem Fernsehinterview bekanntgab, wurde seine Gruppe einmal zu einem Konzert »Rock gegen rechts« eingeladen und hatte dem auch zugestimmt. Damit hätten sie das, wozu sie von ihren Kritikern immer wieder aufgefordert werden, nämlich gegen den Rechtsextremismus klar Stellung zu beziehen, wahr machen können.

Doch was geschah? Laut Herrn Weidner übten Lindenberg und Grönemeyer massiven Druck aus und verhinderten dadurch den Auftritt der »Böhsen Onkelz«. □

Straßenverkehrsreform überfällig

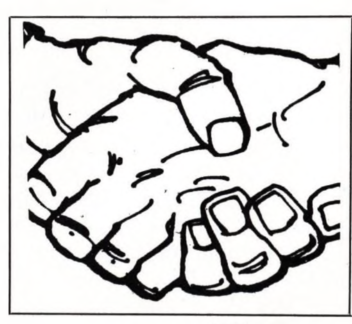
Als von der Realität längst überholtes und nicht mehr an den Gegebenheiten ausgerichtetes Gesetzwerk hat sich die Straßenverkehrsordnung erwiesen. Notwendig ist hier besonders eine Überarbeitung der Bußgeldvorschriften. Heute ist es so, daß für Dinge, die andere Verkehrsteilnehmer nicht gefährden, hohe Strafen bis hin zum Fahrverbot ausgesprochen werden, wirklich lebensgefährliche Dinge aber minimal bestraft werden.
So muß heute unter anderem ein Autofahrer mit einem bis zu drei Monate reichenden Fahrverbot rechnen, wenn er einen anderen Autofahrer beleidigt oder ihm vielleicht in der Hitze des Straßenverkehrs androht, ihm »eine runterzuhauen« – was in vielleicht einem Prozent der Fälle, eher sogar weniger, dann auch wirklich passiert –. Statt diese Fälle dann generell gegen die Zahlung einer Geldbuße für einen guten Zweck – etwa »Aktion Sorgenkind«, »Kinderkrebshilfe« oder »Weißer Ring« – einzustellen, sehen sich sehr viele Staatsanwälte genötigt, diese zur Hauptverhandlung zu bringen. Dabei sprechen bereits jetzt viele Richter von einer Überlastung der Gerichte, was sich zu Lasten der Mandanten und des Rechts auswirke.
Die anderen Verkehrsteilnehmer wirklich gefährdende Dinge, wie etwa das Fahren mit zu wenig Profil aufweisenden Reifen, das Sicht versperrende Parken, noch schnell bei »spätgelb« oder »frührot« über die Kreuzung zu huschen werden dagegen in den allermeisten Fällen nur mit Punkten bestraft. Und die Fahrradfahrer, die an einem Großteil der Unfälle, an denen sie beteiligt sind, selber schuld sind, brauchen sogar noch nicht einmal ein Kennzeichen an ihren Rädern zu führen.

Wie oft mußte aber ein Autofahrer schon plötzlich auf die Bremse treten, weil ein Radfahrer ohne Licht fuhr, bei »Rot« über die Kreuzung oder eine Einbahnstraße falsch entlang radelte. Oftmals war dann die direkte Folge ein Unfall, weil der Wagen dann vielleicht in geparkte Autos schleuderte. Nicht zu vergessen, die vielen alten Leute, die in Fußgängerzonen oder auf Gehwegen regelrecht umgefahren wurden, dann aber keine Möglichkeit hatten, den Täter zur Anzeige zu bringen.

Notwendig ist aber eine klar auf den Schutz der Verkehrsteilnehmer ausgerichtete Buß- und Strafgeldverordnung. Ein Fahrverbot etwa wegen Beleidigung ist hahnebüchener Unsinn. □

Deutsche Sprache schwere Sprache

»Sind die Schulleiterin oder der Schulleiter, ihre planmäßige Vertreterin oder ihr planmäßiger Vertreter oder seine planmäßige Vertreterin oder sein planmäßiger Vertreter und Abwesenheitsvertreterin oder der Abwesenheitsvertreter der planmäßigen Vertreterin oder des planmäßigen Vertreters gleichzeitig länger als drei Tage abwesend, so ist der Schulaufsichtsbehörde unverzüglich über die Regelung der Vertretung zu berichten; der Schulträger ist zu unterrichten.« So lautet der Paragraph 13 Absatz 4 aus einem Entwurf der »Dienstordnung für Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrkräfte und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« in Hessen. Ein Kommentar über diese Verhunzung der deutschen Sprache ist wohl überflüssig! □



Deutschland

Die Lügen werden immer größer

Alfred König

Selten hat es in jüngster Vergangenheit eine größere Hetzkampagne gegen eine politische Richtung gegeben wie es derzeit gegen die deutsche Rechte geschieht. Wenn überhaupt, dann ist es in etwa mit McCarthys Antikommunismus-Kampagne in den USA vergleichbar. In Deutschland wurde aber in der Nachkriegszeit selbst gegen die KPD oder den damaligen linksextremistischen Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) nicht derart massiv Front gemacht wie gegen alles, was rechts ist. Selbst die Grünen, die sich zu einem nicht kleinen Teil aus ehemaligen Kommunisten zusammensetzen, sind binnen kürzester Zeit koalitionsfähig geworden.

Gegen alles, was aber auch nur ansatzweise rechts von der CSU ist, und selbst gegen die Christsozialen, läuft derzeit eine alle Medien umfassende Kampagne, wo Wirklichkeit und Lügen geschickt zu einem für den Durchschnittsbürger nicht mehr durchschaubaren Brei gerührt werden. Dabei ist das, was die seriöse Rechte, die freiheitliche Rechte, will, oftmals genau das, was diesen Staat wieder aus seiner Misere heraushieven könnte.

Die Berichterstattung der Medien

Die Medien gehen dabei äußerst geschickt vor. Dort werden nur wenige Sekunden lange Sequenzen aus Reden herausgeschnitten und ihnen durch geschickte Plazierung ein ganz anderer Sinn gegeben. Oder werden selbst von extremer rechter Seite nur mit einem Kopfschütteln bedachte Leute minutenlang mit ihren abstrusen Erklärungen gezeigt und werden dann alle Rechten in diesen Topf geschmissen.

Es ist doch absolut lächerlich, wieviel Sendezeit einem Politspinner wie Norbert Dienel von der sogenannten Deutschen Nationalistischen Partei (DNP) eingeräumt wird. Wer ihn etwa in den Berichten von »Panorama« oder »Spiegel-TV« gesehen hat, muß sich doch wirklich fragen, wo dieser Mann entlaufen ist. Wenn er etwa mit ausholendsten Handbewegungen erklärt, »leider« seien in Auschwitz keine Juden vergast worden und »leider« sei die heutige Jugend die dem damaligen Kampf gegen die Juden nicht dabeigewesen, so ist dies doch alles andere, nur nicht repräsentativ für die deutschen Rechte. Entweder, salopp ausgedrückt, tickt dieser Mann nicht richtig, oder ist er ein von deutschfeindlichen Kräften lancierter Strohmann, der durch derartig hirnrissige Äußerungen das Ausland gegen Deutschland aufbringen soll. Und dies gelingt ihm auch sehr gut.

Der Autor dieses Artikels hat bei seinen umfassenden Recherchen mit einem breiten Spektrum der sogenannten rechtsextremen Szene gesprochen. Keiner, aber auch wirklich kein einziger hat auch nur annähernd so extreme Positionen vertreten wie Dienel. Und dies ist auch gut so; dies muß hier in aller Deutlichkeit erklärt werden.

Der »Leuchter-Bericht« und die sogenannte »Auschwitzlüge« sind – natürlich – Themen in diesen Kreisen. Niemand hat aber etwa »Bedauern« darüber geäußert, daß, sollte sich etwa der »Leuchter-Bericht« irgendwann einmal als wahr herausstellen, keine sechs Millionen Juden umgebracht wurden, sondern viel mehr als bisher geahnt überlebt hätten. Ganz im Gegenteil, dies würde von vielen sogar begrüßt – zugegebenermaßen wohl weniger wegen besonders großer Judenfreundlichkeit, sondern wegen der in so einem Fall einhergehenden Entlastung Deutschlands –.

Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung scheint langsam jedes demokratische Augenmaß verloren zu haben.

Genauso wenig hat auch nur einer der Gesprächspartner des Schreibers dieser Zeilen – und es waren zum Teil sehr extrem rechte dabei – die Absicht geäußert, nach einer »Machtergreifung« Juden ins KZ stecken und vergasen zu wollen.

Es wurde zwar von praktisch allen erklärt, dann müßte gegenüber den Juden eine ganz andere Politik als bisher gemacht werden; nur bezog sich dieses in erster Linie auf die Wiedergutmachung, die weitestgehende Unterstützung Israels, das massive Vorgehen vieler einflußreicher zionistischer Organisationen und Personen gegen Deutschland. Sicherlich gab es einige, die bei einer Regierungsübernahme durch rechts Juden aus Deutschland ausweisen wollen, nur ist dies ein verschwindend geringer Teil. Explizite Gewalt gegen sie wollte aber keiner, auch niemand aus der angeblich so militanten Skinheadszene.

Das Problem der Ausländer

Ähnlich sieht es bei der »Ausländer raus«-Kampagne aus, die die etablierten Medien und Parteien gegen rechts führen. Dabei wird gerne »übersehen«, daß es sich bei »Ausländer raus« nur um einen plakativen Slogan handelt, nicht aber um eine alle Ausländer umfassende Forderung. Soll man etwa auf Transparente oder Plakate schreiben: »Alle Scheinasylanten, kriminelle und den Sozialstaat ausnutzenden Ausländer raus« oder ähnliches? Ein Slogan muß plakativ und manchmal auch übertrieben sein, um zu wirken; so wie etwa auch die Union bei der Kanzlerkandidatur Strauß' der SPD vorgeworfen hatte, Deutschland in den Sozialismus treiben zu wollen – obwohl die SPD damals weitaus weniger links war als heute –.

Die Forderung der Realos – um dieses linke Wort auch einmal zu gebrauchen – auf der rechten Seite umfaßt vielmehr das zwei Sätze zuvor erwähnte. Also alle

Scheinasylanten aus Deutschland ebenso rauszuwerfen wie kriminelle Ausländer, solche die hierhin kommen, zwei Monate arbeiten und danach jahrelang Arbeitslosenhilfe, -unterstützung und danach Sozialhilfe kassieren und ähnliches in der Art.

Kein ernstzunehmender führender Rechter will aber, daß alle Ausländer im wahrsten Sinne des Wortes ausgewiesen werden sollen. Selbst von extremster Seite wird mit wenigen Ausnahmen darauf verwiesen, daß Ausländer, die sich schon zehn, 15, 20 Jahre oder länger in Deutschland aufhalten, sich nichts haben zuschulden kommen lassen und sich hier ein soziales Umfeld aufgebaut haben, »natürlich« in Deutschland bleiben können. Als »Ausländer« gelten in der Regel ohnehin nur Südeuropäer – »alles was südlich der Schweiz ist« –, Südosteuropäer, Osteuropäer, Afrikaner und in nicht mehr so umfassender Weise Asiaten. Alle anderen Europäer, Amerikaner und Kanadier sowie Neuseeländer und Australier werden in dem Sinne gar nicht als Ausländer angesehen. Man könnte grob die Grenze zwischen den unterschiedlichen Kulturkreisen ziehen.

Bei einem Gespräch mit einer in der Skinheadszene recht einflußreichen Person mußte dieses unterbrochen werden, weil es an der Tür des betreffenden klingelte und ein Botendienst ihm gerade eine Pizza brachte – dem Schreiber dieser Zeilen war dies aber gar nicht einmal so unrecht, weil er nämlich darauf wartete, daß seiner Frau ein chinesisches und ihm selber ein griechisches Essen gebracht wurde –. Sehr ausländerfeindlich nicht wahr?

Schöne Worte statt Taten

Apropos Skinheads: Daß es diesen nicht um reinen Nationalismus, sondern vielmehr um den Kampf zur Erhaltung des weißen Kulturkreises geht – als »Blut und Ehre« ausgedrückt –, zeigt sich doch auch daran, daß zwischen Skinheadorganisationen, Musikgruppen oder auch einzelnen Skins der verschiedensten mittel-, west- und nordeuropäischen Länder, ja selbst zu den USA und Japan Kontakte unterhalten werden. So hieß ein Musik-Gemeinschaftsprojekt etwa »German-British Friendship«, während Gruppen wie »Screwdriver«, »No remorse«, »Brutal Attack« oder die schwedischen »Dirlewanger« Stammgäste auf deutschen Skinkonzerten sind.

Auch sind – leider Schlägereien untereinander bei Konzerten an der Tagesordnung. Dabei spielt zum einen »Dr. Alk«, wie der Alkohol bei ihnen genannt wird, und zum anderen oftmals auch der jeweilige Fußballverein der Heimatstadt eine gewichtige Rolle. Sind sich die Fans der Vereine spinnefeind, dann ist es in der Vergangenheit mehr als einmal passiert, daß sich Skins aus diesen Städten bei Konzerten, die wiederum in einem ganz anderen Ort stattfanden, wie die Kesselflicker prügelten. Wo ist denn hier ein in sich geschlossenes nationalistisches Gedankenbild gegeben?

Die Gewalt, die es derzeit unbestritten gibt, ist aber doch letztendlich von den etablierten Partein und der Bundesregierung indirekt ausgelöst. Nämlich dadurch, daß sie nicht nur über Jahre, sondern mittlerweile sogar mehr als ein Jahrzehnt schöne Worte schwangen, denen dann aber die Taten leider nicht gefolgt sind.

Schon Anfang der achtziger Jahre haben die selben Unionspolitiker vor einer zu großen Zuwanderung von Ausländern gewarnt, die dann später, als sie an der Regierung und selber im Kabinett vertreten waren, aber nicht das geringste änderten. Und man kann mit vollster Berechtigung sagen: Wäre es nicht zu den Ausschreitungen gekommen, dann hätte es selbst die jetzigen minimalen Verbesserungen noch nicht gegeben – was natürlich keine Rechtfertigung sein darf, sondern traurige Wahrheit ist –.

Die Gewalt löst keine Probleme

Dabei waren diese doch ganz klar abzusehen; so ist auch an dieser Stelle schon vor Jahren vor einer Entwicklung gewarnt worden, wie sie jetzt eingetreten ist. Kann man es denn den mitteldeutschen Jugendlichen verübeln, wenn sie nach Erlangung der (Teil-)Einheit auf einmal arbeitslos auf der Straße stehen, die Grundnahrungsmittel und Mieten plötzlich im Preis immens steigen und sie, obwohl sie in diesem Staat geboren sind und oftmals jahrelang in ihm gearbeitet haben, plötzlich im Monat mit weniger Geld auskommen müssen, als es einem (Schein-)Asylanten zur Verfügung gestellt wird, der sich erst einen Tag im Lande aufhält? Das Gewalt diese Probleme nicht löst, steht auf einem anderen Blatt.

Interessant ist aber, was einige Psychologen hierzu sagen – falls ihnen ein seriöser Journalist oder Redakteur die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt –: Daß die Gewalt für diese Jugendlichen das einzige Ventil ist, in dem Stadium in dem sie sich befinden und dem Druck, dem sie unterliegen, diesen entweichen zu lassen und nicht selbst an ihm zugrunde zu gehen!

Zum anderen werden diese Leute doch regelrecht kriminalisiert. Als die Grenze zwischen West- und Mitteldeutschland fiel, hieß es: Nun kommt auch ihr in den Genuß der Meinungsfreiheit. Bislang durftet ihr nicht sagen, was ihr wolltet, nun dürft ihr es.

Die Doppelböckigkeit der Meinungsfreiheit

Doch weit gefehlt: Machten sie nämlich auf einmal aus ihrem Herzen keine Mördergrube, sondern schimpften sie auf irgendwelche Mißstände, vertraten besonders zur Judenpolitik ganz andere Positionen und haben vielleicht insgesamt gesehen ein etwas anderes, nicht von jahrelanger Umerziehung geprägtes, vielleicht sogar objektiveres Meinungsbild zum Dritten Reich und äußerten dies auch noch, dann war mehr als einmal die Folge eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Verwendung verbotener nationalsozialistischer Kennzeichen oder Symbole oder ähnliches. Jede Menge Herausgeber und Verfasser von Skinhead-Magazine oder anderer rechter Heftchen oder auch nur Flugblätter mußte auf einmal Hausdurchsuchungen des Staatsschutzes über sich ergehen lassen und fand sich plötzlich vor Gericht wieder.

»Ich denke, wir haben jetzt Meinungsfreiheit«, hieß es dann mehr als einmal. Sie merkten erst dann, daß Papier geduldig ist. Folge war ein weiteres Abrutschen nach rechts und eine Ablehnung dieses Staates, zumal auch gegen oftmals 18- oder 19jährige rigoros vorgegangen wurde.

Ist es denn dann verwunderlich, wenn immer mehr Jugendliche folgendes behaupten – es ist vielleicht eine der provokantesten Thesen, die jemals in CODE wiedergegeben wurden –, daß dieser Staat viel heuchlerischer ist als seinerzeit das Dritte Reich.

Einer wörtlich: »Damals wußte man ganz klar, was man sagen durfte und was nicht. Jeder, der gegen diese mit einem freiheitlichen Staat sicherlich nicht zu vereinbarenden Vorschriften verstieß, wußte genau, auf was er sich einließ, welches Risiko er einging. Heute ist es aber anders. Angeblich leben wir in einem Staat, der in seinem Artikel 5 des Grundgesetztes die Meinungsfreiheit verbindlich festschreibt und dessen Artikel 3 festlegt, daß niemand auch wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Diese Grenzen sind aber sehr schwammig. Und wieso kann man etwa in den USA oder Dänemark straflos Dinge über die Zeit zwischen 1933 und 1945 behaupten, für die man in der Bundesrepublik bestraft wird? Gibt es denn selbst in Demokratien bei der Meinungsfreiheit Unterschiede?«

Keine Angst vor Diskussionen

Was soll man diesem jungen Menschen denn hierauf antworten? Dies macht doch ganz deutlich klar, daß die Menschen in der ehemaligen DDR nicht mit der neuen Freiheit überfordert waren, sondern diese zu wörtlich nahmen und dann plötzlich von der Wirklichkeit auf dem völlig falschen Fuß erwischt wurden.

Und dieses ist ein anderer wichtiger Punkt der freiheitlichen rechten Seite: Daß nämlich die im Grundgesetz eigentlich festgeschriebene Meinungsfreiheit auch wirklich gegeben ist. Daß also etwa auch zu Fragen, die heute als »gesicherte historische Erkenntnis« gelten, eine offene Diskussion möglich ist. □

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – Ein Wintermärchen

Harald W. Bartels

Was sich derzeit in der deutschen Asyl- und Rechtspolitik abspielt, ist an Einfalls-, Hilflosigkeit und Dummheit kaum noch zu überbieten. Statt daß sich Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) um die wirklichen Probleme kümmert, etwa wie das Asylrecht am effektivsten geändert und weiterer Mißbrauch verhindert werden kann, hat sich die FDP-Dame dem Kampf gegen rechts verschrieben. Man kommt sich vor wie in einem schlechten Märchen – aus diesem Grunde auch der vielleicht etwas ungewohnte Artikel.

Es war einmal ein sehr schönes Land, das hieß Deutschland. Obwohl es zweimal von ihm nicht wohlgesonnenen Mächten in einen großen Krieg gehetzt wurde, den es beide Mal verlor, bauten seine fleißigen und strebsamen Bürger ihre Heimat wieder auf und machten sie zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt.

Die Geschichte des Schlaraffenlandes

Deutschland ging es so gut, daß es sogar Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchte, um die Hochkonjunktur zu sichern. Also machten sich die fleißigen Menschen aus Südeuropa auf nach Deutschland. Es waren ehrliche, strebsame Menschen, die hart arbeiteten und zum Wohlstand ihres Landes beitrugen.

Und Deutschland wurde immer reicher und reicher. Da erinnerte sich der König dieses Landes, der Bundeskanzler genannt wird, an die Geschichte des Schlaraffenlandes und dachte sich: »Laßt uns ein Land schaffen, in dem Milch und Honig fließt.« Gesagt, getan. Die Sozialleistungen des dreigeteilten Landes wurden immer größer und größer. Selbst wer keine Lust zum Arbeiten hatte, brauchte sich keine Sorgen zu machen. Der Staat schenkte ihm Geld. Zwar nicht viel, doch zum Leben reichte es – besonders wenn man noch nebenbei schwarzarbeitete –.

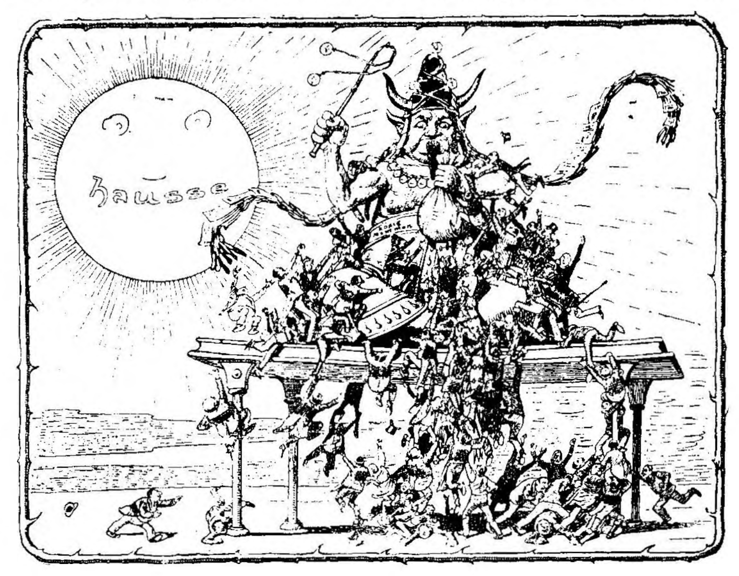
Im Ausland machte die Mär vom gelobten Land mitten in Westeuropa schnell die Runde. Da dachten sich die Faulen und Kriminellen der Länder: »Laßt uns nach Deutschland gehen, der Artikel 16 des Grundgesetzes öffnet uns Tür und Tor.«

Und so geschah es dann auch. Waren es erst nur wenige tausend pro Jahr, die in das Land zwischen Alpen und Nordsee kamen, wurden es immer mehr und mehr. Schließlich waren es eine halbe Million mit weiter steigender Tendenz, die bloß das Wort »Asyl« sagen mußten, und schon wurde das Füllhorn der Glückseligkeit über ihnen ausgeschüttet. Familien, die nicht eine Minute lang gearbeitet hatten und von denen zwei der insgesamt vier Kinder binnen zwei Monaten geboren wurden, bekamen im Monat 4003 Mark. Das war viel, viel mehr Geld, als es deutsche Rentner nach einem 40jährigen schweren Arbeitsleben an Rente erhielten, und auch viel, viel mehr Geld, als die meisten Alleinverdienenden im Monat nach Hause brachten.

Die Schatten der Toleranz

So kam es, wie es denn kommen mußte. Immer mehr Bürger Deutschlands wurden sehr, sehr böse und schimpften auf ihren König und seine Minister. Einige, die im wenige Jahre zuvor mit Westdeutschland wiedervereinigten Mitteldeutschland wohnten, keine Arbeit hatten und sehr, sehr wenig Geld bekamen, waren sogar so böse, daß sie die Asylbetrüger, die nicht nur das Land um viel Geld betrogen, sondern auch viele, viele Verbrechen begingen, verhauten. Die Leidtragenden waren die wenigen wirklich politisch Verfolgten und die hier schon lange lebenden anständigen Ausländer, da manche Male zwischen ihnen und den bösen Ausländern kein Unterschied gemacht wurde.
Das machte wiederum den König und seine Gefolgsleute sehr wütend. »Das sind alles neue Nazis«, schimpften sie. »Nazi« war in Deutscchland zu dieser Zeit das schlimmste Schimpfwort, das man jemand geben konnte. Schließlich gab man den Nazis die Schuld, die beiden Weltkriege angefangen zu haben und, was besonders schlimm war, insgesamt sechs Millionen Juden umgebracht zu haben.
Was machte nun die Regierung? Statt sich der Lösung des Asylproblems zu widmen und vor allem dessen Mißbrauch zu stoppen – alleine dadurch wäre es zu keinerlei Gewalt gegen Auländer mehr gekommen und hätte sich die Staatsverdrossenheit vieler Bürger dieses Landes wieder etwas gelegt –, entschied sich die Justizministerin des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, mit besonderer Strenge gegen die bösen Nazis vorzugehen.

Frau Leutheusser-Schnarrenberger kam aus einer Partei, der FDP oder wie sie sich selber nannte: den Liberalen, die stets das Interesse und Wohl des Einzelnen höher werteten als das Wohl der Allgemeinheit. Aus diesem Grunde hatten sie auch stets schärfere Gesetze und bessere Fahndungsmöglichkeiten etwa gegen Rauschgifthändler oder linke Terroristen verhindert. Aber hiervon wollte die FDP-Dame nichts mehr wissen – schließlich kam die Gefahr jetzt von rechts, von den bösen Nazis. Und dabei mußte man auch schon bei Kleinigkeiten anfangen. So etwas nannte man damals deutsche Gründlichkeit. Daß gleichzeitig größeres Unrecht toleriert wurde, interessierte damals keinen; schließlich mußte man die Nazis in ihre Schranken verweisen.
Wie jede andere Partei hatte auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) und das sogenannte Dritte Reich



bis zu ihrem/seinen Untergang 1945 ihre Hoheitszeichen. So etwa das Sonnenrad – besser bekannt als Hakenkreuz –, die Sig-Runen, aber auch den sogenannten Hitler-Gruß, der nichts anderes war, als den rechten Arm mit offener, nach unten gerichteter Handfläche schräg nach vorn hochzuheben. Dieses alles durfte in dem Deutschland jener Zeit nicht gezeigt, getragen oder sonstwie verwandt werden. Das gleiche gilt für politische Schriften und Filme jener Zeit.

Für die Zeichen des wirklich bösen Kommunismus, der viel, viel mehr Tote gefordert hat, als der Nationalsozialismus, galt das alles aber nicht. Jeder Mann und jede Frau durfte ungestraft mit der roten Fahne mit Hammer und Sichel darauf durch die Straßen Deutschlands gehen und ihre großen Vorbilder Stalin und Lenin huldigen. Dies begründete der Staat mit Meinungsfreiheit.

Damit die bösen Nazis aber ihre Meinung nicht frei äußern durften, kamen König Kohl und seine Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger auf eine grandiose Idee. Sie entwarfen den Plan, nun auch Zeichen und Symbole verbieten zu lassen, die denen des Nationalsozialismus ähnlich sahen.

So gab es etwa den sogenannten Kühnen-Gruß. Dabei wurde nicht die offene geschlossene Hand nach vorne gestreckt, vielmehr wurden die Finger gespreizt. Ähnlich dem Victory-Zeichen, das seinerzeit die Herrscher Britanniens zur Abwehr des Hitlergrußes eingeführt hatten.

Empörte Bürger werden zu Nazis

Dies erinnert zu sehr an den Hitlerguß der bösen, bösen Nazis, schimpfte Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Das geht aber nicht. Schließlich wird das Ausland immer böser und mag Deutschland nicht mehr. In Wirklichkeit hatten die anderen Länder Deutschland nie gemocht, aber Deutschland zahlte immer viel Geld, Wiedergutmachung nannten sie das, also spielten sie den guten Freund vor.

Auch geht es doch nicht, wenn das Hakenkreuz durch irgendwelche anderen Zeichen stilisiert wird. Nein, nein, das muß verboten werden, rief die engagierte Dame der FDP unter dem lauten Beifall ihrer Partei und des Königs. Dies sollte natürlich auch für Bücher, Zeitschriften, Musik, sogar für das Aussehen gelten, wollten viele wissen. Eine Frisur und ein Bärtchen, wie es seinerzeit der König der Nazis, Adolf Hitler, getragen hat. Nein, so etwas geht doch nicht.

Ja, aber... wagten einige einzuwenden. Woher wissen wir denn, ob es der Kühnen-Gruß oder das Siegeszeichen ist, wenn jemand seinen Arm hebt und er steht vielleicht mehr senkrecht als schräg? Na ja, wenn es eine Demonstration von den sogenannten politischen Rechten ist, dann ist es eben der Kühnen-Gruß, ist es eine linke Demonstration, dann ist es das Victory-Zeichen, meinten einige Befürworter dieser damals geplanten Gesetze.

Und wirklich: Statt sich um die ungehemmte Einwanderung in das schöne deutsche Land zu kümmern und zu versuchen, diese abzustellen, statt sich darum zu kümmern, daß die Kriminalitätsrate sinkt und die anständigen Bürger Deutschlands sich wieder auf die Straße trauen können, statt den finanziellen Mißbrauch des Asylrechts einzudämmen, der zu einer immer höher werdenden und von vielen nicht mehr tragbaren steuerlichen Belastung führte, statt sich also der wirklichen Probleme anzunehmen, hielten der König und seine Minister die bösen, bösen jungen Nazis für eine weitaus schlimmere Gefahr für die Demokratie. Sie waren zu verblendet, um zu erkennen, daß die wirkliche Gefahr gerade von den ihnen so lange vernachlässigten Dingen ausging und daß diese erst die bösen, bösen Nazis, die in Wirklichkeit natürlich gar keine waren, sondern nur empörte Bürger, erst geschaffen hatte.

Und die Moral von der Geschicht: Wenn die Regierung nicht weiter weiß und sich lautstark Bürgerprotest artikuliert, muß man von seinen eigenen Versäumnissen ablenken, Feindbilder aufbauen und gegen diese massiv vorgehen. Damit stimmt aber das alte Sprichwort: Die Wahrheit ist immer in den Händen der Regierenden. □

Deutschland

Prosit, Herr Kohl!

Rudolf Seufert

Zum Jahreswechsel ein Prosit auf des Kanzlers Interregnum ohne Ende und auf den größten Wendebetrüger aller Zeiten. Er hat es wieder einmal geschafft. Zehn Jahre Kohl. Natürlich zu seinem Wohl: Die im Frühjahr angekündigte Diätenkürzung war schon nach zwei Wochen vergessen, aber es wurden obendrein noch zwei allerfeinste Daimler-Benz-Limousinen für den Kanzler bestellt. Der Gabentisch für ihn fiel diesmal besonders üppig aus: Rund 100 Millionen DM Steuergelder in Form eines neuen Airbus, Luxus-Ausgabe, man gönnt sich ja sonst nichts ...

Wie schon 1991, so war auch in diesem Jahr der fetteste ideelle Aktivposten der Bürgerkrieg in Deutschland. Die Pogromstimmung gegen Scheinasylanten und deren wahre Drahtzieher in Bonn tobt in allen Bundesländern rund um die Uhr. Im Jahresdurchschnitt täglich ein Überfall auf Asylantenheime.

King Kohl blieb cool, ließ auf dem Höhepunkt der Brandschätzungen unmittelbar nach Rostock seinen Intimus und Innenminister Seiters mit weinerlicher Stimme erklären, es werde nunmehr harte Bestrafung der Täter gefordert.

Kohls Maastricht ein Versailles ohne Krieg

Die Überfremdung des Landes läuft planmäßig auf Hochtouren. Eine halbe bis dreiviertel Million Scheinasylanten in diesem Jahr läßt nichts Gutes ahnen. Ein Narr, der meint, daß die Zerstörung der Homogenität des deutschen Volkes den Tatbestand des Völkermordes nach § 220 a Strafgesetzbuch erfüllen könnte. King Kohl läßt auch dies kalt, er weiß, daß ihm deswegen keiner ans Zeug flicken kann. In Erwartung eines »Lebenslang« in Handschellen vor ein Deutsches (Revolutions-) Gericht gestellt? Für Kohl (derzeit) nicht denkbar.

Man kennt sich und respektiert sich – und man läßt sich in Ruhe, soweit möglich. Siehe Honecker etwa. Oder Cioaba, selbsternannter König der Zigeuner und neuerdings »Gesprächspartner« der Regierung Kohl. Der fordert doch glatt von uns einen neunstelligen Betrag als Entschädigung und 20 Tonnen Gold und Silber dazu. Und falls nicht gezahlt würde, werde sich ein Inferno von über einer Million Zigeunern auf Wegen, die nur sie kennen, nach Bonn ergießen. Wer denkt dabei an den Tatbestand der versuchten Nötigung von Verfassungsorganen, wer beantragt einen internationalen Haftbefehl? Kohl würde über soetwas nur lachen, Cioaba wohl erst recht.

Kohl's wohl überlegter Staatsstreich

Als persönlichen ganz großen Erfolg verbuchte Kohl sein Diktat von Maastricht, das insbesondere auch gegen die elementarsten Interessen des deutschen Volkes gerichtet ist, da mit Aufgabe der nationalen Souveränität verbunden. Der Redaktion ist kein Deutscher bekannt, der ohne Einleitung eines vormundschaftsgerichtlichen Entmündigungsverfahrens rund 15000 Seiten Verträge und Gesetze – zugunsten der EG – abändert und unterschreibt, ohne sie recht gelesen und erst recht nicht verstanden zu haben. Kohl, wohl wissend, daß ihm keiner kann, ging gleich noch aufs Ganze und erklärte in staatsstreichartiger Manier gegen alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze unserer Notenbank auch noch die Aufgabe der DM-Währung in einer – wie sich später kristallklar herausstellte – völlig maroden

Deutschland

Prosit, Herr Kohl!

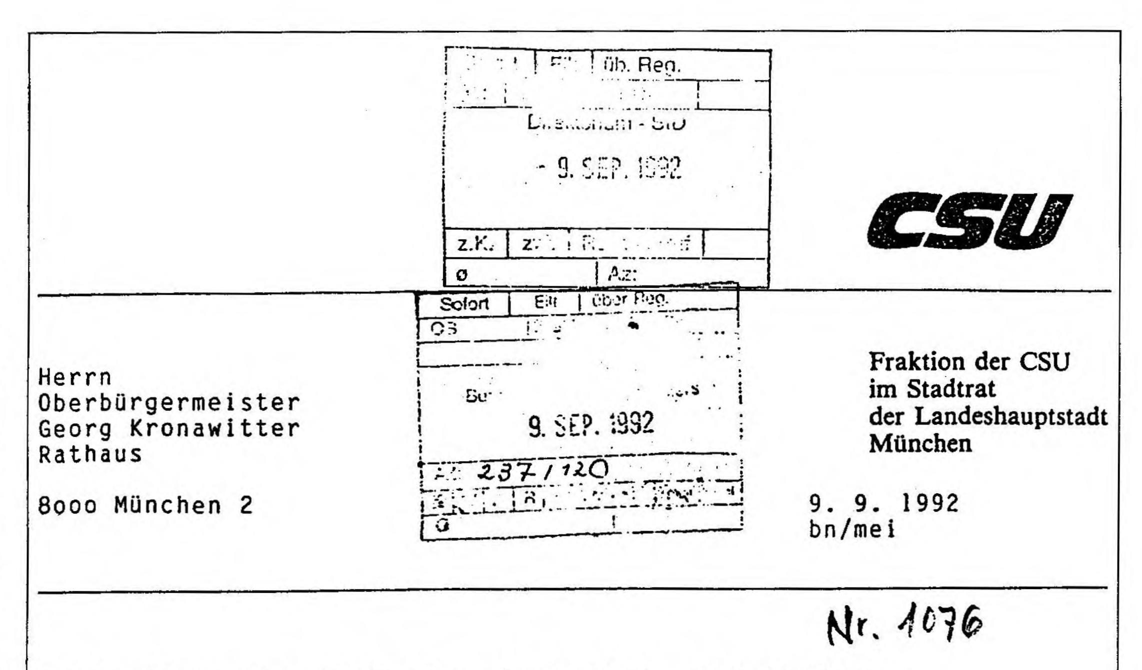
Kunstwährung, dem ECU, als irreversible Maßnahme.

Vor diesem unabwendbaren, verfassungswidrigen Hintergrund läßt es sich selbstverständlich nunmehr auch gut Schulden machen. Als hemmungslosester Wendebetrüger aller Zeiten und zugleich hemmungslosester Schuldemacher aller Zeiten in Doppelfunktion. Während bei Regierungsantritt die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden noch um die 500 Milliarden DM betrug, strebt die Gesamtverschuldung inzwischen runden zwei Billionen DM zu. Kohl bewegt sich dabei freilich in guter Gesellschaft, wenn man bedenkt, daß »Uncle Sam« es gerade auf rund vier Billionen Dollar brachte.

Inflation, Geldmengenexplosion auf rund zehn Prozent? Ein Lach-Posten in der Bilanz Kohl, wie auch die Geldverschleuderung ans Ausland für Kohl und seine Regierungsmannschaft eher eine Lachnummer darstellen dürfte: 60 bis 70 Milliarden DM an die ehemalige UdSSR und Polen verschleudert und weitere zweistellige Milliardenbeträge ans übrige Ausland. A fonds perdù. Das Ausland dankt's uns jetzt schon mit der beispiellosesten Haßkampagne der Nachkriegsgeschichte. Prosit, Herr Kohl!

Und überhaupt, die Regierung Kohl verschleudert alles, auch rund 30000 Quadratkilometer Land – so groß etwa wie die Niederlande – an den guten Nachbarn Polen.

Wenn schon verschleudern, dann richtig: Auch das soziale Netz, das sich seit über 100 Jahren bewährt hatte, in einem Aufwasch mit der Homogenität des deutschen Volkes. Durch die von Bonn betriebene Hereinnahme von Hunderttausenden Scheinasylanten, von denen Kohl's Freund Seiters – der mit der weinerlichen Stimme – gegen Jahresmitte fast eine halbe Million Anträge unbearbeitet herumliegen und etwa zur selben Zeit die Fingerabdruckskarteien der Scheinasylanten vernichten ließ – unsere Leser erinnern sich: Sein Vorgänger Baum ließ seinerzeit die Terroristenkartei vernichten –, werden die dummen, arbeitsamen und geduldigen Deutschen derzeit jährlich um etwa 25 Milliarden DM geschröpft. Dessen ungeachtet läßt Bonn täglich derzeit weitere runde 1500 Scheinasylanten hereinströmen.
Die größte deutsche Zeitung hat bereits einen Flüchtlingsstrom aus der ehemaligen Sowjetunion in einer Größenordnung zwischen zwei und zwanzig Millionen Leuten avisiert.



[stamp:] Sofort | Eil | über Reg. — 9. SEP. 1992 — 237/120

CSU

Herrn
Oberbürgermeister
Georg Kronawitter
Rathaus

8ooo München 2

Fraktion der CSU
im Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

9. 9. 1992
bn/mei

Nr. 1076

Sondersitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München zum Thema Asylrecht/Asylmißbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion beantragt gemäß § 43 Abs. 1 Satz 2 und 3 Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München.

Beratungsgegenstand: Drohen auch in München Volksaufstände durch den fortwährenden Asylmißbrauch.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Bletschacher, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Moslems aus Jugoslawiens Restgebilden werden per Sonderzüge ins Land hereingeholt, und wenn nun auch noch gar Gorbi als Superasylant rechtzeitig bei den Kohls in Oggersheim zum Jahreswechel eintrifft, dann gäbe dies sicherlich ein herzliches Nastorowje, Helmut!

Und schon in der Neujahrsnacht kommt es ganz groß und dick auf uns zu: Offene Grenzen überall. »Die Regierung Kohl als Sicherheitsrisiko«, warnten schon lange Grenzschützer und Zollbeamte.
Die gewollte Katastrophe nach dem Schengener Abkommen ist also in vollem Gange, ebenso ließen sich die zahlreichen gerichtlich und gemeindlich verfügten Zwangseinweisungen von Scheinasylanten in bundesdeutsche Wohnungen übers ganze Jahr problemlos an.

Die CSU bekommt es mit der Angst zu tun. Sie will geklärt wissen, ob in München »Volksaufstände« drohen.

Die Kapitulation vor den Drogen, hilflose Diskussionen der Altparteien über die Freigabe weicher Drogen, eine explodie-

rende Kriminalität – alleine in den neuen Bundesländern liegt die Zunahme bei 200 Prozent –, der Zusammenbruch der inneren Sicherheit und Ordnung – all das sind fette Posten in der Kohl'schen Bilanz. Die Polizei kann ihre Aufgaben zumeist aus personellem und finanziellem Mangel nicht mehr erfüllen, und sogar die Polizeichefs haben Angst – die Mafia lacht sich tot, Dresden hat sie schon fest in ihrer Hand. Was folgt dann, etwa Bonn? Prosit, Herr Kohl!

Zwangsanleihen, Steuererhöhungen »wegen EG«, eine »unmittelbare EG-Kopf-Steuer« – von CSU-EG-Kommissar Schmidhuber gefordert –, Quellensteuer, Klimasteuer – die Ausplünderung des deutschen Volkes ist im vollen Gange. Gesundheitsreform gegen die Deutschen: Ja, aber bei Scheinasylanten nein. Diese sind von den Deutschen verordneten Beschränkungen und Kürzungen zumeist nicht betroffen. Zauberwort: Sozialhilfe.

Die fleißigen, arbeitsamen und dummen Deutschen lassen es sich auch weiterhin gefallen, daß die persönlichen Steuerfreibeträge, welche gerade das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte, auch weiterhin bis 1996 so niedrig bleiben, wie sie sind, und damit weit unter der Sozialhilfe. Ergo: Der Deutsche zahlt weiterhin an Kohl & Co zuviel Steuern.



Bundeskanzler Helmut Kohl bleibt cool. Er will das Grundgesetz ändern, damit Deutsche als Söldner für die »Neue Weltordnung« kämpfen.

Mit dem Geldausgeben hat Kohl bekanntlich, siehe oben, keine Probleme. Damit unsere Leser auch wissen, was der Regierung heuer dazu besonderes einfiel, wollen wir einen besonders peinlichen Bilanzposten erläutern. Für den Weltwirtschafts-Gipfel in München beispielsweise wurden für zwei Tage eigens 30 neue gepanzerte BMW-Limousinen zu je DM 650000 angeschafft, macht über den Daumen eben mal 20 Millionen. Die Fahrzeuge wurden anschließend sofort stillgelegt. Prosit, Herr Kohl!

Die totale Manipulation

Manipulierte Presse, manipulierte Meinung. Im neuen Kanzler-Airbus sind bereits die Sessel für einige handverlesene Journalisten, die als besonders Kohltreu gelten, reserviert. Die völlige Ignorierung des Souveräns ist in jeder Hinsicht an der Tagesordnung. Die Altparteien, die unlösbare Probleme in diesem Land heraufbeschworen haben, bieten sich als Problemlöser für arglose Wählernarren an. Die großen Volksparteien würden genügen, um die Demokratie am Funktionieren zu halten, tönte es aus Bonn, als der Zulauf zu den Republikanern nicht mehr länger von den Medien verheimlicht werden konnte. Gleich wurde in Bonn über eine Wahlrechtsänderung nachgedacht und über die Einführung eines Majorsprinzips, das noch gerade die Republikaner am unzweifelhaften Einzug in den Bundestag hindern sollte.

Ist etwa der nächste Staatsstreich schon in Sicht? Basteln Kohl & Co an der Demokratur? So ganz geheuer ist es einigen Politikern der »großen Volksparteien« jedenfalls nicht mehr und sie beginnen sich in ihrer Haut nicht mehr recht wohlzufühlen.

So etwa SPD-Kronawitter, der »Volksaufstände« in einem großen deutschen Nachrichtenmagazin prophezeite. Aber auch der CSU, die bekanntlich in Bonn mit dafür verantwortlich ist, daß täglich rund 1500 Scheinasylanten zu uns hereinströmen, schwant Böses: In einer Sondersitzung will sie geklärt wissen, ob auch am Parteisitz in München »Volksaufstände drohen«. Alleine schon der Plural läßt erahnen, wie voll die CSU-Hosen sind.
Ganz anders dagegen unser Kanzler: Er hat in den vergangenen zehn Jahren 46 Pfund zugenommen, er wird vermutlich versuchen, auch Volksaufstände »auszusitzen«. Wie (grobfahr-)lässig er sein Scheinasylantenproblem angeht, wird aus der Kluft deutlich, die zwischen seiner Erklärung auf der Bundespressekonferenz vom 27. August 1986 und der heutigen Lage hierzulande herrscht. Kohl damals: »Ich habe mich entschlossen, heute selbst vor der Bundespressekonferenz zu sprechen, weil der Zustrom der Wirtschaftsasylanten Ausmaße angenommen hat, die zu einer ganz erheblichen Belastung für die Bundesrepublik Deutschland geworden sind und zu einer erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung geführt haben. Die Zahl der Asylanten steigt von Monat zu Monat... Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen... Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, denn die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden.«

Handschellen oder Orden

Inzwischen haben wir eine Million Obdachlose im Lande und einen Fehlbestand von rund drei Millionen Wohnungen. Jugend, Alte, Arbeitslose und sozial Schwache sind ohne Perspektive. Wie auch überhaupt für die Erfüllung bundesdeutscher Aufgaben angeblich kein Geld da ist. Ein Prosit für Ihre Schamlosigkeit, Herr Kohl!

Wenn schon derzeit nicht zu erwarten ist, daß sich die Ereignisse der Französischen Revolution bei uns wiederholen und Kohl & Co in Handschellen vor ein dereinstiges Revolutionsgericht vom Pöbel gezerrt werden, so kann schon eher davon ausgegangen werden, daß der Erfindergeist der Brüsseler Ministerialbürokratie die Regeln für ein neues Ordenswesen schafft, womit sich dann Kohl aus dortiger Sicht der höchsten Auszeichnung der EG wohl verdient gemacht haben dürfte. Aus der Hand seines politischen Ziehkindes, Herrn Delors, versteht sich. Zumal sich die Beiträge der Bundesrepublik Deutschland als größten Nettozahler an die EG in den nächsten acht Jahren auf weitere 300 bis 500 Milliarden DM belaufen dürften. Auch darauf schon mal ein Prosit, Herr Kohl! □

Deutschland

Der zionistische Druck wird größer

Alfred König

Nach dem Tode des früheren Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Galinski, machte sich in Teilen der deutschen Bevölkerung die Hoffnung breit, daß sein Nachfolger, der Frankfurter Baulöwe Ignatz Bubis, einen mehr auf Verständigung gerichteten Kurs fahren würde. Wie sich jetzt herausstellt, wird diese Hoffnung leider nicht wahr. Ganz im Gegenteil wird der zionistische Druck auf Deutschland sogar immer größer.

Ganz besonders deutlich wird dies bei den derzeitigen sogenannten rechtsradikalen Ausschreitungen. Es vergeht kaum ein Tag, wo Bubis nicht im Fernsehen ist und irgendwelche Forderungen erhebt. Selbst gegen eine Änderung des Asylrechtsartikels 16 Grundgesetz spricht sich der Zentralratsvorsitzende aus. Dabei hat Bubis, wenn überhaupt, dann nur das Recht, sich bei Dingen, die zionistische Belange angehen, in die deutsche Politik einzumischen. Zumindest wenn er dies als Vorsitzender des Zentralrats der Juden macht, wie immer geschehen. Wenn er sich als einfaches FDP-Mitglied hierzu äußern würde, sähe es anders aus. Nur dies geschieht eben nicht. Immer wieder wird ganz deutlich auf seine Eigenschaft als Juden-Vorsitzender hingewiesen.

Das Hauptangriffsmittel des Zentralrates

Eines der Hauptangriffsmittel des Zentralrates ist dabei die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«. In jüngster Zeit vergeht keine Ausgabe, wo nicht immer auf vielen Seiten auf die angebliche Gefahr, die vom angeblichen Rechtsextremismus auf Deutschland und auch auf die hier lebenden Juden ausgeht, hingewiesen wird. Dabei ist dies natürlich eine Übertreibung ohnegleichen.

Es ist sicherlich richtig, daß es vereinzelte Übergriffe gegen Juden gegeben hat. Insgesamt aber weitaus weniger, als in anderen europäischen Staaten. In Italien wurden etwa an einem Tag jede Menge jüdischer Geschäfte mit Judensternen und antijüdischen Parolen beklebt. In Deutschland passierte derartiges bislang noch nicht.

Zwar hat es vereinzelte Anschläge auf jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten gegeben, wie etwa auf die sogenannten »Jüdische Baracke« des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Nur ob es sich dabei jedesmal um Übergriffe Rechtsradikaler handelt, darf doch mehr als bezweifelt werden.
Selbst der der CDU nahestehende Bonner Hintergrundinformationsdienst »Privat-Depesche« veröffentlichte jüngst eine Meldung, wonach nicht ausgeschlossen werden könnte, daß ehemalige Stasileute den Anschlag auf Sachsenhausen verübt haben könnten. Hierfür spreche jedenfalls viel.

Die umgeworfenen Grabsteine und antijüdischen Schmierereien auf einem Wuppertaler Friedhof entpuppten sich als Tat eines 13- und eines 14jährigen Jungen, die auf »Randale« aus waren. Sie waren bereits in der Vergangenheit aufgefallen, als sie ebenfalls Hakenkreuze und SS-Runen schmierten. Einen rechtsextremen Hintergrund hatte dies aber nach Erkenntnis der Polizei nicht. Da viele Taten dieser Art nicht aufgeklärt werden, muß davon ausgegangen werden, daß zumindest ein Teil ebenfalls auf Kosten derartiger Provokateure geht.

Israels Premierminister Yitzhak Rabin von der Arbeiterpartei plädiert für ein entspanntes Verhältnis zu Deutschland.

Viele Taten werden nicht aufgeklärt

Obwohl es also keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß sich der normale Jude in Deutschland auch nur eine Sekunde lang in Gefahr befindet, klingt dies in der »Allgemeinen« aber anders, wird sogar regelrechte Panikmache betrieben. Danach warnt die »Organisation der Jüdischen Ärzte und Psychologen« in Berlin sogar davor, daß Überlebende des Holocaust und deren Kinder auf die »derzeitige ausländerfeindliche Stimmung in Deutschland mit erneuter Traumatisierung und Angst reagieren«.

In der »Bild am Sonntag« vom 8. November dieses Jahres kamen gleich 16 Juden zu Wort, von denen elf sich in Deutschland unsicher oder bedroht fühlen. So etwa die Schriftstellerin Inge Deutschkorn. »Ich bin wahrlich kein Mensch, der vor Angst zittert, aber ich habe keine Lust, das weiter zu ertragen.«

Die jüdische Schauspielerin Adriana Altaras rechnet sogar »bei jeder jüdischen Kundgebung damit, daß gleich eine Bombe fliegt«. Die Sängerin Esther Bejarano glaubt: »Wir müssen wohl wieder auswandern.« In die gleiche Kerbe schlägt der Vorsitzende der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland. Komisch: Die Juden wollen sich immer als ein Teil Deutschlands, als Deutscher fühlen und behaupten, Jude wäre nur ein Glaube; wieso heißt es dann immer »Juden in Deutschland« und nicht »deutsche(r) Juden«. Paul Spiegel: »Es gibt viele Menschen in der Düsseldorfer Gemeinde, die ernsthaft über eine Auswanderung nachdenken.«

Derartige Panikmache verstört

Dann darf natürlich auch Ignatz Bubis nicht fehlen. Zu den Übergriffen gegen Ausländer und jüdische Einrichtungen in Deutschland sagte Bubis Mitte November in Bonn, er sehe die Demokratie in der Bundesrepublik nicht gefährdet. Deswegen könne er keinen in Deutschland lebenden Juden ermuntern, das Land zu verlassen. »Aber ich kann auch nicht sagen: Bleibt unter allen Umständen hier.«

Gerade durch eine derartige Panikmache werden die in Deutschland lebenden Juden aber erst verstört. Auch sollte man nicht die verheerende Wirkung vergessen, die solche Artikel auf das Ausland haben. Damit haben sich Zeitungen wie die »Bild am Sonntag« aber in die Feinde Deutschlands eingereiht.

Zum anderen sind es die Juden und ihre hier wirkenden Vertreter doch zum Teil selber schuld, daß in Deutschland zwar noch nicht von einem bedrohlichen Antisemitismus die Rede sein



Bundeskanzler Konrad Adenauer setzte die ersten Zahlungen in Milliardenhöhe an Israel durch.

kann, die Vorbehalte gegen diesen Teil der Bevölkerung aber insgesamt gesehen größer geworden sind.

Eine Gedenktafel erhält Asyl

Man erinnere sich nur an Mitte Oktober, als angeführt von den jüdischen Hardlinern Klarsfeld radikale französische Juden in Rostock randalierten. So versuchten sie unter anderem eine Gedenktafel mit Gewalt am Rathaus der Hansestadt anzubringen, in dem Vergleiche zwischen Auschwitz, den Krawallen in Rostock und der Abschiebung von sich in Deutschland unrechtsmäßig aufhaltenden Zigeunern gezogen wurden. Darüber hinaus pöbelten die französischen Extremisten harmlose Passanten an, schlugen einen Skinhead krankenhausreif und stürmten das Rathaus. Als die Polizisten einige dieser Extremisten vorläufig festnahm, wurden diese vom Rest der Meute befreit, wobei einer der Polizisten verletzt wurde. Selbst französische Minister entschuldigten sich später für das skandalöse Verhalten ihrer Landsleute. Hier stellt sich die Frage, warum einem Historiker wie David Irving die Einreise verwehrt wird, nicht aber einem Linksextremisten wie Serge Klarsfeld, der bereits durch mehrere kriminelle Aktionen in Deutschland aufgefallen ist.

Eine Nachbildung dieser Gedenktafel der »Söhne und Töchter deportierter Juden Frankreichs« hat Politextremistin Beate Klarsfeld, die seinerzeit Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt hatte, nun der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn überreicht. Diese Tafel soll dort an einem »geeigneten und sichtbaren Platz« angebracht werden, sagte der niedersächsische grüne Bundesratsminister Trittin, dem frühere Verbindungen zu kommunistischen Organisationen nachgesagt werden.

Trittin meinte sogar, er halte es angesichts der deutschen Geschichte für eine »Verpflichtung, dieser Gedenktafel, die aus Anlaß der rassistischen Gewalttaten 1992 in Deutschland an die Opfer der Nationalsozialisten erinnert, in Niedersachsen Asyl zu gewähren«. Ein Kommentar zu diesen dummdreisten Äußerungen erübrigt sich!

Wie bewertet aber Ignatz Bubis die Vorfälle? So schreibt die »Welt«: »Schon vor dem Eklat in Rostock (bei seinem Besuch, dazu später mehr; die Redaktion) wurde in Gesprächen mit Vertretern der Stadt der unverhältnismäßig harte Einsatz der Rostocker Polizei vor 14 Tagen gegen demonstrierende französische Juden in der Hansestadt erörtert. Bubis sprach von zweierlei Maß. Er zeigte sich äußerst befremdet, daß die Polizei gegen die französischen Juden ›konsequent und intensiv‹ vorgegangen sei, während neonazistische Randalierer eine Woche ›nahezu unbehelligt‹ ihr Unwesen trieben.«

Man höre und staune. Welch Demokratieverständnis verbirgt sich denn da? Selbst wenn Bubis' Bemerkungen stimmen würden, die Polizei wäre nicht entschieden genug gegen die Randalierer vor dem Asylantenheim vorgegangen, so wäre dies doch noch lange kein Grund, jüdische Randalierer deswegen ungeschoren davon kommen zu lassen! Umso verwunderlicher dann der Satz in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung«: »Wieder einmal wurden also Opfer zu Tätern gemacht.«

Fragen, die man stellen darf

Ein bislang unbescholtener Politiker, der Vorsitzende des Innenausschusses der Bürgerschaft, Karlheinz Schmidt (CDU), wurde von seiner Partei zum Rücktritt gedrängt und soll gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet werden, weil er wagte zu sagen und zu fragen: »Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?«

Wenn es hierbei einen Skandal gab, dann war dies die Antwort Bubis', der sagte: »Sie wollen mit anderen Worten wissen, was ich hier eigentlich zu suchen habe?« Eine solche Frage sei Ausdruck von Unwissenheit und Dummheit!

Was wäre etwa in Israel geschehen, wenn dort ein deutscher Politiker den oftmaligen absurdesten Vorwürfen mit dem Hinweis begegnet wäre, diese seien dumm? Den Skandal, den dies in der ganzen Welt ausgelöst hätte, kann man sich unschwer vorstellen.

Wie aus den Stellungnahmen von Juden in der »Bild am Sonntag« und aus vielen anderen Äußerungen, die Israel als Heimstatt der Juden bezeichnen, hervorgeht, wird dieses den Arabern geraubte Land sehr wohl von den strenggläubigen Juden als Heimat angesehen. Der wahre »Skandal« der Frage Schmidts, die sicherlich etwas unglücklich formuliert war, war, daß er Bubis zu dem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Israelis gegen die Araber wagte zu fragen. Und man muß zugeben, Bubis schaffte es geschickt, hier einer öffentlichen Stellungnahme zu entgehen – bislang hat er sich unseres Wissens überhaupt noch nicht hierzu öffentlich geäußert! –.

Zwei Seiten deutscher Geschichte

Wenn man sich dann die Stellungnahmen etwa des jüdischen Botschafters in Deutschland anhört, der sagte: »Wenn Herr Schmidt als Ablenkungsmanöver zum Thema Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern nichts anderes einfällt, als Israel zu kritisieren, ja zu diffamieren, so finden wir dies nicht nur empörend, sondern auch äußerst besorgniserregend.« Oder wenn sich der Rostocker Bürgermeister Klaus Kilimann (SPD) und Ministerpräsident Bernd Seite (CDU) sich sogar öffentlich bei den Juden für die Äußerungen Schmidts entschuldigen, dann kann man sich doch dar-

Deutschland

Der zionistische Druck wird größer

über, gelinde ausgedrückt, nur wundern.

Wie allgemein bekannt, hatten die Sowjets nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht und der Besetzung Deutschlands im früheren KL Sachsenhausen ein eigenes Konzentrationslager eröffnet, in dem tausende, wenn nicht sogar zehntausende Deutsche zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Was würde also näher liegen, als dieses KZ, das bislang ausschließlich dem Leiden der Juden und Zigeuner gewidmet war, gleichzeitig auch als Gedenkstätte für deutsche Opfer auszuweiten?

Doch das geht nicht! Die toten Juden, Zigeuner und Deutschen sind anscheinend anders zu beurteilen. Anders kann man nicht werten, was der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie Vertreter der Zigeuner-Organisationen in Deutschland von sich gaben.

So heißt es etwa in einer Erklärung des deutschen Auschwitz-Komitees, die von rund 300 Organisationen und Privatpersonen in Europa und Israel getragen wird, dies sei ein »erbärmlicher und zugleich gefährlicher Versuch, deutsche Geschichte einzuebnen, sie von ihrer Schuld zu entlasten«. Das heißt also nichts anderes, als daß die dort umgekommenen Juden und Zigeuner höher zu bewerten sind als die deutschen Opfer! Dann wundert man sich, wenn dies Empörung auslöst!

Seltsame Logik, aber traurige Wahrheit

Jedem, aber auch wirklich dem allerletzten ist die derzeitige desolate Finanzlage Deutschlands bekannt. Bundeskanzler Kohl will hierzu einschneidende Sparmaßnahmen im Sozialbereich beschließen, Leistungen kürzen und vieles andere mehr. Nichtsdestotrotz wird jetzt aber auf einmal eine Milliarde Mark Entschädigungszahlung für die »Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung«, hauptsächlich für Juden Osteuropas, an den Jüdischen Weltkongreß gezahlt, bei dem die in Frage kommenden Juden dann ihre Ansprüche stellen können. Werden aber weniger Ansprüche gestellt, dann darf der Jüdische Weltkongreß den Restbetrag behalten. Seltsame Logik, aber traurige Wahrheit!

Ist es dann ein Wunder, wenn sich in weiten Teilen der Bevölkerung wieder die Meinung breit macht, die Juden wollten sowieso nur abkassieren? Wäre es nicht vielmehr ein wahres Zeichen der angeblichen Freundschaft zwischen jüdischen Verbänden und Deutschland gewesen, wenn der alles andere als arme Jüdische Weltkongreß gesagt hätte: »Wir wissen um Eure äußerst schlechte Finanzlage. Wir wissen auch, daß angesichts gravierender Einschnitte in das Sozialsystem selbst ein vermeintlich relativ geringer Betrag wie eine Milliarde Mark, selbst wenn dieser bis 1999 verteilt ist, schmerzt. Deswegen erklären wir uns bereit, Euch jetzt anfallende Entschädigungsansprüche vorzustrecken. Ihr könnt uns dann 1999 den Betrag in einer Summe zuzüglich einem unter dem Kapitalmarktsatz liegenden Zins zahlen.« Dies wäre ein Zeichen wahrer Freundschaft und nicht reinen materiellen Denkens gewesen und hätte Respekt verlangt!

Besonders interessant ist dabei auch ein Artikel eines gewissen Wladimir Struminski in der »Allgemeinen« vom 12. November unter der Überschrift: »Besonderes Verhältnis – doch ohne Garantie«.

Die Verantwortung der Deutschen für Israel

Zu Beginn seines Artikels schreibt Struminski, daß Deutschland nach der Wiedervereinigung nicht bereit sei, auch das restliche Drittel Entschädigung zu zahlen, wonach es laut dem Vertrag von 1952 eigentlich verpflichtet sei. Die damalige Zusage Deutschlands, »Israel für die wirtschaftliche Eingliederung von Holocaust-Überlebenden drei Milliarden Mark zu zahlen, waren sich beide Seiten einig, daß dieser Betrag zwei Drittel der von Bonn anerkannten Höhe der israelischen Gesamt-Forderung umfaßte«. Das Nein zur Zahlung weiterer Reparationen entspringe auch dem neuen Selbstverständnis Deutschlands, von Israel »als Partner akzeptiert und nicht mehr als Forderungsobjekt angesehen (zu) werden«.

Struminski weiter: »Ein Gefühl, das in Israel auf Unverständnis stößt. Dort gelten wiederum die deutschen Zahlungen der Nachkriegszeit ebenso wie politische Unterstützung durch Bonn als eine ohnehin nur sehr unvollständige Entschädigung für die materiellen Schäden der versuchten ›Endlösung‹ am jüdischen Volk. Vom Verlust von Menschenleben ganz abgesehen.

Für die Folgen des Holocaust könne Deutschland gar nicht aufkommen – diese sachlich unbestreitbar richtige Feststellung hört man in Israel oft. Die Kluft, die in der Frage deutscher Verantwortung gegenüber den Juden und deren Staat besteht, ist und bleibt wohl unüberbrückbar. Mit rein ökonomischen Interessen wäre sie eher verfälscht: Aus der Sicht der meisten Israelis ist die deutsche Verantwortung eine notwendige Verpflichtung, deren Ursprung in der NS-Zeit liegt. Es handelt sich demnach nicht um eine Last, die Deutschland freiwillig auf sich nahm und deshalb das Recht hätte, sie wieder abzulegen...

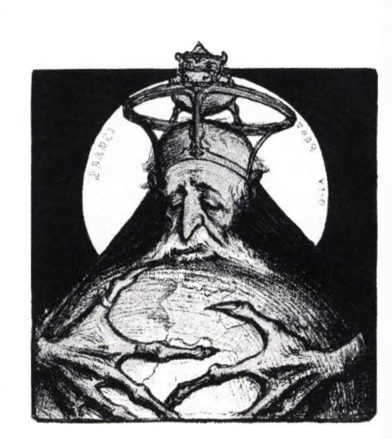
Dennoch müssen die Bonner Verantwortlichen auch heute mehr Rücksicht auf Israel nehmen als gegenüber jedem vergleichbaren Staat... Zudem ist das Verhältnis zu Israel ein nicht unwichtiger Teil des deutschen Erscheinungsbildes auf der internationalen Bühne. Die Haltung der Deutschen zu ihrer Vergangenheit wird nicht zuletzt an der Einstellung zum Staat der Juden gemessen. Erscheinungen von Antiisraelismus, Antisemitismus ohnehin, bringen das vereinigte Deutschland in große Verlegenheit bei den Verbündeten...

Es fehlt am alten Elan

Andererseits nagt der Zahn der Zeit auch an den Festen der Israel-Freundschaft in der Bundesrepublik: Nachdem in Deutschland die Generation, die das sensible Verhältnis aufgebaut hat, nunmehr weitgehend von der öffentlichen Bühne abgetreten ist, fehlt es am alten Elan. Zudem vermögen auch die Wohlgesinnten in Deutschland mit noch so aufmerksamem Auge den Schaden nicht auszugleichen, den Israel auf Dauer durch ein Erstarken von deutschem Rechtsextremismus und Nationalismus droht. Je mehr die nationalistische Rechte die politische Tagesordnung in der Bundesrepublik diktiert, umso stärker werden auch israelische Interessen berührt.

So mag kaum verwundern, daß das Mißtrauen gegenüber den Deutschen in Israel seit der Vereinigung ausgeprägter geworden ist. Deshalb wird eine Anpassung an die politischen Realitäten in Deutschland nicht selbstverständlich sein, auch wenn es für das Verhältnis zwischen den beiden Staaten wohl günstig ist, daß sich in Israel heute wieder Ben-Gurions Arbeiterpartei an der Macht befindet. Eine realistischere Deutschland-Politik Israels wird aber auf Dauer nur dann Früchte tragen, wenn auf deutscher Seite die Fähigkeit zum besonderen Verhältnis zu Israel gewahrt bleibt. Doch wer will diesen Fall garantieren?«

Wie aus obigen Zeilen ersichtlich, sind es die Vertreter bestimmter zionistischer Organisationen selbst, die einen wachsenden Antisemitismus in Deutschland durch überzogene Forderungen beziehungsweise Aussagen – und dies fast 48 Jahre nach Kriegsende und dem Ende des Nationalsozialismus – fördern. Eine gehörige Portion Mitschuld tragen aber auch die deutschen Politiker, die derartiges durch ihre butterweiche Haltung in der Vergangenheit zu dieser Frage überhaupt erst möglich gemacht haben! □



Eine erschütternde Debatte

Emil Schlee

In den Medien aller Art eskaliert gegenwärtig auf breiter Ebene die Debatte über »mögliche Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschlands« im Zusammenhang mit den abscheulichen Menschenrechtsverletzungen und Völkermordaktionen im tobenden Bürgerkrieg auf dem Balkan im »Erster-Weltkriegs-Zwang- und Auslaufstaatsmodell« Jugoslawien.

Um welche politischen Hintergedanken es den angeblich unentschlossenen und zaudernden Westmächten bei den Metzeleien auf dem Balkan in Wirklichkeit geht, hat Dieter Cycon in seinem »Welt am Sonntag«-Artikel »Warum Serbien Zeit und Gelegenheit zu vielen Eroberungen erhält« in erstaunlich offener und deutlicher Weise darlegen können. Hierbei ist der deutschlandpolitische Bezug gelungen angesprochen worden.

Der vorauseilende Gehorsam

Wenn man dann sieht, wie allabendlich in den Medien unserer Freunde und Partner in den Staaten der UN, NATO und EG Sendungen gegen Deutschland und seine Soldaten ausgestrahlt werden, in der Bundesrepublik Deutschland die Soldaten beider Weltkriege wahrheitswidrig zu »Kriegsverbrechern« abqualifiziert werden sollen und ihre Söhne und Enkel, die heutigen Bundeswehroffiziere und -soldaten, vermittels Gerichtsentscheidungen als »potentielle Mörder« bezeichnet werden dürfen, was bekanntlich nicht unwidersprochen blieb, dann kann man sich nur wundern, wie trotz grundgesetzlicher Hürden Politiker, Publizisten und zum Teil auch »Betroffene« im »vorauseilenden Gehorsam« geneigt sind, dem Ruf »Deutsche an die Front!« zu folgen!

Völlig unbeachtet bleibt bei dieser Debatte, daß für Deutschland immer noch die Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinigten Nationen – die sogenannten »Feindstaaten-Klauseln« – gelten und ein Eingreifsrecht gegenüber Deutschland bedeuten, ohne daß eine Abstimmung der Hauptsiegermächte mit der UN erforderlich ist. Eine »Verzichtserklärung« bedeutet keine »Annullierung«: Die Siegermächte halten auch heute eine Streichung dieser Artikel für »nicht opportun«!

Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang auch die Rolle der NATO und der EG im Bezug zu Deutschland. Bei Henry A. Kissinger, dem international führenden Sicherheitsexperten, wird diese Rolle in »Diplomatensprache« so umschrieben: »Die Bedeutung der NATO nahm mit der Aufgabe zu, das sich wiederbewaffnende Deutschland in einem größeren Rahmen als dem nationalstaatlichen zu verankern. Ähnliches galt für die Europäische Gemeinschaft, erdacht als Nebenstruktur zur Atlantischen Allianz, die versuchte, ein wiedererstarkendes Deutschland zu integrieren.

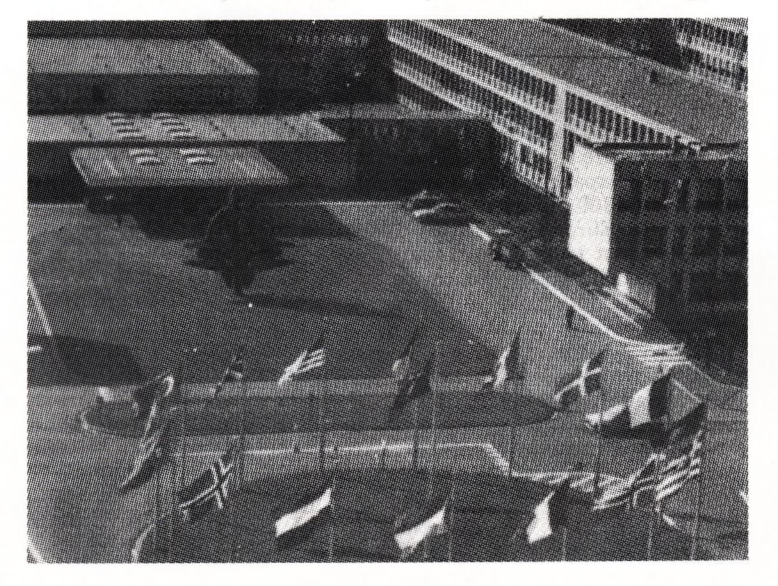
In den Memoiren des ehemaligen britischen NATO-Generalsekretärs Lord Ismays heißt das im Klartext über die Aufgaben der NATO viel verständlicher so: »... die Amerikaner in Europa zu halten, die Sowjets aus Europa herauszuhalten und die Deutschen niederzuhalten.«

Der Rechtsstatus des deutschen Soldaten ist offen

Es kommt hinzu, daß mit Deutschland – dem Deutschen Reich noch immer – und sicherlich nicht zufällig – kein durch keinen anderen Vertrag zu ersetzender Friedensvertrag geschlossen wurde (vgl. Andreas Zimmer, Friedensverträge im Völkerrecht, Verlag S. Bublies, Koblenz, 1989). Was nicht nur den Rechtsstatus Deutschlands, sondern auch den Rechtsstatus des deutschen Soldaten offen sein läßt!

Als ein besorgter Leser in der »Hamburger Morgenpost« fragte, was mit deutschen Soldaten, die sich bei dieser Rechtslage – ohne Friedensvertrag, bei Feindstaatenklauseln – im Krieg befänden und in Gefangenschaft gerieten, geschehen würde. Er fragte: »Werden diese dann als Partisanen behandelt, möglicherweise sofort erschossen?«, konnte die Zeitung trotz Nachfrage beim Auswärtigen Amt und bei Rechtswissenschaftlichen Instituten der Universitäten Hamburg, Köln und München keine eindeutige Antwort erteilen. Und sollte das in unseren Tagen anders sein? Gibt es durch die Verantwortungsträger heute dazu Erklärungen?!

Soldat – Wofür dienst, kämpfst, fällst Du? Wer bist Du, was darfst Du?!



Das NATO-Hauptquartier in Brüssel soll, wenn es nach dem Willen der Politiker geht, künftig über den Einsatz deutscher Soldaten entscheiden.

Das Ergebnis des Versagens der Politiker

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, sollte diese existenziellen Fragen erst einmal gründlich, sachlich, rechtlich, verantwortungsbewußt klären, bevor er sich für eine »ehrliche Vorbereitung von Gesellschaft und Bundeswehr außerhalb Deutschlands« stark macht! Er sollte sich auch nicht durch den UN-Generalsekretär Ghali drängen lassen! Wenn nämlich »Soldaten anderer Nationen im Bündnis bereit sind, das zu tun, worüber wir jetzt streiten: Ihre Person, ihr Leben einzusetzen für Frieden und Freiheit anderer«, so ist das eine ganz andere Rechtsstellung, die unsere jungen Soldaten wegen des völligen Versagens in der Politik für Deutschland vorerst und noch lange nicht haben!

Statt deutscher Soldaten friedliche Hilfe

Ich würde bei dieser für Deutschland, für das deutsche Volk und für den deutschen Soldaten noch immer ungeklärten, diffamierenden Rechtslage keinen einzigen Soldaten in einen Einsatz außerhalb Deutschlands schicken! Entstehung, Ausweitung und Kampfesweise des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien sind Ergebnis des völligen Versagens von Politikern von damals und heute, für das deutsche Soldaten nicht bluten sollen. Aber den bedrohten Menschen, die Hilfe bei uns suchen, sollten wir Deutschen friedlich nach Kräften helfen. □

Bonn

Reform der Demokratie vonnöten

Konrad Wadlinghusen

Die Demokratie hat versagt – zumindest in der jetzigen Form. Gerade die jüngste Vergangenheit mit dem raschen Aufeinanderfolgen von Krisen jeglicher Art, seien es wirtschaftliche Probleme oder die Asylproblematik, hat die Schwachstellen der 1949 auf Druck der Besatzungsmächte geschaffenen Demokratie aufgezeigt.

Als Hauptproblem kristallisiert sich dabei mehr und mehr das Wahlsystem heraus. Das Verhältniswahlsystem mit der Möglichkeit von Bundes- und Landeslisten hat dabei nämlich dazu geführt, daß sich in den Parteien eine Führungsclique der Berufspolitiker herausbildet, die sich nicht dem Wettbewerb, sprich der Wahl stellen müssen. Wie ein Votum auch ausgeht, sie gehören dem Bundestag immer an.

Man sehe sich doch einmal das jetzige Wahlsystem an. Praktisch alle Spitzenpolitiker der jeweiligen Parteien sind entweder durch vorderste Plätze auf den Bundes- und Landeslisten abgesichert oder haben einen Wahlkreis mit Mehrheiten von weit mehr als 50 Prozent. Vorsichtshalber werden sie aber in der Regel nochmals über die jeweilige Liste abgesichert. Folglich kann ihnen nichts passieren, sie sind auf jeden Fall im Bundes- oder Landtag vertreten.

Selbst wenn die CDU oder die SPD auf 20 Prozent abrutschen würden, wären die Herren Kohl, Wissmann, Schäuble, Waigel, Klose, Vogel, Matthäus-Meier, Roth und wie sie alle heißen noch immer an der Spitze ihrer Fraktion. Entsprechendes gilt auch bei den kleineren Parteien.

Dies hat aber gleich zwei negative Konsequenzen. Zum einen brauchen sie sich nicht um die Belange der Bevölkerung zu kümmern. Krass ausgedrückt: Selbst wenn sie das genaue Gegenteil des Volkswillens machen, brauchen sie um ihre Pfründe nicht zu fürchten. Das schlimmste, was passieren kann, ist, daß ihre Partei auf einmal nicht mehr die Mehrheit stellt. Dies hat finanziell aber nur Auswirkungen für die paar Politiker, die auch gleichzeitig in der Regierung saßen. Für die Fraktionspolitiker ändert sich nichts.

Der weitere negative Fakt ist, daß diese Damen und Herren einen praktisch diktatorischen Status haben. Keiner der sogenannten Hinterbänkler wagt einen »Aufstand« oder ernsthaften Widerspruch gegen die Beschlüsse der Fraktionsführung. Jeder weiß nämlich genau, daß seine politische Karriere in so einem Fall noch schneller beendet wäre als sie begonnen hat. Also wird höchstens im Stillen vor sich hingemurrt; bei Abstimmungen stehen sie alle wie eine geschlossene Front zusammen. Abweichungen hiervon sind die Ausnahme, die die Regel bestätigen. Dadurch wird aber die Demokratie außer Kraft gesetzt, da sich die Führungspolitiker der Parteien eben nicht um den Willen des Volkes kümmern brauchen. Man sieht es an den Asyl-Gesprächen zwischen der Regierungskoalition und der SPD. Diese führen trotz einiger Verbesserungen noch immer weit an dem Willen der breiten Mehrheit der Bevölkerung vorbei und sind denen nicht weitgehend genug. Solange sich aber die Spitzenpolitiker zumindest der Union, der SPD und der FDP einig sind, so lange ist die Meinung von Otto Normalverbraucher schnurzpiepegal.

So sprach sich jetzt auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) gegen Volksentscheide aus, etwa in der Asylfrage, da dadurch Mehrheiten durch Emotionen zustande kommen könnten. Hierin offenbart sich ein seltsames Demokratieverständnis. Oder sind die Damen und Herren Politiker etwa schon auf einer derart hochgeistigen Stufe angelangt, daß sie selbst breiteste Mehrheiten aus »überstaatlichen« Dingen ignorieren können? Wo bleibt denn da die »Herrschaft des Volkes«, als was die Demokratie gerne bezeichnet wird?

Die derzeit einzige Alternative zum Verhältniswahlrecht ist das Mehrheitswahlrecht. Obwohl dieses sicherlich zu mehr Wettbewerb unter den Politikern führt, würde sich im Endeffekt aber nichts ändern und würde dies gerade für aufstrebende (noch) kleine rechte Parteien der Todesstoß sein. Denn die Wähler würden – mit ganz wenigen Ausnahmen – doch nur die Repräsentanten der beiden großen Parteien wählen.

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß die jetzige Führungsschicht der Parteien derart sichere Wahlkreise bekommt, daß selbst größte Empörung noch immer nicht ausreicht, die betreffende Person abzuwählen. Denn die SPD würde es zum Beispiel nie wagen, in einem »sicheren« CDU-Wahlkreis etwa ihren Spitzenkandidaten Björn Engholm gegen Bundeskanzler Helmut Kohl antreten zu lassen. Es würde also dazu führen, daß die Spitzenleute gegen Kandidaten der dritten Reihe antreten. Überraschungsergebnisse können dabei an einer Hand abgezählt werden.

Soll aber an einem Wahlsystem festgehalten werden – CODE hat bereits in der Vergangenheit aufgeführt, daß etwa ein auf unbestimmte Zeit gewählter Kanzler bei entsprechenden Kontrollgremien, die zum Beispiel durchaus alle vier oder fünf Jahre gewählt werden können, ohne den geringsten Verlust eines freiheitlichen Rechtsstaats möglich wäre, was die auf jede Wahl gerichtete Polittaktiererei, die mit einer der Hauptgründe für den Niedergang der Demokratie ist, ausschließen würde –, dann bietet sich hierfür eine Kombination zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht mit ebenfalls zwei Stimmen an.
Mit der ersten Stimme wird der jeweilige Wahlkreiskandidat gewählt, mit der Zweitstimme die Partei. Die endgültige Abgeordnetenzahl richtet sich nach den Wahlergebnissen der Erststimmen aus. Die direkt gewählten Kandidaten werden nämlich ins Verhältnis der durch die Zweitstimmen zustande gekommenen Sitzverteilung im Bundestag gesetzt.

Was sich kompliziert anhört, ist in der Praxis ganz einfach, wie folgendes Beispiel erkennen läßt – der Einfachheit halber wird hier auf 100 Wahlkreise gerechnet –:

Die Union gewinn 56 Wahlkreise direkt und die SPD 44. An Zweitstimmen erhält die Union 39 Prozent, die SPD 33 Prozent, die FDP sieben Prozent, die »Rechten« 15 Prozent und die Grünen sechs Prozent.

Wenn 56 direkt gewählte Bundestagsmitglieder 39 Prozent entsprechen, besteht der Bundestag insgesamt aus 143 Mitgliedern. Gemessen an dem prozentualen Anteil der Zweitstimmen würde der SPD damit 47 Mitglieder zustehen und damit drei mehr als gewählt. Diese darf sie aber nicht selbst bestimmen, sondern rükken die drei sozialdemokratischen Kandidaten nach, die in ihrem Wahlkreis mit dem geringsten Abstand zum Unionskandidaten unterlagen. Die restlichen 40 Mitglieder werden prozentual nach den Zweitstimmen verteilt, also FDP zehn, »Rechte« 21 und Grüne neun.
Dies hätte gleich mehrere Vorteile. Zum einen wird der Führungsklüngel abgeschafft. Auch die Führungsspitze der jeweiligen Parteien muß sich der Wahl stellen. Zwar gilt auch hier, daß wohl nicht die Spitzenkandidaten und für eine spätere Regierung vorgesehenen Personen gegeneinander antreten werden, zumindest wird aber der interne Kampf härter.

Zum anderen ist durch dieses Wahlsystem sichergestellt, daß die Stimme der kleinen Parteien nicht unter den Tisch fallen – deren Vertreter kommen dann aber über Bundeslisten ins Parlament, da alles andere ungerecht wäre –. □

Wählerbetrug seit Jahr und Tag

Werner Symanek

Heinrich Lummer, Politologe und Bundestagsabgeordneter (CDU), ehemaliger Bürgermeister und Innensenator von Berlin, forderte bereits 1985 Änderungen des Grundgesetzes, insbesondere des Artikels 19, der allen noch so offensichtlichen Asylbetrügern die volle, langjährige Rechtsweggarantie bis zur letzten Instanz zugesteht.

Während man seinen Parteivorsitzenden verdächtigen muß, die Deutschen mit seinen Versprechungen nur hinters Licht geführt zu haben – Kohl 1986: »Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden!« –, kann man Lummer glauben, daß er es ernst meint.

Eine politische Anklageschrift

Nur konnte er sich gegen den Kurs der multikultturellen Volksauflöser in seiner eigenen Partei nicht durchsetzen.

So wendet sich Lummer jetzt mit einer politischen Anklageschrift an die Deutschen. Hier einige Auszüge aus seinem brandaktuellen Buch »Asyl. Ein mißbrauchtes Recht«:

»Unverändert drängen Hunderttausende von Menschen aus aller Welt nach Deutschland. Die meisten werden nirgendwo verfolgt. Sie kommen, um im Wohlstandsparadies Deutschland ihr Plätzchen zu finden.«

»So sehr die Christdemokraten heute den politischen Gegner für die Asylmisere verantwortlich machen möchten, es bleibt die schmerzhafte Tatsache, daß alle Parteien ein gerüttelt Maß Schuld tragen.«

»Das Volk ist hinters Licht geführt worden. Man glaubte, mit einfachen Verfahrensänderungen könne man das Problem lösen. Ein von vornherein unmögliches Unterfangen. Die Bürger wurden von Novelle zu Novelle vertröstet. Die Novellierungen entpuppten sich als unwirksamer Aktionismus. Ständig ist am Willen des Volkes vorbeigeredet worden – zehn Jahre lang.«

Lummer belegt seine scharfe Verurteilung der Regierenden mit harrsträubenden Beispielen:

»Der Asyltourismus in die Bundesrepublik scheint bei Nigerianern sehr beliebt zu sein, was etwa in München zu denkwürdigen Auftritten führte: 1100 von ihnen kamen in Trupps nach München und erregten sofort den Argwohn der Sozialbehörden. Jung, prächtig ernährt und gut gekleidet, viele mit Goldschmuck, berichtete Sozialreferent Stützle. Und alle ohne Paß. viele gaben Jux-Namen wie Eiswürfel, Fuzzy oder Johnny Walker an. Der Verdacht kam auf, sie stammten aus Söldnerheeren, die der libysche Staatschef Gaddafi entlassen hat.«

Der Asyltourismus ist beliebt

Leider hilft die nigerianische Botschaft in Bonn nicht. »250 paßlose Nigerianer ließ die Stadtverwaltung vom Bundeskriminalamt untersuchen. Per Fingerabdruck-Vergleich wurde festgestellt, daß 60 Prozent dieser Gruppe Doppel- oder Mehrfachempfänger von Sozialhilfe in Süddeutschland waren. Dieses Ergebnis bestätigt auf eindrucksvolle Weise, wie wichtig es für eine Einschränkung des Asylschwindels ist, in Zukunft sämtlichen Asylbewerbern Fingerabdrücke abzunehmen.«

»Wenn wir es bei der Aufnahme politisch Verfolgter beließen, wäre der Ansturm von Asyltouristen nicht so groß. Doch wir ziehen es vor, jedweden ›Flüchtling‹ nicht nur aufzunehmen, sondern ihm auch noch zu bundesrepublikanischem Wohlstandsniveau zu verhelfen. Sechs Milliarden Mark (in einem Jahr für Asylanten) sind auch in ausgabefreudigen Wiedervereinigungsjahren kein Pappenstiel. Nur wenig mehr, nämlich 7,9 Milliarden Mark, gab Bonn 1991 für Entwicklungshilfe aus. Diese soll, wohlgemerkt, einigen Millionen Menschen helfen und nicht einigen Hunderttausend.

Wo bleiben die sechs Milliarden Mark? Das Geld geht in die Sozialhilfe, in Wohnheimmieten, in Behördenvorgänge. Ein Heimtag kostet übrigens ca. 120 Mark, ein Monatseinkommen in wohlhabenderen Entwicklungsländern. Und, last but not least, in Autos und andere Konsumgüter, die sich Asylbewerber im Lauf der Zeit zusammensparen ... Die deutsche Asylpolitik: Seit mehr als einem Jahrzehnt eine Einladung zum Mißbrauch.«

Asylgarantie für Drogenhändler und Mörder deutscher Kinder!

»Wie das deutsche Ausländerrecht zum Schaden der Deutschen ausgenützt werden kann, zeigt sich bei Ausländern, die sich unter allen Umständen ein Bleiberecht in der Bundesrepublik sichern wollen: Sie reisen nach Deutschland ein und lassen sich beim Handeln mit Drogen oder beim Drogenkonsum von der Polizei aufgreifen. Wird in ihrem Heimatland solch ein Delikt mit dem Tod bestraft – das ist in einigen Staaten der Fall –, werden sie auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben können.«
Lummer erläutert, das deutsche Ausländerrecht schaffe sogar die absurde Möglichkeit, daß angeblich politisch Verfolgte zum sechsmonatigen Urlaub in ihr Heimatland zurückreisen dürfen – ohne den Flüchtlingsstatus in Deutschland einzubüßen.

»Von dieser Möglichkeit machen offenbar vor allem Menschen aus dem Morgenland Gebrauch: In Berlin lebende ›Altfall‹-Libanesen nutzen Urlaubstouren in der Heimat gern zur Brautschau. Der Hochzeit kann alsbald der Nachzug der Ehefrau in die Bundesrepublik folgen ...«

Ein straffälliger Ausländer, dokumentiert Lummer, werde gewöhnlich nicht abgeschoben. »Er bekommt Gelegenheit, sich zu bewähren und an Resozialisierungsmaßnahmen teilzunehmen. Auch für die notwendigen Bewährungshelfer kommt selbstverständlich der Steuerzahler auf.«

Lummer wirft den Regierenden vor, ausufernde Ausländerkriminalität als »Tabu« zu behandeln:

»Auf rund 310000 Asylbewerber kommen 86690 Tatverdächtige!«

Das Buch ist kaum erschienen, da sind die Zahlen schon weit überholt.

Deutsche Behörden versagen

Selbst da, wo die Abschiebung rechtlich möglich ist, wird sie verzögert oder gar unterlassen:

»Äthiopier, so müßte man meinen, könnten nun nach Hause geschickt werden, da der Bürgerkrieg in ihrem Heimatland beendet ist und die Lage sich beruhigte. Diese vom gesunden Menschenverstand eingegebene Annahme erwies sich angesichts deutscher Verfahrensweisen allerdings wieder einmal als zu optimistisch: ... Mit dem Abschieben hatte man es nicht eilig. Die Äthiopier bekamen eine sechsmonatige Ausreisefrist zugesprochen. Sie sollte natürlich nicht sofort, sondern ab dem 1. Oktober 1991 beginnen. Jeder der Äthiopier konnte sich also noch acht Monate lang in der Bundesrepublik aufhalten und Sozialhilfe einfordern, was pro Kopf etwa 8000 Mark an Kosten verursachte.«

Und weiter: »Nicht einmal abgelehnte Asylbewerber, die seit Jahren Sozialhilfe empfingen, wurden abgeschoben ...«.

Ist Lummer wegen seines Buches »Asyl. Ein mißbrauchtes Recht« nun auch ein »Ausländerfeind«?

□

Deutschland

Zeitgemäße Aufgaben eines modernen Ritterordens

Emil Schlee

Vor dem Herrenorden von Montfort hielt unser Mitarbeiter Professor Emil Schlee, Mitglied des Europäischen Parlamentes, eine programatische Rede, deren einzelne Aussagen eigentlich die Grundlagen eines Programms für eine konservative Partei sein könnten. Kaufleute aus Amalfi hatten bereits 1070 in Jerusalem ein dem heiligen Johannes geweihtes Kloster und Hospital zur Betreuung der Pilger gegründet. Es wurde die Keimzelle des Johanniterordens, der von Raimund de Puy (1120 bis 1160) die erste Ordensregel erhielt und 1113 von Papst Paschalis II. bestätigt wurde. Neben dem Schutz der Kranken, Pilger und Verwundeten kam nun, nachdem Fürsten und Ritter die Führung übernommen hatten, noch die Bekämpfung der Ungläubigen als wesentliche Aufgabe hinzu. Dieser Ritterorden der Johanniter, Hospitaliter, Rhodesierritter oder Malteserritter, neben den später noch die Tempelherren, 1119 von Hugo von Payens und Gottfried von Saint-Omer gegründet, und der Deutsche Ritterorden 1190 traten, war eine geistliche Vereinigung nach Muster der Mönchsorden, dessen Glieder das Gelübde der Armut, Keuschheit und des Gehorsams abzulegen hatten. An der Spitze stand der Großmeister und das Generalkapital, den einzelnen Ordensprovinzen standen Großpriore vor. Die Ordensleute gliederten sich in Ritter, Priester und dienende Brüder. Als äußeres Zeichen hefteten sich die Ritter ein rotes Kreuz auf die linke Seite ihres weißen Mantels. Der Deutsche Orden war von Akkon von Lücker und Bremer Kaufleuten als Feldhospital und Krankenpflegeorden gegründet. 1191 bestätigte Papst Clemens III. die zunächst unter Aufsicht der Johanniter stehende Vereinigung, die 1198 von deutschen Fürsten zu einem Ritterorden umgewandelt wurde und 1199 Selbstständigkeit erhielt.

Ehe und Familie, Schule und Kirche, Arbeit und Beruf, Parteien und Verbände, Gemeinden und Staat sowie Volk, Heimat und Vaterland sind Gemeinschafts-, Organisations- und Vorstellungsformen als Lebensformen des Menschen für den Menschen!

Sie stehen im Dienste des Menschen, geben ihm Halt und Sicherheit, sind das pädagogische »Nest« zum Werden und Wachsen, zur Erziehung und Bildung des Menschen als Persönlichkeit – die positiv denkt, für den anderen mitdenkt und nach bestem Wissen und Gewissen verantwortungsbewußt handelt.

In einer zum Selbstopfer bereiten Welt

Inmitten dieses Kreises der den Menschen tragenden und prägenden Kräfte standen und stehen ebenso die zahlreichen Ordensgemeinschaften in der Vielfalt ihrer geistlichen und weltlichen Formen als Zusammenschlüsse von Menschen – die sich bestimmten Regeln unterwerfen, besondere Verpflichtungen übernehmen und hohe Ziele setzen.

Die Entstehung der Ritterorden fällt in die Zeit der Kreuzzüge, einer Zeit tiefen Fühlens, gesteigerten Glaubens, gewachsenen, christlich – europäischen Bewußtseins und in einer zum Selbstopfer bereiten Welt.

Die schon damals ständigen Wallfahrten nach Jerusalem wurden infolge der Eroberung dieser Stadt und des Heiligen Landes durch die türkischen Seldschuken immer schwieriger und erforderten letztlich den Schutz der christlichen Pilger.

Mit der zur Befreiung des Heiligen Landes aufrufenden Kreuzpredigt des Papstes Urban II. in Clermont begann die fast 200 Jahre dauernde Bewegung der Kreuzzüge, bei denen wegen der Anmarschstrapazen über Land und Meer mehr Opfer bei den Kreuzzugsheeren zu verzeichnen waren als die Kämpfe mit der Waffe selbst forderten.

Aus den Kämpfen erwuchs ein Rittertum, das sich als »Militia Christi« für die Rettung des Heiligen Landes verstand, zur Sicherheit und Sicherung desselben über 60 Burgen erbaute und alle Kämpfenden geistig in dem Ideal vereinigte: Leben im Dienste der Kirche und des Glaubens; Dienen den Kranken und Verwundeten; Helfen den Witwen und Waisen und das Schwert ziehen nur in der »höheren Rechtfertigung gegen Heiden und Verächter des Glaubens«.

Der Deutsche Orden und die Geschichte

Bei der hohen Zahl der Erkrankungen und Verwundungen bei den Anmärschen und Kämpfen kam der Gesundung und Wiederherstellung der Kampfeskraft zunehmend große Bedeutung für den endgültigen Erfolg eines jeden Kreuzzuges zu.

Solche wichtigen Aufgaben konnten in jener Zeit eigentlich nur Mönchsorden übernehmen, die mit ihren Klöstern Träger der Krankenpflege, aber auch der Erziehung, Wissenschaft und Kunst sowie des ökonomischen Fortschritts geworden waren.
So ergab es sich, daß diese Mönchsorden zum Vorbild für den Aufbau von neuen Gemeinschaften für Großaufgaben der Kreuzzüge wurden. Die Träger dieser die Kreuzzüge begleitenden neuen Gemeinschaften waren Ritter, die sich zweckmäßigerweise zu Ritterorden zusammenschlossen, konsequenterweise das Gelübde der Mönchsorden, in Armut, Keuschheit und Gehorsam zu leben, übernahmen und noch das Element ihres Standes, den Waffendienst, hier zum Kampfe für den Glauben und zum Schutze der Pilger, hinzufügten!

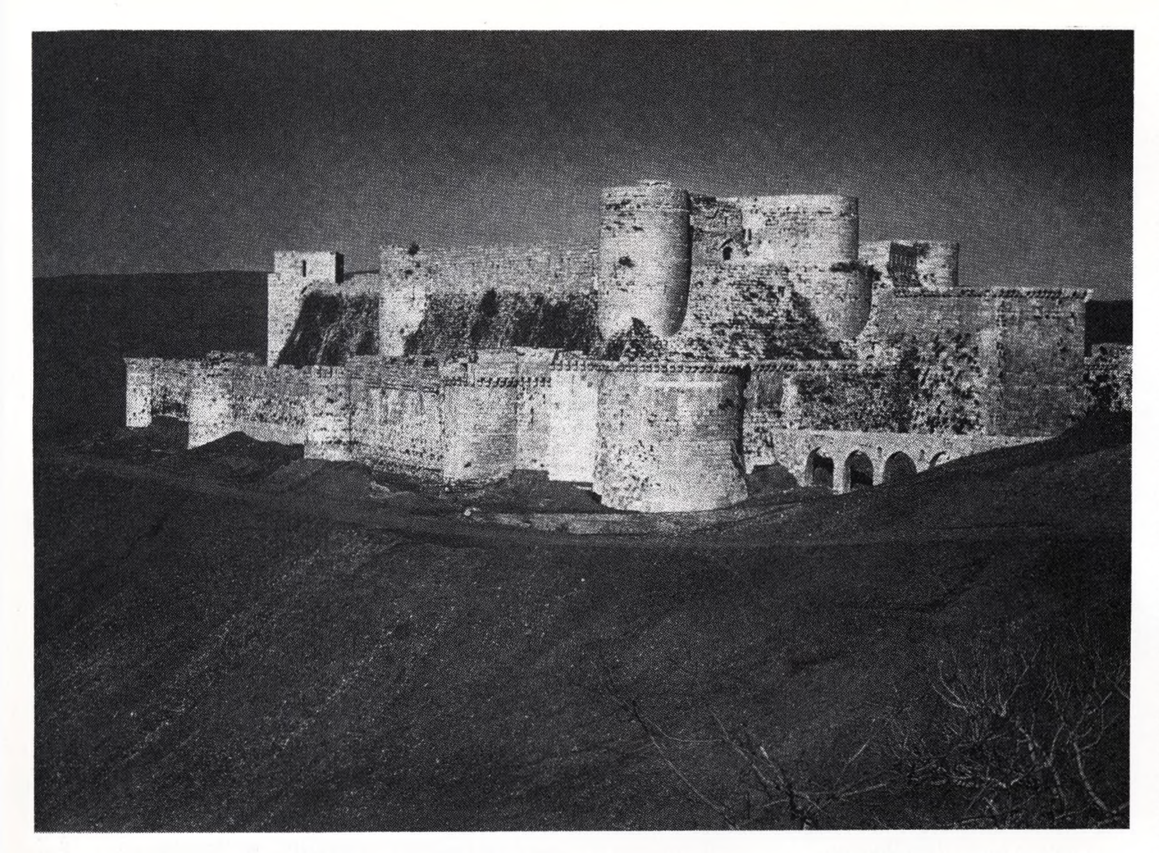
Von den zahlreichen neuentstandenen Ritterorden jener Zeit gewannen vor allem die Johanniter, nach dem Spital des heiligen Johannes in Jerusalem benannt, seit 1108 in erster Linie der Krankenpflege dienend, 1113 vom Papst anerkannt, und die Templer, wegen der Nähe ihrer Kirche zum Tempel so benannt, seit 1118 besonders für den Schutz der Pilger im Einsatz, seit 1119 vom Papst anerkannt, internationale Bedeutung.

Der dritte große abendländische Ritterorden, zu gleichem Zweck und erst 100 Jahre später während des dritten Kreuzzuges gegründet, war der Deutsche Ritterorden, der Deutsche Orden, der dann besonders für die deutsche Geschichte wichtig wurde.

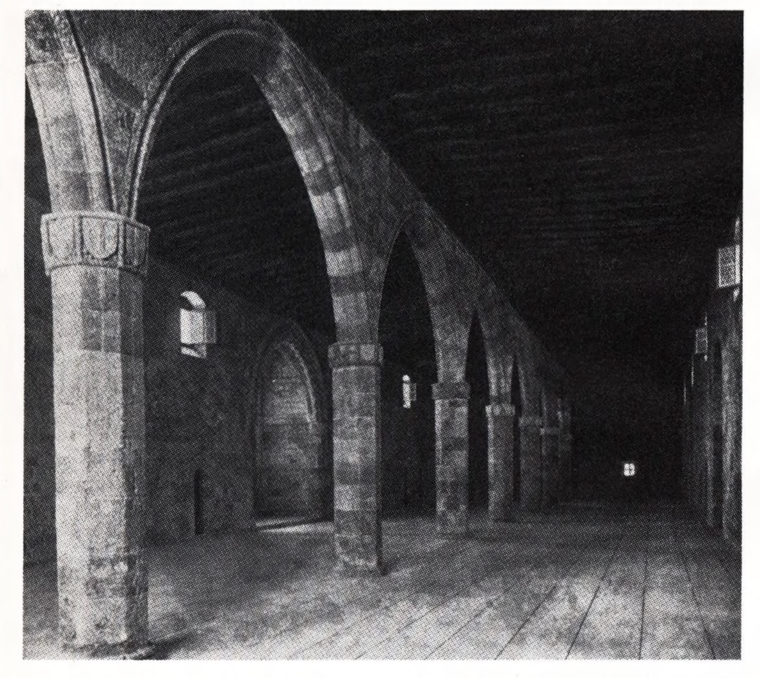
Sein Ursprung geht zurück auf jene deutsche Hospitalgenossenschaft, die während der Belagerung der Festung Akkon zur Kranken- und Verwundetenpflege gegründet worden war, 1198 von deutschen Fürsten in den Rang eines geistlichen Ritterordens gehoben wurde, 1199 zugleich mit den Statuten vom Papst die Tracht der Templer mit der Abänderung verliehen bekam, ein schwarzes Kreuz auf weißem Mantel zu führen.

Die Aufgabe Preußens

Als durch den fünften Kreuzzug (1228/29) der Küstenstreifen des Heiligen Landes einschließlich Jerusalem erorbert worden war, ließ der Ordenshochmeister Hermann von Salza ca. 50 km nördlich von Akkon die Bergfeste Montfort als Hauptburg und Hochmeistersitz des Deutschen Ordens erbauen, wenn auch das



Krak des Chevaliers war eine der am stärksten befestigten Kreuzritterburgen des Mittelalters.



Saal im Hospital in Rhodos, wohin sich die Johanniter zurückzogen, als das Königreich Jerusalem verloren war.

Hauptgebiet der Ordensbesitzungen im deutschen Raum lag.

Nach dem Fall von Montfort, dem Ende der Zeit der Kreuzzüge, wurde dann unter Winrich von Kniprode 1309 die Marienburg zum Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens.

Nun befinden wir uns mit dem Deutschen Orden in Fortgang auch der Geschichte wieder in Deutschland inmitten Europas.

Unter Bezugnahme auf die Linie Hochmeistersitz Montfort des Deutschen Ritterordens und Würdigung der tapferen Verteidiger und deren Opfer im Endkampf sei hier folgendes erläutert:

Die Gründung des Gemeinwesens des Deutschen Ritterordens in Preußen war eine bewußte und gewollte Gründung zur Sicherung der Christenheit, in der Kaiserlichen Goldbulle von Rimini durch Friedrich II. von Hohenstaufen von 1226 und der Papsturkunde von 1234 historisch belegt, verdankt ihren Ursprung der Idee des Kreuzzuges und sollte eine Schutzwehr für das Abendland, ein Bollwerk der Kirche und des Rechts sein, sollte die Mächte des Chaos bändigen und den Bereich der Ordnung erweitern.

»Mehr als ein halbes Jahrtausend, bevor man von einem ›Beruf‹ Preußens für Deutschland sprechen konnte, hatte Preußen eine Berufung für Christenheit, Kirche und Reich. Es war der Auftrag der abendländischen Christenheit, der den Ordensstaat an der Weichsel Wirklichkeit werden ließ ...

Die Ordensritter ... waren Menschen, die eigentumslos dem Dienste an den Armen und Kranken und der Ausbreitung des Reiches Gottes in der Welt lebten.«

Hier entstand eine Elite, die weniger ein Adel besonderen Blutes als ein Adel besonderer Verpflichtung und des Dienstes an der Gemeinschaft war.

Das Ethos des Dienens

Die Ausstrahlung dieser Ordensethik hat als tragende Kraft über Brandenburg-Preußen zur Gründung des Deutschen Reiches geführt.

Diese von Reich und Kirche geförderte Pionierarbeit war kein deutscher Eroberungszug. Preußen verdankt seine Entstehung der deutsch-slawischen Zusammenarbeit.

Der Orden rottete nicht die heidnischen Pruzzen aus, er verdrängte sie nicht aus ihren Siedlungen und wies ihnen auch nicht armselige Reservationen zu! Er schuf damals in dem Lande über 2000 Hospitäler (!), verteilte Rechte und Lasten gleichmäßig und ersetzte das pruzzische Recht durch das anerkannte bessere »Kulmische Recht«.

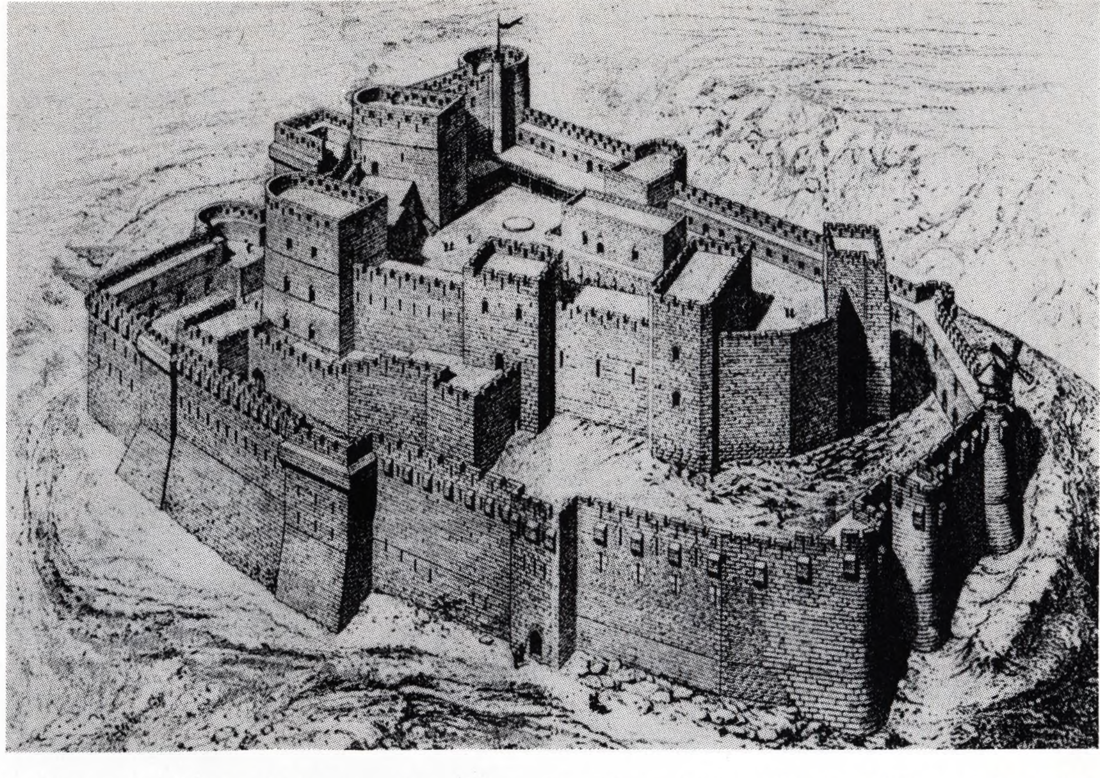
Die »Pilgerväter«, die aus allen deutschen Landen kamen, und die baltisch-pruzzischen Ureinwohner wurden alle Preußen in einem neuen Sinne, gewannen einen neuen Charakter, aus dem in jahrhundertelanger Entwicklung (so Moeller van den Bruck) der letzte Stil Europas hervorgehen sollte.« (Heinz Burneleit: Preußen lebt. In »Neue Preußische Jahrbücher«, 1. Jahrgang, Eutin 1975, Seite 108 ff., herausgegeben von Uwe Greve).

Das Ethos des Dienens, die Idee des Rechtsstaates, die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und die Suche nach Wahrheit und deren Durchsetzung sind Werte und Aufgaben, die auch heute noch des Einsatzes wert sind.

Heute – das ist nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems eine sich im tiefgehenden Umbruch befindliche Welt, das ist seit dem Auseinanderbrechen des karolingischen Universalreiches ein Europa, das seit jener Zeit noch keine Friedensordnung fand, in der alle europäischen Völker und Staaten gleichberechtigt und frei und friedlich zusammenleben können, das ist ein Deutschland, das auch nach

Deutschland

Zeitgemäße Aufgaben eines modernen Ritterordens



Kalat el Hösn. Johanniterschloß in Nordsyrien. Die Burg ist ein gestrecktes Dreieck mit gerundeter Spitze.

47 Jahren noch keinen Friedensvertrag hat, keinesweg souverän ist, für das immer noch die Feindstaatenklauseln der Charta der Vereinten Nationen gelten, dem man die in Washington, London, Paris, Warschau, Petersburg und Moskau lagernden Akten und Archive des Deutschen Reiches weiterhin verschlossen hält und nicht zurückgegeben hat und das wegen der Folgen der Umerziehung, der Probleme der Vereinigung, der zu hohen Erwartungen Europas und der Welt und der Mittelmäßigkeit seiner politischen Klasse weiterhin einen ganz schweren Stand hat!

Der Ruf nach Eliten ist unüberhörbar

Ist es nicht so, daß von den einleitend genannten Lebensformen des Menschen:

Ehe und Familie und das werdende Leben auf das höchste bedroht sind?!

Schule und Hochschule große Qualitätsverluste erlitten haben?!

Kirche als Institution erheblich an Glaubwürdigkeit und Mitgliedern eingebüßt hat?!

Arbeits-, Leistungs- und Berufsethos verkommen und den sozialen Frieden gefährden?!

Parteien kaum noch wählbar, Nichtwähler die größte Partei sind?!

Der Staat in Bund, Ländern und Gemeinden mit bald zwei Billionen DM verschuldet ist!

Volk, Heimat und Vaterland verpönte Begriffe sind und der Staat Deutschland abgeschafft werden soll!

Stehen nicht in Deutschland, Europa und in der Welt die Zeichen auf Sturm, die Zeiger auf Alarm und läuten nicht die Glocken der Klöster und Kirchen, der Schlösser, Burgen und Rathäuser aus der Zeit der Kreuzzüge und auch heute noch von ihren Türmen, daß wieder Ritterorden mit Ethos, Kenner- und Könnerschaft in höchstem Maße erforderlich und gerufen sind, um die Kräfte und Strömungen, die das christliche Abendland, seine Idee und Kultur tödlich bedrohen, abzuwehren und mit geschliffener Feder und geistigem Schwert zu bekämpfen!?

Der Ruf nach Eliten ist unüberhörbar! Der Umbruch ist an vielen Orten im Gange, der Aufbruch bahnt sich an, der Durchbruch ist im Visier! In Zeitungen, Zeitschriften und Literatur erheben sich die Stimmen.

In vielen Zirkeln, studentischen Verbindungen und auch in den weltlichen Ritterorden in unserer Zeit wird neu über Aufgaben und Verpflichtungen nachgedacht, wie man in zeitgemäßer Form überlieferte Ziele, Aufgaben und Organisationen wieder fortführen und weiterentwickelten kann.

Besonnenheit im Handeln und Maß im Leben

So zum Beispiel auch der Prior des Tempelherren-Ordens, Deutsches Priorat, Dr. Edmund Sawall, am 4. Oktober 1991 anläßlich einer Rezeptionsansprache im Dom zu Braunschweig mit den Worten:

»Die ›tradierte Aufgabe‹, die wir heutigen Templer von unserem historischen Ursprungsorden ableiten, ist der geistige Geleitschutz.

Die Aufgabe des geistigen Geleitschutzes war nie dringender als heute, in der Krise der Moderne, an der Schwelle zur Überwindung des säkularisierten Geistes und seiner sozialistischen, materialistischen und atheistischen Folgen.

Wir Templer begründen unsere Lebensweise und unsere Handlungsnormen in den Bekenntnissen und Verpflichtungen unserer Ordensregeln, die wir in Sorge um den Zerfall der in Jahrhunderten gewachsenen Werte des christlichen Abendlandes und im Streben nach den ritterlichen Tugenden aus den überlieferten mittelalterlichen Ursprungsregeln in zeitgemäßer Form abgeleitet haben.

Im Bemühen um eigene geistige Vervollkommnung und mit dem Ziel, Antworten auf brennende Fragen unserer Zeit an die Gesellschaft zu geben, haben wir uns zusammengefunden ...
Der Ordensbruder bekennt sich zu den ritterlichen Tugenden: Glauben an Gott – Hilfe gegenüber jedermann – Treue gegenüber dem Orden – Tapferkeit in der geistigen Auseinandersetzung – Gerechtigkeit gegen jedermann – Weisheit im Entschluß – Gehorsam gegenüber dem Ganzen – Besonnenheit im Handeln und Zucht und Maß im Leben.«

Für Werte und Ideale einstehen

Und leidenschaftlich fügt der Prior Dr. Sawall diesem Bekenntnis hinzu:

»Mehr denn je brauchen wir heute eine Ordnung, die unsere komplexe Welt, unser chaotisches Dasein regelt; braucht unsere Zeit feste Leitmotive, nach denen wir unser Leben ausrichten können; brauchen wir gerade heute das Pflichtbewußtsein und den Opfermut des einzelnen; brauchen wir die echte Gemeinschaft, die dem einzelnen geistige und seelische Heimat ist; brauchen wir heute schließlich das offene Bekenntnis; mehr denn je die Bereitschaft, für Werte und Ideale zu kämpfen.
Solche Leitbilder aufzuzeigen,

Deutschland

Zeitgemäße Aufgaben eines modernen Ritterordens

selbst Vorbild zu sein, das ist die Aufgabe der Ordensgemeinschaft! Eines jeden einzelnen!

Unsere Eliten müssen global, weltgeschichtlich und ganzheitlich denken können, sonst begreifen sie die Welt nicht mehr!

Sie müssen wissen, daß man Geschichte kennen muß, um Zukunftsperspektiven haben zu können, um Antworten auf die Probleme der Gegenwart geben zu können!«

Bildung als Haltung

Unser Volk sagt das einfacher und kürzer: Wer ahnenlos ist, bleibt ahnungslos! Wer geschichtslos ist, bleibt gesichtslos!

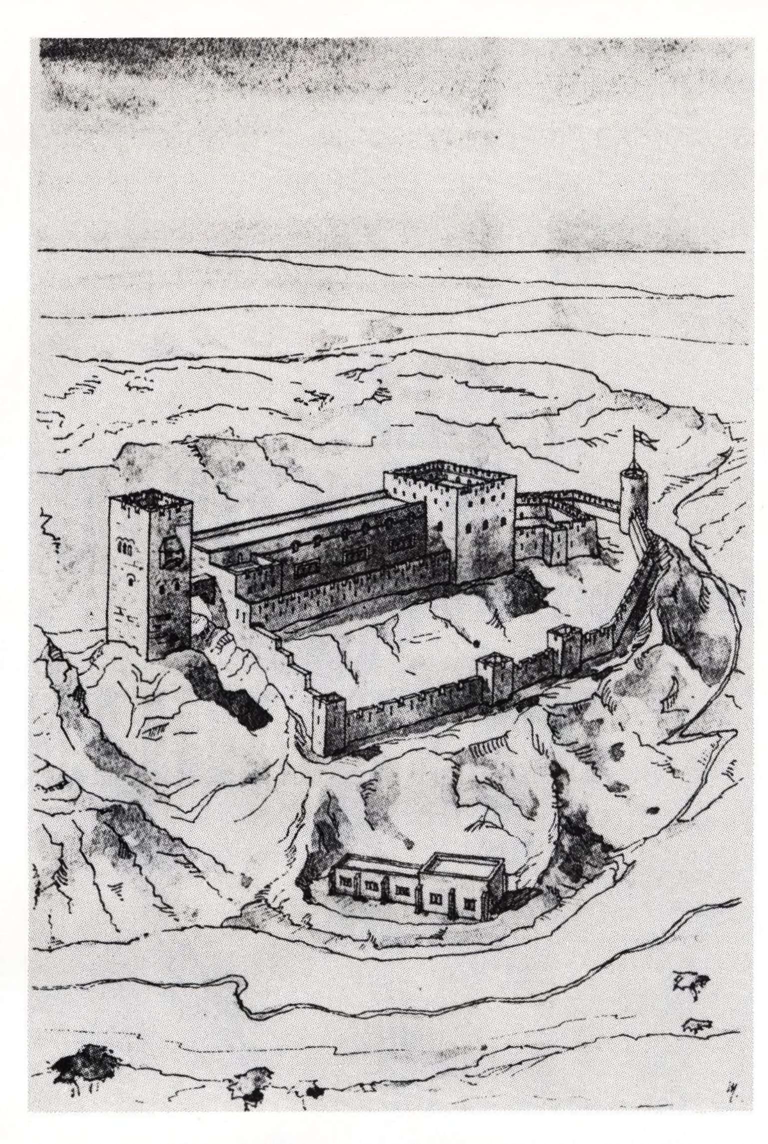
Mit Arnold Toynbee können wir sagen: »Geschichte ist die geistige Form in der sich ein Volk über seine Vergangenheit Rechenschaft gibt, um seine Zukunft zu gewinnen«!

Könnte man hier und heute in Abänderung des Wortes Toynbee's nicht auch sagen: »Geschichte ist die geistige Form, in der sich die heutigen Ritterorden über ihre Vergangenheit Rechenschaft geben, um ihre zeitgemäßen Aufgaben als moderne Ritterorden für ihre Zukunft bestimmen zu können«?

Die »Ritterrüstung« muß heute eine aufrechte, humane, ritterliche, geistliche und geistige Haltung sein. Bildung als Haltung!

Die »metallenen Waffen« früherer Zeit müssen die mit Herz und Verstand geführten geistigen Waffen geworden sein!

Die »Hospitäler für die Kranken und Verwundeten der Kreuzzüge« damaliger Art sollten heute die »Bildungsstätten« sein, um den vielen »Geistig-Fußkranken« und »Seelisch-Verwundeten« unserer Zeit aktiv und wirksam helfen zu können.



Kalaat Kourein, die Kreuzfahrerburg des Deutschen Ordens um 1230. Es handelt sich um eine freie Rekonstruktion.

Es gibt im ganzen Lande so viele Bildungsstätten, daß sie in allen Regionen zur Verfügung stehen, diese Bildungsarbeit sogar staatlich per Gesetz anerkannt, finanziell gefördert werden kann.

Und der »Geleitschutz« alter Art wird heute zum »geistigen Geleitschutz«, der sich in Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen darstellen kann und in Schriftenreihen zum Wegbegleiter wird.

Das »weite Feld« der Hilfe, Heilung und Rekultivierung kann das genze Vaterland, den Einfluß- und Wirkungsraum des Deutschen Ritterordens und auch der Hanse umfassen.
Zu den bestehenden »Hilfsgemeinschaften für Kranke und Bedürftige« können bewußt und gezielt weitere »Hilfsgemeinschaften« gebildet werden und zur Aktivierung aller Mitglieder beitragen. So zum Beispiel die »Hilfsgemeinschaft für Jugend, Erziehung und Bildung«, »Hilfsgemeinschaft für Königsberg und Nordostpreußen«, »Hilfsgemeinschaft für die baltischen Staaten und Ostseeanrainer«, »Hilfsgemeinschaft für die deutschen Freundeskreise in Schlesien«.

Das Volk ist führungslos

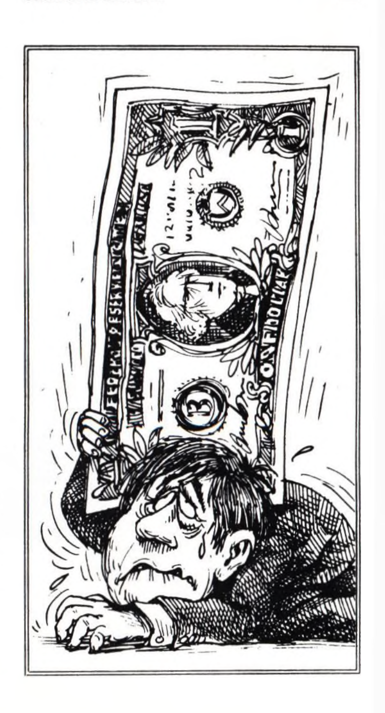
Hier sollte auch kein Zufall walten, sondern konzeptionell vorgegangen werden, indem man eine »Strategie-, Planungs- und Programm-Kommission« bildet und dazu auch eine »Finanz-, Organisations- und Koordinationskommission« aufbaut, die beide dem Ordenspräsidium zugeordnet werden.

Und noch eine Gruppe sollte gebildet werden: Man kann sie den »Politischen Rat« nennen. Denn der Orden sollte aus Gründen der Wirksamkeit bestrebt sein, auf allen politischen Ebenen möglichst zahlreich mit Amts- und Mandatsträgern vertreten zu sein!

Weil wir einer schwierigen Zeit als Volk und Staat entgegengehen, sollten sich die Ordensmitglieder geistig rüsten, politisch handlungsfähig sein! Unser Volk ist führungslos, es erwartet, daß sich die »planungslosen Eliten« (so ein Buchtitel von Glotz/Süßmuth/Seitz) zum verantwortungsvollen Handeln zusammentun!

Ein solches Konzept, gut durchdacht und vorbereitet, setzt alle Mitglieder in Verantwortung, zieht alle Generationen magnetisch an, setzt Koordination mit bestehenden Organisationen, Einrichtungen und tragenden Kräften voraus und muß planmäßig und flexibel umgesetzt werden.

Dann würde der Orden sehr bald eine gesuchte, gefragte und bekannte Leistungs- und Hilfsgemeinschaft des Volkes sein, für Stürme in Gegenwart und Zukunft gewappnet, ein »Montfort« der Gegenwart, das sich zu verteidigen weiß und den Weg in eine bessere Zukunft finden und sichern kann! □



Bildung

Anspruchs-denken schadet der Wirtschaft

Alfons Großbergen

Das Anspruchsdenken in der deutschen Bevölkerung nimmt immer mehr zu. Nicht nur, daß dadurch die Gefahr einer Zwei- oder gar Drei-Schichten-Gesellschaft besteht, schadet dieses in starkem Maße auch der deutschen Wirtschaft. Ausgelöst wurde diese Entwicklung in den siebziger Jahren durch die SPD-FDP-Koalition. Geändert hat sich seit der Wende 1982 hier aber nichts.

Einer der Gründe für das deutsche Wirtschaftswunder nach Ende des Zweiten Weltkriegs war das genau den Bedürfnissen eines modernen Industriestaates angepaßte dreiteilig gegliederte Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Das Bildungsniveau enttäuscht

Während die Hauptschule die Schüler in erster Linie auf einen Beruf als Handwerker oder für einfache – wobei das Wort nicht abwertend gemeint ist – Sachbearbeitertätigkeiten vorbereitete, war die Realschule das Sprungbrett in die mittlere Wirtschaftsebene. Das Gymnasium sollte dann die besonders begabten Schüler zur Übernahme von Führungsaufgaben schulen und ihnen das entsprechende Wissen vermitteln.

Da das Bildungsniveau damals noch sehr hoch war und die jeweiligen Schülerzahlen auch weitgehend den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprachen, blieben die Resultate auch nicht aus:

Trotz der Ausplünderung durch die alliierten Sieger des zweiten Weltringens entwickelte sich die Bundesrepublik dann auch binnen nur weniger Jahre zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt.

Obwohl sich Deutschland derzeit anschickt, trotz aller konjunktureller Probleme die Weltwirtschaftsmacht Nummer 1 zu werden, läßt das Bildungsniveau und damit auch automatisch die innere Kraft des Staates nach – selbst wenn dies vordergründig als Widerspruch erscheint. Doch ist weniger ein immer stärker werdendes Deutschland der Grund für den derzeitigen Anstieg, sondern die Schwäche der anderen Staaten.

Der Niedergang des deutschen Bildungswesens begann mit der Gründung und dem immer weiteren Ausbau der Gesamtschulen, was besonders von der SPD in ihrem sozialistischen Gleichheitswahn forciert wurde. »Gleiches Bildungsrecht für alle«, hieß es damals und heißt es heute, ungeachtet der intellektuellen Unterschiede, die es nun einmal gibt.

Die deutsche »Restschule«

Dieses ging und geht aber einher mit einer fehlenden Bereitschaft und Konsequenz, dem allzu verständlichen Willen der Eltern nach einem möglichst hohen Schulabschluß ihrer Sprößlinge entschieden entgegenzutreten und ein Klassendenken zu verhindern. Wie oft hört man von Arbeitern: »Mein Kind soll es später einmal besser haben.« Dabei wird gerne übersehen, daß der Arbeiter die Basis für jeden Wohlstand darstellt. Denn, etwas überspitzt ausgedrückt, genügen in einer entsprechend strukturierten Gesellschaft eine Handvoll Manager. Es werden aber immer Massen an Werktätigen gebraucht.

Betroffen von diesem Denken ist besonders die Hauptschule, die von vielen bereits als »Restschule« angesehen und mit einem negativen Status abgewertet wird. Dabei wird übersehen, daß es immer einen gewissen Anteil von Schülern geben wird, deren Qualifikationen in erster Linie auf handwerklichen Gebieten liegen. Aus diesem Grunde sollte sich die Hauptschule auch stärker auf diese Schüler konzentrieren und mit einer entsprechenden Unterrichtsgliederung die Schüler hier hinführen und sie auf diesem Gebiet entsprechend qualifizieren.

Ein weiterer Grund für das negative Image der Hauptschule sind sicherlich auch die hohen ausländischen Schülerzahlen. In vielen Klassen sind deutsche Schüler heute schon die Minderheit, machen manchmal sogar weniger als ein Drittel der Klassenstärke aus.

Nicht zuletzt auch aufgrund mangelnder Fähigkeiten der deutschen Sprache wird das Unterrichtsniveau aber gerade wegen den ausländischen Schülern bedenklich nach unten gezogen. Man sehe sich hierzu nur die entsprechenden Dokumentationen an, die dieses bestätigen.

Selbst die Realschulen werden heutzutage von vielen Eltern als nicht mehr erstrebenswert angesehen. »In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten braucht man den höchstmöglichen Abschluß«, heißt es dazu immer wieder fälschlicherweise. Gerade dadurch wird das Wirtschaftssystem aber kaputt gemacht.

Viele werden jetzt sagen »Einverstanden, aber die Unternehmen tragen eine gehörige Portion Mitschuld daran; denn während früher selbst Hauptschüler die Möglichkeit hatten, etwa bei einer Bank anzufangen, ist dies heute bei einem Realschulabschluß schwer genug«. Grund hierfür ist aber weniger eine Arroganz der Manager, sondern das gefährlich gesunkene Bildungsniveau: Denn, wenn man ehrlich ist, muß man doch folgendes zugeben: Die Realschüler haben heute nach der zehnten Klasse oftmals nur das Wissen, das vor zehn, 15 Jahren ein Abgänger aus der Hauptschule hatte!

Der Run auf die Universitäten

Die Hauptschuld hieran hat das ungebremste Streben nach einem Hochschulabschluß. So stellen nach einer Untersuchung des »Instituts der deutschen Wirtschaft« Studenten bereits einen Anteil von 23 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung. Bei den Studienanfängern liegt dieser Anteil sogar bereits bei 34 Prozent mit einer steigenden Tendenz! Ein Anteil von 40 Prozent würde aber bedeuten, daß die Zwei-Millionen-Grenze bei den Studenten erreicht ist!

Zwar steht außer Zweifel, daß der Akademikerbedarf angesichts der Änderung der Wirtschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft weiter zunehmen wird. Ein durchgängige Akademisierung der Wirtschaft ist aber absolute Utopie.

Vielmehr wird auch in Zukunft für zwei Drittel der Beschäftigten der Einstieg in das Berufsleben über eine abgeschlossene Berufsausbildung erfolgen. So wird dann für einen Großteil Hochschulabsolventen eine Integration in das Arbeitsleben künftig nur auf Arbeitsplätzen möglich sein, die unterhalb traditioneller Akademikerplätze liegt. Bereits heute sind 23 Prozent der erwerbstätigen Hochschulabsolventen als einfache Bürokraft, als angelernter Arbeiter, als Facharbeiter, Verkäufer oder Sachbearbeiter tätig.

Dieses hat die Gesellschaft aber eine Unmenge Geld gekostet. Nicht nur, daß sie hierfür drei oder vier Jahre länger als notwendig zur Schule gingen, kommen noch vier bis fünf Jahre Studium hinzu. Damit mußte der Staat also insgeseamt gesehen für Millionen Personen hohe Unterhaltszahlungen leisten, während gleichzeitig die Produktivität abnahm oder relativ weniger stieg.

Gleichzeitig führt dies in den Unternehmen dazu, daß die notwendigen Facharbeiter fehlen. □

Polen und der Druck des IWF

Wie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gefordert, beabsichtigt die polnische Regierung, in der nächsten Runde der Haushaltskürzungen und »Konsolidierungs«maßnahmen zwei Drittel des Kohlebergbaus stufenweise auslaufen zu lassen und 12500 Krankenpfleger nach Hause zu schicken.

Nach einem Bericht in der polnischen Tageszeitung »Gazeta Wyborza«, sieht der Regierungsplan zur Umstrukturierung der polnischen Stahlindustrie die Schließung von sieben Stahlwerken – Szczecin, Buczek, Bobrek, Batory, Ostrowiec, Bankowa und Kosciusko – bis zum Jahre 2000 vor, wobei 80000 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. 1988 gab es noch 200000 Stahlarbeiter; im Jahre 2002 wird es nur noch 40000 geben, und die Produktion wird nur noch 50 Prozent der von 1980 sein.

Der diesjährige Bericht des staatlichen Rechnungshofes stellte fest, daß 80 Prozent der Ausrüstung in polnischen Stahlwerken veraltet ist, daß neue Investitionen zu kostspielig seien, und daß nur zwei Stahlwerke, Kattowitz und Sendzimira, modernisiert werden. Das Industrieministerium hofft, für dieses Projekt von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Gelder zu bekommen.

In gleicher Weise sei kein Geld für das polnische Rote Kreuz vorhanden, das in der Vergangenheit vom Gesundheitsministerium, vom Arbeitsministerium und von örtlichen Regierungen finanziert wurde. Nach einem im November 1990 verabschiedeten Gesetz, das 1993 in Kraft treten soll, wird das polnische Rote Kreuz wegen seiner Finanzierung von örtlichen Regierungen abhängig sein. Es wird damit gerechnet, daß 12500 Krankenpfleger und -Schwestern ihren Arbeitsplatz verlieren und ältere Leute, die von ihnen abhängig sind, in Krankenhäuser verlegt werden müssen, die sich in einem furchtbaren Zustand befinden.

Die »Einsparungen« werden derzeit nicht spürbar werden, weil das polnische Rote Kreuz allen Krankenpflegern oder Krankenschwestern, die ihren Arbeitsplatz verlieren, 100 Milliarden Zlotys, oder 640 Dollar an Trennungsentschädigung zahlen muß. □

IWF für Zusammenbruch der Infrastruktur verantwortlich

»Die mehr und mehr parasitische Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist an dem Zusammenbruch der Infrastruktur und Wirtschaft Afrikas schuld«, schrieb Kevin Watkins, ein Berater für Politik der britischen Hilfsleistungsbehörde Oxfam in einem Kommentar im Londoner »Guardian«.

Watkins klagte an, daß die wachsende Wirtschafts-Währungskrise in Europa bei den diesjährigen Zusammenkünften zwischen dem IWF und der Weltbank in Washington »Afrika von der Tagesordnung weggefegt hat«. Dies sei nur »der letzte in einem Jahrzehnt der politischen Fehlschläge und des finanziellen Mismanagement, die von den beiden Institutionen orchestriert wurden. Seitdem die Schuldenkrise Anfang der achtziger Jahre zuschlug, dominieren der IWF und die Weltbank die Wirtschaftspolitik in Afrika. Da ein Land nach dem anderen der tödlichen Kombination steigende Zinssätze und sinkende Verbrauchsgüterpreise unterlag, sprang der IWF mit kurzfristigen Darlehen zur Tilgung von blühenden Handels- und Haushaltsdefiziten in die Bresche. Mit den Darlehen gingen Konditionen für gezielte Geldbeschaffung, Zinssätze und öffentliche Ausgaben einher, die die Haushaltsführung praktisch nach Washington verlagerten.«

Watkins beklagte, daß »der Freimarkt-Befehl« der sogenannten »Struktur-Anpassungsprogramme« (SAPs) des IWF jetzt »suprem über ganz Afrika herrscht, aber nirgendwo eine Erholung in Sicht ist.

Der Lebensstandard, der in den achtziger Jahren um ein Drittel fiel, ist weiter nach unten gerutscht ... Investitionen stagnieren um die Niveaus von Mitte der siebziger Jahre herum, die Infrastruktur bricht zusammen, Inflation ist an der Tagesordnung, und Hunger ist eine sich ausbreitende Bedrohung.«

Die Schuld für diese Entwicklungen, schrieb er, ist in der totalen Rückendeckung des IWF für »die Behauptungen der Gläubiger, die lähmenden Auslandsschulden des sub-saharanischen Afrikas könnten – und sollten – beglichen werden, wobei der Region so hohe Rückzahlungen auferlegt werden, daß das Wachstum zwangsläufig ersticken muß«.

Laut Watkins »hat sich in den letzten zehn Jahren die Schuldenlast des sub-saharanischen Afrikas auf 180 Milliarden Dollar verdreifacht, und die jährlichen Kosten des Schuldendienstes belaufen sich auf zehn Milliarden Dollar – wodurch die begrenzten Kapitalmittel der Region aufgesogen werden. Darüber hinaus, trotzdem sie fast ein Drittel ihrer Deviseneinkünfte zur Rückzahlung der Schulden verwenden, sammeln sich in den meisten Ländern mit erschreckendem Tempo Rückstände an. Kollektiv belaufen sich diese auf fast 11 Milliarden Dollar, im Vergleich zu 220 Millionen Dollar in den achtziger Jahren.

Die menschlichen Belastungen der Schuldenkrise Afrikas waren ungeheuerlich, da die Regierungen die Löhne und Gehälter des öffentlichen Sektors und den Haushalt für das Bildungswesen ausquetschten, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Schuldenrückzahlungen untergraben auch die Bemühungen zur Einführung erfolgreicher Marktreformen, darunter viele, die von der Weltbank und dem IWF vertreten werden.

Es hat wenig Zweck, daß der Generaldirektor des IWF, Michel Candessus, Erkärungen über die Linderung der Armut abgibt, wenn seine Institution Teil des Problems ist.« □

Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitsbahn in der Diskussion

Der Bau einer Nord-Süd-Achse für den Hochgeschwindigkeits-Bahnverkehr in Europa ist lebenswichtig, erklärte Heinz Dürr, Chef der Bundesbahn und Reichsbahn, nach einer Zusammenkunft mit mehreren nordeuropäischen Eisenbahndirektoren in Kopenhagen.

Auf der Sitzung, der auch Peter Langager von der Dänischen Staatsbahn (DSB) und Stig Larsson von der Schwedischen Staatsbahn (SJ) beiwohnten, wurden Beschlüsse über eine Politik verstärkter gemeinsamer Investitionen in die Entwicklung des kombinierten Bahn-Straßentransports im Hochgeschwindigkeits-Durchgangsverkehr mit Geschwindigkeiten von 200 Stundenkilometer und darüber gefaßt. Auch die Entwicklung und der Bau von Mehrfachsystem-Lokomotiven, um mehr grenzüberquerenden Bahntransportverkehr von unterschiedlichen elektrischen Stromen in Deutschland, Dänemark und Schweden zu machen, wurde auf der Sitzung befürwortet.

Die Direktoren forderten ihre jeweiligen Regierungen dazu auf, den Bau von Tunnels und Brükken über die drei baltischen Wasserstraßen, Fehmarnbelt, Fehmarnsund und Oresund, zu beschleunigen, um bis Anfang des kommenden Jahrhunderts die ungehinderte Durchfahrt von Eisenbahnzügen zwischen Schweden und dem kontinentalen Europa zu ermöglichen.

Es wird damit gerechnet, daß das Transportvolumen von Verbrauchsgütern zwischen dem europäischen Festland und Schweden, das 1990 bereits acht Millionen Tonnen pro Jahr erreichte, sich bis zum Jahr 2000 verdoppelt und bis 2010 verdreifachen wird.

In einem Überblick über die Pläne für neue Hochgeschwindigkeits-Transitstrecken quer durch den Kontinent und zur Türkei bis zum Jahr 2015 berichtete die

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, daß durch derartige Projekte drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. In dem Bericht ist von Plänen, die zwar noch nicht konkretisiert seien, in osteuropäischen Ländern für Verbindungen zu den vorwiegend westlichen Hochgeschwindigkeits-Projekten durch Ungarn, Tschechoslowakei bis in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, darunter eine Hochgeschwindigkeits-Bahnlinie von St. Petersburg nach Moskau, die Rede. □

Kernkraft-Pläne in Polen wiederbelebt

Der polnische Energie-Entwicklungsplan, der eine Kernkraft-Option enthält, gilt immer noch, sagte Jerzy Niewodniczanski, der Leiter der staatlichen Kernkraftbehörde, in einem Interview in der »Gazeta Wyborza«. Der Bau der ersten Kernkraftanlage in Zarnowiec (bei Danzig) wurde vor einigen Jahren auf Grund von Protesten abrupt eingestellt, aber gleichzeitig wurde ein Plan für Kernkraftwerke gebilligt. Dieser Plan ist noch vorhanden und kann verwendet werden, sagte er.

Niewodniczanski meinte, er glaube, daß das gesellschaftliche Klima für Investitionen in neue Energiequellen jetzt besser ist, und daß, falls das Land bis zum Jahr 2004, dem Zieldatum des alten Energieplanes der Regierung, mit Kernkraft versorgt werden soll, dann müsse der Bau mindestens eines Kernkraftwerkes in Angriff genommen werden.

Die Diskussion über die Kernkraft-Option wurde wieder aufgenommen, nachdem die Regierung soeben mit der amerikanischen Ölgesellschaft Amoco einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach ihr das Recht eingeräumt wird, in Polen nach Öl und Erdgas zu suchen. Die Bohrungen finden in Mittel- und Ostpolen über eine Fläche von 11 000 Quadratkilometer hinweg statt.

Amoco hat die geologische Exploration für die polnische Regierung auf eigene Kosten durchgeführt, und als Gegenleistung wurde ihr das Recht eingeräumt, dort zu bohren, wo sie will. Wenn die Amerikaner Öl finden, dann bekommen sie die exklusive Konzession, die Felder auszubeuten. Als Gegenleistung hat Polen das Vorkaufsrecht zum Kauf von Erdgas oder Öl von Amoco, jedoch zu Preisen, die von den Amerikanern festgelegt werden.

Da die Regierung die meisten polnischen Kohlenbergwerke schließen möchte, bedeutet diese Politik eine hohe Abhängigkeit vom guten Willen der Vereinigten Staaten – wenn Polen seine Kernkraft-Optionen nicht vorantreiben will. □

Kritik am traurigen Rekord des IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank haben massives menschliches Elend verursacht und Kapitalströme aus Ländern des Entwicklungssektors hinaus statt hinein geleitet, klagte David M. Gordon. Gordon ist Wirtschaftsprofessor an der New School for Social Research in New York City.

»Über die letzten 15 Jahre hinweg hat sich praktisch eine Weltregierung gebildet, geleitet von den parallelen internationalen Wirtschaftsinstitutionen – der IWF und die Weltbank –. In den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre hat deren Politik das Leben und den Lebensunterhalt von Hunderten von Millionen Menschen in den Entwicklungsländern verwüstet und die amerikanische Regierung unterhält in diesen beiden Institutionen fast eine beherrschende Mehrheit«, schrieb er.

»Diese Politik hat fast einheitlich zu dramatischen Kürzungen der Reallöhne der Arbeiter, scharfen Kürzungen im Lebensstandard der überwältigenden Mehrheit der Haushalte und zu größerer Ungleichheit bei den Einkommensverhältnissen geführt.

Und etwas noch auffallenderes ist, spätestens Mitte der achtziger Jahre führte diese Politik zu einem gewaltigen Netto-Strom von Hilfsmitteln aus den Entwicklungsländern zurück zu den fortschrittlichen Ländern. Steigende Handelsüberschüsse ermöglichten beträchtliche Rückzahlungen von Schulden des Südens an den Norden, während private Darlehensaufnahmen ... weiter rückläufig waren.«

Bis Ende der achtziger Jahre, schrieb Gordon, belief sich dieser Transfer vom Süden nach dem Norden auf 20 bis 40 Milliarden Dollar pro Jahr. »Die Entwicklungsländer ringen verzweifelt um Investitionskapital, aber das fließt in die verkehrte Richtung.« □

Polen verfügt harte Haushaltskürzungen

Die polnische Ministerpräsidentin Hanna Suchocka hat einen Gesetzesentwurf zur Kürzung des Haushalts auf dem Sektor des Gesundheitswesens unterzeichnet, der höhere Kosten für Grundarzneien und Krankenhausfürsorge nach sich ziehen wird. Die Polen werden teilweise die Kosten für Bett und Verpflegung bei Krankenhausaufenthalten tragen und sich auch an den Kosten für spezielle Gesundheitstests und Zahnpflege beteiligen müssen.

Die Haushaltskürzungen werden die Lage im Gesundheitswesen, das in den vergangenen Jahren schon unter einem ständigen Mangel an Arzneien und einer Auswaschung der Gesundheitsfürsorge gelitten hat, weiter verschlimmern.

Theoretisch ist die Gesundheitsfürsorge in Polen für alle Versicherten, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, immer noch frei. In der Praxis verlangen die meisten Kliniken und Krankenhäuser freiwillige Spenden, bevor sie jemanden zur Behandlung aufnehmen, und einige kostspielige Behandlungen haben eine »offizielle« Preisliste.

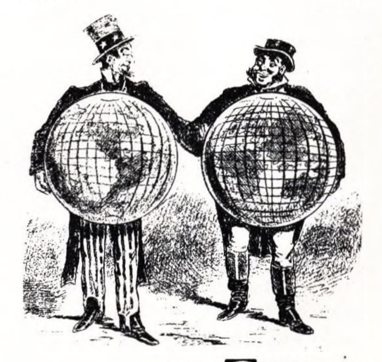
Die meisten Patienten zahlen – manchmal, weil sie mithelfen wollen, manchmal weil sie sich genieren oder sogar auf eine bessere Behandlung als die übliche hoffen. Oft verpachten Krankenhäuser auch ihr Grundstück an Buchläden, Zeitungskioske und sogar Frisöre, um zusätzliche Gelder zur Deckung der Wartungskosten hereinzuholen. □

Wirtschaft leidet unter den Auswirkungen der weltweiten Flaute

Nach zwei kürzlichen Meinungsumfragen des National Institute for Statistics (INSEE), basierend auf der Befragung von 3300 Firmenchefs, sieht die wirtschaftliche Situation in Frankreich äußerst düster aus. Wenn einige von ihnen während des ersten Quartals dieses Jahres immer noch auf einen Aufschwung hofften, rechnet jetzt niemand mehr damit. Alle Befragten weisen darauf hin, daß sie ihre Investitionen drastisch kürzen und Arbeitsplätze abbauen müssen.

Die Mehrheit der Firmen korrigierten ihre Erwartungen für das abgelaufene Jahr nach unten. Rhône Poulence gab verringerte Gewinne von schätzungsweise 20 Prozent zu Anfang des Jahres auf nunmehr zehn bis 15 Prozent bekannt. Die vierteljährlichen Gewinne von Total, der Ölgesellschaft, die kürzlich einen Teil ihres Kapitals privatisierte, gingen um 30 Prozent zurück. Andere Großfirmen wie der Club Mediterranée und Carrefour reduzierten ihre Gewinnschätzungen ebenfalls drastisch.

Die schlechtesten Ergebnisse zur Jahresmitte sind jedoch die von Crédit Lyonnais. Die Gewinne für das erste Halbjahr gingen im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 93 Prozent zurück. □



Europäische Gemeinschaft

Der Maastrichter Trichter

Siegfried Gärtner

Mit einem Massenaufgebot an Finanzmitteln und Medienreklame gelang es den interessierten internationalen Kreisen gerade noch, ein Nein der Franzosen zu Maastricht zu verhindern. Das knappe Ja kommt aber praktisch einer Niederlage der Brüsseler Eurotechnokraten gleich. Alle europäischen Völker, nicht nur die Franzosen, beginnen zu fühlen, daß ihnen da eine Einheitskappe übergestülpt werden soll, die ihnen nach und nach die eigene Persönlichkeit und ihr nationales Wesen raubt.

Aber das französische Referendum hat noch etwas offenbar gemacht, das gerade für uns Deutsche nicht minder wichtig ist: Aufgeschreckt durch das vorausgesagte knappe Ergebnis – die Demoskopen hatten Ende August sogar eine Neinmehrheit von 54 beziehungsweise 51 Prozent ausgekundschaftet – ließen vor allem die Maastrichtbefürworter unter der französischen Politikerkaste die Katze aus dem Sack.

Maastricht – ein Überversailles

Mitterrand und seine Ministerkollegen sowie die »Opposition« überschlugen sich in wortreichen Beschwörungen, doch ja den Maastrichter Vertrag nicht scheitern zu lassen, sei er doch das eleganteste und vortrefflichste Mittel, die Deutschen für immer an die Pariser Kette zu legen. Denn nichts anderes war der Sinn all dieser Erklärungen, all dieser Warnungen vor der Stärke der deutschen DM, einen neuen Pangermanismus, einem wirtschaftlichen Übergewicht des östlichen Nachbarn.

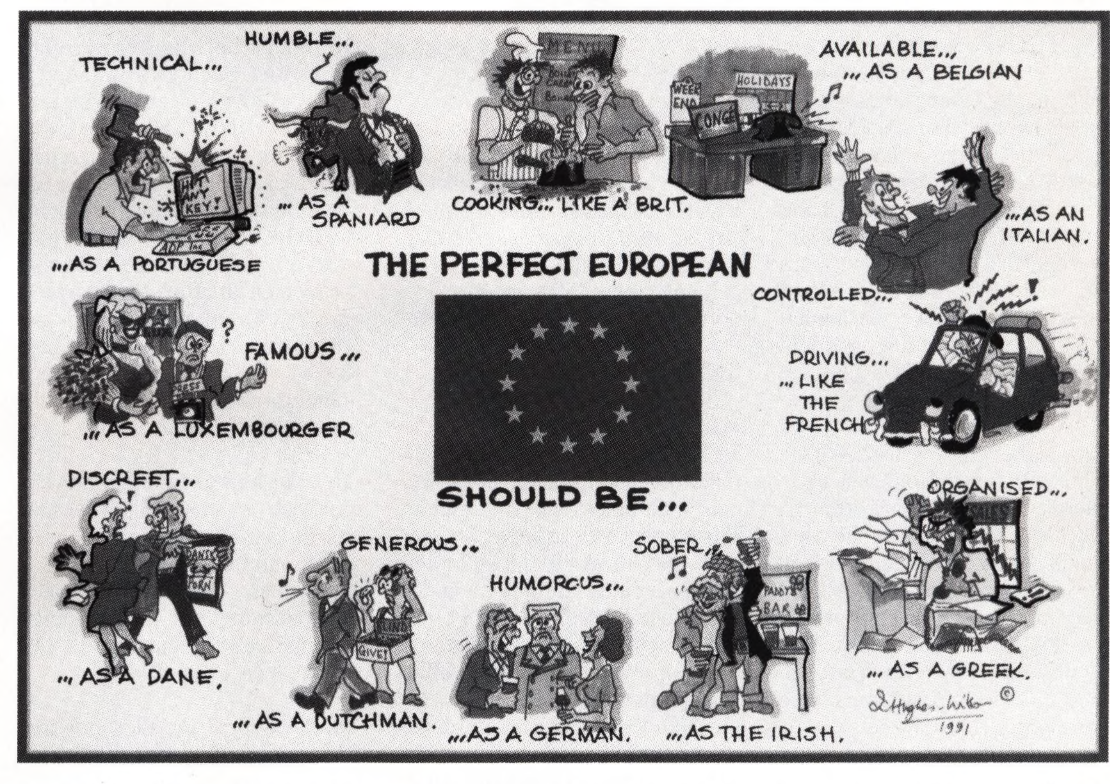
Einige Kommentatoren sahen das Bismarckreich wieder auferstehen, andere das »Heilige Römische Reich deutscher Nation«. Besonders hellhörige Warner vor der »deutschen Gefahr« vernahmen bereits wieder Kriegstrommeln am Rhein und an der Havel(!). Fest steht, daß wenn anläßlich eines deutschen Volksentscheids über Maastricht auch nur zehn Prozent der Polemik gegen unseren westlichen Nachbarn laut geworden wären, die die Franzosen wie selbstverständlich gegen Deutschland losließen, die Welt kopfgestanden wäre über soviel veralteten Chauvinismus und unbegreifliche Engstirnigkeit. Aber die Franzosen dürfen's eben.

Mitterrand wurde nicht müde, den Franzosen zu versichern, daß durch den Vertrag von Maastricht die französische Souveränität nicht im geringsten beeinträchtigt würde. Maastricht sei lediglich »die Antwort der Europäer auf die deutsche Wiedervereinigung« und im übrigen ein durch und durch französisches Projekt. Mit letzterem hatte er zweifellos recht. Seine Bemerkung bezüglich der deutschen Wiedervereinigung aber legt nahe, daß diese unerwünscht war, und entlarvt die Beteuerungen westlicher Staatsmänner aus früheren Jahren, wonach eben diese Wiedervereinigung ein gemeinsames Ziel sei, als reine Heuchelei. Der Westen war verbal für die deutsche Wiedervereinigung, solange sie unvollziehbar schien.

Worum es geht, brachte am besten der Pariser »Figaro« am Vortag des Volksentscheids auf den Begriff: »Maastricht, das ist Versailles ohne Krieg«. Im Dunstkreis des Versailler Diktats von 1919 lautete die Parole bekanntlich: »Le Boche payera tout – der Deutsche bezahlt alles«. Damals war man wenigstens noch so ehrlich, offen von »Reparationen« zu sprechen. Heute dagegen werden die deutschen Tributleistungen – denn um solche handelte es sich bereits bei der bisherigen EG-Prozedur – mit dem Begriff »Europa« umnebelt, vor dem schon Bismarck gewarnt hatte mit der Bemerkung, daß alles, was fremde Politiker nicht im eigenen Namen zu fordern wagten, sie umso lauter unter der europäischen Tarnkappe verkünden würden.

Der französischen Politik und in ihrem Schlepptau einigen anderen geht es vor allem darum, die wirtschaftliche Vorrangstellung Deutschlands, die sich bisher besonders in der harten DM niederschlug, zu brechen. Die nationalen Währungen sollen durch den Eurodollar, den sogenannten ECU, ersetzt werden. Schon die Bezeichnung »ECU« verrät die französische Handschrift; denn so nannte sich eine mittelalterliche französische Münze. Dieses »ECU« wird nun als Abkürzung für »European Currency Unit« (europäische Währungseinheit) übersetzt.

Bei der geplanten Maastrichter Währungsunion werden wir Deutschen eindeutig die Verlierer sein. Während man dem deutschen Wähler erzählte, die zukünftige europäische Zentralbank werde so unabhängig wie die jetzige Deutsche Bundesbank sein, erklärte Mitterrand, diese Zentralbank erhalte ihre Weisungen selbstverständlich vom europäischen Ministerrat, in welchem die Deutschen immer überstimmt werden, falls ihre Minister je gewillt sein sollten, deutsche Positionen zu verteidigen, worüber wir begründete Zweifel hegen dürfen.



Man kann ruhig davon ausgehen, daß die berüchtigten »Währungsturbulenzen« kurz vor dem französischen Volksentscheid, die zur Abwertung des britischen Pfunds und der italienischen Lira führten, mindestens zur Hälfte künstlich »gemacht« wurden, um die Wähler jenseits des Rheins und der Vogesen zu beeinflussen. Denn einträchtig verkündeten daraufhin die Massenmedien den erstaunten Europäern, »so etwas« könne nach der Maastrichter Währungsunion nicht mehr geschehen.

Solche Verlautbarungen sind aber nichts als bewußte Täuschung. Denn in Wirklichkeit waren Pfund und Lira nur künstlich überwertet, um sie innerhalb der »europäischen Währungsschlange« zu halten. Ihr Wert entsprach also nicht den realen Leistungs- und Marktgegebenheiten.

Diese Unterschiede würden aber durch eine Währungsunion nicht einfach fortgewischt, sondern laufend durch Schwächung der deutschen Wirtschaft »harmonisiert«, das heißt, durch einen einheitlichen Währungsmantel verdeckt, so lange bis die gesamte europäische Wirtschaft im Keller läge. Jeglicher deutsche Protest gegen eine solche Entwicklung würde dann als Verstoß gegen geheiligte europäische Vertragsprinzipien hinweggewischt werden.

Im übrigen ist klar, daß Länder wie Portugal, Italien, Spanien und Griechenland nicht aus Idealismus »Europa« beigetreten sind, sondern nur weil sie handfeste Vorteile für sich selbst erwarten. Diese Vorteile werden aber auf Kosten der »Reichen«, das heißt, im Klartext fast ausschließlich der Deutschen gehen. Noch größeren Nutzen rechnen sich jene Länder durch den Vertrag von Maastricht aus.
Die Deutschen, deren Land nach zwei Weltkriegen an allen Seiten grausam amputiert wurde, die nach 1945 ein völlig zerstörtes Restgebiet wieder aufbauten, werden nun dauernd als »reich« bezeichnet, was sich immer wie ein moralischer Makel anhört. Man neidet uns vor allem die Ausfuhrstärke unserer Wirtschaft, ohne zu bedenken, wovon unser Volk eigentlich leben soll, nachdem es ein gutes Drittel des einst geschlossenen Volksbodens verloren hat und unsere Landwirtschaft durch die EG bereits bis auf Reste vernichtet wurde.

Die kalte Liquidierung des Grundgesetzes

Der Vertrag von Maastricht ist, obwohl wirtschaftliche Fragen dauernd in den Vordergrund geschoben werden, eine zutiefst politische Abmachung. Es geht dabei nahezu ausschließlich um den Wunsch der Westmächte, vor allem Frankreichs, Deutschland »irreversibel« in den Westen einzubinden, das heißt, praktisch eine eigenständige deutsche Politik für immer unmöglich zu machen. Daher schrieb ein Kommentator der »Frankfurter Zeitung« kürzlich, mit »Maastricht« sei die deutsche Geschichte beendet, sie gehe hinfort in der europäischen auf.

Verfassungsrechtler erklären, mit diesem Vertrag höre Deutschland auf, ein Völkerrechtssubjekt zu sein. Was uns da die jetzige Bundesregierung unter Zustimmung der »Opposition« einbrockt, ist also nichts anderes als die kalte Liquidierung des Grundgesetzes und die restlose Preisgabe jeglicher deutscher Selbstbestimmung.

Daß hingegen Frankreich und England nicht daran denken, ihre eigene Souveränität aufzugeben, steht fest. England hat sich bereits bei der Vertragsabfassung Sonderrechte gesichert. Hinzu tritt ein sehr wesentlicher Punkt: England und Frankreich sind Atommächte. Diese Atomstreitkräfte bleiben unter nationalem Oberbefehl. Normalerweise müßten solche Militärverbände bei einem geplanten Bundesstaat auf die Gemeinschaft übergehen. Länder ohne Atomwaffen sind heute praktisch unbewaffnet. Bleiben diese Atomwaffen nur bei zwei der Mitglieder einer zukünftigen »politischen Union«, so ist in der Tat ein Zweiklasseneuropa hergestellt. Das wäre ungefähr so, als hätte Bismarck 1870 gesagt, die Preußen erhalten Maschinengewehre, aber die Bayern nur Armbrüste.

Außerdem müßte der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat, den Großbritannien und Frankreich einnehmen, ebenso auf die Gemeinschaft übergehen, oder aber zumindest Deutschland und Italien müßten ebenfalls einen solchen Sitz erhalten, was keineswegs sicher ist.

Seit über zwei Jahren sind die neuen Bundesländer ohne Vertretung im sogenannten Straßburger Europaparlament. Mitterrand hat solches verhindert. Dies sei, so sagte er, »sehr wichtig für Frankreich«. Hierbei ist weniger die Arroganz des französischen Staatschefs anzuprangern, als vielmehr die erbärmliche Bonner Trottelhaftigkeit, die dies alles wortlos hinnimmt.

Die Vorstufe zu »One World«

Es gibt tausend Gründe, die dartun, daß dieses Maastrichter Europa gar nicht wird funktionieren können, daß es also zum Scheitern verurteilt ist. Beinahe wäre es bereits anläßlich des französischen Volksentscheids zum Rohrkrepierer geworden. Dieser an sich tröstliche Aspekt wird aber getrübt durch die Überlegung, daß eine nun einmal durchgepeitschte Maastrichter Union durch ihr unausweichliches späteres Scheitern unabsehbare Schäden hervorrufen wird. Die Befürchtung drängt sich auf, daß sich dann wieder alle Vorwürfe und Schuldzuweisungen gegen Deutschland richten werden. Daß dann versucht werden wird, das Kunstgebilde sogar durch Gewalt zu retten.

Maastricht ist der Trichter, in den die Europäer gegossen werden sollen, um dann in einem Einheitsbrei als Vorstufe zur »One World« zu enden. Hält Paris vielleicht deshalb seine »Force de frappe« in der Hinterhand? Sind deshalb nach wie vor Kurzstrekkenraketen auf deutsches Gebiet gerichtet?

Jugoslawien sollte warnen!

Denn dieses stellt nichts anderes dar als ein Maastrichter Europa im kleinen. Slowenien und Kroatien als die wirtschaftlich stärksten Bundesstaaten hatten am meisten an den Gesamtstaat abzugeben. Die politische und militärische Macht aber lag eindeutig bei den Serben mit ihrem Zentrum Belgrad. Mazedonien und der Kosovo stellten das Armenhaus des südslawischen Kunstgebildes dar. Übertragen wir dieses Modell auf »Maastricht«, so entsprächen Slowenien und Kroatien Deutschland, Serbien England und Frankreich, Mazedonien den südeuropäischen Ländern.

Dabei wird sofort klar, daß die Erfolgsaussichten für Jugoslawien sogar tausendfach besser standen, als sie es für die Brüsseler oder Maastrichter Konstruktion je sein könnten. Denn immerhin handelte es sich bei Jugoslawien um einen kleineren überschaubaren Raum; seine Bewohner bestanden zum weit überwiegenden Teil aus Südslawen. Außerdem gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg den Illyrismus, eine geistige Bewegung, die in gebildeten Kreisen den Gedanken an eine Vereinigung der Südslawen in einem neuen Staat förderte, indem sie auf die gemeinsame illyrische Vergangenheit jener europoäischen Region hinwies. Und trotzdem versinkt heute die »multikulturelle Gesellschaft« des einstigen Jugoslawiens in Blut und Chaos. Kann es eigentlich noch ein deutlicheres Warnsignal geben?

Geschichtliche Wahrheit tut not

Was wir bitter brauchen, ist keine blutleere Staatskonstruktion der Technokraten und Plutokraten, sondern ein Europa der Vaterländer. Europa war immer ein Kontinent verschiedener Völker, Nationen und Kulturen, die seinen Reichtum ausmachten. Eine europäische Einheitsnation wird und kann es nie geben. Der bloße Gedanke an eine zweite USA auf europäischem Boden schreckt. Dieses Europa der Zukunft muß auf der festen Grundlage der historischen Wahrheit stehen. Keine einseitigen Anprangerungen und Schuldzuweisungen.
Schluß mit der Sieger- und Besiegtenmentalität und dem darauf fußenden Zweiklasseneuropa!

Nur auf dem Boden von Wahrheit und Gerechtigkeit ist auch die so notwendige echte Versöhnung möglich.

»Maastricht« ist ein Hohn auf freie Volkssouveränität und demokratische Selbstbestimmung. Je schneller das Wahnprodukt verschwindet, desto besser! □

Devisen

Der Verrat an der Zukunft

C. Gordon Tether

Wird die Rückkehr zu frei veränderlichen Devisenkursen das Mittel sein, um der sich verstärkenden internationalen Turbulenz auf dem Finanzsektor Herr zu werden?

Es ist von wesentlicher Bedeutung zu verstehen, daß Britanniens Ausscheiden aus dem Exchange Rate Mechanismus (ERM), dem Wechselkursmechanismus der Europäischen Gemeinschaft (EG), nicht deswegen eintrat, weil London zu dem Schluß gekommen ist, das Wirtschaftleben wäre leichter, wenn ein feststehendes Paritätsverhältnis zwischen dem Pfund Sterling und den Währungen der anderen Mitgliedstaaten nicht mehr erforderlich ist.

Das Fett war im Feuer

Bis zu dem Zeitpunkt, als das Pfund Sterling aus dem Wechselkurssystem herausgenommen wurde, hatte Premierminister John Major immer wieder versichert, daß ein solcher Schritt, um seine eigenen Worte zu benutzen, ein »Verrat an unserer Zukunft« – und folglich »undenkbar« sei.

Das Pfund hatte sich dem Dollar mit dem festgesetzten Wechselkurs angeschlossen, weil es keinen anderen Weg gab, die gewaltigen Drucke, die sich aus der Kapitalflucht aus London ergaben, zu begrenzen. Selbst der gigantische Eingriff der Zentralbanken in die Märkte – die deutsche Bundesbank zum Beispiel soll der »Sache« 50 Milliarden Dollar gewidmet haben – konnte die Flut nicht vollständig eindämmen. Die Tatsache, daß, nachdem man das Pfund aus dem Wechselkurssystem ausscheiden ließ und dieses dadurch eine beträchtliche Abwertung erlitten hatte, die britische Regierung plötzlich »entdeckte«, daß dies sehr viel Sinn machte, erklärte sich einzig und allein aus politischen Erwägungen heraus.

Was auch immer die ursächlichen Zusammenhänge sein mögen, das Fett war im Feuer.

Ein weiteres großes Mitgliedsland der EG schloß sich Britannien an und schied ebenfalls aus dem Wechselkursmechanismus aus. Und es wurde bald klar, daß einige andere Länder sich durch das Verhalten der Geldmärkte ebenfalls gezwungen sehen konnten, den gleichen Weg zu beschreiten.

Es stimmt, daß es dem Hauptexponenten des Wechselkursmechanismus – Deutschland – gelingen könnte, die Länder, die ihm unter geographischen und wirtschaftlichen Aspekten so nahe liegen, so zusammenzuhalten, daß sie sich in der Sache der Devisenkurse nach Deutschland richten. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß das Unternehmen feste Paritäten der Gemeinschaft einen schweren Rückschlag erlitten hat. Und dies ist eine Entwicklung, die für das Wirtschaftleben weit über die Grenzen der EG hinaus Bedeutung hat.

Abwertungen sind die Folge

Erstens, weil Fluchtbewegung aus den Wechselkurssystem immer Abwertungen der betreffenden Währung nach sich ziehen, werden etliche bedeutende Währungen für Ausländer billiger werden, als sie vorher waren. Es ist zum Beispiel der Fall, daß Amerikaner, die das Vereinigte Königreich besuchen, von nun an ihre Rechnungen mit dem abgewerteten Pfund Sterling bezahlen werden – was sie, kurz gesagt, auf Dollar-Basis gerechnet, um zehn Prozent und darüberhinaus weniger belasten wird.

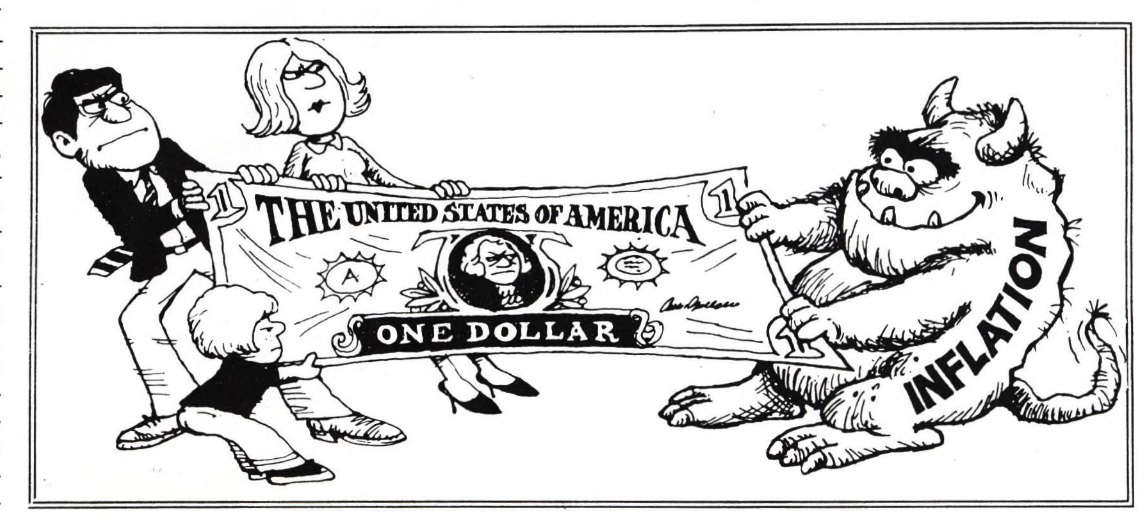
Und was noch bedeutsamer ist, das Ausscheiden aus dem Wechselkursmechanismus einzelner Länder bedeutet auch, daß sich der Anteil der weltweit mit frei veränderlichen Kursen abgeschlossenen Devisengeschäfte zu Lasten der auf der Basis von festen Wechselkursen abgeschlossenen Geschäfte beträchtlich erhöhen wird. Offensichtlich in dem Sinne, daß diese Umwälzung eine Insel ist von verhältnismäßig hoher Stabilität auf einem Weltgeldmarkt, der mehr und mehr einer durch unbeständige Kapitalbewegungen hervorgerufenen Destabilisierung ausgesetzt ist, beträchtlich erodiert hat, kann dies nur als Rückschritt angesehen werden – selbst wenn es dazu gedient hat, schwache Stellen in der globalen Struktur, wie die Überbewertung des Pfund Sterling, der italienischen Lira, der spanischen Peseta und des portugisischen Escudos auszumerzen.

Wen man jedoch die Aufmerksamkeit auf die Frage richtet, warum dies geschehen mußte, dann wird offensichtlich, daß alle Bemühungen zur Schaffung der bestehenden Systeme der festen Parität unter einer eingebauten Schwäche litten, die ihre Wirksamkeit stark beeinträchtigt haben. Dies beruht auf der Tatsache, daß sich das Wirtschaftsglück der beteiligten Länder im Laufe der Jahre unvermeidlicherweise recht unterschiedlich verhalten hat – vor allem zum Beispiel wegen der jeweiligen Inflationsrate.

Es folgt daraus, daß, falls die derzeitigen festen Paritäten nicht von Zeit zu Zeit angepaßt werden, um den fortlaufenden Veränderungen in der tatsächlichen Kaufkraft der beteiligten Währungen gerecht zu werden, schließlich eine explosive Lage entstehen wird – eine Situation, in der es mehr und mehr Raum für eine äußerst störende Devisenmarktspekulation geben wird. Dies ist genau das, was kürzlich mit dem Wechselkurssystem der EG passiert ist.

Die brave neue Welt von Bretton Woods

Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß Systeme mit fester Parität nicht unbedingt so gegenproduktiv sein müssen, wenn sie mit geeigneten Realignment-Verfahren ausgestattet werden.



Man kann ruhig davon ausgehen, daß die berüchtigten »Währungsturbulenzen« kurz vor dem französischen Volksentscheid, die zur Abwertung des britischen Pfunds und der italienischen Lira führten, mindestens zur Hälfte künstlich »gemacht« wurden, um die Wähler jenseits des Rheins und der Vogesen zu beeinflussen. Denn einträchtig verkündeten daraufhin die Massenmedien den erstaunten Europäern, »so etwas« könne nach der Maastrichter Währungsunion nicht mehr geschehen.

Solche Verlautbarungen sind aber nichts als bewußte Täuschung. Denn in Wirklichkeit waren Pfund und Lira nur künstlich überwertet, um sie innerhalb der »europäischen Währungsschlange« zu halten. Ihr Wert entsprach also nicht den realen Leistungs- und Marktgegebenheiten.

Diese Unterschiede würden aber durch eine Währungsunion nicht einfach fortgewischt, sondern laufend durch Schwächung der deutschen Wirtschaft »harmonisiert«, das heißt, durch einen einheitlichen Währungsmantel verdeckt, so lange bis die gesamte europäische Wirtschaft im Keller läge. Jeglicher deutsche Protest gegen eine solche Entwicklung würde dann als Verstoß gegen geheiligte europäische Vertragsprinzipien hinweggewischt werden.

Im übrigen ist klar, daß Länder wie Portugal, Italien, Spanien und Griechenland nicht aus Idealismus »Europa« beigetreten sind, sondern nur weil sie handfeste Vorteile für sich selbst erwarten. Diese Vorteile werden aber auf Kosten der »Reichen«, das heißt, im Klartext fast ausschließlich der Deutschen gehen. Noch größeren Nutzen rechnen sich jene Länder durch den Vertrag von Maastricht aus.
Die Deutschen, deren Land nach zwei Weltkriegen an allen Seiten grausam amputiert wurde, die nach 1945 ein völlig zerstörtes Restgebiet wieder aufbauten, werden nun dauernd als »reich« bezeichnet, was sich immer wie ein moralischer Makel anhört. Man neidet uns vor allem die Ausfuhrstärke unserer Wirtschaft, ohne zu bedenken, wovon unser Volk eigentlich leben soll, nachdem es ein gutes Drittel des einst geschlossenen Volksbodens verloren hat und unsere Landwirtschaft durch die EG bereits bis auf Reste vernichtet wurde.

Die kalte Liquidierung des Grundgesetzes

Der Vertrag von Maastricht ist, obwohl wirtschaftliche Fragen dauernd in den Vordergrund geschoben werden, eine zutiefst politische Abmachung. Es geht dabei nahezu ausschließlich um den Wunsch der Westmächte, vor allem Frankreichs, Deutschland »irreversibel« in den Westen einzubinden, das heißt, praktisch eine eigenständige deutsche Politik für immer unmöglich zu machen. Daher schrieb ein Kommentator der »Frankfurter Zeitung« kürzlich, mit »Maastricht« sei die deutsche Geschichte beendet, sie gehe hinfort in der europäischen auf.

Verfassungsrechtler erklären, mit diesem Vertrag höre Deutschland auf, ein Völkerrechtssubjekt zu sein. Was uns da die jetzige Bundesregierung unter Zustimmung der »Opposition« einbrockt, ist also nichts anderes als die kalte Liquidierung des Grundgesetzes und die restlose Preisgabe jeglicher deutscher Selbstbestimmung.

Daß hingegen Frankreich und England nicht daran denken, ihre eigene Souveränität aufzugeben, steht fest. England hat sich bereits bei der Vertragsabfassung Sonderrechte gesichert. Hinzu tritt ein sehr wesentlicher Punkt: England und Frankreich sind Atommächte. Diese Atomstreitkräfte bleiben unter nationalem Oberbefehl. Normalerweise müßten solche Militärverbände bei einem geplanten Bundesstaat auf die Gemeinschaft übergehen. Länder ohne Atomwaffen sind heute praktisch unbewaffnet. Bleiben diese Atomwaffen nur bei zwei der Mitglieder einer zukünftigen »politischen Union«, so ist in der Tat ein Zweiklasseneuropa hergestellt. Das wäre ungefähr so, als hätte Bismarck 1870 gesagt, die Preußen erhalten Maschinengewehre, aber die Bayern nur Armbrüste.

Außerdem müßte der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat, den Großbritannien und Frankreich einnehmen, ebenso auf die Gemeinschaft übergehen, oder aber zumindest Deutschland und Italien müßten ebenfalls einen solchen Sitz erhalten, was keineswegs sicher ist.

Seit über zwei Jahren sind die neuen Bundesländer ohne Vertretung im sogenannten Straßburger Europaparlament. Mitterrand hat solches verhindert. Dies sei, so sagte er, »sehr wichtig für Frankreich«. Hierbei ist weniger die Arroganz des französischen Staatschefs anzuprangern, als vielmehr die erbärmliche Bonner Trottelhaftigkeit, die dies alles wortlos hinnimmt.

Die Vorstufe zu »One World«

Es gibt tausend Gründe, die dartun, daß dieses Maastrichter Europa gar nicht wird funktionieren können, daß es also zum Scheitern verurteilt ist. Beinahe wäre es bereits anläßlich des französischen Volksentscheids zum Rohrkrepierer geworden. Dieser an sich tröstliche Aspekt wird aber getrübt durch die Überlegung, daß eine nun einmal durchgepeitschte Maastrichter Union durch ihr unausweichliches späteres Scheitern unabsehbare Schäden hervorrufen wird. Die Befürchtung drängt sich auf, daß sich dann wieder alle Vorwürfe und Schuldzuweisungen gegen Deutschland richten werden. Daß dann versucht werden wird, das Kunstgebilde sogar durch Gewalt zu retten.

Maastricht ist der Trichter, in den die Europäer gegossen werden sollen, um dann in einem Einheitsbrei als Vorstufe zur »One World« zu enden. Hält Paris vielleicht deshalb seine »Force de frappe« in der Hinterhand? Sind deshalb nach wie vor Kurzstreckenraketen auf deutsches Gebiet gerichtet?

Jugoslawien sollte warnen!

Denn dieses stellt nichts anderes dar als ein Maastrichter Europa im kleinen. Slowenien und Kroatien als die wirtschaftlich stärksten Bundesstaaten hatten am meisten an den Gesamtstaat abzugeben. Die politische und militärische Macht aber lag eindeutig bei den Serben mit ihrem Zentrum Belgrad. Mazedonien und der Kosovo stellten das Armenhaus des südslawischen Kunstgebildes dar. Übertragen wir dieses Modell auf »Maastricht«, so entsprächen Slowenien und Kroatien Deutschland, Serbien England und Frankreich, Mazedonien den südeuropäischen Ländern.

Dabei wird sofort klar, daß die Erfolgsaussichten für Jugoslawien sogar tausendfach besser standen, als sie es für die Brüsseler oder Maastrichter Konstruktion je sein könnten. Denn immerhin handelte es sich bei Jugoslawien um einen kleineren überschaubaren Raum; seine Bewohner bestanden zum weit überwiegenden Teil aus Südslawen. Außerdem gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg den Illyrismus, eine geistige Bewegung, die in gebildeten Kreisen den Gedanken an eine Vereinigung der Südslawen in einem neuen Staat förderte, indem sie auf die gemeinsame illyrische Vergangenheit jener europoäischen Region hinwies. Und trotzdem versinkt heute die »multikulturelle Gesellschaft« des einstigen Jugoslawiens in Blut und Chaos. Kann es eigentlich noch ein deutlicheres Warnsignal geben?

Geschichtliche Wahrheit tut not

Was wir bitter brauchen, ist keine blutleere Staatskonstruktion der Technokraten und Plutokraten, sondern ein Europa der Vaterländer. Europa war immer ein Kontinent verschiedener Völker, Nationen und Kulturen, die seinen Reichtum ausmachten. Eine europäische Einheitsnation wird und kann es nie geben. Der bloße Gedanke an eine zweite USA auf europäischem Boden schreckt. Dieses Europa der Zukunft muß auf der festen Grundlage der historischen Wahrheit stehen. Keine einseitigen Anprangerungen und Schuldzuweisungen.
Schluß mit der Sieger- und Besiegtenmentalität und dem darauf fußenden Zweiklasseneuropa!

Nur auf dem Boden von Wahrheit und Gerechtigkeit ist auch die so notwendige echte Versöhnung möglich.

»Maastricht« ist ein Hohn auf freie Volkssouveränität und demokratische Selbstbestimmung. Je schneller das Wahnprodukt verschwindet, desto besser! □

Devisen

Der Verrat an der Zukunft

C. Gordon Tether

Wird die Rückkehr zu frei veränderlichen Devisenkursen das Mittel sein, um der sich verstärkenden internationalen Turbulenz auf dem Finanzsektor Herr zu werden?

Es ist von wesentlicher Bedeutung zu verstehen, daß Britanniens Ausscheiden aus dem Exchange Rate Mechanismus (ERM), dem Wechselkursmechanismus der Europäischen Gemeinschaft (EG), nicht deswegen eintrat, weil London zu dem Schluß gekommen ist, das Wirtschaftleben wäre leichter, wenn ein feststehendes Paritätsverhältnis zwischen dem Pfund Sterling und den Währungen der anderen Mitgliedstaaten nicht mehr erforderlich ist.

Das Fett war im Feuer

Bis zu dem Zeitpunkt, als das Pfund Sterling aus dem Wechselkurssystem herausgenommen wurde, hatte Premierminister John Major immer wieder versichert, daß ein solcher Schritt, um seine eigenen Worte zu benutzen, ein »Verrat an unserer Zukunft« - und folglich »undenkbar« sei.

Das Pfund hatte sich dem Dollar mit dem festgesetzten Wechselkurs angeschlossen, weil es keinen anderen Weg gab, die gewaltigen Drucke, die sich aus der Kapitalflucht aus London ergaben, zu begrenzen. Selbst der gigantische Eingriff der Zentralbanken in die Märkte - die deutsche Bundesbank zum Beispiel soll der »Sache« 50 Milliarden Dollar gewidmet haben - konnte die Flut nicht vollständig eindämmen. Die Tatsache, daß, nachdem man das Pfund aus dem Wechselkurssystem ausscheiden ließ und dieses dadurch eine beträchtliche Abwertung erlitten hatte, die britische Regierung plötzlich »entdeckte«, daß dies sehr viel Sinn machte, erklärte sich einzig und allein aus politischen Erwägungen heraus.

Was auch immer die ursächlichen Zusammenhänge sein mögen, das Fett war im Feuer.

Ein weiteres großes Mitgliedsland der EG schloß sich Britannien an und schied ebenfalls aus dem Wechselkursmechanismus aus. Und es wurde bald klar, daß einige andere Länder sich durch das Verhalten der Geldmärkte ebenfalls gezwungen sehen konnten, den gleichen Weg zu beschreiten.

Es stimmt, daß es dem Hauptexponenten des Wechselkursmechanismus - Deutschland - gelingen könnte, die Länder, die ihm unter geographischen und wirtschaftlichen Aspekten so nahe liegen, so zusammenzuhalten, daß sie sich in der Sache der Devisenkurse nach Deutschland richten. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß das Unternehmen feste Paritäten der Gemeinschaft einen schweren Rückschlag erlitten hat. Und dies ist eine Entwicklung, die für das Wirtschaftleben weit über die Grenzen der EG hinaus Bedeutung hat.

Abwertungen sind die Folge

Erstens, weil Fluchtbewegung aus den Wechselkurssystem immer Abwertungen der betreffenden Währung nach sich ziehen, werden etliche bedeutende Währungen für Ausländer billiger werden, als sie vorher waren. Es ist zum Beispiel der Fall, daß Amerikaner, die das Vereinigte Königreich besuchen, von nun an ihre Rechnungen mit dem abgewerteten Pfund Sterling bezahlen werden - was sie, kurz gesagt, auf Dollar-Basis gerechnet, um zehn Prozent und darüberhinaus weniger belasten wird.

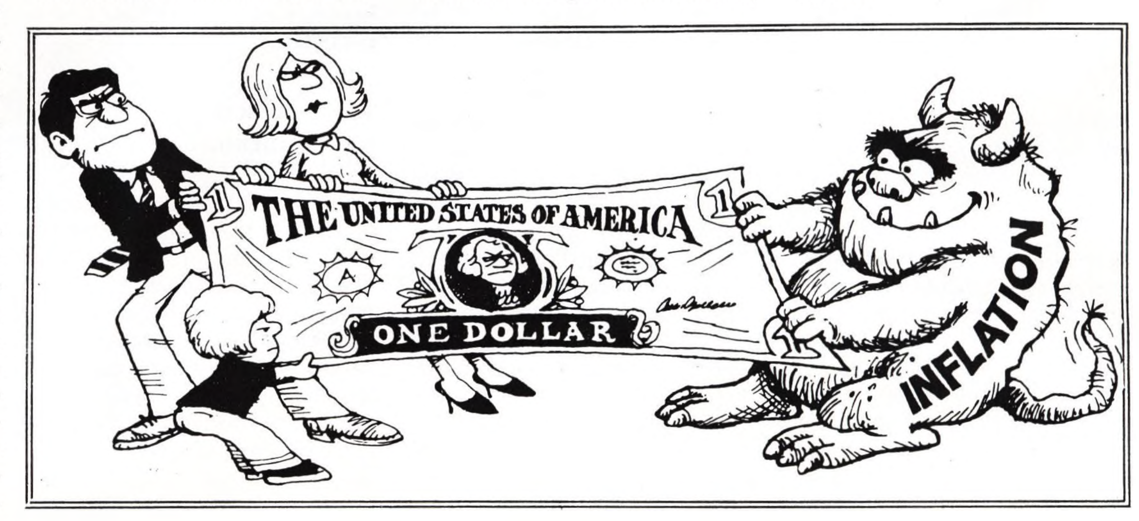
Und was noch bedeutsamer ist, das Ausscheiden aus dem Wechselkursmechanismus einzelner Länder bedeutet auch, daß sich der Anteil der weltweit mit frei veränderlichen Kursen abgeschlossenen Devisengeschäfte zu Lasten der auf der Basis von festen Wechselkursen abgeschlossenen Geschäfte beträchtlich erhöhen wird. Offensichtlich in dem Sinne, daß diese Umwälzung eine Insel ist von verhältnismäßig hoher Stabilität auf einem Weltgeldmarkt, der mehr und mehr einer durch unbeständige Kapitalbewegungen hervorgerufenen Destabilisierung ausgesetzt ist, beträchtlich erodiert hat, kann dies nur als Rückschritt angesehen werden - selbst wenn es dazu gedient hat, schwache Stellen in der globalen Struktur, wie die Überbewertung des Pfund Sterling, der italienischen Lira, der spanischen Peseta und des portugisischen Escudos auszumerzen.

Wen man jedoch die Aufmerksamkeit auf die Frage richtet, warum dies geschehen mußte, dann wird offensichtlich, daß alle Bemühungen zur Schaffung der bestehenden Systeme der festen Parität unter einer eingebauten Schwäche litten, die ihre Wirksamkeit stark beeinträchtigt haben. Dies beruht auf der Tatsache, daß sich das Wirtschaftsglück der beteiligten Länder im Laufe der Jahre unvermeidlicherweise recht unterschiedlich verhalten hat - vor allem zum Beispiel wegen der jeweiligen Inflationsrate.

Es folgt daraus, daß, falls die derzeitigen festen Paritäten nicht von Zeit zu Zeit angepaßt werden, um den fortlaufenden Veränderungen in der tatsächlichen Kaufkraft der beteiligten Währungen gerecht zu werden, schließlich eine explosive Lage entstehen wird - eine Situation, in der es mehr und mehr Raum für eine äußerst störende Devisenmarktspekulation geben wird. Dies ist genau das, was kürzlich mit dem Wechselkurssystem der EG passiert ist.

Die brave neue Welt von Bretton Woods

Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß Systeme mit fester Parität nicht unbedingt so gegenproduktiv sein müssen, wenn sie mit geeigneten Realignment-Verfahren ausgestattet werden.



Die Erklärung hierfür liegt in der Tendenz politischer Erwägungen bei der Bestimmunng, wie solche Systeme anzuwenden sind, wirtschaftliche Betrachtungsweisen abzulösen. Das in die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Konferenz von Bretton Woods vorgelegten Finanz-Blaupause der »braven neuen Welt« eingebaute System der »festen, doch anpaßbaren Paritäten« hat 25 Jahre lang funktioniert. Vom Internationalen Währungsfonds geleitet, leistete es über den längsten Teil dieses Zeitraums hinweg gute Arbeit, indem es die Weltdevisenmärkte in Ordnung hielt.

Sein schließlicher Zusammenbruch erfolgte zum Teil deswegen, weil Washington 1971 seinen Nottanker zerstörte, indem es die 35-Dollar-pro-Unze Verbindung zwischen Gold und dem Dollar durchtrennte. Aber dies geschah auch, weil der »anpaßbare« Teil seiner Paritätenformel einem teilweisen Nichtgebrauch zum Opfer fiel.

Der Stolperstein auf dem Weg zum Superstaat

Das Arrangement erlitt dieses Schicksal, weil die einzelnen Mitgliedstaaten sich viel zu lange an Paritäten geklammert hatten, die unrealistisch geworden waren, und zwar weil sie befürchteten, die Abwertung ihrer Währung werde ihrem politischen Image schaden.
Im Falle des Wechselkursmechanismus nahm die politisch bedingte Beeinträchtigung der Funktionsweise der Formel »feste, jedoch anpaßbare Paritäten« zwar eine andere Form an, war aber letztenendes nicht weniger tödlich. Was war geschehen? Die »Visionäre« der europäischen Einigung, die die Berater der Gemeinschaft von Anfang an dominierten, betrachteten den Wechselkursmechanismus als Stolperstein für die Durchführung ihres Planes zur Ablösung der Währungen der einzelnen Mitgliedstaaten durch eine einzige Währung – der Schlüssel, so wie sie es sahen, zur Verwirklichung ihres Traumes von einem Superstaat.

Die Folge davon war, daß die Vermeidung von periodischen Realignments der Devisenkursverhältnisse innerhalb des Wechselkursmechanismus zu einer politischen Priorität wurde. Solche Übungen fanden in den ersten sieben Jahren, nachdem er 1979 entstanden war, regelmäßig statt. Bis zu der kürzlichen Umwälzung gab es keine solche Bemühungen mehr.

Es ist kein Geheimnis, daß das Beharren der britischen Regierung darauf, den Wechselkursmechanismus als Grundstein für eine einzige Währung zu benutzen, das Pfund Sterling daran hinderte, sich auf ein realistisches Niveau zu bewegen, bevor die Katastrophe eintrat.

Wohin führt der Weg? Da die Weltfinanzmärkte in fußlosem Geld schwimmen, sind alle Bemühungen, die Devisenmärkte in Ordnung zu halten, gleichbedeutend mit einem Schwimmen gegen einen mächtigen Strom. Frei veränderliche Devisenkurse können nur auf Kosten dessen bestehen, daß die Marktwerte der Währungen Schwankungen unterliegen, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind – wovon die gewaltigen Aufwärts- und Abwärtsbewegungen des Dollar in den letzten Monaten Zeugnis ablegen.

Gleichzeitig bieten Wechselkurse, die so behandelt werden als seien sie ständig fest gewesen, weit offene Ziele für gefährliche Spekulationen.

In dem Bestreben, das Beste aus beiden Welten zu machen, scheinen Systeme »fester, jedoch anpaßbarer Paritäten« die beste Lösung des Problems zu sein, immer vorausgesetzt, daß nicht zugelassen wird, daß der »anpaßbare« Teil des Rezeptes zeitweilig außer Kraft tritt. Unglücklicherweise wird die politische Empfindlichkeit die Erleichterung verwehren, die diese Lösung in den kommenden Monaten herbeiführen könnte.

Der EG-Betrieb ist in Unordnung geraten. Und die Abwärtsströmung, die der Dollar in diesem Jahr erfahren hat, wurde in dem Ausmaß als Hilfe zur Wiederwahl von US-Präsident Bush angesehen – weil sie den Exporthandel begünstigen könnte –, und Washington wird noch eine Zeitlang nicht bereit sein, einer Werbung zur Stabilisierung auch nur zuzuhören. So oder so sieht es so aus, als ob Turbulenzen auf den Devisenmärkten an der Tagesordnung bleiben werden. □

Ökobilanzen

Standards noch gesucht

Jede wirtschaftliche Betätigung ist mit Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden. Die daraus entstehenden Schäden sind nur schwer zu beziffern. Mit Ökobilanzen soll künftig ein Informationsinstrument geschaffen werden, das alle Auswirkungen von Gütern und Dienstleistungen auf die Umwelt erfaßt und bewertet. Noch fehlt es aber an soliden Daten und allgemein akzeptierten Bilanzrichtlinien für die ökologische Rechnungslegung.

An klaren Aussagen über die Umwelt-Effekte von Produkten und Dienstleistungen sind drei Gruppen besonders interessiert. Allerdings haben sie spezielle Informationswünsche, die ihrerseits die technischen Anforderungen an das Bilanzsystem bestimmen:

Die Bürger über die ökologische Qualität informieren

Wirtschaft: Das Umweltmanagement der Unternehmen muß sich auf solide Daten stützen können. Deshalb gehen immer mehr Unternehmen dazu über, die im betrieblichen Alltag anfallenden umweltrelevanten Kennziffern in besonderen Berichten zusammenzufassen. Diese Berichte dienen zwei Zielen: zum einen dem innerbetrieblichen Öko-Check. In solche Ökobilanzen gehen auch interne Daten ein, doch können sie aus Wettbewerbsgründen nicht veröffentlicht werden.

Zum anderen werden interne Ökobilanzen häufig auch zum Zweck aufbereitet, die Bürger über die ökologische Qualität der eigenen Produktionsweise und Produkte zu informieren. Meist beschränken sie sich auf die Darstellungen der Leistungen des Unternehmens im Umweltschutz.

Jüngstes Beispiel ist der Jahresbericht Umweltschutz 1991 der Hoechst AG. Auf Heller und Pfennig wird darin der Aufwand vorgerechnet: Der Anteil der Umweltschutzkosten an den Fertigungskosten des Konzerns ist seit 1980 von gut zehn Prozent auf heute 21,5 Prozent gestiegen.

Das gesamtwirtschaftliche Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz ist in der Bundesrepublik seit 1980 stark gewachsen – auf derzeit insgesamt 242 Milliarden DM, insbesondere in Form von Kläranlagen und Einrichtungen für Abfallentsorgung. Die Industrie war mit von der Partie.
Auf sie entfällt mit 61 Milliarden DM ein Viertel des gesamten ökologischen Kapitalstocks.

Die sinnvolle Nutzung solcher Werte erfordert für das Management ein aussagekräftiges ökologisches Informationssystem.

Zwei Drittel aller Bürger umweltorientiert

Verbraucher: Die umweltbewußten Bürger wollen über die Umwelt-Risiken eines Produkts informiert sein. Nach allen demoskopischen Erhebungen gelten inzwischen zwei Drittel aller Bundesbürger als umweltorientiert. Sie sind auch zu persönlichen Einschränkungen zugunsten der Umwelt bereit.

Diesem Informationsbedürfnis entspricht die Stiftung Warentest dadurch, daß sie wissenschaftliche Erkenntnisse des Umweltschutzes in ihre Tests einbezieht. Nach Feststellung der Stiftung war 1991 die Hälfte ihrer Untersuchungsvorhaben mit Umweltthemen verbunden. Die Auswertung von Ökobilanzen für Produkte wären der Stiftung sehr nützlich. Die Vorhaben scheitern aber derzeit noch wegen Datenmangels und methodischer Schwierigkeiten.

Staat: Auch der Staat muß für seine umweltpolitischen Ent-

Standards noch gesucht



scheidungen wissen, welche ökologischen Risiken von einzelnen Produktionsverfahren, vom Verbrauch von Rohstoffen und Materialien sowie vom Gebrauch der Produkte ausgehen.

Derzeit diskutiert die vom Deutschen Bundestag einberufene Enquete-Kommission »Stoffkreisläufe« die Rolle, die Ökobilanzen in der staatlichen Umweltpolitik spielen können.

Internationaler Rahmen für Ökobilanzen

Die methodischen Ansätze für die Erstellung von Ökobilanzen richten sich nach der jeweiligen Interessenlage:

Produktionsprozeß-Bilanzen stehen in den Unternehmen im Mittelpunkt. Sie durchleuchten ökologisch das Herstellungsverfahren.

Produkt-Bilanzen spielen im Marketing die Hauptrolle. Hier treffen sich unternehmerische Interessen mit den Informationsbedürfnissen der Kunden. Produkt-Bilanzen sind viel umfassender angelegt: Sie verfolgen den Weg eines Produktes über die Fabriktore hinaus und benötigen Daten beispielsweise von Vorlieferanten und Prognosen über den Gebrauch und die Entsorgung der jeweiligen Güter.

Produktbezogene Ökobilanzen werden dann besonders problematisch, wenn sie über eine ökologische Bestandsaufnahme hinaus ein Produkt ökonomisch oder gesellschaftlich bewerten wollen.

Produktlinienanalysen, wie sie die Ökoinstitute vorschlagen, haben diese erweiterte Zielsetzung. Jedoch: In der sozialen Marktwirtschaft entscheidet allein der Markt über den ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen eines Produktes.

Allgemeinverbindliche Richtlinien für die Aufstellung von Ökobilanzen gibt es noch nicht. So weichen die Ergebnisse von Bilanz zu Bilanz selbst für identische Produkte stark voneinander ab. Das führt in der Öffentlichkeit zu Mißverständnissen und Mißbrauch.

Die Methodik der Ökobilanzierung muß daher im nationalen wie im internationalen Rahmen standardisiert werden. Anzustreben ist vor allem ein Katalog von Mindestanforderungen für die Erstellung und Veröffentlichung von Ökobilanzen.

Es fehlen allgemeine Normen

Eine Handreichung dafür hat jetzt das Umweltbundesamt erarbeitet. Es sieht ein vierstufiges Vorgehen vor, das allerdings im Detail auch mehrfach Kritik hervorruft.

Bilanzierungsziel. Im ersten Schritt muß entschieden werden, welche Größen für einen Produktionsprozeß und welche Lebenszyklen eines Produktes berücksichtigt werden sollen. Unverzichtbar ist hier auch die Einbeziehung von Energie- und Verkehrsdaten.

Aber: Schon auf dieser Stufe fällt es schwer, für Bilanzen allgemeingültige Normen aufzustellen, weil jeder Betrieb, jedes Produkt bestimmte Besonderheiten aufweist.

Sachbilanz. Der zweite Schritt muß alle Elemente des Produktionsprozesses und des Produkt-Lebenszyklus umfassen, von der Gewinnung der Rohstoffe über den Gebrauch des Produkts bis hin zur Abfallbehandlung und Abfallentsorgung.

Aber: Schon die Aufstellung einer solchen Sachbilanz ist nicht ohne Probleme. Denn die Datenbeschaffung macht große Schwierigkeiten und ist sehr aufwendig: Oft entscheiden Zufälligkeiten über die Verfügbarkeit der benötigten Angaben.

Wirkungsbilanz. In diese Phase werden die in der Sachbilanz erhobenen Daten auf ihre möglichen Umweltwirkungen wie zum Beispiel Klimaveränderung, Abbau der Ozonschicht, Belastung der Gewässer hin überprüft.

Aber: Die Wirkungsbilanz bildet einen Grenzbereich zu anderen Datenquellen und anderen wissenschaftlichen Erkenntnissen – so zur Umweltsicherheit von Materialien und zu Nebenwirkungen des Rohstoffverbrauchs. Hier bestehen noch besonders große Unsicherheiten. Denn ökologische Ursache-Wirkungs-Ketten sind heute nur unzulänglich erforscht. Wer eine Wirkungsbilanz erstellen will, ist oft auf die Ergebnisse eines vorangegangenen umfangreichen ökologischen Forschungsprogramms angewiesen.

Bilanzbewertung. In diesem Bilanzteil werden die Ergebnisse der Sachbilanz und der Wirkungsbilanz zu einer Gesamtbewertung zusammengefaßt. Dieser

Die umweltbewußten Bürger wollen über die Umwelt-Risiken vor allem der Landwirtschaft informiert sein.

letzte Schritt zur Erstellung einer Ökobilanz wirft die größten Probleme auf, weil eine Bewertung letztlich Einvernehmen über die Prioritäten voraussetzt. Das Umweltbundesamt stellt dazu lapidar fest: »Eine Gesamtbewertung von Ökobilanzen unter Anwendung ausschließlich wissenschaftlicher Instrumentarien ist zur Zeit nicht durchführbar.«

Das Ziel ist fast nicht zu erreichen

Am ehesten gelingt ein solches Vorhaben noch auf betrieblicher Ebene, sofern die Bewertung eine systematische Suche nach Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität zum Ziel hat.

Der Weg zu Ökobilanzen, die eine allgemeingültige Informationsgrundlage für betriebliche und überbetriebliche umweltpolitische Entscheidungen bieten, ist also noch weit. Zunächst einmal muß eine verbindliche Definition der Systemgrenzen gefunden werden. Darüber hinaus ist die Umweltstatistik zu verbessern. Und viele Experten halten das Ziel der vierten Stufe, nämlich ein naturwissenschaftlich fundiertes Gesamtbewertungssystem zu finden, für praktisch unerreichbar. □

Prognose

Die Ampel zeigt gelb

Die deutsche Konjunktur steht auf der Kippe. Nachdem die westdeutsche Wirtschaft schon im laufenden Jahr allein dank des guten ersten Quartals nur noch 1,5 Prozent zulegte, muß für 1993 mit einem noch bescheideneren Wachstum gerechnet werden: höchstens ein Prozent. Die Beschäftigung schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt. In Mitteldeutschland dauern die Schwierigkeiten auch im kommenden Jahr an: Zwar beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum voraussichtlich auf 7,5 Prozent, nach 3,5 Prozent in 1992, doch von einem selbsttragenden Aufschwung kann noch immer keine Rede sein.

Selbst das spartanische westdeutsche Wachstum von 0,5 bis ein Prozent für 1993 ist an Bedingungen geknüpft. Dazu gehört zum einen das Anspringen der Weltkonjunktur, ohne das sich die Exportchancen nicht nachhaltig verbessern können. Zum anderen darf 1993 kein Jahr der kosten- und preistreibenden Verteilungskämpfe werden. Gefragt ist vielmehr ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Ziel: Die Rückkehr zur Stabilität – das schafft Spielraum für Zinssenkungen und kurbelt so die Investitionen an.



Von der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sind besonders Frauen betroffen, die zum größten Teil in der DDR-Zeit berufstätig waren.

In Westeuropa herrscht Rezession

Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich seit dem Frühjahr '92 in einer Phase konjunktureller Abschwächung. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe muß massive Produktionsrückgänge verkraften. Die Ursachen:

Auf wichtigen Exportmärkten, insbesondere in Westeuropa, herrscht seit langem Rezession.

Die DM-Aufwertung und der überdurchschnittliche Anstieg der Lohnstückkosten haben die Preis-Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Exporte verschlechtert.

Die Nachfrage nach westdeutschen Produkten aus den neuen Bundesländern hat sich inzwischen normalisiert.

Umfassendes Kennzeichen der konjunkturellen Talfahrt: Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung liegt derzeit bei 83 Prozent – das ist deutlich niedriger als Ende 1990 (90 Prozent).

Die Konjunktur-Ampel steht für das nächste Jahr auf Gelb – und diese Warnung gilt insbesondere für die Lohnentwicklung. Die Überschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten hat bereits 1992 den Kosten-Druck verstärkt.

Die gesamtenwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen zuletzt mit einer Rate von rund vier Prozent.

Dieser Kostenschub und die prekäre Lage der öffentlichen Finanzen zeichnen auch für den heutigen Kurs der Geldpolitik verantwortlich. Denn die Bundesbank hat angesichts der stabilitätswidrigen Lohnabschlüsse und des rapide gestiegenen staatlichen Kapitalbedarfs nur wenig Spielraum, die Zinsen zu senken.

Die Investitionen schrumpfen

Die Ausrüstungsnachfrage fällt nach zweistelligen Zuwachsraten in den Vorjahren deutlich zurück: Bereits 1992 schrumpfen die Investitionen um 2,5 Prozent, im kommenden Jahr wird das Minus wohl ein Prozent betragen.

Zudem haben sich die Ziele der Unternehmensinvestitionen verschoben:

Während die Betriebe in der Hochkonjunktur 1988/91 ihren Produktionsapparat modernisierten und erweiterten, rückt seit 1992 das Motiv der Rationalisierung in den Vordergrund.

Die Bauinvestitionen, die zu rund 30 Prozent vom Wirtschaftsbau bestimmt werden, kränkeln ebenfalls wegen fehlender Erweiterungsinvestitionen. Hier muß nach einem stürmischen Wachstum in den vergangenen Jahren mit einem empfindlichen Rückschlag gerechnet werden. Gleiches gilt für den öffentlichen Bau, der vor allem unter den Haushaltsengpässen infolge der deutschen Einheit leidet.

Die Perspektiven im Wohnungsbau bleiben dagegen durchaus günstig. Die gute Konjunktur im Mietwohnungsbau wird sich 1993 fortsetzen. Der deutliche Rückgang der Hypothekenzinsen und die spürbare Abschwächung des Baupreisanstiegs stimulieren vor allem den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern.

Vom privaten Verbrauch sind 1993 keine Konjunkturimpulse zu erwarten. Dabei steht die rückläufige Beschäftigung im Mittelpunkt: Einerseits drückt der Arbeitsplatzabbau unmittelbar auf die Einkommensentwicklung, andererseits verschlechtert die steigende Arbeitslosigkeit das Konsumklima.

Der private Verbrauch gibt keine Konjunkturimpulse

Aus konjunkturpolitischer Sicht wäre daher eine kräftige Steuer- und Abgabenentlastung geboten. Doch leere Kassen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung erzwingen offenbar genau das Gegenteil: zusätzliche Steuern und Abgaben.

Die aktuelle Diskussion über Art und Umfang neuer Steuererhöhungen lähmt die Konjunktur.

Prognose

Die Ampel zeigt gelb

Angesichts der ohnehin schwachen Konsum- und Investitionsneigung läuft jede Steuererhöhung Gefahr, die niedrigen Drehzahlen der Konjunktur noch weiter zu drosseln.

Das gilt nicht allein für die Einkommensteuer. Auch höhere Verbrauchsteuern erschweren wegen ihrer preistreibenden Wirkung die Rückkehr zur Stabilität.

Das Problem der Preise

Die Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes von 14 auf 15 Prozent zum 1. Januar 1993 wird die Preisentwicklung mit rund einem halben Prozentpunkt belasten. Falls der Staat zu weiteren administrativen Preiserhöhungen greift, wächst das Risiko einer neuen Steuer-Lohn-Preis-Spirale.

Staat und Tarifpartner haben gleichwohl die Chance, auf einer soliden Preisbasis aufzubauen: Die westdeutschen Einfuhrpreise entwickelten sich infolge der DM-Stärke zuletzt sehr günstig. Verharren die Importpreise auf dem gegenwärtigen Niveau, könnte die Teuerungsrate im Jahresverlauf 1993 trotz Mehrwertsteuererhöhung sogar leicht unter die Drei-Prozent-Marke sinken.

Die Misere der mitteldeutschen Industrie

Die mitteldeutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer tiefgreifenden Anpassungskrise. Dreh- und Angelpunkt der Misere ist die Industrie.

Das Produzierende Gewerbe mußte seine Fertigung zwischen dem ersten Halbjahr 1990 und dem ersten Halbjahr 1991 glatt halbieren – und kann sich seitdem nicht von diesem Niveau nach oben lösen.

Die IW-Prognose von 7,5 Prozent Wirtschaftswachstum setzt voraus:
Der anpassungsbedingte Produktionsrückgang in der mitteldeutschen Industrie ist im wesentlichen beendet.

Mehr und mehr Industriezweige schwenken allmählich in die Aufwärtsbewegung ein.

Der positive Trend im Dienstleistungssektor und Baugewerbe setzt sich weiter fort.

Dabei darf die optisch hohe Wachstumsdynamik jedoch nicht den Blick darauf verstellen, daß die Zuwächse von einer niedrigen Basis ausgehen. Doch es gibt auch echte Fortschritte:

Die Ausrüstungsinvestitionen wachsen auch 1993 in hoher zweistelliger Größenordnung und verbreitern so die Basis für den dringend erforderlichen Produktivitätsfortschritt.

Die Bauinvestitionen bilden auch 1993 den Wachstumsmotor. Vor allem die freundlichen Tendenzen im öffentlichen Bau und im Wirtschaftsbau werden sich fortsetzen.

Auch der Wohnungsbau könnte erste Impulse liefern, falls es gelingt, die administrativen und eigentumsrechtlichen Hemmnisse in den neuen Ländern rasch zu beseitigen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich 1993 deutlich beruhigen – trotz der zum 1. Januar 1993 geplanten starken Mieterhöhungen.

Die Verlangsamung des Preisanstiegs sollte der Lohnpolitik als Richtmaß dienen. Denn bei der derzeit diskutierten Sicherung der Realeinkommen spielen die Preiserwartungen eine zentrale Rolle.

Eine Orientierung an den zweistelligen Inflationsraten der Vergangenheit hätte zur Folge, daß die lohnpolitische Fehlentwicklung fortgesetzt wird.

Folgen die Tarifvereinbarungen dagegen den realistischen Preisprognosen, wären nicht nur die Realeinkommen gesichert, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Schließung der mitteldeutschen Produktivitäts-Lücke getan. □

Italien

Roßkur am Mittelmeer

Italien befindet sich in einem wirtschaftspolitischen Umbruch. Nach Jahrzehnten des Durchwurstelns will die neue Regierung unter Ministerpräsident Amato mit einer Roßkur dem traditionellen staatlichen Defizit und der chronischen Inflation ein Ende bereiten. Erfolg oder Mißerfolg entscheiden über den künftigen Rang des Mittelmeer-Anrainers in der europäischen Staatengemeinschaft.

In den achtziger Jahren haben mehrere EG-Staaten unter dem Zwang außenwirtschaftlicher Erfordernisse einen radikalen Kurswechsel in der nationalen Wirtschaftspolitik eingeleitet. Gerade rechtzeitig vor Beginn des EG-Binnenmarkts hat nun offenbar auch Italien die Zeichen der Zeit erkannt. Das selbstgesteckte Ziel: Mittelfristige Sanierung der inländischen Wirtschaft bei gleichzeitiger Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Hintergrund der Reformen

Wichtige gesamtwirtschaftliche Indikatoren wie Staatsverschuldung, Inflation, Arbeitslosigkeit und Handelsbilanzdefizit signalisieren schon seit Jahren eine gefährliche Schieflage der italienischen Wirtschaft. Weitere Probleme bereiten der große ineffiziente Staatssektor sowie das enorme Nord-Süd-Gefälle zwischen der prosperierenden Lombardei und dem rückständigen Mezzogiorno.

Trotz dieser latenten Gefahren konnte das Land lange Zeit wirtschaftliche Stärke vorgeben:

Im Zeitraum 1979/89 lag die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate mit jahresdurchschnittlich 2,5 Prozent deutlich höher als etwa in der Bundesrepublik (1,8 Prozent).

Aber: Das hohe Wachstum wurde mit steigenden Subventionen und ungebremst wachsender Staatsverschuldung erkauft. Die außenwirtschaftlichen Probleme wurden durch wiederholte Abwertungen der Lira überspielt:

Gegenüber der D-Mark verlor die Lira allein zwischen 1979 und 1987 gut ein Drittel an Wert.

Abwertung und politische Zwänge

Das Aus für das italienische Wunder kam spätestens mit der vom Markt erzwungenen Lira-Abwertung im September 1992. Bis dahin hatte nämlich die Regierung in Rom den Wechselkurs aus politischen Gründen konstant gehalten – rund fünfeinhalb Jahre lang. Dieser Kunstgriff setzte die Wirtschaft mehr und mehr unter Druck:

Die Abwertung der Lira stand in dieser Zeit nicht als Schmiermittel für den Export zur Verfügung.

Die Zinsen im Inland mußten zur Stabilisierung des Kursniveaus dauerhaft hochgehalten werden.

Zu den ökonomischen Schwierigkeiten kamen mit dem Vertrag von Maastricht politische Zwänge hinzu. Der Vertrag sieht vor, bis Ende dieses Jahrzehnts nur solche Länder in die geplante Europäische Währungsunion aufzunehmen, die zu Hause über einen längeren Zeitraum strikte Stabilität geübt haben. Italien ist von diesen Bedingungen derzeit weiter entfernt als jedes andere EG-Land – mit Ausnahme Griechenlands.

Sanierung der maroden Staatsfinanzen

Vordringliches Anliegen der italienischen Wirtschaftsreformer ist die Sanierung der maroden Staatsfinanzen. Die aktuellen Krisensymptome:

Das Defizit des laufenden Haushalts beträgt rund zehn Prozent des Sozialprodukts (Maastricht-Norm: drei Prozent).

Der staatliche Schuldenberg macht knapp 110 Prozent des Sozialprodukts aus (Maastricht-Norm: 60 Prozent).

Unmittelbar nach Amtsantritt legte die Regierung ein Notprogramm für den Haushalt 1992 vor. Damit wurde das Budgetdefizit um 30 Billionen Lire auf rund 150 Billionen reduziert – umgerechnet etwa 175 Milliarden DM.

Mitte September wurde ein Sparprogramm für den Haushalt 1993 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 1995 verabschiedet. Die wichtigsten Eckwerte:

Der Nettokreditbedarf in Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll über die nächsten drei Jahre hinweg in etwa halbiert werden. Der Schuldenberg wird sich dennoch vorerst weiter erhöhen – wenn auch nur leicht auf 112 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die öffentlichen Zinszahlungen werden mit umgerechnet gut 234 Milliarden DM enorm hoch bleiben.

Mindeststeuer für Selbständige

Allein für das Jahr 1993 sieht der Haushaltsentwurf eine Verringerung des Defizits um 93 Billionen Lire (rund 109 Milliarden DM) vor. Dazu sollen gleichermaßen Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen beitragen.

Ein wichtiges Reformelement auf der Einnahmeseite ist die Einführung einer Mindeststeuer für Selbständige und Gewerbetreibende.

Diese Gruppe konnte sich in der Vergangenheit der Steuerpflicht weitgehend entziehen. Nach der offiziellen Statistik sollen 35 Prozent der Selbständigen unter der Armutsgrenze von 7,2 Millionen Lire leben. Bei den abhängig Beschäftigten beträgt dieser Anteil dagegen nur 3,6 Prozent. Von der Mindeststeuer erwartet sich der Finanzminister eine Verdoppelung der Steuereinnahmen von diesen betroffenen Selbständigen.

Zusätzliche Einnahmequellen will die Regierung durch den Verkauf von großen Staatsunternehmen erschließen. Langfristig noch bedeutsamer für den Staat sind jedoch die Einsparungen auf der Ausgabeseite, die eine Privatisierung der hochsubventionierten Staatsunternehmen mit sich bringt.

Abschaffung der scala mobile

Ein weiteres zentrales Reformfeld des Landes ist das System der Lohnfindung. Löhne und Gehälter wurden bisher auf dreifache Weise gesichert:

Durch Branchentarifverhandlungen, in denen die Löhne für ganze Wirtschaftszweige und für längere Zeiträume festgelegt wurden.

Durch Betriebstarifverhandlungen, mit denen die Gewerkschaften zusätzliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer herausholen konnten.
Durch die scala mobile, mit der seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Löhne an die Inflationsrate gekoppelt waren. Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, wirken preistreibend.

Folge: Das System des automatischen Teuerungsausgleichs führte zu einer Lohn-Preis-Spirale.

Im Durchschnitt der vergangenen Dekade stiegen die Löhne jährlich nominal um fast 11 Prozent und die Verbraucherpreise um über neun Prozent. In den siebziger Jahren war das Anstiegstempo bei Löhnen und Preisen noch größer.

Es geht um die Senkung der Arbeitskosten

Kein anderes Industrieland hatte in den letzten 20 Jahren so hohe Lohnsteigerungs- und Inflationsraten. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage haben sich Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung Anfang August 1992 auf einen Sozialpakt über die Begrenzung der Lohnkosten bis Ende 1993 verständigt. Die beiden wichtigsten Punkte: Abschaffung der scala mobile und Verzicht auf Tarifverhandlungen für 1992 und 1993. Als Teuerungsausgleich erhalten die Arbeitnehmer 1993 eine Pauschalzahlung von 20000 Lire pro Monat – umgerechnet gut 23 DM. Automatisch sollen die Löhne nur dann – und erst ab 1994 – erhöht werden, wenn in Tarifrunden nicht innerhalb einer bestimmten Zeit eine Einigung erzielt würde.

Darüber hinaus wurde vereinbart, den Geltungsbereich von Tarifverhandlungen auf Branchen- und Firmenebene klarer abzugrenzen und die Verhandlungen besser zu koordinieren.

Die Festschreibung der nominalen Arbeitskosten bis Ende 1993 gewinnt durch die jüngste Abwertung der Lira vom September 1992 besondere Bedeutung: Die mit niedrigem Wechselkurs importierte Inflation setzt keine zusätzlich hausgemachte Preis-Lohn-Spirale in Gang.

Damit stehen die Chancen gut, daß die Abwertung im September 1992 um 15 Prozent diesmal tatsächlich die realen Arbeitskosten senkt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft erhöht.

Soziale Einschnitte sind geplant

Als Gegenleistung für den Lohnstopp hat die italienische Regierung zugesagt, dafür zu sorgen, daß die Inflationsrate von derzeit 5,4 Prozent bis 1995 kontinuierlich auf zwei Prozent verringert wird.

Außerdem sollen die Preise öffentlicher Dienstleistungen auf dem heutigen Stand eingefroren werden.
Die italienische Regierung schreckt auch nicht vor sozialen Einschnitten zurück. Zwei Beispiele:
Die Bürger müssen sich künftig an den Arzt- und Krankenkosten beteiligen. Bisher hat der Staat die Kosten voll aus seiner Kasse bezahlt.

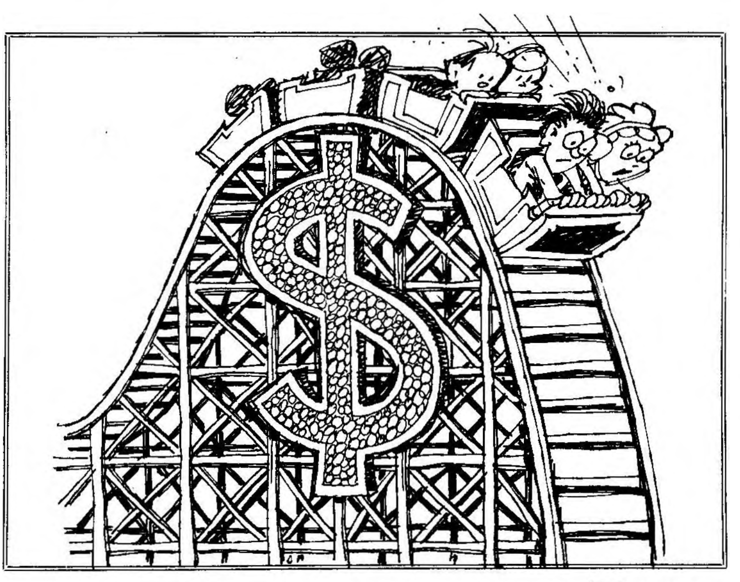
Die Renten-Altersgrenze soll für Männer und Frauen angehoben werden. Bisher hatten Italienerinnen bereits mit 55 Jahren Anspruch auf ihre volle Pension; Männer gingen bereits mit 60 Jahren in Rente.

Es kann ein heißer Winter werden

Über die endgültige Ausgestaltung dieses Vorhabens ist das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen.

Diese Reformmaßnahmen haben die italienische Regierung unter Beschuß von allen Seiten gebracht. Selbständige Einzelhändler protestieren ebenso wie die Gewerkschaften, die durch Streiks bereits eine Lockerung der sozialen Einschnitte erzwangen.

Ob der Regierung die Umsetzung ihres ehrgeizigen Reformprogramms gelingt, ist derzeit noch völlig offen. Immerhin sind die Italiener als Streikweltmeister geübt im Widerstand. Mit einem heißen Winter ist deshalb zu rechnen. □



Europa-Journal

Zwischen einer und drei Millionen Obdachlose in der EG

Man sieht sie in vielen Städten der Europäischen Gemeinschaft in Bahnhöfen, auf Straßen, in Parks, unter Brücken ... Sie sehen nicht unbedingt immer wie Clochards aus, die dieses Leben mehr oder weniger freiwillig gewählt haben. Sie haben ganz einfach kein Dach über dem Kopf. Manche von ihnen haben »Glück«: Sie finden eine vorübergehende Unterkunft im Obdachlosenasyl, in einem unbewohnten Haus oder in einem abbruchreifen Gebäude. Es gibt zwischen einer und drei Millionen Obdachlose – je nachdem wie dieser Begriff definiert wird.

Das besagt der erste Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Obdachlose, der kürzlich veröffentlicht wurde. Um Öffentlichkeit und Behörden auf die Lage aufmerksam zu machen, haben einige Organisationen, darunter die Europäische Vereinigung nationaler Verbände für die Arbeit mit Obdachlosen, kurz Feansta (Fédération européenne d'associations nationales travaillant avec les sans-arabi), am 5. Oktober 1992 eine Nacht der Obdachlosen organisiert, die in Brüssel, Spanien, Irland, Luxemburg und den Niederlanden veranstaltet wurde.

Doch was ist ein Obdachloser? Ein Mensch, der seine Wohnstätte verloren oder verlassen hat und der Hilfe von der Sozialfürsorge oder von Wohlfahrtsverbänden erhält oder sucht. Diese Definition legt die Europäische Beobachtungsstelle für Obdachlose ihrer Studie zugrunde. Die Einrichtung wurde 1991 mit Hilfe der EG-Kommission gegründet und wird von Feansta geleitet.

Daß die Zahl der Obdachlosen in den letzten Jahren bedenklich gestiegen ist, hat – dem Bericht zufolge – politische Gründe, oder besser gesagt, sie geht auf einen Mangel an wohnungspolitischen Maßnahmen der EG-Staaten zurück. In den achtziger Jahren ist der Anteil an staatlichen Sozialwohnungen in der ganzen Gemeinschaft zurückgegangen. Lediglich Dänemark und Frankreich fallen hier aus dem Rahmen. Laut dem Bericht betreiben sie die aktivste Politik für die Obdachlosen.

In der Gemeinschaft sind rund 60 Prozent der Wohnungen in privater Hand, und die meisten Regierungen sind bemüht, diesen Anteil zu erhöhen. Durchschnittlich sind nur 12 Prozent der Wohnungen in staatlichem Besitz. Dabei liegt Großbritannien an der Spitze mit 25 Prozent, gefolgt von Frankreich (21 Prozent), Dänemark und Westdeutschland (17 Prozent).

Insgesamt haben die Mitgliedstaaten in den achtziger Jahren zu wenig in den Wohnungssektor investiert. Der starke Rückgang der staatlichen Sozialwohnungen mit ihren günstigen Mietkonditionen hat die Zahl der Obdachlosen in die Höhe getrieben. Am schlimmsten ist die Entwicklung in Großbritannien, wo die Regierung den Verkauf von Wohnungen an die Mieter förderte. Ganz allgemein wurde die Situation der EG-Länder – insbesondere aber in Deutschland und Griechenland – noch verschärft durch den großen Zustrom von Flüchtlingen und Einwanderern infolge der politischen Umwälzungen in Osteuropa.

Der Bericht prangert die unzulängliche Obdachlosenpolitik an. In allen Ländern der Gemeinschaft gehen rund ein Drittel der Maßnahmen und Dienste nicht auf Behörden, sondern auf die Privatinitiative sowohl kirchlicher als auch nichtkonfessioneller Verbände zurück. Zudem ist deren Hilfe nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Nur wenige Einrichtungen können allen Anforderungen gerecht werden.

Der Bericht teilt die EG-Staaten in drei große Kategorien ein, wobei die Niederlande nicht einbezogen werden, da keine ausreichenden Informationen zur Verfügung standen. Zwei Länder können als mustergültig eingestuft werden: Dänemark und Frankreich. In Dänemark müssen die Sozialdienste vorab informiert werden, wenn eine Familie ihre Wohnung räumen muß. Ferner dürfen die Gemeinden 25 Prozent der freistehenden Wohnungen beschlagnahmen. Und die Obdachlosen können eine ganze Reihe von Hilfsdiensten in Anspruch nehmen, die weit über den sofortigen materiellen Bedarf hinausgehen. In Frankreich wird besonders viel Wert auf die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben gelegt. Zudem arbeiten die Behörden eng mit den Wohlfahrtsverbänden zusammen. Das Recht auf Wohnung und auf ein Mindesteinkommen trägt ebenfalls erheblich zur Lösung des Problems bei.

In Belgien, Deutschland, Italien und Luxemburg gibt es eine ganze Reihe vorwiegend privater Initiativen, die unmittelbare Hilfe anbieten. In Griechenland, Irland, Portugal und Spanien verzeichnet der Bericht eklatante Lücken im sozialen Netz, wie auch in Großbritannien, wo die Lage je nach Region unterschiedlich ist.

Als Gegenmaßnahmen fordern die Autoren des Berichts ein energisches Engagement der staatlichen, regionalen und lokalen Behörden sowie eine verstärkte Zusammenarbeit der zwölf EG-Staaten. □

Hintergründe zum Rücktritt des spanischen Verteidigungsministers

Der spanische Verteidigungsminister José Miguel Hernández trat angesichts der größten Haushaltskürzungen seit 20 Jahren zurück. Der Verteidigungshaushalt wird insgesamt um 1,55 Prozent gekürzt.

Im Mai 1992, vor den letzten Kürzungen, hatte er gesagt: »Zuerst sagte man uns, wir sollen den Gürtel enger schnallen. Jetzt sollen wir auch noch die Hose herunterlassen.«

Die jüngsten Kürzungen des Verteidigungshaushalts beinhalten neun Prozent weniger für Investitionen, was bedeutet, daß die Staatswerften Bazán in Cartagena zusammen mit dem militärischen Satelliten-Programm und dem Radar-Programm für die Flugzeuge auf dem Flugzeugträger »Prinzipe de Asturias« eingestellt werden. Diese Maschinen können bislang noch nicht bei Nacht fliegen.

In einer Ansprache vor dem Kongreß gab der Wirtschaftsminister Solchaga auch bekannt, daß die Subventionen für das Transportwesen um 7,5 Prozent, der Haushalt für Wohnungsbau um 0,4 Prozent und Industrie-Investitionen um vier Prozent gekürzt werden.

Laut Solchaga »wird alles, was am Haushalt gekürzt werden kann, gekürzt«, mit Ausnahme des Schuldendienstes. Zinszahlungen für öffentliche Schulden sollen um 20 Prozent steigen. Die Schuldenlast ist dermaßen drükkend, sagte er, daß »das Haushaltswachstum für 1993 Null sein wird, wobei Ausgaben für Zinsen außer Acht gelassen werden. Die Anhäufung des öffentlichen Defizits, und die Schulden um dieses zurückzuzahlen, zusammen mit den hohen Zinssätzen, hat uns dazu gezwungen, den Deckungshaushalt um 400 Milliarden Peseten zu erhöhen«. □

Osteuropa gehört zu Europa

»Europa ist ein Ganzes, einschließlich Osteuropa«, sagte der italienische Präsident Oscar Luigi Scalforo, als er ein Thema seiner Besprechung mit dem spanischen König Juan Carlos ankündigte. Die Erklärung ist eine Zurückweisung des Maastricht-Vertrags zur europäischen Einigung, die Osteuropa ausschließen will.

»Europa«, äußerte Scalfaro, »ist nicht eine Reihe von Vereinbarungen. Europa verspürt den Willen, Teil einer Gemeinschaft zu sein... In diesem Augenblick ist Europa an allen Seiten fließend. Wir haben ganz Osteuropa, das auch Europa ist. Aber wer schaut dem politischen und menschlichen Thema der Auflösung des größten Reiches, das es jemals in Europa gab, ins Auge? Wenn sich

das alte Europa abgrenzt, dann ist es nicht nur alt, sondern an der Geschichte vorbeigegangen. Europa ist ein Ganzes, einschließlich Osteuropa«.

Beobachter bemerkten, daß die Erklärung des Präsidenten sehr dem Standpunkt ähnelt, der von Roberto Formigoni, dem Führer der Communion und Liberation, zum Ausdruck gebracht wurde. Auf einer Pressekonferenz am Schluß der Sitzung '92 in Rimini im August 1992 hob Formigoni hervor, daß es zu dem Zeitpunkt, als der Maastricht-Vertrag diskutiert wurde, immer noch ein »Osteuropa« gab. Aber nach dem Zusammenbruch des Sowjetreichs müsse über die Eingliederung ganz Europas unter vollem Einschluß dieser Länder gesprochen werden. □

Belgien debattiert über Teilungsplan

Das belgische Parlament debattiert zur Zeit über ein Projekt zur Schaffung von verhältnismäßig unabhängigen regionalen Parlamenten und Regierungen für die beiden großen Regionen des Landes: Flandern im Norden, wo Niederländisch gesprochen wird, und Wallonien im Süden, wo Französisch gesprochen wird. Während das Projekt offiziell dem sogenannten »separatistischen Virus« entgegenwirken soll, wird dieser in Wirklichkeit angeheizt. Obwohl die Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf, demonstriert die Tatsache, daß die französische Tageszeitung »Le Monde« auf der ersten Seite darüber berichtete, die Ernsthaftigkeit der Situation.

Meinungsumfragen in Flandern ergeben, daß die Anzahl derjenigen, die für die Teilung sind, auf über 30 Prozent, bislang der höchste Stand, angestiegen ist. Diese Verschiebung in der Einstellung ist durch Studien, die an der Universität von Louvain durchgeführt wurden, beschleunigt worden, in denen der Gedanke verbreitet wird, daß jede – reiche nördliche – flämische Familie alle vier Jahre den Gegenwert eines Wagens an eine – verschuldete südliche – wallonische Familie zahle.

Ähnliche Stories werden auf der wallonischen Seite verbreitet. Die Sommer-Titelgeschichte der Wochenzeitung »Le Vif-L'Express« zum Beispiel trug die Überschrift: »Was ist, wenn Belgien auseinanderfallen sollte?« Der Bericht zielte offensichtlich darauf ab, den »separatistischen Virus« in die Köpfe der Bürger zu pflanzen, nach den Vorstellungen des Führers einer neugegründeten »Wallonischen Bewegung«, Maurice Lebeau, der seine Begeisterung für das »Abenteuer der Wallonen, das die Unabhängigkeit sein würde, falls die Beschleunigung des Regionalisierungsprozesses zur Teilung führt«, zum Ausdruck brachte. In dem Artikel werden zehn Szenarien erörtert für den Fall, daß Belgien ganz einfach an Frankreich angeschlossen wird, falls Wallonien seine enormen Schulden nicht zurückzahlen kann und von Frankreich Hilfe erwartet. □

Die Probleme der Bundeswehr

Der französische Verteidigungsminister Pierre Joxe und der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe haben auf einem Kolloquium über die »Neue strategische Debatte« in Paris bekanntgegeben, daß Verhandlungen zwischen den Gründern des französisch-deutschen Eurocorps und dem Alliierten Oberkommando der NATO in Europa (Saceur) im Dezember 1992 beginnen. Der Atlantische Rat wird die Gespräche darüber vermitteln, was das Eurocorps zur Verteidigung der Alliierten beitragen könnte.

»Entscheidend daran ist«, sagte Rühe, »daß die Schaffung einer europäischen Verteidigungs-Identität nicht als Konkurrenz zur NATO aufgefaßt wird.«

Die Ankündigung erfolgte unter Druck auf Deutschland, Truppenverlegungen der NATO »out of area« (außerhalb Europas) zum Einsatz gegen die Dritte Welt zu genehmigen. Rühe sagte voraus, deutsche Streitkräfte könnten schon im Herbst 1994 vom Bundestag die Befugnis erhalten, sich an Truppenverlegungen außerhalb des NATO-Gebietes zu beteiligen. □

Italienische Mafia profitiert von der Somalia-Krise

Somalia, einst eine italienische Kolonie und jetzt ein Land ohne Regierung und ohne Polizei und von Hungersnot heimgesucht, wird von italienischen, mit der Mafia verbundenen Organisationen benutzt, um »das große Geld« zu machen, dadurch, daß dort bis zu einer Million Tonnen Giftmüll abgekippt wird, der nach Somalia verschifft wurde, sagte der Leiter des UN-Environment Program (Umweltschutz-Programm), Mostafa Tolba, in einem Interview mit der kenyanischen Zeitung »Sunday Nation«. Die Lage sei so schlimm, äußerte er, daß die Bevölkerung Somalias jetzt nicht nur Gefahr läuft, durch Hunger, sondern auch durch Giftmüll zu sterben.

Millionen von Dollar für diese Sendungen von Italien nach Somalia sind hier im Spiel, meinte Tolba, der der Presse keine Namen nennen wollte. »Einige Mitarbeiter von mir fürchten bereits um ihr Leben ... Diese Leute machen unglaubliche Gewinne, und sie können jeden töten, der versucht, sie zu stoppen.« □

Linke führen Kampagne gegen die Slowakei an

Linksstehende, ungarische Kreise spielen bei einer schwarzen Propagandakampagne gegen die Slowakei eine führende Rolle und beschuldigen slowakische Behörden »ungarnfeindlicher Pogrome« und ethnischer Gewalttätigkeiten gegen Besucher aus Ungarn. Die jüngste Entwicklung in dieser Strategie der hochgespielten »ethnischen« Spannungen war von Protesten des ehemaligen Kommunisten Gyula Horn, des derzeitigen Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des ungarischen Parlaments, und linkslastiger Medien, wie das ungarische staatliche Fernsehen und die Budapester Tageszeitung »Nepszabadsag«, gegen einen Zwischenfall Mitte September, bei dem slowakische Aufstandsbekämpfungspolizei auf junge Fußballfans eindrosch, die zu dem Europa-Cup-Spiel in die slowakische Hauptstadt gekommen waren, gekennzeichnet.

Horn rief zur Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf, der sich mit dieser Sache befassen soll, und erklärte: »Es kann nicht sein, daß die Brutalität gegen ungarische Fußballfans ohne Vorkenntnis der slowakischen Regierungsbehörden möglich war. Wenn dies eine vorausgeplante Provokation war, dann ist dies ein Zeichen der sich verschlechternden Beziehungen zwischen beiden Ländern.« □

Europas Krieg der Fluggesellschaften

Europäische Fluggesellschaften müssen sich gegen die »Luft-Version der Pax Americana« erheben, forderte Bernard Attali, Vorsitzender von Air France, in der französischen Sonntagszeitung »Le Journal de Dimanche«. Bernard Attali ist der Bruder von Jacques Attali, des derzeitigen Vorstandsvorsitzenden der in London ansässigen Bank of Reconstruction and Development (Bank für Wiederaufbau und Entwicklung).

Attali äußerte, Europa drohe ein wütender Handelskrieg gegen den transatlantischen Luftverkehr, wobei amerikanische Fluggesellschaften, die eigentlich gar nicht in der Lage seien, diesen ruinösen Wettbewerb zu betreiben, weil alle bankrott sind, die Preise unterhalb der Kosten ansetzen. Sie scheinen starke Rükkendeckung von der Spitze der amerikanischen Regierung zu bekommen, meinte er.

Attali wetterte, das strategische Ziel der US-Fluggesellschaften bestehe darin, den transatlantischen Flugreisemarkt durch »Vernichtung« der anderen Gesellschaften zu erobern und ihnen eine »Luft-Version der Pax Americana« aufzuerlegen, einhergehend mit dem Projekt der Neuen Weltordnung der Bush-Regierung. □

Bill Clinton

Der erste Rhodes-Stipendiat als US-Präsident

Michael Collins Piper

Jedermann weiß, daß der gewählte US-Präsident Clinton ein Rhodes-Stipendiat an der Oxford University in England war. Nun, was genau ist ein Rhodes-Stipendiat? Rechnen Sie nicht damit, daß Ihnen die Medien des Establishments die wahre Geschichte erzählen.

In ihrer Ausgabe vom 4. Mai 1992 richtete die Zeitschrift »Newsweek« ihren Brennspiegel auf Bill Clintons Tage als Rhodes-Stipendiat, und wies darauf hin, daß Clinton sich mit Rhodes-Stipendiaten unter seinen Hauptberatern – Leute, die ihm wahrscheinlich ins Weiße Haus folgen werden – umgeben hat.

In dem Artikel heißt es, daß Clinton und seine Mit-Rhodes-Stipendiaten das betreiben, was Clinton »und seine Clique etwas hochgestochen ›die Konversation‹ nennen«. Die Themen wechseln, aber die »Konversation« läuft darauf hinaus, wie die Welt zu retten ist«. Was »Newsweek« seinen Lesern allerdings nicht berichtete, ist die Art und Weise wie Rhodes-Stipendiaten die Welt »retten« wollen. Es ist keine hübsche Geschichte für Amerikaner, die nationale Souveränität und Unabhängigkeit immer noch hochschätzen.

Das politische Ziel der Rhodes-Stipendiaten

Wie der Historiker Eustace Mullins in seiner monumentalen Studie »The New World Order« feststellt, war Cecil Rhodes ein internationaler Unternehmer, der in den afrikanischen Diamentenfeldern als Frontmann der Banken-Interessen der Familie Rothschild in Europa diente. Dies wirft sofort Argwohn auf jedes Stipendium, das von einer solchen Person gewährt wird. Die Dinge greifen jedoch viel tiefer.

Schon am 14. Juli 1951 entlarvte die »Chicago Tribune« – damals, aber heute nicht mehr, eine der wenigen in den großen Medien – die Rhodes-Stipendien. Dies war das erste Mal, daß die Wahrheit über diese Stipendien in einem großen Blatt offengelegt wurde, seitdem amerikanische Studenten 1904 damit begonnen hatten, mit diesen Stipendien in Oxford zu studieren.

Die Überschrift des ersten »Tribune«-Artikels, von William Fulton, sagte schon fast alles: »Rhode's goal: Return US to British empire; scholars work to that end« (»Rhodes Ziel: Rückkehr der USA zum Britischen Empire; Rhodes-Stipendiaten arbeiten auf dieses Ziel hin«) Der Artikel besagte im wesentlichen:

»Cecil Rhodes, der Erbauer des Empires, hatte den lebenslangen, brennenden Ergeiz, ›die Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralen Bestandteil des Britischen Empire‹ zustandezubringen. Heute arbeiten viele amerikanische Rhodes-Stipendiaten geflissentlich daran, daß der Traum ihres imperialen Schirmherren Wirklichkeit wird.

Diese amerikanischen Rhodes-Stipendiaten besuchen schon seit 1904 die Oxford University zur Erziehung und Einführung in die britische Denkweise. Mit dem Vermögen von Rhodes aus dem Diamanten- und Minengeschäft werden die Rechnungen beglichen. Jedes Jahr werden 32 Campus-Führer sorgfältig zur Schulung außerhalb des Landes auserwählt. Nur durch zwei Weltkriege wurde die ›Jahresernte‹ vorübergehend gestoppt.

Rhodes liebte Pläne für eine Weltmacht-Föderation, die von Angelsachsen dominiert wird. Seine amerikanischen Stipendiaten, die aus England zurückkehren, sind bei dem Vorstoß, Uncle Sam tiefer in den Morast der Angelegenheiten anderer Staaten zu stoßen, die treibenden Kräfte.

Um nur ein Beispiel zu nennen, es war der Senator William Fulbright, der als junger Kongreßabgeordneter voll entbrannt von neuen Ideen, die er in Oxford erworben hatte, den Beschluß einbrachte, mit dem die Schaffung einer »internationalen Maschinerie« unter Teilnahme der Vereinigten Staaten vorgeschlagen wurde. Das war 1943. Die Vereinten Nationen, die ›Polizeiaktion‹ in Korea mit 78000 amerikanischen Verlusten und andere Ereignisse folgten.«

Pläne für eine Weltmacht-Föderation

Als eifriger Internationalist war Fulbright, wie man sich erinnern wird, ein Mentor seines Landsmanns aus Arkansas, Clinton. Der junge Clinton war als Student an der School of Foreign Service der Georgetown University – wie Yale eine Anwerbungsstelle des CIA – Mitarbeiter in Fulbrights Senats-Dienststelle.

In dem Bericht der »Tribune« heißt es weiter:

»Rhodes sagte zu intimen Freunden, es könnte ein Jahrhundert dauern, bis sich sein ›großer Traum‹ erfüllt. Bis zu einem gewissen Ausmaß ist die von der amerikanischen Revolution getroffene Entscheidung nach Meinung historischer Beobachter bereits ins Gegenteil verkehrt worden.

Politisch, führte er aus, haben die Vereinigten Staaten einen Teil ihrer Souveränität einer Supra-Körperschaft, den Vereinten Nationen ausgeliefert, in denen das britische Außenministerium einen gewaltigen Einfluß ausübt. Militärisch kämpfen Amerikaner für fremde Interessen, wie sie es im französischen und indischen Krieg taten. Wirtschaftlich verschleudert das Land seinen Wohlstand mit Auslands›hilfe‹, genau so wie es vor der Boston Tea Party (Protest von 1773 gegen britische Zölle auf Tee, der von den amerikanischen Kolonien eingeführt wurde: Als Inder verkleidete Kolonisten enterten britische Schiffe im Hafen von Boston und warfen den Tee über Bord; die Redaktion) der Fall war.

Der Einfluß der Rhodes-Stipendiaten

Wie machen Rhodes amerikanische Schützlinge ihren Einfluß geltend?

Mehr als ein Drittel der noch lebenden amerikanischen Stipendiaten sind im Bildungsbereich, meistens in Harvard und anderen Institutionen an der Ostküste, tätig. In ihrem Lehrunterricht und ihren Schriften geben sie die Ansichten weiter, die sie von ihren Dozenten in Oxford begierig aufgesaugt haben.

Aber in den letzten Jahren sind die Stipendiaten in steigender Anzahl in die Regierung eingedrungen. Sie haben Schlüsselpositionen, besonders im Außenministerium, wo die lebenswichtige Außenpolitik betrieben wird, inne.

Rhodes-Stipendiaten beherrschen auch Posten bei den Vereinten Nationen und in der Economic Cooperation Administration (Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Die zurückkehrenden Gelehrten sind in dem Bereich der Meinungsbildung mit starker Durchsetzung der internationalistischen Presse, Zeitschriften und Rundfunk an der Ostküste der USA aktiv.

Rhodes, der Mann der dieses gewaltige Propaganda-Projekt ins Leben rief, wurde 1853 in einem englischen Pfarrhaus geboren. Sein schwacher Gesundheitszustand als Jugendlicher führte ihn nach Afrika und auf die Diamantenfelder von Kimberley, wo die Klunker den Grundstein für sein

Vermögen legten. Er kehrte nach Oxford zurück, um dort sein Studium wiederaufzunehmen.

Die Ausdehnung britischer Herrschaft

Schon als Student hatte Rhodes einen Sinn für die Bestimmung, für die Gestaltung der Geschichte nach seinem eigenen Geschmack, und er umriß seine Ansichten in einem Dokument mit der Bezeichnung ›Confession of Faith‹ (›Glaubensbekenntnis‹), etwa zu der Zeit, als er 1877 seinen ersten Willen niederschrieb. Dieser beinhaltete:

Die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt, die Perfektionierung des Auswanderungssystems aus dem Vereinigten Königreich und der Kolonisierung durch britische Untertanen aller Länder, wobei die Mittel zum Lebensunterhalt durch Energie, harte Arbeit und Unternehmergeist erworben werden können, und speziell die Besetzung durch britische Siedler des ganzen Kontinents Afrika, des Heiligen Landes, des Tales der Euphrats, der Inseln Zypern und Candia, des ganzen Südamerikas, der Inseln des Stillen Ozeans, die bislang noch nicht im Besitz Großbritanniens waren, der ganzen malayischen Halbinsel, der Küste Chinas und Japans, die endgültige Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten als integralen Bestandteil des Britischen Empire, die Konsolidierung des ganzen Weltreiches, die Einführung eines Systems der kolonialen Repräsentation im Parlament des Weltreichs, das dazu neigen könnte, die abgetrennten Mitglieder des Empire wieder zusammenzuschweißen, und schließlich Errichtung einer so großen Macht, die fortan Krieg unmöglich macht und die besten Interessen der Menschheit fördert.«

Geheimgesellschaft zur Förderung der Energie«

Rhodes legte sieben Willensäußerungen schriftlich nieder, deren Originale heute im Rhodes House in Oxford ruhen. In den ersten fünf wird über die Gründung einer weltweiten Geheimgesellschaft zur Förderung des Britischen Empire nachgedacht.



Bill Clinton, neu gewählter amerikanischer Präsident, ist Rhodes-Stipendiat und damit diesen Zielen verpflichtet.

Der sechste Wille, datiert von 1893, sah erstmals Stipendien vor Sie sollten für ›junge Kolonisten‹ zur Förderung der Reichseinheit (Einheit des Empire) sein. Amerikanische Stipendien tauchten im letzten Willen auf, der 1899 niedergeschrieben und 1902 nach Rhodes Tod veröffentlicht wurde.

Rhodes merkte zwei Stipendien für jeden amerikanischen Staat und Territorium vor. Es gab seinerzeit 45 Staaten und fünf Territorien, was 100 amerikanische Stipendien und nur 60 für das ganze britische Empire bedeutet hatte.

›Als Rhodes seine Stipendien zuteilte‹, schrieb Mrs. Sarah Gertrude Millin in ihrer Biographie von Rhodes, ›glaubte er, es seien immer noch wie ursprünglich 13 Staaten in der Union Amerikas.‹

Rhodes Stipendiaten streiten das entrüstet ab und behaupten, es sei nur ein Versehen ihres Schirmherren gewesen. Sie sagen, es sei auch ein Versehen gewesen, daß Rhodes zwar Quebec und Ontario Stipendien zuteilte, aber die anderen Provinzen Kanadas ausließ. Treuhandsverwalter seines Vermögens haben die Dinge korrigiert, indem sie in den Vereinigten Staaten jährlich 32 Stipendien statt 100 verleihen und andere kanadische Provinzen einbeziehen.«

Die »Tribune« weist darauf hin, daß Rhodes-Stipendien politischer – nicht erzieherischer – Natur sind. Sie zitierte Sir Francis Wylie, den ersten der Treuhänder des Rhodes-Vermögens in Oxford:

Keine Stiftung zur Förderung der Bildung

»Dies ist keine Stiftung zur Bildungsförderung wie das, was gewöhnlich darunter verstanden wird. Ihr Zweck besteht nicht darin, jemandem eine Bildung zu ermöglichen, die er sich sonst nicht leisten könnte; auch nicht in der Förderung des Lernens; sondern darin, in der heranwachsenden Generation Englisch sprechender Menschen einen besonderen Ausblick auf die Probleme der Welt anzuspornen – ihnen, in der Tat, ein politisches Vorurteil einzupflanzen.

Der Gedanke, Stipendien als Instrumente einer ›politischen‹ Absicht zu benutzen, stammte von Rhodes ... und hatte in dem Willen von 1983 Gestalt angenommen«, erklärte Wylie.

Somit ist, wie die »Tribune« feststellt, »bestätigt worden, daß der Hauptzweck der Bereitstellung von Stipendien darin bestand, den in ›Confession of Faith‹ enthüllten Traum zu erfüllen. Dazu gehört die schließliche Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als Teil des Britischen Empire«.

Es ist kein Zufall, daß Clintons anderer Mentor in Washington, an der Georgetown University, niemand anders als der verstorbene Professor Caroll Quigley war. Es war Quigley, den Clinton in seiner Eingangsrede auf dem Wahlparteitag zu seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat mit Bewunderung zitierte, der das berüchtigte Buch »Tragedy and Hope« schrieb, in dem er, Quigley, den Vorstoß der internationalen Elite zu einer Weltregierung in den höchsten Tönen lobte.

Quigleys weniger bekanntes Werk, das nach seinem Tode veröffentlichte und kaum noch aufzutreibende Buch »The Anglo-American Establishment« war interessanterweise eine glühende Historie der Eine-Welt-Bewegung unter den Auspizien des Rhodes Trust und der Stipendiaten, die unter dessen Fittiche kamen. Clinton gehört natürlich dazu.

Wird Clinton Rhodes Traum verwirklichen

Wie der in New York ansässige Council on Foreign Relations (CFR) feststellt, ist Clinton übrigens der Sproß einer geheimen Gesellschaft, die mit dem Rhodes Trust verbunden ist und unter deren Schirmherrschaft gegründet wurde, das Royal Institute of International Affairs.

Clinton ist nicht nur langjähriges Mitglied des CFR, sondern war auch, wie »The Spotlight« und CODE berichteten, 1991 Teilnehmer an der Bilderberg-Konferenz – ein Gebilde, das als weit mächtiger und einflußreicher als der Council on Foreign Relations gilt.

So kommt es, daß Amerika seinen ersten Rhodes-Stipendiaten zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt hat. Die Frage lautet, ob Clinton in der Tat dem Ziel von Rhodes, »die schließliche Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralen Bestandteil des britischen Weltreichs« treu bleiben wird. □

USA

Visionen aus der Misere

Die Vereinigten Staaten von Amerika verzeichnen mit 5000 Dollar pro Schüler und Jahr den weltweit höchsten Bildungsetat. Rund 13 Prozent aller Siebzehnjährigen sind dennoch Analphabeten. Etwa ein Viertel der Jugendlichen schafft keinen Schulabschluß. Mit dem Reformprogramm »America 2000« startete der scheidende US-Präsident George Bush eine bildungspolitische Offensive. Die Devise: mehr Wettbewerb.

Das großangelegte Vorhaben zur Neugestaltung des amerikanischen Schulsystems ist vor allem unter massivem Druck der US-Wirtschaft zustande gekommen. Die Unternehmen beklagen schon lange die mangelhafte Schulbildung vieler Absolventen und fürchten, mit weniger qualifiziertem Nachwuchs im internationalen Wettbewerb an Boden zu verlieren.

Die Mehrheit der Schüler liegt unter dem Durchschnitt

Der Befund: Im Jahr 1991 veröffentlichte das US-Erziehungsministerium eine Studie, nach der nur rund zehn Prozent der amerikanischen Jugendlichen internationalen Schulleistungskriterien genügen. Die Mehrheit der amerikanischen Test-Teilnehmer lag deutlich unter dem internationalen Durchschnitt.

Bei diesem Schultest wurden 175000 Schüler aus 20 Ländern im Alter von 13 bis 19 Jahren auf ihre Kenntnisse im Lesen und Schreiben, in Mathematik und Naturwissenschaften sowie Geographie und Geschichte hin geprüft. Test-Ergebnis: Die US-Schüler rangierten im Vergleich mit den anderen fünf großen Industrienationen in den Naturwissenschaften an vorletzter, im Fach Mathematik sogar an letzter Stelle.

Eine vom National Assessment of Education and Progress durchgeführte Untersuchung über Schülerleistungen belegt: Nur acht Prozent der High-School-Besucher besitzen ein ausreichendes naturwissenschaftliches Basiswissen, lediglich sechs Prozent haben Grundkenntnisse in Algebra und ganze fünf Prozent sind fähig, fachspezifisches Studienmaterial zu verstehen.

Nachhilfekurse sind die Regel

Der American Council of Education, ein Dachverband höherer Lehranstalten, siedelt das Lesevermögen amerikanischer High-School-Absolventen durchschnittlich auf dem Niveau der siebten Klasse an. Ein Grund, weshalb neun von zehn Colleges ihren Studienanfängern Nachhilfekurse in Englisch und Mathematik anbieten.

Der Scholar Aptitude Test, den US-Oberschüler am Ende ihrer Schulzeit anstelle eines dem Abitur vergleichbaren Prüfungsverfahrens absolvieren, weist ebenfalls auf einen Abwärtstrend hin: Im Jahr 1991 erreichten die High-School-Abgänger im Schnitt knapp 900 von 1600 möglichen Punkten – gegenüber 1969 ein Rückgang um 60 Prozent.

Ein weiteres Schlaglicht werfen die Gewalt- und Kriminalitätsstatistiken der öffentlichen Schulen auf das Bildungssystem: Alle sieben Minuten wird ein schulpflichtiger Jugendlicher verhaftet, über 130000 Schüler kommen täglich schwerbewaffnet zur Schule.

Die Auswirkungen auf die ökonomische Leistungsfähigkeit der jungen Arbeitnehmer lassen sich nicht übersehen:

Nach einer Studie des Massachusetts Institute of Technology zählen rund 20 Prozent aller amerikanischen Arbeitskräfte zu den funktionalen Analphabeten. Das sind Menschen, die auf dem Bildungsniveau der fünften Volksschulklasse stehengeblieben sind.

Eine Unternehmensbefragung des Conference Board New York – das zentrale Informationsinstitut der amerikanischen Industrie – kommt zum Ergebnis: Fast die Hälfte aller befragten Firmen hält 15 bis 35 Prozent ihrer Mitarbeiter wegen mangelnder Bildungsvoraussetzungen für unfähig, komplexere Aufgaben zu übernehmen. Rund 14 Prozent der Unternehmen führten Schwierigkeiten am Arbeitsplatz auf die Lese-Rechtschreib-Schwäche ihrer Mitarbeiter zurück.

Dieser Befund ist für die Unternehmen deshalb besonders alarmierend, da es in den USA kein Berufsbildungssystem gibt. Nur etwa jeder zehnte Arbeiter erhält beim Berufsstart eine Einführung oder ein Training-on-the-Job. Folge: Die schulischen Defizite können nur selten kompensiert werden.

Andererseits zeigt die US-Statistik: Je höher der Bildungsabschluß, desto höher die Erwerbsbeteiligung.

Am stärksten ist die Erwerbsbeteiligung von Personen mit mindestens vierjähriger College- oder Universitätsausbildung: Annähernd neun von zehn Akademikern sind im Job oder dabei, diesen Job zu suchen.

Am schlechtesten schneiden die Dropouts ab – Schüler, die ohne Abschluß die Penne verlassen: Von dieser Gruppe sind 60 Prozent berufstätig oder bewerben sich um einen Arbeitsplatz.

Wachsendes Analphabetentum

Das US-Department of Education reagierte auf diese Entwicklung mit einem Reformprogramm, das es »America 2000« betitelte. Das Ziel:

Bis zum Jahr 2000 sollen 90 Prozent aller Schulabsolventen einen High-School-Abschluß in der Tasche haben. Im internationalen Vergleich sollen dann die US-Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften Platz eins einnehmen.

Das Programm zur Schulreform beruht im Kern auf einer Wiederbelebung klassisch amerikanischer Prinzipien: individuelle Leistungsbereitschaft, freier Wettbewerb und belebende Konkurrenz.

So ist einer der Hauptpunkte des Reformwerkes die Einführung von landesweiten Tests für Schüler im vierten, achten und zwölften Schuljahr. Allerdings sind diese Tests freiwillig. Zugleich soll es den Eltern durch staatlich finanzierte Blanko-Gutscheine ermöglicht werden, öffentliche wie private Schulen für ihre Kinder frei zu wählen – aufgrund der regelmäßig veröffentlichten Leistungsprofile.
Für die Schulen hängt das Überleben damit von ihrer Wettbewerbsfähigkeit am Bildungs-Markt ab, das heißt, von der Qualität ihrer Lehrangebote und Lehrkräfte. Bis 1996 sollen insgesamt 690 Millionen US-Dollar für das Voucher-System bereitgestellt werden. Dazu kommen noch einmal 153 Millionen von Industrie und Wirtschaft.

Vorrangiges Ziel der America 2000-Strategen ist zunächst der Aufbau eines innovativen Modellinstituts in jedem der 535 Kongreßdistrikte. Dabei geht es nach dem Willen des Weißen Hauses primär um eine gezielte Förderung pädagogisch und organisatorisch neu zu konzipierender Privatschulen.

Flankierend dazu stehen Prämiengelder (1991: 40 Millionen US-Dollar) für jene Schulen zur Verfügung, an denen beachtliche Lehr- und Lernfortschritte in Mathematik und in den Naturwissenschaften ermittelt wurden.

Die programmatische Bildungsinitiative stößt auch auf Kritik: Viele sehen darin nur eine weitere Begünstigung der ohnehin schon besser gestellten Privatschulen für die privilegierten Schichten. Zugleich fürchten sie auf Dauer ein weiteres Absinken der Lern- und Sozialqualität an öffentlichen Schulen. Der designierte US-Präsident Bill Clinton möchte ein Berufsbildungssystem nach deutschem Vorbild – allerdings mit Umlage-Finanzierung. □

Henry Kissinger

Wen er kennt, ist Millionen wert

Michael Collins Piper

Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat sich als einer der mächstigsten Interessenvertreter in der Geschichte des offiziellen Washington herausgeputzt. Durch seine private Lobbyfirma, Kissinger Associates, scheffelt der rüstige Zar der Außenpolitik Millionen. Seine Kundenliste liest sich wie ein »Wer ist wer« des Establishments.

»The Spotlight« und CODE haben als einzige Nachrichtenblätter die eklatanten Interessenskonflikte zwischen zwei der höchstrangigsten Beamten der Außenpolitik der Bush-Regierung, der amtierende Außenminister Lawrence Eagleburger und der Berater für nationale Sicherheit Brent Scowcroft, im einzelnen dargestellt.

Die Geheimniskrämerei um Namen

Eagleburger und Scowcroft, die dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger sowohl in der Regierung als später als dessen Angestellte bei Kissinger Associates, seiner mächtigen Interessensvertretung, dienten, haben von den serbischen kommunistischen Führern im ehemaligen Staat Jugoslawien massive Gelder kassiert, CODE berichtete mehrfach darüber.

»The Spotlight« und CODE berichteten auch darüber, daß Kissinger Associates eng mit dem sich ausbreitenden Darlehen-an-Irak-Skandal der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) in Verbindung stand, der hochrangigen Persönlichkeiten in den Regierungen von Reagan und Bush Strafanklagen ins Haus zu bringen droht.

Obwohl die offizielle Kundenliste von Kissinger Associates streng geheim ist, lauten Schätzungen dahingehend, daß die Firma etwa zwei Dutzend mehrere Milliarden schwere Firmen verzeichnet – von denen etwa Zweidrittel amerikanische Firmen sind.

Trotz dieser Geheimniskrämerei hat »The Spotlight« die Namen einiger der Firmen erfahren, die Dienstleistungen von Kissinger Associates in Anspruch genommen haben:



Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, ist heute einer der höchst bezahlten Makler der Macht, der die Außen- und Innenpolitik zugunsten seiner Auftraggeber gestaltet.

American Express – der Kreditkarten-Gigant – und dessen Finanz-Tochtergesellschaft, Shearson Lehman Brothers.

American International Group, eine große Versicherungsgesellschaft.

Anheuser-Busch brewing (Brauerei).

ASEA Brown Boveri – eine schweiz-schwedische Fabrikationsfirma.

Atlantic-Richfield, die Ölgesellschaft.

Bell Telephone Manufacturing of Belgium.

Chase Manhattan Bank, Finanzzentrum des weltweiten Imperiums des Kissinger-Mentors, David Rockefeller.

Coca Cola – das Soda-Pop-Konglomerat; selbst eng mit dem Einflußbereich Rockefellers verbunden.

Continental Grain – der Getreide-Gigant.

Daewoo – ein in Südkorea ansässiger Fabrikations- und Schiffsbau-Konzern.

Fiat – die italienische Automobilfirma.

Fluor, ein weltweites Bau- und Maschinenbau-Konglomerat.

Freeport-McMoRan, eine Öl-, Gas- und Mineralfirma, die in Louisiana ansässig ist.

GTE, der Fernverbindungs-Gigant.

H.J. Heinz, die Lebensmittelproduktionsfirma.

Hollinger – ein in Kanada ansässiges internationales Zeitungsherausgeber-Imperium.

Hunt Oil – die Firma in Texas, die einst von dem inzwischen verstorbenen E. Howard Hunt beherrscht wurde. Hunts Sohn, Bunker Hunt, ist eng mit der todgeweihten John Birch Society verbunden.

L.M. Ericson, eine in Schweden ansässige Fernverbindungsfirma.

Merck, ein führender Hersteller von pharmazeutischen Produkten.

Midland Bank, ein britischer Konzern.

Revlon – das Kosmetik-Imperium.

S.G. Warburg – das in Großbritannien ansässige Kapitalanlage-Bankhaus.

Skandinaviska Ennskilda Banken – eine schwedische Bank.

Trust Company of the West, eine kalifornische Kapitalanlagebank.

Union Carbide – der weltweite Chemie-Konzern.

Volvo – der schwedische Autohersteller.

Diese Auflistung ist nur eine Auswahl der Hauptkunden, die Kissinger Associates angeheuert haben.

Die Quelle von Kissingers Starthilfe

Interessanterweise erfuhr »The Spotlight«, daß Kissinger seine Interessensgruppe mit einem Darlehen von 350.000 Dollar gründete, die er von Goldman, Sachs und drei anderen Großbanken erhielt. Goldman, Sachs war eine bezeichnende Quelle für die großzügige Starthilfe, die Kissinger erhielt. Als lukrativste Kapitalanlagebank in Privatbesitz ist Goldman, Sachs dafür bekannt, daß sie Gelder für einige der reichsten Familien der Welt und der mächtigsten Institutionen anlegt.

Mit der Hilfe von Goldman, Sachs ist Kissinger zu einem hochbezahlten Makler der Macht geworden, der auf den höchsten Ebenen operiert, die Außen- und Innenpolitik zugunsten seiner Brötchengeber gestaltet und das gewöhnlich zu großen Lasten des Steuerzahlers. □

Henry Kissinger

Die Makler der Macht

Warren Hough

Wie es Kissinger Associates gelang, dem jüngsten Golfkrieg den Weg zu bereiten und Millionen aus den Deals hinter den Kulissen abzusahnen als dieser im Gange war, wird verständlicher, wenn in dem BNL-Skandal einige neue Verdächtige ins Rampenlicht treten. Kissinger Associates ist eine New Yorker Beratungs- und Verhandlungsfirma, die von dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger und einigen seiner Gehilfen in der Bürokratie der nationalen Sicherheit der USA geleitet wird.

Elizabeth Ilke Kopp (links) und ihr Ehemann Hans Kopp, beide Rechtsanwälte.

Zu diesen Personen zählt Fred Ikle, dessen Name den meisten Amerikanern unbekannt geblieben ist, trotz der Tatsache, daß er in den acht Jahren der Reagan-Ära einer der mächtigsten Beamten des nationalen Sicherheitsdienstes der amerikanischen Regierung war.

Die graue Eminenz hinter den Schlagzeilen

»Ikle ist der typische ›ruhige Mann‹ – die graue Eminenz hinter vielen Schlagzeilen machenden Ereignissen«, sagt Alan de Segonzac, der französische Journalist, der vor seinem kürzlich eingetretenen Ruhestand mehr als 20 Jahre von Washington aus berichtet hatte.

»Obwohl er als Staatssekretär der Verteidigung für politische Fragen welterschütternde Entscheidungen traf, war er darauf gedrillt, sich vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen zu halten. Niemand wußte zum Beispiel, daß er in den fünfziger Jahren seine steile Karriere als Kissingers Assistent in Harvard begann. Die beiden Männer blieben lebenslang geheime Verbündete.«

Milliarden-Dollar-Deals in Hinterzimmern

Ikle, der zum Herrn über die bewaffneten Streitkräfte Amerikas wurde, war ein Intellektueller der Verteidigung, der selbst niemals eine Uniform getragen hatte. Er wurde in der Schweiz



Hinter dem Rücken von US-Präsident Ronald Reagan wurden Milliarden-Dollar-Hinterzimmer-Abkommen getroffen.

als Sproß einer wohlhabenden Familie mit starken Bindungen an Israel geboren.

Gut unterrichtete Kreise innerhalb des Gesetzesvollzugs und der Medien sagen in Privatgesprächen, daß die Kollaboration zwischen Ikle und Kissinger hinter den Kulissen »ein Licht darauf wirft, wie die Milliarden-Dollar-Hinterzimmer-Abkommen der Reagan-Bush-Ära orchestriert wurden«, behauptet ein Untersuchungsbeamter des Kongresses, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden. Aus diesen Kreisen verlautet, daß 1981, als Kissinger der führende Berater war, die Chase Manhattan Bank in aller Stille damit begann, die umfangreichen Einkäufe von Kriegsgerät zu finanzieren, die der Irak seinerzeit tätigte, um seinen Krieg mit dem Iran in Gang zu halten.

»Ikle hatte gerade im Verteidigungsministerium das Kommando über die Politikmache übernommen«, sagte der Untersuchungsbeamte des Kongresses. »Als Angelegenheit der Politik leistete er der Kriegsanstrengung des Iraks geheime Unterstützung, indem er die Chase Manhattan Bank dazu ermächtigte, zum führenden Finanzier für Saddam Husseins Militärmaschine zu werden.«

Wohin gingen die von Saddam Hussein von der Chase Manhattan und anderen Banken – darunter schließlich auch das gigantische italienische Geldzentrum BNL – geliehenen Gelder?

Fahnder sagen jetzt, daß zwei Milliarden Dollar an zwei kleine Schweizer Finanzmaklerhäuser gingen, die als Trans K.B. und Kapital-Beratung bekannt sind.

Beide wurden, wie es sich so ergab, von Ikles ehrgeiziger Nichte, der Schweizer Anwältin Elizabeth Ikle und deren Ehemann Hans Kopp, gleichfalls Rechtsanwalt, geleitet.

Vieles bleibt weiterhin im Dunkeln

»Ein Großteil der Gelder scheint verschwunden zu sein«, sagt der Schweizer Untersuchungsreporter Ernst Boegli. »Wer hat es schließlich bekommen? Wir wissen das noch nicht; ein Vorhang der Vertuschung ähnlich wie das Blackout im Falle der BNL ist auch vor diesem Skandal niedergegangen.«

Hans Kopp wurde schließlich in dieser Affäre des Betrugs für schuldig befunden. Elizabeth Kopp, die erste Ministerin für Polizei und Justiz der Schweiz, wurde unehrenhaft ihres Postens enthoben. Aber bislang ist noch niemand wegen dieser ungeheuren Masche ins Gefängnis gegangen. Und Fred Ikle bleibt wie immer der unsichtbare Mann hinter den Kulissen: Sein Name wurde von den Medien des Hautstroms im Zusammenhang mit diesem Skandal nicht einmal erwähnt. □

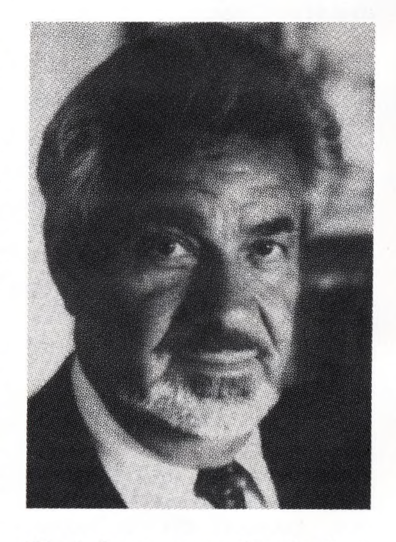
War George Bush ein Mitverschworener?

War US-Präsident George Bush in die Ermordung von John F. Kennedy und/oder an deren Vertuschung beteiligt? Ist der derzeitige Vorstoß zur »Offenlegung« der geheimen amerikanischen Regierungsakten über den Mord an Kennedy ein Betrug? Dies waren einige der interessanten Fragen, eines Interviews von Vince Ryan, Herausgeber von »The Spotlight«, mit dem US-Anwalt Mark Lane, Verfasser des Bestsellers »Plausible Denial«, der die ganze Geschichte über die Verwicklung von »The Spotlight« in eine Verleumdungsklage des Ex-CIA-Mannes E. Howard Hunt enthält. Das Geschworenengericht in diesem Prozeß sprach »The Spotlight« von der Anklage der Verleumdung frei und kam zu dem Schluß, daß der CIA tatsächlich bei dem Mord an dem amerikanischen Präsidenten seine Hand im Spiel hatte.

War George Bush irgendwie in den Mord an Präsident John F. Kennedy verwickelt?

Lane: Unter einigen Gesichtspunkten kann man diese Frage sicherlich bejahen. Uns liegen jetzt endlich die Dokumente vor, die bislang nicht zur Verfügung standen. Eines davon ist eine Denkschrift des ehemaligen Leiters des FBI, J. Edgar Hoover, mit Datum vom 29. November 1963, eine Woche nach dem Mord.

Daraus geht hervor, daß am 23. November, dem Tag nach dem Mord, der »FBI-Sonderagent Forsyth« zwei Männer über die Rolle, die castrofeindliche Kubaner möglicherweise bei dem Mord an Kennedy gespielt haben, in Kenntnis setzte.



Mark Lane, amerikanischer Rechtsanwalt, berichtet über die Rolle von George Bush beim Kennedy-Attentat.

Laut Hoovers Denkschrift waren die beiden Männer ein Captain Edwards von der Defense Intelligence Agency und »Mr. George Bush von der Central Intelligence Agency (CIA)«. Mit anderen Worten, Bush arbeitete am Tage nach dem Mord an Präsident Kennedy für den CIA.

Interessant an dieser Sache ist, daß 13 Jahre später der damalige US-Präsident Gerald Ford, ein ehemaliges Mitglied der Warren-Kommission, die den Mord an Kennedy untersuchte, George Bush zum Leiter des CIA ernannte.

Bush erschien vor dem Senat, erhob seine rechte Hand und schwor, daß er niemals in irgendeiner Weise für den CIA gearbeitet oder mit diesem in direkter Verbindung gestanden habe. Die geheime Hoover-Denkschrift, die sich auf Bushs Verwicklung in den CIA bezieht, ist noch nicht freigegeben worden.

Mit anderen Worten, Mr. Bush beging einen Meineid, als er aussagte. Er log auch über alle diese Dinge, nachdem er seine Arbeit für den CIA wieder aufgenommen hatte. Er erwähnte niemals, daß er die meiste Zeit seines Lebens ein »tiefverdeckter« (deep-cover) Agent des CIA war.



US-Präsident John F. Kennedy wurde 1963 ermordet. Über die Hintergründe des Mordes gibt es immer noch Spekulationen über die Verwicklung des CIA in das Attentat.

Wenn man dies in Zusammenhang mit anderem Material sieht, wird die Sache sehr aufregend. Während des Prozesses des ehemaligen CIA-Agenten E. Howard Hunt gegen Liberty Lobby – den Herausgeber von »The Spotlight« –, legten wir die Zeugenaussage von Marita Lorenz, einer anderen Ex-CIA-Agentin, vor, die aussagte, sie habe sich ein einem der beiden Fahrzeuge befunden, die von einem geheimen Unterschlupf des CIA in Richtung Dallas abfuhren.

Sie sagte, dies seien die Männer gewesen, die in den Mord an Kennedy verwickelt waren. Nach irgendwelchen Namen befragt, gab sie die Namen Guillermo und Ignacio Novo an.

Fast 13 Jahre nach dem Mord an Kennedy wurden die Gebrüder Novo verhaftet und hier in Washington wegen des Mordes an dem chilenischen Diplomaten Orlando Letelier angeklagt. Einer der Gebrüder Novo sagte aus, dies sei ein Schlag des CIA gewesen. Zu jener Zeit war Bush Leiter des CIA, und Bush versuchte zu verhindern, daß das Beweismaterial bekannt wurde.

Anfänglich nutzte Bush seine Kontakte mit den Medien aus, um die Verwicklung des CIA in dieser Sache zu vertuschen. Einer von Bushs Medienkontakten war ein ehemaliger CIA-Agent, William F. Buckley jun., ein enger Freund und ehemaliger CIA-Untergebener von niemand anderem als E. Howard Hunt, in der CIA-Station in Mexiko-Stadt Anfang der fünfziger Jahre. Buckley und andere Kontaktleute von Bush in den Medien setzten Bushs Vertuschungsgeschichte in Umlauf.



J. Edgar Hoover, ehemaliger Leiter des FBI, hat in einer geheimen Denkschrift über die Verbindung von Bush zum CIA berichtet.

Die Story, mit der Bushs Verbindung zum CIA vertauscht werden sollte, lautete, daß Letelier von seinen eigenen Leuten getötet worden sei. Dies erwies sich jedoch als glatte Lüge, und niemand wußte dies so gut wie Bush. Bush hatte einen falschen Bericht in die Welt gesetzt, um die schuldigen Parteien abzuschir-

War George Bush ein Mitverschworener?

men. Die Gebrüder Novo wurden jedoch schuldig gesprochen.

Einer der Hauptzeugen gegen die Gebrüder Novo war ein Mann namens Michael Townley, der für den CIA und für chilenische Geheimdienste gearbeitet hatte. Townley sagte aus, er sei in den Diensträumen eines New Yorker Senators mit den Gebrüdern Novo zusammengetroffen. Es sei jedoch kein Senator des Staates New York gewesen. Wenn man sich näher mit dieser Angelegenheit befaßt, wird man feststellen, daß die Anschrift der Dienststelle des New Yorker Senators 500 Fifth Avenue lautete. Zu dieser Zeit war dies die Dienststelle eines US-Senators aus New York: James L. Buckley - der Bruder von William F. Buckley jun. Und dort wurde auch das Komplott, Letelier zu töten, ausgebrütet.

Dies war nicht das Ende der Verbindung zu Buckley, soweit es die Kontroverse um Kennedy betrifft, nicht wahr?

Lane: James Buckley wirkt jetzt am Berufungsgericht für den District of Columbia, das zweitwichtigste Gericht in Amerika hinter dem Obersten Gericht. Es gibt viele Berufungsgerichte im ganzen Land, aber dies ist die Schlüsselstelle des Gerichtswesens, weil dort die Fälle verhandelt werden, in die Bundesbehörden verwickelt sind.

Das Geheimnis der Akten

Jetzt debattiert der Kongreß über ein Gesetz zur Offenlegung der im Repräsentantenhaus, beim CIA und anderen Behörden verwahrten geheimen Akten über den Mord an John F. Kennedy. Der Kongreß wandte sich an einen Mann namens G. Robert Blakey, der den betreffenden Gesetzesentwurf ausarbeiten soll. Blakey war natürlich Leiter des



US-Präsident John F. Kennedy wurde in Dallas ermordet. Die Offenlegung der geheimen Regierungsakten ist immer noch nicht geschehen.

umstrittenen House Assassinations Committee (Ausschuß des Repräsentantenhauses, der sich mit Attentaten befaßt) und unterhielt selbst Verbindungen zu Geheimdiensten.

Nun heißt es in dem Gesetzesentwurf, daß das ganze Material freigegeben werden soll, es sei denn, es verstoße gegen die nationale Sicherheit oder gefährde die laufenden Ermittlungen; es gibt keine. Nun vertritt die Regierung aber die Auffassung, Lee Oswald Harvey sei der alleinige Täter gewesen. Wieso ist es dann eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit?

Auf jeden Fall könnte Präsident George Bush jederzeit den CIA oder das FBI oder jede der Vollzugsbehörden anweisen, alle Dokumente, die sie derzeit in Verwahrung haben, freizugeben.

Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf ruft im wesentlichen eine neue Warren-Kommission ins Leben, die sich aus fünf Personen zusammensetzt. Wer ernennt diese neue Kommission? Das US-Court of Appeals für den District of Columbia, an dem James Buckley tätig ist. Die einzige Beschränkung auf die zu Ernennenden besteht darin, daß sie nichts mit irgendwelchen früheren Untersuchungen über den Mord an Kennedy zu tun haben dürfen.

Dieser Kommission wird dann ein Zeitraum von drei Jahren eingeräumt, in dem sie über das Material brüten und Empfehlungen machen kann. Sie kann selbst kein Material freigeben, sondern nur dem Präsidenten gegenüber Empfehlungen abgeben, und dieser wird dann entscheiden, ob das Material freigegeben werden soll - was George Bush ohnehin jetzt schon tun könnte.

Das falsche Spiel der Regierung

Dies ist ein falsches Spiel seitens der Regierung, um den Eindruck zu erwecken, als arbeite die Regierung auf eine Freigabe des Materials hin, während sie in Wirklichkeit bestrebt ist, es hinter Schloß und Riegel zu halten. Dies ist ein Gesetzesentwurf, der eine weitere Straßensperre zwischen dem amerikanischen Volk und unserem Recht, die Wahrheit zu erfahren, errichtet.

Die Tatsache, daß Earl Warren, der ehemalige Gerichtspräsident der Vereinigten Staaten, überhaupt den Vorsitz einer Kommission akzeptiert, die ein Verbrechen untersucht, das, wäre Oswald jemals vor ein Gericht gestellt und schuldig gesprochen worden, schließlich vor das Oberste Gericht gekommen wäre, deutet auf einen Verstoß gegen die Trennung der Gewalten hin.

Lane: Dies ist interessant. Warren lehnte dreimal den Vorsitz über die Kommission ab. Und doch sah man ihn schließlich, wie er das Weiße Haus mit Tränen in den Augen verließ. Was war geschehen? Nun, US-Präsident Lynson Johnson hatte Warren befohlen. »Ich bin Ihr Oberkommandeur. Sie müssen das tun.«

In »Plausible Denial« erörtern wir diese Dinge. Interne Dokumente der Warren-Kommission erklären, was geschehen war. Der CIA und Lyndon Johnson - nachdem er von dem CIA instruiert worden war - sagten zu Warren, Oswald allein habe Kennedy getötet. Der CIA sagte, Oswald sei einen Monat vor dem Mord in Mexiko-Stadt gewesen und habe sich in der sowjetischen Botschaft mit einem KGB-Beamten getroffen, der für Attentate in der westlichen Hemisphäre zuständig war. Oswald habe sich auch mit den Kubanern in deren Botschaft getroffen, ließ der CIA wissen.

»Wir müssen pragmatisch sein«

Es wurde suggeriert, daß Oswald beabsichtigte, Kennedy zu töten und nach Kuba und dann vermutlich nach Moskau zu fliehen. Warren wurde gesagt, daß, sollte das amerikanische Volk jemals von diesen »Tatsachen« erfahren, dann der dritte Weltkrieg ausbrechen werde. Wenn man nun das Protokoll der ersten Sitzung der Warren-Kommission und die Worte, die der Gerichtspräsident der Vereinigten Staaten an alle diese jungen Anwälte und Mitarbeiter richtete, liest, dann stellt man fest, daß Warren im wesentlichen sagte: »Wir müssen lügen«. Er gebrauchte diese Wörter zwar nicht, sagte aber effektiv: »Wir müssen pragmatisch sein. Wir müssen die allgemeinen Grundsätze, nach denen wir ein Leben lang gelebt haben, beiseiteschieben. Andernfalls werden 40 Millionen Amerikaner in einem Atomkrieg sterben.«

Das Traurigste an der Sache ist, daß die Geschichte, die man Warren erzählt hatte - und die akzeptiert wurde -, eine Lüge war. Oswald war niemals in der sowjetischen Botschaft oder in der kubanischen Botschaft und traf sich auch niemals mit den für Attentate zuständigen KGB-Chef.

Es war eine Charade, die der CIA schon einen Monat zuvor als Vorbereitung darauf inszeniert hatte, diejenigen, die schließlich den Mord an Kennedy untersuchen würden, wer auch immer dies sein mag, in die Falle zu locken, und sie für diese Story als Geiseln zu halten. Warren fiel darauf herein. □

USA

Die Wall Street und die Wahl von 1912

Michael Collins Piper

Amerikas Wähler bei den Präsidentschaftswahlen von 1912 hatten drei Hauptkandidaten zur Auswahl. Alle drei Kandidaten wurden jedoch von den internationalen Bankern finanziert.

Das internationale Banking Establishment war entschlossen, das Weiße Haus zu beherrschen, ganz gleich welcher der drei Hauptkandidaten, die bei der Präsidentschaftswahl gegeneinander konkurrierten, den Sieg davontragen würde.

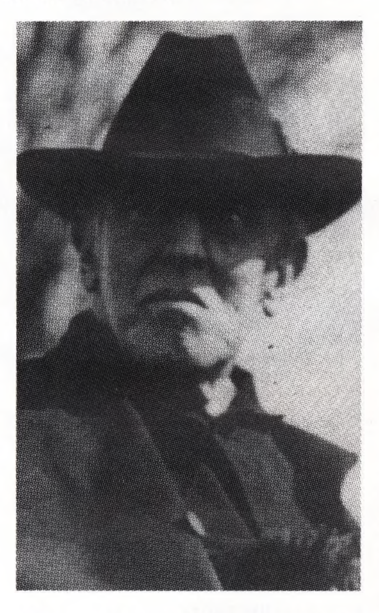
Der amtsinhabende Präsident William Howard Taft war vier Jahre zuvor von seinem sehr populären und nunmehr ausscheidenden Vorgänger der GOP (Grand Old Party = Republican Party), Theodore Roosevelt, gefördert worden.

Unzufriedenheit an der Basis

Roosevelt war 1901 nach der Ermordung von Präsident McKinley dessen Nachfolger geworden, blieb eine volle eigene Amtszeit im Amt und verabschiedete sich erst nach der Wahl von 1908.

Tafts eigene Amtszeit im Weißen Haus war stürmisch. Obwohl Roosevelt anscheinend angenommen hatte, er werde weiterhin de facto als Präsident agieren und Taft werde lediglich seine Diktate ausführen, hatte letzterer offensichtlich andere Vorstellungen. Er und Roosevelt gerieten sich über mehrere Ernennungen beinahe in die Haare, und es tat sich eine breite Kluft zwischen den beiden Männern auf.

Darüberhinaus braute sich an der Basis Unzufriedenheit über die Beherrschung des Wirtschafts- und Finanzwesens Amerikas durch Wall Street zusammen. Tafts Wiederwahl war keineswegs gesichert, und Wall Street, die Taft im allgemeinen unterstützte, befürchtete mehr und mehr, daß ein populistischer Demokrat, wie Nebraskas feuriger William Jennigs Bryan, sehr wohl in der Lage sein könnte, den angeschlagenen Taft zu stürzen und das Weiße Haus für sich zu erobern.



US-Präsident Woodrow Wilson führte die USA in einen Krieg, »um die Welt für Demokratie sicher zu machen«.

Die Zeit war reif

Obwohl Bryan 1896 und 1900 durch William KcKinley und 1908 wiederum durch Taft geschlagen worden war, schien die Zeit für eine ganz selbständige populistische Revolution reif zu sein.

Bis spätestens zum Zeitpunkt der National Convention (Parteitag) der Republikaner von 1912 war Roosevelt zum Kandidaten für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der GOP geworden und rechnete damit, seinen Nachfolger mit Leichtigkeit aus dem Sattel heben zu können.

Als fest im Sattel sitzender Präsident der Republikaner beherrschafte Taft jedoch die politische Maschinerie dieser Partei – ungeachtet der persönlichen Popularität Roosevelts – und Taft obsiegte auf dem Parteitag.

Roosevelt hatte jedoch andere Pläne. Mit einigen seiner Anhänger verließ er den Wahlparteitag der GOP von 1912 und gab seine Kandidatur für das Programm der Progressive Party bekannt.

Banken-Interessen flirteten mit den Demokraten

Mittlerweile flirteten die Banken-Interessen mit der Democratic Party. Die Wall Street hatte den Gouverneur von New Jersey, Woodrow Wilson, zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl von 1912 gesalbt.

Als ehemaliger Präsident der Princeton University war Wilson ein akademischer Elfenbeinturm mit einer langen Geschichte der Englandfreundlichkeit. Er war ein begeisterter Befürworter der britischen Regierungsform. In einem seiner früheren wissenschaftlichen Werke, »Congressional Government«, vertrat Wilson die Übernahme der britischen Regierungsform durch Amerika.

Wilsons politischer Held war nämlich der britische Premierminister William E. Gladstone, eine der Haupttriebkräfte hinter dem britischen »Freihandel«-System. Einmal als Student, als er dazu aufgerufen wurde, in einer College-Debatte den »protektionistischen« Standpunkt zu vertreten, weigerte Wilson sich, dies zu tun. Der kommende Präsident war durch und durch ein Vertreter des Freihandels. Er konnte nicht einmal den Gedanken ertragen – wenn auch nur zum Zwecke des akademischen Gebens und Nehmens –, irgendeinen Standpunkt zu vertreten, der seinem geliebten britischen Freihandel-System zuwiderlief.

Als Präsident der Princeton University, selbst ein Machtbereich des Establishments, wurden Wilsons persönliche Finanzen und sein Einkommen als Universitätsprofessor durch Stiftungen von Wall Street-Persönlichkeiten aufgebessert, die in Wilson eine biegsame Marionette und möglichen zukünftigen Präsidenten sahen.

1910 erleichterte George Harvey, New Jerseys korrupter politischer Boß, der in Wall Street-Kreise eintrat, Wilsons Wahl zum Gouverneur des Garden State. Nur zwei Jahre später nahm Harvey Wilsons Kandidatur zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten in die Hand.

Wilson war übrigens äußerst verwundbar für Erpressungen. Als verliebter Abenteurer hatte der »Familien-Mann« Wilson ein Techtelmechtel mit einer gewissen Mrs. Peck, die nun damit begann, an den Hoffnungsträger für die Präsidentschaftswahl Forderungen zu stellen. Um sich aus diesem ehebrecherischen Schlamassel zu befreien, engagierte Wilson einen scharfen New Yorker »Problemlöser« namens Louis Untermeyer, der Mrs. Pecks Verschwiegenheit mit einem deftigen Bündel Geldscheine erkaufte.

Als Gegenleistung für einen kleinen Gefallen

Als Gegenleistung erbat Untermeyer von Wilson einen winzigkleinen »Gefallen«: Der New Yorker wollte das Vorrecht haben, Wilsons erste Ernennung zum Obersten Gericht zu bestimmen, falls der korrupte Gouverneur von New Jersey die Präsidentschaftswahl gewinnen würde. Wilson stimmte diesem Abkommen zu, und als er schließlich gewählt worden war, ernannte der neue Präsident Untermeyers Spezi, Louis Brandeis, einen Führer der zionistischen Bewegung, zum Richter des Obersten Gerichts.

Hinter den Kulissen taten sich die internationalen Geldherren – wenn auch in aller Stille – zugunsten von Wilson zusammen. Jacob Schiff von der Firma Kuhn, Loeb & Co. und Cleveland Dodge von der National City Bank, zusammen mit J.P. Morgan jun., gehörten zu den mächti-

Die Wall Street und die Wahl von 1912

gen Finanzleuten, die sich für Wilson entschieden hatten.

Es versteht sich von selbst, daß jeder einzelne dieser großen Namen in der Finanzwelt, wie der Historiker Eustace Mullins in »The Secrets of the Federal Reserve and the World Order« ausführte, ein amerikanischer Frontmann für die in Europa ansässige Bankiersfamilie Rothschild war. Wilson war ihr Kandidat.

Wilsons Nominierung war jedoch keineswegs gesichert. Die Rothschilds und ihre Frontmänner an der Wall Street mußten noch Wilsons Gegner – insbesondere William Jennings Bryan – niederknüppeln.



Theodore Roosevelt wurde US-Präsident mit der finanziellen Hilfe der Banker unter Leitung der Rothschilds.

Der Bauer auf dem Schachbrett

Auf gewisse Art und Weise ließen die Geldherren durch die von ihnen kontrollierte Presse »durchsickern«, daß Wall Street die Nominierung des Senators Bennet (»Champ«) Clark aus Missouri zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten unterstützte. Das war natürlich nicht der Fall.

Dieses Manöver verleitete Bryan jedoch dazu, auf Clark einzudreschen und dadurch seine Kandidatur lahmzulegen. Clark war nur ein Bauer auf dem Schachbrett. Obwohl er ein gewisses Ausmaß an Unterstützung genoß, reichte diese nicht aus, um seine Nominierung zu gewährleisten. Das Gleiche gilt für Bryan, den die Rothschilds und ihre amerikanischen Handlanger am meisten fürchteten.

Bryans Angriff auf Clark rief jedoch beim Parteitag der Demokraten zur Nominierung ihres Präsidentschaftskandidaten völlige Uneinigkeit hervor, und nach mehreren Abstimmungen wurde der Designierte der Rothschilds für das Weiße Haus, Woodrow Wilson, nominiert.

Mittlerweile trieben die gleichen Rothschild-Interessen Gelder zur Unterstützung des Kandidaten der »dritten Kraft«, Theodore Roosevelt, auf. Ihr Ziel war natürlich die Aufspaltung der Republikanischen Partei mitten hindurch, wobei Stimmen von den amtsinhabenden Präsidenten Taft abgezogen und Wilson zugute kamen.

Der große Reformer Woodrow Wilson

Und genau das geschah auch. Wilson gewann mit 41,8 Prozent der Stimmen des Volkes und 435 Wahlmännerstimmen. Roosevelt rang tatsächlich Taft nieder und ging mit 27,4 Prozent der Stimmen des Volkes und 88 Wahlmännerstimmen als Zweiter aus dem Wahlkampf hervor. Der in Schwierigkeiten geratene Taft zog an dritter Stelle mit 23,18 Prozent der Stimmen des Volkes nur acht Wahlmännerstimmen nach.

So geschah es, daß Woodrow Wilson, der große »Reformer«, 1912 die Präsidentschaft an sich riß. In seinem ersten Jahr im Weißen Haus führte Wilson den Vorsitz über die Aufribbelung der Republik Amerika:

Die marxistische Gesetzesänderung zur Bundeseinkommensteuer wurde angenommen; das Federal Reserve Bankenmonopol wurde dem amerikanischen Volk im Namen der Währungsreform aufgezwungen; die Wahl von Senatoren durch das Volk wurde eingeführt, und das traditionelle, verfassungsmäßig verbriefte Recht der gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten, die Mitglieder des Oberhauses des Kongresses zu wählen, wurde zurückgezogen; und der Freihandel wurde mit Gewalt eingeführt, und dadurch der Weg zu einer Politik geebnet, die zur allmählichen Auflösung der nationalen Souveränität Amerikas führte.



US-Präsident William Howard Taft genoß die volle Unterstützung der Wall Street.

Mr. Wilson's War

Schon bald führte Wilson Amerika in einen Krieg, »um die Welt für Demokratie sicher zu machen«, nachdem er 1916 dadurch wiedergewählt worden war, daß er sich als der Präsident ausgab, »der uns aus dem Krieg heraushält«.
Und am Ende dessen, was einige Kritiker »Mr. Wilson's War« nannten, der die Saat für einen weiteren Weltkrieg legte, nahm Wilson den ehrgeizigen Plan in Angriff, Amerika in ein Eine-Welt-System einzubeziehen, das als »der Völkerbund« bekannt wurde. Populisten und Nationalisten im Kongreß fegten Wilsons Plan vom Tisch und der Präsident selbst mußte starr vor Erstaunen erkennen, daß seine Politik gescheitert war.

Bettlägerig und verbittert verbrachte Wilson die letzten Jahre seiner Amtszeit praktisch als Einsiedler im Weißen Haus. Er starb 1925 als gebrochener Mann. Weltkrieg und Zerstörung, schwere Steuerlasten, unglaubliche Defizite, Schuldengelder und Zinssklaverei, gekoppelt mit dem Verfall der nationalen Selbständigkeit, und der immer stärker werdende Angriff auf die Freiheit Amerikas waren seine Hinterlassenschaft. □



Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

Dritter Teil und Schluß

Charles Lutton

In der Ausgabe der Zeitschrift »Proceedings« des Marine-Instituts der Vereinigten Staaten vom Oktober 1962 berichtete Konteradmiral Kemp Tolley, er sei der Kommandant eines der »kleinen Schiffe« gewesen, die Anfang Dezember 1941 in aller Eile aus Manila beordert wurden, um die japanische Kriegsmarine zu überwachen. Obwohl die wesentlichen Aspekte des Zwischenfalls schon während der Joint Congressional Hearings zur Sprache gekommen waren, löste Tolleys Artikel viele Stellungnahmen aus. Weitere Forschungen führten zur Veröffentlichung seines Buches »The Cruise of the Lanikai: Incitement to War«, Annapolis, Naval-Institute Press, 1973.

Die »Lanikai« war ein 67-Tonnen, zweimastiger Hilfsschooner, der zwischen Inseln verkehrte. Für einen Dollar von der US-Navy gechartert, hatte sie eine Mannschaft von fünf Zivilisten, Filipinos, die der englischen Sprache nicht mächtig waren. Commander Harry Slocum setzte den bestürzten Leutnant Tolley davon in Kenntnis, daß »der Präsident ihm persönlich befohlen hat«, sobald wie möglich loszusegeln. Das Segelschiff wurde in ein Kriegsschiff verwandelt, indem auf dem Deck eine alte drei-pfünder Kanone, die aus dem spanisch-amerikanischen Krieg übriggeblieben war, und zwei Maschinengewehre, Kaliber 0,30, aus dem Ersten Weltkrieg montiert wurden. Das einzig verfügbare Funkgerät konnte zwar Meldungen empfangen, aber keine senden. Nichtsdestoweniger habe er den Befehl erhalten, zur Küste Indochinas zu segeln und ständig jemanden am Funkgerät zu halten, während sie auf See waren.

Im Kaiserlichen Hauptquartier in Tokio wird offiziell bekanntgegeben, daß sich Japan »ab Tagesanbruch« im Kriegzustand mit den USA befindet.

Die Rolle des lebenden Köders

In vorliegenden Falle konnte weder die »Lanikai« noch die anderen beiden Schiffe, die hinaus beordert wurden, die »Isabel« und die »Molly Moore«, die Fahrrouten der Japaner kreuzen. Erst nach dem Kriege begriff Tolley voll und ganz, welche Rolle der »Lanikai« zugedacht war – nämlich die eines »lebenden Köders. Ein weiteres Buch zu diesem Thema trug den Titel: »Cover Up: The Politics of Pearl Harbor, 1941 – 1946«, New Rochelle, N. Y., Arlington House, 1978. Der Kern dieses Buches wurde seiner Dissertation in Geschichte an der Georgetown University von 1976 entnommen, in der er erforschte, was verschiedene Interessensgruppen sich von einer Untersuchung des Falles Pearl Harbor versprachen. Es bietet jemandem, der sich eingehend mit jener Episode befaßt, wenig, was nicht in anderen und besseren Abhandlungen zu finden ist. Sein Hauptinteresse heute besteht darin, daß es einen Anhang hat, einen Nachdruck von John T. Flynns bahnbrechender Broschüre »The Final Secret of Pearl Harbor«, die wir in diesen Essay schon besprochen haben.

Gordon W. Prange diente von Oktober 1946 bis Juli 1951 als Chef der Historical Section G-2 des Generals Douglas MacArthur in Japan. Während dieser Zeit führte er viele Verhöre japanischer Soldaten durch. Nach Beendigung seines Aufenthaltes in Asien kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück, wo er bis zu seinem Tod im Mai 1980 an der Universität Maryland Geschichte lehrte.

Prange erhielt einen Vorschuß – wie es heißt 25000 Dollar – für ein Buch über Pearl Harbor. Aus welchen Gründen auch immer reichte er niemals ein vollständiges Manuskript ein, sondern führte 37 Jahre lang weitere Forschungen durch. Nach seinem Tode überarbeiteten zwei seiner ehemaligen Studenten, Donald Goldstein, ein außerordentlicher Professor für öffentliche und internationale Angelegenheiten an der Universität Pittsburgh, und Katharine V. Dillon, eine ehemalige Geheimdienst-Spezialistin, seinen 3500seitigen Entwurf.

Der seltsame Fall des Gordon Prange

Über die darauffolgenden acht Jahre hinweg liefen vier Bücher, die Gordon Prange zugeschrieben werden, von den Druckpressen und wurden auf die Listen der »Neuerscheinungen« des Book of the Month Club, History Book Club und anderer Vertreiber von »gesicherter« Volksgeschichte gesetzt. Zur Überraschung von McGraw-Hill gelang es Goldstein und Dillon Prange Enterprises, wie der Inhaber des Copyright genannt wurde, zu einem lukrativen Unternehmen zu machen.

Das erste Buch, das Prange zugeschrieben wird, war »At Dawn We Slept: The Untold Story of Pearl Harbor« (»In der Morgendämmerung schliefen wir: Die nicht erzählte Geschichte über Pearl Harbor«), New York , McGraw-Hill, 1981. Es ist eine Militärgeschichte des Angriffs aus japanischer und amerikanischer Sicht. Es befaßte sich nur mit den größeren Fragen der japanisch-amerikanischen Auslandsbeziehungen, die stets als Hintergrund für Behandlungen dieses Themas vom revisionistischen Standpunkt aus gedient haben. Prange war lange der Auffassung gewesen, daß im »Laufe der Zeit« ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan »praktisch unvermeidbar war«.

In Wahrheit war der einzige wirklich »nicht erzählte« Gesichtspunkt dieser Story die Tatsache, daß Prange das Buch Anfang der fünfziger Jahre noch nicht fertig-

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

gestellt hatte, denn dann wäre es »neu« gewesen.

Kurz bevor »At Dawn We Slept« endlich auf dem Wege zur Druckerei war, gab die Carter-Regierung einen Berg von bis dahin geheimgehaltenen Akten der US-Navy an das National-Archiv in Washington frei. Pranges literarische Erben hatten keine Zeit, diesen ganzen Wust von neuem Material durchzusieben. Dies hinderte sie jedoch nicht daran, als Anhang ein Essay hinzuzufügen mit dem Titel »Revisionists Revisited«, in dem sie die erstaunliche Behauptung aufstellten, eine gründliche Forschungsarbeit geleistet zu haben, »einschließlich aller bis zum 1. Mai 1981 freigegebenen Publikationen«. Obwohl sie einräumten, daß »der Präsident 1941 seine Fehler gemacht hat, wie fast jeder, der in Pearl Harbor verwikkelt ist«, geben sie anschließend die lügnerische Versicherung ab: »Wir haben kein einziges Wort unter Eid gemachter Aussagen entdeckt, das den revisionistischen Standpunkt über Rossevelt und Pearl Harbor erhärtet.«

Die Vergeßlichkeit der Historiker

Unter den vielen Unterlagen, die Prange, Goldstein und Dillon nicht zu Rate zogen, befand sich die bemerkenswerte Zeugenaussage des ehemaligen Chief Warrant Officer Ralph T. Briggs, der Ende 1941 in der Abfangstation Cheltenham, Maryland, arbeitete. Im Gegensatz zu den Verteidigern Rossevelts und seiner Kreise, die bei den verschiedenen Untersuchungen schworen, es habe vor dem Angriff keine »East Wind Rain«-Meldungen gegeben, bestätigte Briggs, daß er die »Winds«-Meldungen abgefangen und sogar eine in den Akten vergrabene Gedächtnisnotiz der Kriegsmarine gefunden habe, aus der hervorgeht, daß er die Meldung schon am 2. Dezember 1941 gelesen hatte.



Japans Kaiserliche Marine marschiert stolzerfüllt hinter dem Sonnenbanner.

Bei späteren Untersuchungen war Captain Laurence Safford die einzige unmittelbar mit dieser Angelegenheit befaßte Person, die den Mut hatte, auszusagen, daß vor dem Angriff tatsächlich eine »Winds«-Meldung an Washington weitergeleitet worden war. Es war Safford, der als Erster Admiral Kimmel von der Existenz dieser Meldungen in Kenntnis setzte. Während der Congressional Hearings wurde Briggs von seinen Vorgesetzten befohlen, nicht auszusagen und nichts weiter mit Safford zu tun zu haben.

Briggs belastende Aussage wurde am 11. März vom National-Archiv als Dokument SRH-051 freigegeben: »Interview mit Mr. Ralph T. Briggs«. Es handelt sich um eine offizielle Niederschrift von Bemerkungen, die gegenüber der Naval Security Group gemacht wurden.

Schon lange bevor »At Dawn We Slept« in Druck gegangen war, stand die Briggs-Aussage in der Military Reference Branch des National-Archivs frei zur Verfügung und Kopien davon wurden sofort unter Geschichtsstudenten herumgereicht. Sie wurde in der Herbstausgabe des »Newsletter« des American Committee on the History of the Second World War, einer Tochtergesellschaft der American Historical Association, in extenso abgedruckt.

Prange and Company haben auch neue Dokumente aus General Marshalls entklassifizierten – nicht mehr geheimen – Akten nicht ausgewertet, aus denen hervorging, daß Kimmel und Short in Wahrheit von Washington zu Sündenböcken gemacht wurden. Ebenso ließen sie andere Akten außer Acht, die unter den Berichten des Army Chief of Staff (Stabschef der Armee) gefunden wurden und die General MacArthurs während des Philippinen-Feldzugs unterlaufenen Fehler belegen.

Geschichte für unbedarfte Leser

Wer mehr Einzelheiten über die vielfältigen Mängel des Buches »At Dawn We Slept« erfahren will, sollte Percy L. Greaves jun. »Three Assessments of the Infamy of December 7, 1941« (»Drei Bewertungen der

Schande vom 7. Dezember 1941«) in »The Journal of Historical Review«, Band drei, Herbst 1983, und Rear Admiral Edwin T. Layton, Captain Roger Pineau und John Costello »And I Was There: Pearl Harbor and Midway-Breaking the Secrets«, New York, William Morrow, 1985, Seite 495 – 511, zu Rate ziehen. Wie Greaves energisch in »The Journal« zum Ausdruck brachte, »würde es eines weiteren Buches von 800 Seiten bedürfen, um die einseitige Darstellung der auserwählten ›Fakten‹ und Schlußfolgerungen des Buches abzuwägen, zu korrigieren und zurückzuweisen«.

Pineau und Costello legen ihre Ansicht über dieses Buch wie folgt dar: »Obwohl weithin wegen seiner anscheinend erschöpfenden Forschungsarbeit gelobt, trug Prange in seinem Bericht nichts dazu bei, besser verständlich zu machen, was in Washington wirklich schief gelaufen war. ›At Dawn We Slept‹ diente nur dazu, den politisch geladenen fünfseitigen Bericht der demokratischen Mehrheit des Untersuchungsausschusses des Kongresses zu untermauern.«

»At Dawn We Slept« ist noch lange nicht vergriffen und wurde in einer »50th Anniversary Edition« über Pearl Harbor in Leinen von Viking zum Preise von 35,00 Dollar und in Paperback von Penguin zum Preise von 16,95 Dollar neu herausgegeben. Für unbedarfte Leser und für die allgemeine Öffentlichkeit ist dies die Version der Geschichte, die sich am besten mit der Weltanschauung unseres vorwiegend politischen und geschichtsschreibenden Regimes vereinbaren läßt.

John Costello, ein ehemaliger BBC-Produzent, der sich zum Historiker gewandelt hat, war Mitverfasser zweier erfolgreicher Bücher, »D-Day« und »The Battle of the Atlantic«, bevor er seine Aufmerksamkeit den Feldzügen im Pazifik zuwandte. Costellos Manuskript war schon fast fertiggestellt, als das National-Archiv 1980 die umfangreiche Sammlung von Akten der Kriegsmarine erhielt. Er konnte einen Teil des neuen Materials in »The Pacific War«, New York, Rawson Wade, 1981, das beinahe gleichzeitig mit »At Dawn We Slept« herauskam, verarbeiten. Seine Behandlung des Themas spiegelt seine im Grunde genommen churchillfreundlichen, britischen Vorurteile wieder, und die erste Leinenausgaben war durch schluderisches Korrekturlesen und unsorgfältiges Editieren beinträchtigt.

John Costellos vorsichtiger Revisionismus

Und doch waren seine Bemühungen ehrlicher als das Prange-Werk, und in zwei abschließenden Kapiteln berücksichtigte Costello einen Teil des gerade freigegebenen Materials, aus dem unter anderem hervorgeht, daß Roosevelt elf Tage vor Pearl Harbor von Churchill eine »positive Kriegswarnung« erhalten hatte, daß die Japaner die Vereinigten Staaten Ende der ersten Dezemberwoche angreifen würden.

Der Verfasser verweist auch auf John T. Briggs bedeutsame Enthüllungen. Costello schrieb über den Krieg: »Alles deutet darauf hin, daß es die Vereinigten Staaten waren, die sich einen Monat vor dem Angriff auf Pearl Harbor dazu entschlossen, einen Abbruch der Gespräche herbeizuführen und dabei waren, sich auf das Schlimmste vorzubereiten. Es liegen jetzt Beweise vor, die die Auffassung untermauern, daß Präsident Roosevelt nicht nur mit Krieg rechnete, sondern möglicherweise genau wußte, wann er ausbrechen werde.

Laut einem vertraulichen Bericht des britischen Außenministeriums ›waren sich der Präsident und Mr. Hull ... dessen was sie taten voll bewußt‹ ... Ob ein solches Entgegenkommen (das Modus vivendi) in der Praxis funktioniert hätte oder nicht, ist weniger bedeutsam als die Tatsache, daß es die Vereinigten Staaten waren, die das Modus vivendi aufgaben – und dadurch einen Krieg im Pazifik unvermeidlich machten ... Im Lichte der darauffolgenden Ereignisse erwies sich diese Entscheidung als eine der schwerwiegendsten in der amerikanischen Geschichte.«

Die Evolution John Tolands

John Toland war über die letzten dreißig Jahre hinweg einer der kommerziell erfolgreichsten Autoren in Sachen Volksgeschichte. Als Gewinner des Pulitzer-Preises für »But Not in Shame« (1961) sagte er, der Krieg im Pazifik sei durch einen unprovozierten Gewaltakt seitens der Japaner verursacht worden. In seinem 1970 erschienenen Buch »The Rising Sun« berichtete er, Pearl Harbor sei die Folge sowohl amerikanischer als auch japanischer Fehleinschätzungen.

Toland befaßte sich jedoch weiter mit der Frage, wie Amerika und Japan dazu kamen, Krieg zu führen. Seine revidierte Ansicht über diese Ereignisse wurde 1982 veröffentlicht und rief sofort eine Sensation hervor. »Infamy: Pearl Harbor and Its Aftermath«, New York, Doubleday, legt Zeugnis für Tolands Wandlung zum Revisionisten ab. Es stehe nunmehr außerhalb jedes Zweifels, schrieb Toland, daß Roosevelt und seine engsten Berater, darunter Marshall und Stimson, schon vor dem 7. Dezember von dem bevorstehenden Angriff auf Pearl Harbor wußten, diese Nachricht aber vor Kimmel und Short verheimlicht haben. Nachdem die Japaner ihren »Überraschungs«-Erstschlag durchgeführt hatten, leitete die Roosevelt-Regierung eine massive »Vertuschung« in die Wege. Dazu gehörte die Unterdrückung und Vernichtung von Beweisen und sogar Meineid. Und die Kommandeure der Armee und der Kriegsmarine in Hawaii wurden zu Sündenböcken gemacht, schrieb Toland. Dies waren Schlußffolgerungen, zu denen Morgenstern, Barnes und andere schon vor mehr als dreißig Jahren ebenfalls gekommen waren.

Was »Infamy« davon unterschied, war daß es Toland gelang, weitere Informationen aufzudekken, die der Sache der Revisionisten noch mehr Gewicht verleihen. Der Brennpunkt seines Buches waren die neun Nachkriegs-Untersuchungen. Es ist bei weitem der lesenswerteste Bericht über die Bemühungen, die von verschiedenen Einzelpersonen, darunter Kimmel, Safford, Greaves und die republikanische Minderheit des gemeinsamen Kongreßausschusses unternommen wurden, um die von offizieller Seite errichteten Barrieren zu überwinden und die nackte Wahrheit darüber, was zum Angriff auf Pearl Harbor führte, ans Tageslicht zu zerren.

Toland berichtete weiter, seine eigene »zehnte Untersuchung« habe Beweise dafür erbracht, daß die Niederländer die Nachricht über den bevorstehenden Angriff an Washington weitergeleitet hatten, und daß das Office of Naval Intelligence auch wußte, daß ein japanischer Flugzeugträger mit einer Einsatzgruppe an Bord auf Hawaii zudampfte.

Das beste Buch zu diesem Thema

Die Ausgabe von »Infamy«, die man zu Rate ziehen sollte, ist nicht die ursprüngliche Leinenausgabe, sondern die überarbeitete Version von 1983, die einen wichtigen Nachsatz mit Material enthält, das für die Erstausgabe noch nicht zur Verfügung stand. Die empfohlene Ausgabe ist derzeit im Druck: »Infamy« von John Toland (New York, Berkley Books, 397 Seiten, 5,50 Dollar, ISBN: 0-425-09040-X). Sie stellt einen bedeutenden Durchbruch für den Revisionismus dar, denn Tolands Buch war die erste Abhandlung aus der revisionistischen Schule der Geschichtsforschung über das Thema Pearl Harbor, die auf die Bestsellerliste der »New York Times« gesetzt wurde. In »The Journal of Historical Review« bezeichnete Percy L. Greaves »Infamy« »als bislang wahrscheinlich das beste Buch zu diesem Thema«.

Beiträge von Martin und Greaves

Viele Jahre lang veteilte der Rezensent an Studenten Exemplare dessen, was lange Zeit als die beste Kurzeinführung in dieses Thema galt, James J. Martins Essay »Pearl Harbor: Antecedents, Background and Consequences« (»P. H.: Vorausgegangene Ereignisse, Hintergrund und Folgen«). Dieses Essay, das erstmals als Kapitel in seinem 1977 herausgekommenen Buch »The Saga of Hog Island & Other Essays in Inconvenient History«, Ralph Myles, Publisher, P. O. Box 1533, Colorado Springs, Colorado 80901, erschien, wurde später noch einmal als Kapitel in einem Band abgedruckt, der sich speziell an japanische Leser wendet: »Beyond Pearl Harbor: Essays on Some Historical Consequences of the Crisis in the Pacific in 1941«, Plowshare Press, RR1,

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

Little Current, Ontario POP 1KO, Canada, 1981. Auf 17 Seiten gelingt es Dr. Martin zu erklären, warum Pearl Harbor weiterhin eine Frage bleibt, die ständig Streitigkeiten hervorruft. Er gibt einen Überblick über die bedeutendste Literatur und erörtert einige Folgen für die Vereinigten Staaten.

»Beyond Pearl Harbor« enthält ein bis dahin nicht veröffentlichtes Essay vom Martin »Where was the General? Some New Views and Contributions Relative to the Ongoing Mystery of Pearl Harbor« (»Wo war der General?) Einige neue Ansichten und Beiträge bezüglich des noch bestehenden Geheimnisses von Pearl Harbor«). Marshalls Rolle in dieser Affäre war lange Zeit eine offene Frage.

Als Stabschef war Marshall dafür verantwortlich, die Verteidigung von Pearl Harbor zu überprüfen. Er hatte Zugang zu den abgefangenen MAGIC-Meldungen, die nicht an General Short weitergeleitet wurden. Er befand sich die ganzen kritischen Monate, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, hindurch an Roosevelts Seite. Und es gelang ihm, vom späten Nachmittag, den 6. Dezember an, als in Washington die entschlüsselten japanischen diplomatischen Botschaften einliefen, mit denen die Botschafter davon in Kenntnis gesetzt wurden, daß der Bruch mit den Vereinigten Staaten kurz bevorstand, bis zum späten Morgen des 7. Dezembers einfach zu verschwinden.

Wo war der General?

Während der verschiedenen Untersuchungen behauptete Marshall, »er könne sich nicht erinnern«, wo er an diesem schicksalhaften Tage war. Martin konnte die sensationale Aussage von John T. Briggs bei seiner Erörterung des Themas verwerten. Die naheliegendste Vermutung ist, daß Marshall sich im Weißen Haus versteckt hielt.

»Wo war General Marshall?« wurde amerikanischen Lesern erstmals in einer Sonderausgabe des »Journal of Historical Review« über Pearl Harbor (Band vier, Nummer vier, Winter 1983–84) zugänglich gemacht. Zum Zeitpunkt seines Todes im Jahre 1984 hatte Percy L. Greaves jun. lange an einem Buch über Pearl Harbor gearbeitet. Es trug den vorläufigen Titel »The Real Infamy of Pearl Harbor«, wurde jedoch niemals veröffentlicht.

Vier Kapitel seines Entwurfs wurden mit seiner Erlaubnis als Teil der Sonderausgabe des »Journal« veröffentlicht. Zwei dieser Kapitel befassen sich mit General Marshall und seinen Bemühungen, das zu verschleiern, was Roosevelt und die anderen über den Angriff wußten. In einem Kapitel über die abgefangenen MAGIC-Meldungen wird erklärt, warum es unmöglich sei, zu behaupten, Roosevelt sei vom Ausbruch des Krieges »überrascht« worden.

In der gleichen Ausgabe des »Journal« wurde auch Greaves Artikel »Was Pearl Harbor Unavoidable?« (»War Pearl Harbor unvermeidlich?«) nachgedruckt, in dem dargestellt wird, wie Roosevelt über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg gute Gelegenheiten verpaßte, zu einer friedlichen Regelung der Pazifik-Fragen zu kommen, die die japanisch-amerikanischen Beziehungen schwer belasteten.

Admiral Laytons Memoiren

»The Mystery of Pearl Harbor« wurde dem »National Review« vom 12. Dezember 1966 entnommen und enthält seine Kritik an Roberta Wohlstetters »Pearl Harbor: Warning and Decision«. Das letzte Essay von Greaves »What We Knew« gibt einen Überblick über alle Informationen, die bis zum Zeitpunkt des Angriffs am 7. Dezember in Washington eingegangen waren.

Am 7. Dezember 1941 war Edwin T. Layton Nachrichtenoffizier für die US-Pacific Fleet. Wie sein Vorgesetzter, Admiral Kimmel, war er in der Tat überrascht, als die Japaner den Stützpunkt angriffen. Aber er wurde in den Nachwehen dieses Ereignisses nicht unehrenhaft entlassen.

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1962 wurde Layton von vielen Leuten innerhalb und außerhalb des Militärs angespornt, seinen eigenen Bericht über das, was geschehen war, zu verfassen. Über die darauffolgenden Jahre hinweg sammelte Konteradmiral Layton Material und schrieb Artikel und Rezensionen für die Zeitschrift »Proceedings« des US-Naval Institute. Die Veröffentlichung von »At Dawn We Slept« reizte ihn dazu, das Werk, das er begonnen hatte, fast zwanzig Jahre früher fertigzustellen. Er fand das obige Buch voller Falschaussagen und Tatsachenverdrehungen und war empört darüber, daß Prange, Goldstein und Dillon Kimmel und Short für die Katastrophe verantwortlich gemacht und Washington von jeder Schuld freigesprochen hatten.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt erlitt er im April 1984 einen tödlichen Schlag. Layton hatte den ersten Entwurf seines Manuskripts, in dem er seine Version der Ereignisse bis Battle of Midway darstellte, weitgehend fertiggestellt. Captain Roger Pineau, der Samuel Eliot Morison bei seinem mehrbändigen Werk« History of the United States Naval Operations in World War II« geholfen hatte, und John Costello kannten beide Layton und fühlten sich dazu veranlaßt, sein Buch, das 1985 erschien, als »And I Was There: Pearl Harbor and Midway – Breaking the Secrets«, New York, William Morrow, 596 Seiten, ISBN: 0-688-04883-8, zuende zu schreiben.

Natürlich erhebt sich die Frage, inwieweit der Inhalt des Buches wirklich von Layton stammt und wieviel davon von Pineau und Costello »redigiert« wurde. Wie David Irving uns erinnert, unterscheiden sich die veröffentlichten Versionen vieler »Memoiren« oft sehr stark von den ursprünglichen Manuskripten. Mit diesem Vorbehalt im Hinterkopf, kann der Rezensent berichten, daß Laytons Zentralthese darin besteht, daß er und Kimmel in bezug auf Informationen aus Washington »kurzgehalten« wurden. Er bestätigt, daß Admiral Richmond Kelly Turner, Chef der War Plans Division (Leiter der Abteilung Kriegspläne), es unterließ, lebenswichtige Informationen an Kimmel weiterzuleiten:

»Es dürfte jetzt unbestritten sein, daß die Informationen, die die Katastrophe hätten abwenden können, bis spätestens 6. Dezember 1941 bei dieser Abteilung der Kriegsmarine tatsächlich eingegangen waren ... die Bomb-plot-Meldung, oder sogar die in elfter Stunde eingegangenen ›lights code‹ (Blinksignale) hätten Pearl Harbor noch rechtzeitig vor der drohenden Gefahr warnen können.«

Layton bestätigt somit noch einmal das, was Kimmel und Theobald in ihren jeweiligen Berichten schriftlich niedergelegt hatten. Dieser Band enthält weitere Beweise dafür, daß Stalin sehr genaue Kenntnis davon hatte, wann die Japaner ihre Angriffe starten würden, sowie einen Bericht darüber, daß in der Nacht zum 6. Dezember im Weißen Haus ein Kriegsrat zusammentrat.

Einige jüngere wissenschaftliche Erkenntnisse

Der Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wird immer noch von akademischen Historikern untersucht. Ein Buch mit achtzehn Essays amerikanischer und japanischer Wissenschaftler ist »Pearl Harbor Reexamined: Prologue of the Pacific War«, redigiert von Conroy und Harry Wray, Honolulu, University of Hawaii Press, 200 Seiten, 1990, ISBN: 0-8248-1235-2. Japanische und amerikanische Diplomatie bis zum Angriff wird darin erneut unter die Lupe genommen, und einige der beitragenen Autoren widerlegen die immer noch populäre Vorstellung, daß »der Krieg unvermeidlich war«.

Das Symposium beginnt mit einen Überblick über die japanisch-amerikanischen Beziehungen von 1900 bis 1940 von Harry Wray, einem ehemaligen Professor für Geschichte in Illinois State, jetzt Dozent an der Universität von Tsukuba, Japan. Akira Iriye betrachtet anschließend die amerikanische Politik gegenüber Japan vor dem Zweiten Weltkrieg. Er vertritt die Ansicht, daß die Japaner nur sehr ungern nach Süden vorstoßen wollten und den



Japanische Soldaten hören kurz vor Kriegsausbruch Rundfunksendungen aus Honolulu ab.

Vereinigten Staaten gegenüber nicht unbedingt feindselig gesinnt waren. Die Roosevelt-Regierung, so argumentiert er, habe viele günstige Gelegenheiten verpaßt, zu einer friedlichen Lösung der offenstehenden Fragen zu kommen.

In seinem Essay: »Franklin Delano Roosevelt, the New Deal, and Japan«, argumentiert Gary Dean Best, von der University of Hawaii, daß Roosevelt den Rat seiner besser informierten Berater in den Wind schlug und seinen eigenen Vorstellungen den Vorrang gab, beeinflußt von seinen »angestammten Verbindungen« zum China-Handel. Hull war eine »mittelmäßige Persönlichkeit«, die »nichts von auswärtigen Angelegenheiten verstand«.

Roosevelt sabotierte die Weltwirtschaftskonferenz. Der New Deal war ein »Krieg, der gegen die Geschäfts- und Finanzwelt der Vereinigten Staaten geführt wurde ... Bis spätenstens 1938 war fast jedes Industrieland in der Welt den Vereinigten Staaten in seiner Erholung von der Wirtschaftskrise weit voraus, und einige von ihnen hatten das wirtschaftliche Niveau, auf dem sie vor der Depression gestanden hatten, bereits überschritten«.

Die Probleme des New Deal

Wie Barnes und andere frühere Revisionisten, ist Professor Best davon überzeugt, daß »die Ereignisse vom 7. Dezember 1941 zum Teil die Konsequenz der Einstellungen und der Politik waren, die in den Vereinigten Staaten ab 1933 zur Richtschnur wurden. Ein neuer Präsident stürzte die Vereinigten Staaten in eine abwegige Außen- und Innenpolitik, die zur Verlängerung der Depression und zum Krieg, anstatt zur wirtschaftlichen Erholung und zum Frieden führte.«

Der verstorbene John K. Emmerson, einstiger Beamter des US-Foreign Service, der zu der Zeit als Joseph Grews Botschafter war bei der amerikanischen Botschaft in Tokio und später als altgedienter Wissenschaftler in Stanford tätig war, weist darauf hin, daß niemand auf Grew und andere, die mit Japan vertraut waren, hören wollte. Der Lieblings-»Experte« des US-Außenministeriums, Stanley Hornbeck, habe über wenige echte Kenntnisse verfügt; seine »einzige Erfahrung in Asien war eine kurze Lehrtätigkeit in China«. Es war Hornbeck, der dazu beitrug, eine vorgeschlagene Pazifik-Gipfelkonferenz zwischen Roosevelt und Ministerpräsident Konoye zu torpedieren.

Ikei Masaru von der Universität Keio und Verfasser von »Gaisetsu Nihon Gaikoshi«, ein Überblick über japanische Diplomatie-Geschichte, hebt »Beispiele von Fehlleistungen in der US-Politik gegenüber Japan vor dem Zweiten Weltkrieg« hervor und argumentiert dahingehend, daß eine vorsichtigere Haltung seitens Washingtons den Krieg mit Japan hinausgeschoben oder ganz und gar vermieden hätte. Amerikanische Verfechter des harten Kurses, wie Hornbeck, mißverstanden die Absichten der Japaner und schätzten die Psychologie des Offizierskorps, das keine Unterwerfung akzeptieren wollte und konnte, falsch ein, schreibt Hosoya Chihiro, Vizepräsident der International University of Japan.

Tsunoda jun., Professor für Geschichte an der Universität Kokuschin und Herausgeber des achtbändigen Werkes »Taiheiyo no senso e no michi« (»Der Weg zum Krieg im Pazifik«) behandelt die Verhandlungen zwischen Hull und Nomura. Er vertritt die Ansicht, es habe »keine bedeutsame Frage gegeben, die einen Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten unvermeidlich gemacht hätte«. Konoyes Vorschlag zu einer Gipfelkonferenz mit Roosevelt sei wirklich echt und eines Versuchs wert gewesen.

Nicht alle Autoren, die zu diesem Band beigetragen haben, vertreten revisionistische Standpunkte. Michael Barnhart, außerordentlicher Professor für japanische Geschichte an der State University of New York in Stony Brook, behauptet, Hornbeck sei ein Realist und die Vereinigten Staaten hätten gut daran getan, seinem Rat zu folgen.

Alvin C. Coox, Vorsitzender des Insitute for Japanese Studies an der State University von San Diego, schreibt über »Repulsing the Pearl Harbor Revisionists: The State of Present Literature on Debacle« (»Zurückweisung der Pearl-Harbor-Revisionisten: Derzeitiger Stand der Literatur über das Debakel«): Er entlarvt seine eigene fehlende Qualifikation, ein stichhaltiges Urteil abzugeben, wenn er versichert, daß »der verstorbene Professor Gordon W. Prange die angebliche Teufelei von Roosevelt und Co. in seinen Buch mit dem treffenden Titel ›At Dawn We Slep‹ demoliert hat«.

Für viele Leser wird »Pearl Harbor Reamined« ihr erstes Zusammentreffen mit zeitgenössischer japanischer Geschichtsforschung sein. Drei der amerikanischen Autoren, die zu diesem Buch beigetragen haben, teilen die Ansicht, daß Roosevelt und Hull an

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

den japanischen Friedens-Overtüren nicht sonderlich interessiert waren. Mehre Bücher von der Qualität dieser Sammlung von Essays waren eine willkommene Bereicherung zur Literatur über andere heiß diskutierte Themen.

Die Rolle Winston Churchills

Wer sich eingehend mit dem Zweiten Weltkrieg befaßt, ist sich dessen bewußt, daß Roosevelt und Churchill schon lange bevor sich die Vereinigten Staaten offiziell im Kriegszustand gegen die Achsenmächte befanden Hand in Hand arbeiteten. Die Tyler-Kent-Affäre wirft Licht auf die geheimen Kommunikationen zwischen den Beiden schon bevor Churchill Premierminister war. Papiere des britischen Kriegskabinetts, die im Januar 1972 freigegeben wurden, enthüllten, daß auf der Konferenz im August 1941 in Neufundland, Kanada, wo die »Atlantic Charter« verkündet wurde, Roosevelt Churchill versprach, daß die Vereinigten Staaten gegen Ende des Jahres in den Krieg eintreten würden.

Einige Fragen sind bislang unbeantwortet geblieben: Wußte Churchill von den japanischen Absichten gegen Pearl Harbor? Gab er seine Informationen an Roosevelt weiter?

Auf der »Neunten Internationalen Revisionistischen Konferenz« in Los Angeles befaßte David Irving sich in seinem Vortrag mit diesen und damit zusammenhängigen Anglegenheiten. Sein Thema lautete »Churchill und der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg« und wurde anschließend in CODE veröffentlicht.

Irving, der zu der Zeit an seinem zweiten Band seiner Kriegsbiografie über Churchill arbeitete, berichtete, er habe herausgefunden, daß alle Akten des britischen Geheimdienstes bezüglich Japan im Herbst 1941 aus den Archiven entfernt und somit einer Überprüfung durch Historiker entzogen wurden. Sein britischer Historiker-Kollege, John Costello, erfuhr vom britischen Verteidigungsministerium, daß es »nicht im nationalen Interesse ist«, diese Akten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In seinem Vortrag wies Irving darauf hin, daß von September 1939 an die Briten in der Lage waren, die japanischen Einsatz-Kodes, als JN-25 (Japanische Kriegsmarine) bekannt, zu lesen. David Irvin enthüllte ferner, daß Churchill spätestens Mitte November 1941 wußte, daß die Vereinigten Staaten bald von den Japanern angegriffen würden, und daß er »wahrscheinlich wußte«, daß ein solcher Angriff Pearl Harbor treffen würde. Irving sagte: »Ich glaube, daß Mr. Churchill absichtlich den Angriff auf Pearl Harbor geschehen ließ, um die Amerikaner in den Krieg hineinzuzerren. Er tat sein Möglichstes, um zu verhindern, daß die Pacific Fleet gewarnt wurde.«

Die Briten lösten den Kode

Diese These wurde auch von James Rusbridger und Eric Nave in deren neu erschienenem Buch »Betrayal at Pearl Harbor: How Churchill Lured Roosevelt into WW II«, New York, Summit Books, Simon & Schuster, 302 Seiten Fotos, Index, 19,95 Dollar, ISBN: 0-671-70805-8, vertreten. Rusbridger war früher im britischen Geheimdienst tätig und hat nach seinem Eintritt in den Ruhestand über Geheimdienste und Militärgeschichte geschrieben. Als er an einem Buch über Funkgeheimdienste arbeitete, traf er mit Captain Eric Nave, »dem Vater der britischen Kode-Entschlüsselung im Fernen Osten«, zusammen. Die beiden Männer arbeiteten dann zusammen, um diesen Band zu schreiben, in dem enthüllt wird, daß die Briten, und sehr wahrscheinlich auch die Amerikaner, tatsächlich schon lange vor dem An-

Das elegante Royal Hawaiian Hotel wurde nach dem Angriff auf Pearl Harbor von den Militärbehörden übernommen und in ein Soldatenheim umgewandelt.

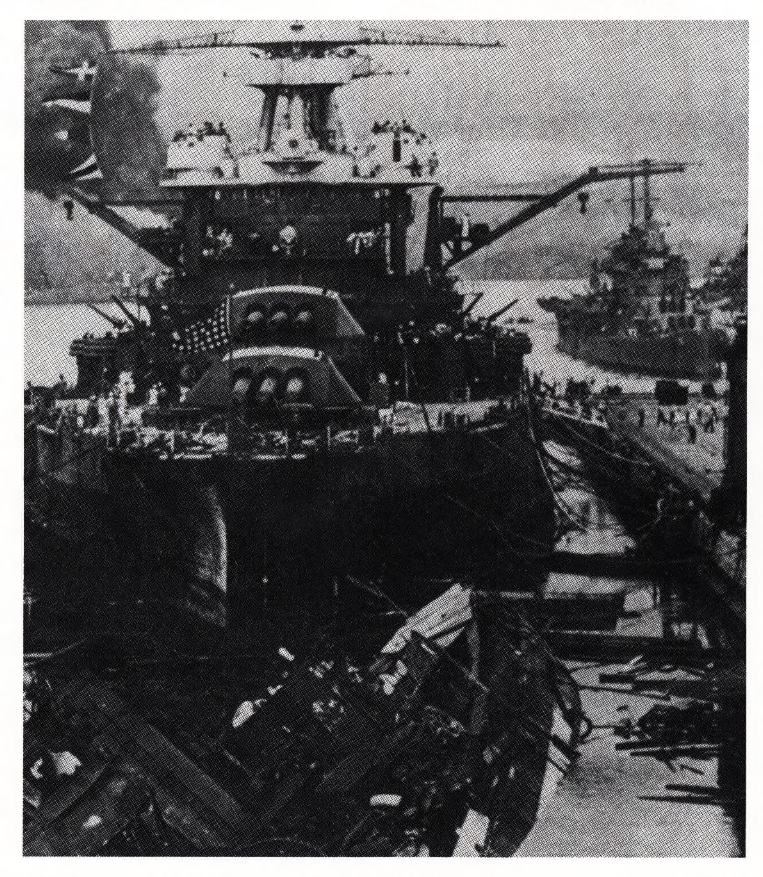


Die vordere Munitionskammer des US-Zerstörers »Shaw« fliegt in einer gewaltigen Detonation in die Luft.

griff auf Pearl Harbor den Einsatz-Kode der japanischen Kriegsmarine lasen.
Ihrem Bericht zufolge wußten die Briten ganz bestimmt, daß sich die japanische Flotte am 26. November dazu anschickte, die Segel zu setzen. Die wahrscheinlichsten Ziele waren die Philippinen, Niederländisch-Ostindien, Singapur oder Pearl Harbor. Als die Japaner nicht im Süden gesichtet wurden, war dies nach dem Ausleseverfahren ein weiterer Hinweis darauf, daß sie Einheiten nach Pearl Harbor entsandten. Am 2. Dezember, fünf Tage vor dem Angriff auf Hawaii, fingen die Briten Admiral Yamamotos Funkspruch »Climb Niitakayama 1908« ab, was bedeutete, daß am 8. Dezember tokioer Zeit, das heißt, am 7. Dezember nach hawaiischer Zeit, ein Angriff erfolgen würde.
Die Autoren klagen an, daß Churchill gewußt haben muß, daß Pearl Harbor angegriffen werden würde, sich aber weigerte, seine Informationen an Roosevelt weiterzuleiten. Hätte Roosevelt von einem bevorstehenden Erstschlag der Japaner gewußt, dann hätte er als »völlig ehrenhafter Präsident« Kimmel und Short in Pearl Harbor gewarnt. Sie beschließen ihren Bericht wie folgt:
»Roosevelt wurde somit von Churchill getäuscht, der ein gräßliches Spiel trieb, um Amerika auf eine Art und Weise in den Krieg hineinzuziehen, die jeden Widerstand beiseite fegen würde; und ihm wurde ebenfalls durch seine eigenen zerstrittenen und eifersüchtigen Untergebenen ein schlechter Dienst erwiesen. Die Kombination dieser beiden Faktoren brachte einen widerstrebenden Alliierten in den Krieg hinein. Churchills Spiel zahlte sich aus, auch wenn Großbritannien dadurch ein Empire verloren hat.«

Jeder, der mit Roosevelts Vorgeschichte vertraut ist, sieht den Schwachpunkt in ihrer Schlußfolgerung, selbst wenn sie damit Recht haben, daß der JN-25-Kode schon im Frühherbst geknackt worden ist. Die Autoren haben Roosevelts Einstellung völlig falsch verstanden. Sie erwähnen seine Verpflichtungen gegenüber den Briten und den Niederländern, und das Dilemma, in das er geriet, als die Niederländer die USA aufforderten, ihren Teil der vier Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor getroffenen Abmachungen gerecht zu werden, mit keinem einzigen Wort. Es gibt keinen Hinweis auf Roosevelts Trick mit dem »lebenden Köder«, in der Woche vor Pearl Harbor drei kleine Schiffe von Manila aus auf eine »defensive Informations-Patrouille« zu entsenden. Greaves und andere haben lange vorher dahingehend argumentiert, daß, obwohl Roosevelt der Verlust von Menschenleben in Pearl Harbor vielleicht nicht gerade willkommen gewesen sein mag, nach dem Fehlschlag seines Schachzugs mit den »drei kleinen Schiffen« und nachdem die Niederländer und die Briten sich auf ihre Vereinbarungen berufen hatten, die in Kraft traten, nachdem die Japaner die imaginäre Linie in Südostasien überquert hatten, der Angriff auf Pearl Harbor Roosevelts dringendstes Problem löste.

Rusbridger und Nave haben zweifellos weitere Teile des Geheimnisses offengelegt. Bei allen Vorbehalten, die ich umrissen habe, ist ihr Buch für Studenten dieser Episode der Geschichte von Interesse.



Der Zerstörer »Cassin« ist im Dock 1010 bis zur Hälfte im flachen Wasser versunken. Eine Bombe, die in die Munitionskammer einschlug, riß das Schiff auseinander.

Revisionismus und Pearl Harbor

Über das letzte halbe Jahrhundert hinweg ist der Pearl-Harbor-Revisionismus volljährig geworden. Von den ersten Veröffentlichungen von John T. Flynn, über George Morgensterns meisterhafte Studie bis zu der von Harry Elmar Barnes angeregten Arbeit, den Zeugenaussagen der Personen, die an den Ereignissen beteiligt waren, zu den letzten Untersuchungsergebnissen der Historiker der »zweiten Generation«, die nicht nur damit zufrieden sind, die Standard-Berichte nachzukauen, sind diese Bemühungen, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, nicht von paranoiden »Verschwörungs-Theorien« oder einem reaktionären »Eindreschen auf Roosevelt« geprägt. Was Revisionisten zustandegebracht haben ist vielmehr eine nüchterne Neubewertung der Ursachen, die zum Krieg im Pazifik führten, und ein starkes Argument, sich an den 7. Dezember 1941 als Präsident Roosevelts »Tag der Schande« zu erinnern. □

Nahost-Journal

Seuchen-Holocaust fegt über Rußland hinweg

Das natürliche Wachstum der russischen Bevölkerung wird durch Seuchen ausgelöscht, berichtete der Londoner »Guardian« und berief sich dabei auf zwei von Boris Jelzin in Auftrag gegebene und soeben vom Minister für Ökologie, Viktor Danilow-Daniljan freigegebene Berichte. Ukrainische Führungspersönlichkeiten berichten über eine ähnliche Situation.

Die Umweltverschmutzung sei so schlimm und die Gesundheitsfürsorge so vollständig zusammengebrochen, daß in 29 Gebieten in Rußland die Zahl der Todesfälle höher als die Anzahl der Lebendgeburten liege. Giftige Müllverschmutzung und Verschmutzung von Luft und Wasser seien in riesigen Gebieten Rußlands so schwerwiegender Natur, daß fast ein Sechstel des Landes praktisch unbewohnbar ist. Bis zu 2,7 Millionen Menschen leben immer noch in den von der massiven Strahlenverseuchung als Folge der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebieten, und 400000 leben immer noch in Gebieten, die amtlicherseits als für Menschen unbewohnbar erklärt worden sind. Etwa 1,3 Millionen Menschen sind in Krankenhäusern als unter Seuchen leidend registriert worden, die damit zusammenhängen, daß sie der Strahlung aus Tschernobyl ausgesetzt waren.

Diphterie fegt durch Moskau und Keuchhusten durch St. Petersburg. Die Säuglingssterblichkeit schnellt in die Höhe. Komplikationen treten bei 40 bis 47 Prozent aller Geburten in Rußland auf, und, wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, dann werden bis 2015 nur noch zehn bis 15 Prozent aller Säuglinge lebend geboren werden. Die offiziell bekanntgegebene Säuglingssterblichkeit für 1991 beläuft sich auf 17,9 pro 1000; nach internationalen Standards, so heißt es in dem Bericht, wäre diese Quote dreimal so hoch. Ein Viertel aller Darmkrankheiten in Rußland treten bei Kindern auf, auf Grund der schmutzigen Zustände in den Kindergärten, wo Atmungs- und Darmkrankheiten um sich greifen; 60 Prozent der russsischen Kinder sollen Anzeichen von Rachitis oder Allergien aufweisen, und zehn Prozent weisen Symptome von Blutarmut auf.

Das Gesundheitsministerium hat errechnet, daß nur 25 Prozent aller 16jährigen Jugendlichen gesund sind, und wenn internationale Standards auf die Rekrutierung von Soldaten angewendet werden, dann würden nur 20 Prozent der jungen Männer als militärdiensttauglich erachtet werden.

Hinzu kommt noch, daß das russische Gesundheitswesen zusammenbricht. Etwa 40 Prozent der Krankenhäuser und 30 Prozent der Sanitätsdienststellen haben kein heißes Wasser; 18 Prozent beziehungsweise 15 Prozent haben kein Abwassersystem; und zwölf und sieben Prozent haben überhaupt keine Wasserversorgung.

Das Schlimmste ist die Wasserverschmutzung. Alle Hauptanschlüsse in Rußland weisen das Zehn- bis Hundertfache der zulässigen Viren- und Bakterien-Niveaus auf. Jewgenij Belyaew, ein Repräsentant des staatlichen Ausschusses zur Überwachung des Gesundheitswesens, sagte, daß auf Grund der Industrie-Abwässer, »selbst nach unseren Normen gemessen, über 20 Prozent des Trinkwassers unter dem Aspekt seiner chemischen Zusammensetzung nicht den Anforderungen entspricht«. □

Der Bürgerkrieg in Tajikistan

Eine durch die Präsidenten von Rußland, Kasakstan, Kirgistan und Usbekistan abgegebene Erklärung, in der angekündigt wurde, daß eine Militärstreitmacht aus diesen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) entsandt werde, um die Ordnung in Tajikistan wiederherzustellen, wurde vom russischen Präsidenten rückgängig gemacht.

Anschließend an die gleiche Sitzung des Russischen Sicherheitsrats, auf der er gezwungen wurde, seine Reise nach Japan abzusagen, gab Jelzin einen Erlaß heraus, mit dem alle GUS-Truppen in Tajikistan, und diejenigen, die noch kommen werden, unter russische Befehlsgewalt und spezifisch unter das direkte Kommando des russischen Verteidigungsministers General Pawel Gratschew gestellt werden. Nach russischen Fernsehberichten hat der Bürgerkrieg in Tajikistan seit dem 5. September 1992 2000 Tote und 100000 Flüchtlinge gefordert.

Am 7. September 1991 trat der Präsident von Tajikistan, Rakhman Nabijew zurück. Die BBC berichtete, es sei wahrscheinlich, daß Tajikistan jetzt in verschiedene »kriegerische Regionen« zerfallen werde, wobei vor allem der mehr pro-islamische Süden dem mehr nabijewfreundlichen Norden gegenüberstehe.

Jelzins Erlaß verpflichtet die russische Regierung dazu, »mit der neuen Führung in Tajikistan in Verhandlungen einzutreten«, und bezieht sich dabei auf die Kombination von Regierungs- und Oppositionsstreitkräfte, die gerade einen Staatsstreich inszeniert und Präsident Nabikew gestürzt haben. Das russische Verteidigungsministerium wurde angewiesen, die Grenze zwischen Tajikistan und Afghanistan zu sichern, alle militärischen Einrichtungen in der Republik zu verteidigen, um den Diebstahl von Waffen »um jeden Preis zu verhindern«, sich aber, und darin spiegelt sich die ganze Tiefe des »Afghanistan-Syndroms« im russischen Militär wider, »nicht in irgendwelche interne Konflikte, einschließlich ›Streitigkeiten zwischen Volksgruppen‹, verwickeln zu lassen«.

Eine partielle Ausnahme zu dieser Bestimmung besteht darin, den Hunderttausenden von Russen und Volksdeutschen, die erwartungsgemäß fliehen werden, sobald sich der Bürgerkrieg auf die städtischen Ballungsgebiete ausdehnt, sicheres Geleit zu gewähren. □

Sanktionen zerstören irakische Kulturschätze

Unbezahlbare Kunstgegenstände, Bücher und Denkmäler, die auf das antike Babilon zurückgehen, sind jetzt wegen des andauernden Embargos der Vereinten Nationen in Gefahr, berichten irakische Regierungsbeamte. Außer den durch den Krieg verursachten Schäden war der Irak nicht in der Lage, die Instandhaltung der über 5000 Gebäude und Kulturstätten, die vom Ministerium überwacht werden, fortzusetzen.

»Konservierungsarbeiten sind wie medizinische Kontrolluntersuchungen eines alten Mannes«, erklärte Dr. Muayad Saeed, Generaldirektor des irakischen Ministeriums für Antiquitäten gegenüber Reuters, »sie sind kontinuierlich«.

Ein Schrein aus dem 14. Jahrhundert in Mosul zum Beispiel wird wegen Materialmangels nicht repariert, weil die Vereinten Nationen eine italienische Firma daran hindern, die spezialisierte, empfindliche Arbeit durchzuführen. Außerdem werden 3000 antike Hügel, die bis auf das Jahr 8000 vor Christi zurückgehen, bald überschwemmt werden, um Platz für den notwendigen »Großen Graben« zu schaffen. Der dringende Bedarf an Wasser und der Mangel an Arbeitskräften habe die Regierung dazu gezwungen, frühere Pläne, den Inhalt der Steinhügel wegzuschaffen, zu annullieren.

Darüber hinaus habe der Krieg die Behörden dazu gezwungen, 500000 Kunstwerke aus dem Museum in Bagdad zu entfernen, um sie vor den Bombenangriffen zu schützen, und wegen des Chaos und der Furcht vor Sabotage seien sie noch nicht zurückgebracht worden. Laut Dr. Sabak al-Shukri wird das Verbot der Einfuhr von Chemikalien, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, zum rapiden Verfall von Tausenden von nicht entzifferten keilförmigen Tontafeln führen. »Die Schriften auf diesen antiken Schlammblättern machen mehr als 50 Bücher mit je 250 Seiten

aus. Ihr Verlust wäre ein großer Schaden für die mesopotamische Geschichte«, sagte Shukri. »Die mesopotamische Kultur gehört der ganzen Welt, sie ist ein Teil des Erbes der menschlichen Rasse.« □

Teilung des Libanon von den USA vorangetrieben

Die Vereinigten Staaten schlagen dem Libanon vor, sich an den mehrseitigen Verhandlungen zwischen Syrien und Israel zu beteiligen, deren einziges Ergebnis die Teilung des Landes sein wird, verlautet aus libanesischen Kreisen. Die Politik der USA stimmt mit der Durchführung des Bernard-Lewis-Plans zur Zerstückelung der Nationen im Nahen Osten überein.

Nach den jüngsten Wahlen im Libanon hat Syrien, anstatt sich im letzten September, wie in den Abkommen von Taif festgelegt, in den nördlichen Teil des Landes zurückzuziehen, seinen Würgegriff auf das Land noch verstärkt.

Im Zusammenhang mit den Gesamtverhandlungen haben die Israelis, so verlautet aus diesen Quellen, sich dafür entscheiden, Syrien das Bekaa-Tal und den Norden des Landes zu überlassen. Die Israelis ihrerseits wollen wegen ihres Wasserbedarfs aus dem Litani – das sie durch geheime unterirdische Leitungen nach Israel hineinpumpen – den südlichen Libanon behalten, verlautet aus diesen Quellen. Was dann vom Libanon übrigbliebe, wäre die kleine christliche Enklave im zentralen Teil des Landes.

Der andere Hauptpunkt der Verhandlungen über den Libanon ist die Einbürgerung von rund 400000 Palästinensern, die seit Jahren illegal im Libanon leben. In den Taif-Abkommen wird deren Einbürgerung verlangt, ein Schritt, der von vielen Weltmächten Rückendeckung erhielt, um eine Million Palästinenser zu Libanesen zu machen, so daß ebenso viele weniger für die jordanisch-palästinensische Konföderation verbleiben. □

Irakisches Fluß-Projekt nähert sich der Vollendung

Der 560 Kilometer lange Kanal im Irak, der dazu ausgelegt ist, den unteren Tigris und das Bekken der beiden Euphrats in fruchtbares Ackerland zu verwandeln, wird in Kürze fertiggestellt sein.

Das Projekt war Gegenstand einer Propaganda-Kampagne, mit der behauptet wurde, es ziele auf die sogenannten »Marsch-Araber« ab. Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Abdul Sattar Hussein bestritt diese Beschuldigung und sagte: »Es besteht überhaupt kein Zusammenhang zwischen dem Projekt und der Frage der Marsche im südlichen Irak«, berichtete der Londoner »Guardian«. Er sagte, daß der Kanal nur die südliche Kante eines Marschgebietes durchschneidet, wo ein Deich eine Vermischung der beiden Wassersysteme verhinderte.

Einer der Projektingenieure, Mohamad Karabash, sagte: »Wir haben drei Monate lang rund um die Uhr gearbeitet.« Über 4500 Arbeiter und 3000 Maschinen bewegen täglich 26 Millionen Kubikfuß Erde und 95 Prozent der Arbeit sind bereits fertiggestellt. Das Projekt bedurfte einer fünfzigjährigen Planung, wurde jedoch in den zwei Jahren nach dem Waffenstillstand und nach der Verhängung der Sanktionen fertiggestellt. □

Zwei amerikanisch-russische Raumfahrt-Abkommen unterzeichnet

Der NASA-Verwalter Daniel Goldin und der Leiter der russischen Raumfahrtbehörde Juri Koptew unterzeichneten in Moskau zwei Vereinbarungen zur amerikanisch-russischen Zusammenarbeit bei der Erforschung des Raumes. Eine Vereinbarung bezieht sich auf die Beteiligung der USA an der russischen Raumfahrt »Mars '94« zum Mars, und eine weitere bezieht sich auf »Kooperation bei der Raumfahrt des Menschen«.

Die Mars-Vereinbarung sieht den Flug zweier amerikanischer wissenschaftlicher Instrumente, das Soil Magnetic Properties Experiment und das Soil Reactivity/Composition Experiment, auf dem russischen »Mars '94«-Landefahrzeug vor. Die Frage der magnetischen Eigenschaften des Mars ist eine Schlüsselfrage; nur ein schwaches Magnetfeld ist bislang entdeckt worden, was eine unerwartete Entdeckung darstellt.

Als Teil der zweiten Vereinbarung ist festgelegt, daß zwei russische Astronauten Ende Oktober 1992 im Johnson Space Center mit der Ausbildung begannen, um mit dem Space Shuttle zu fliegen. Einer von ihnen wird sich im November 1993 als Spezialist an einem Shuttle-Einsatz beteiligen.

Ein NASA-Astronaut wird auch bei einem Langzeit-Einsatz der Raumstation Mir von mehr als 90 Tagen mitfliegen. Dieser ist für 1995 geplant und wird zeitlich mit dem Aufsetzen eines Space-Shuttle-Raumfahrzeugs auf der Station Mir zusammenfallen, obwohl der Astronaut auf einem russischen Soyuz-Raumschiff zur Mir geflogen wird. □

Israelischer Armeechef spricht von Kriegsgefahr

»Solange die Friedensverhandlungen andauern ... glaube ich, daß die Möglichkeit eines von Syrien angezettelten Krieges sehr begrenzt ist«, äußerte der israelische Armeechef Generalleutnant Ehud Barak Anfang Oktober 1992 zum Ende des Yom Kippur, am 19. Jahrestag des arabisch-israelischen Krieges von 1973, im israelischen Fernsehen. Jedoch »ein Stillstand in den Verhandlungen mit den Arabern könne uns als strategische Warnung vor der Möglichkeit einer ... gewalttätigen Auseinandersetzung dienen«. In sechs Monaten Verhandlungen im letzten Jahr ist keine Einigung erzielt worden.
Indessen haben israelische Soldaten im besetzten Gazastreifen bei Märschen zur Unterstützung eines Hungerstreiks von Gefangenen mindestens 90 Palästinenser erschossen oder verwundet, berichtete Reuters unter Bezugnahme auf Medienquellen. Die Soldaten schossen mit scharfer Munition, Plastikkugeln und Tränengas, um einige tausend Demonstranten außerhalb der Hauptgeschäftsstelle des Roten Kreuzes im Flüchtlingslager Ratah auseinanderzutreiben, berichteten Zeugen. Die Zusammenstöße waren die heftigsten im Gazastreifen seit fünf Monaten. Nahezu 3000 Leute demonstrierten in Gaza-Stadt, und kleinere Märsche fanden in den Städten Nablus und Jenin am Westufer des Jordans statt. Die Proteste erfolgten zur Unterstützung eines seit elf Tagen andauernden Hungerstreiks von Tausenden von arabischen Gefangenen, die bessere Behandlung und Haftbedingungen verlangten. □

Marokkos Hassan warnt Westen vor Irak-Politik

Der marokkanische König Hassan warnte in einem Interview mit der »International Herald Tribune« davor, daß die Eskalation des westlichen militärischen Drucks auf den Irak gegenproduktiv sei und »Gefahr läuft, daß diese Ausschlußzone in eine Explosionszone verwandelt wird, die auf lange Sicht den Interessen des Westens und der arabischen Welt schaden wird.«
Obwohl Hassans Bemerkungen die Stimmung in der ganzen arabischen Welt widerspiegeln, ist er der erste pro-westliche arabische Führer, der eine solche öffentliche Erklärung abgegeben hat.

Hassan äußerte, eine andauernde Bemühung, die Bindungen zwischen dem nördlichen und südlichen Irak zu kappen, »wird nicht nur die Reichen von den Armen trennen, sondern eine Religionsspaltung zwischen Sunniten und Schiiten vertiefen ... und später wird es sehr schwierig sein, dieses Mosaik wieder zusammenzuleimen.« □

Naher Osten

Der neue Bernhard-Lewis-Plan

Peter Blackwood

CODE wies 1980 schon warnend darauf hin, daß die Strategie hinter dem »Arc of Crisis« des damaligen amerikanischen Beraters für nationale Sicherheit, Zbigniew Brzezinski, ein britischer Plan zur Zerstörung des Nationalstaats sei. Der »Bernhard-Lewis-Plan«, als solcher wurde er bekannt, zielte darauf ab, alle Länder in der Region, vom Nahen Osten bis nach Indien, nach ethnischen, konfessionellen und sprachlichen Richtlinien aufzuspalten. Dies, so warnten wir damals, war der strategische Spielplan hinter dem Sturz des Schahs von Persien im Jahre 1979 und dessen Ablösung durch Ayatollah Khomeini, und des Mordes an der indischen Präsidentin Indira Ghandi, am 31. Oktober 1984.

Lewis ist ein britischer Islamit, der in das britische Geheimdienstwesen eintrat und während des Zweiten Weltkriegs im britischen Außenministerium diente, bevor er auf seinen Posten an der School of Oriental und African Studies an der University of London zurückkehrte. 1974 wurde Lewis zur Princeton University abgestellt. Von dort aus veröffentlichte er einen auf den neuesten Stand gebrachten Bericht über seine These, der in der Vierteljahreszeitschrift »Foreign Affairs« des New Yorker Council on Foreign Relations (CFR),der Schwester-Agentur des britischen Royal Institute of International Affairs (RIIA), in deren Ausgabe vom Herbst 1992 veröffentlicht wird.

Lewis' Plan ist nach dem Muster der imperialen Methode des Römischen Reiches geschmiedet: Gewährt örtliche Autonomie einer Vielfalt von zerstrittenen und politisch machtlosen ethnischen Enklaven über die Rom dann anstandslos seine politische Macht ausüben kann. Die unterjochten Enklaven hängen an einer langen Leine, solange sie Rom ihren Tribut entrichten.

Ein geopolitisches Ziel des Bernhard-Lewis-Plans war die Abrundung der Ecken des Sowjetreiches. Da dies nunmehr bewerkstelligt ist, sagt Lewis in seinem Artikel mit der Überschrift »Nachdenken über den Nahen Osten« voraus, daß der Nahe Osten einen Prozeß der »Libanonisierung« durchlaufen wird – ein Hinweis auf den im Libanon 1975 durch den damaligen US-Außenminister Henry Kissinger entfesselten jahrelangen Bürgerkrieg. Der Krieg brachte katholische, palästiniensische, schiitisch-moslemische, drusische und griechisch-orthodoxe Bevölkerungsteile des Libanon gegeneinander auf. Mit einem ständigen Nachschub an Waffen an alle Seiten führte der Krieg zu einer de facto-Aufteilung des Libanon durch Israel und Syrien. Heute ist der Nationalstaat Libanon, einst als das Juwel des Nahen Ostens erachtet, nicht mehr vorhanden.

Mit dem Sturz des Schahs von Persien begann die strategische Inszenierung, die am Schluß das Ende des arabischen Nationalismus bringen wird.

Der fortschreitende Zerfall des Nahen Ostens, von Lewis vorausgesagt, wird nicht nur durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, sondern auch dadurch, was Lewis das »Hinscheiden des Pan-Arabismus« nennt, erleichtert. Der coup de grâce für den arabischen Nationalismus, stellt Lewis fest, war der von den Vereinigten Staaten angeführte Krieg gegen den Irak.

Lewis behauptet, der Krieg sei in erster Linie ein Krieg unter arabischen Staaten gewesen, in den die Vereinigten Staaten sich nur »widerwillig« verwickeln ließen. Der Aufmarsch arabischer Länder gegen den Irak »kennzeichnete die offizielle Aufgabe des lange gehegten Planes des Pan-Arabismus, für einen geeinten arabischen Staat oder auch nur für einen zusammenhängenden arabischen Block ... Als Sache der heutigen Politik und für eine vorausschaubare Zukunft zählt der arabische Nationalismus nicht mehr als politische Kraft ... Er ist kein Faktor in der internationalen oder inner-arabischen oder gar der arabischen Innenpolitik«.

Was darüber hinaus die politische Impotenz der arabischen Welt kennzeichnet, stellt Lewis fest, ist das »Ende« – zumindest für eine Zeitlang – der Wirksamkeit des Öls als Waffe in der Hand der Erzeugerländer. Diese Waffe, ein mächtiges Instrument der Politik in vergangenen Krisen, war in diesem besonderen Falle völlig unwirksam.

Diese in zwei Phasen erfolgten Veränderungen in der Politik des Nahen Ostens stellen für Lewis, der innerhalb der anglo-amerikanischen Elite als Dekan der Spezialisten für die Nahost-Region gilt, eine bedeutsame Errungenschaft dar. Für ihn beseitigt der Zusammenbruch des arabischen Nationalismus die Bedrohung der industriellen Entwicklung und der nationalen Unabhängigkeit im Nahen Osten. Die nicht ausgesprochene Voraussetzung, die allen Grübeleien des Mr. Lewis zugrundeliegt, ist die Beibehaltung des wirtschaftlichen Status quo; wenn überhaupt, wird der Nahe Osten nur unter Umständen entwickelt, die der Kontrolle von Mächten außerhalb der Region unterliegen.

Die westliche Überlegenheit

Lewis legt seine Worte nicht auf die Goldwaage, wenn er auf die militärische Macht solcher außenstehender Mächte zu sprechen kommt. Die »bedeutsamste Lektion aus dem Krieg«, verkündet Lewis, ist darin zu sehen, daß »die zügige und überwältigende Niederlage der irakischen bewaffneten Streitkräfte die Welt an etwas erinnert, was sie schon beinahe vergessen hatte: Die technologische und militärische Überlegenheit der heutigen westlichen Welt über den Rest der Welt, die es in der Vergangenheit sogar kleinen Ländern wie Holland und Portugal ermöglichte, riesige Reiche in Asien und Afrika zu erobern und sogar zu regieren«.

Diese militärische Stärke von außen wird nur eingesetzt, um Bedrohungen gegen sich selbst abzuwehren, räumt Lewis stillschweigend ein, aber die Westmächte werden nicht direkt über die Region regieren. »Wegen einiger Ähnlichkeiten der Sprache und Institutionen herrscht im Nahen Osten der weitverbreitete



Mit der Sprengung islamischer heiliger Stätten ist zu rechnen, um an der Stelle den dritten Tempels Salomons zu errichten.

Glaube vor, die Vereinigten Staaten seien das britische Weltreich, das wieder im Geschäft ist, mit neuer Geschäftsführung, neuer Handelsmarke und neuer Adresse. Dem ist nicht so ... Die Vereinigten Staaten werden zweifellos danach streben, die vorherrschende Außenmacht im Nahen Osten zu bleiben, aber das Schlüsselwort ist ›Außen‹-macht.«

Stattdessen, stellt Lewis fest, ist die amerikanische Politik die Methode der »balance of power«, die mit Kissinger verbunden ist. Amerikanische Politik, sagt er, »besteht darin, das Hervortreten einer regionalen Hegemonie – einer einzelnen regionalen Macht, die die Region dominieren und somit ein Monopol über das nahöstliche Öl errichten könnte, zu verhindern«. Diese Belange, die wichtiger sind als alles andere, erklären das Hin und Her der Amerikaner in bezug auf Iran und Irak.

Die scheinbaren Ausnahmen bei solchen taktischen Abkommen sind die Abhängigkeit der USA von der »Standhaftigkeit des nördlichen Bindeglieds« – das heißt, der Türkei; und »die Präsenz einer mächtigen, sich selbst versorgenden und stabilen demokratischen Macht in der Region« – Israel. Lewis ist im Geheimdienstwesen wegen seiner Zuneigung zur Türkei bekannt. In den sechziger Jahren veröffentlichte er ein Buch für das RIIA mit dem Titel »The Emergence of Modern Turkey«, in dem er seinen Brennspiegel auf die mögliche Ausnutzung religiöser klassenbedingter und ethnischer Unterschiede, um der Industrialisierungspolitik des Gründers der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, ein Ende zu bereiten, richtete.

Im Falle Israels, stellt Lewis fest, erkennen Amerikaner an, daß die Vereinigten Staaten »stärkere Bindungen, stärkere gegenseitige Loyalitäten und ein dauerhafteres Verhältnis pflegen«. Sonst haben die Vereinigten Staaten keine Loyalität zu irgendeinem Staat in der Region: »Die Vereinigten Staaten fühlten sich offensichtlich frei, solche Alliierten im Stich zu lassen, wenn die Allianz zu beschwerlich wird oder nicht mehr kostenwirksam ist – wie zum Beispiel in Südvietnam, Kurdistan und im Libanon.«

Die von Lewis und Kissinger vertretene Strategie der »balance-of-power« macht das Konzept einer »community of principle« (Gemeinschaft der Grundsätze) – Bündnisse souveräner Nationalstaaten auf der Grundlage einer Verpflichtung zu gegenseitiger Wirtschaftsentwicklung unmöglich. Ohne eine solche Gemeinschaft der Grundsätze und angesichts des von solchen Behörden wie der Internationale Währungsfonds (IWF) verursachten wirtschaftlichen Zusammenbruchs wird damit gerechnet, daß die Länder des unterentwickelten Sektors in Bürgerunruhen und Kriegen explodieren.

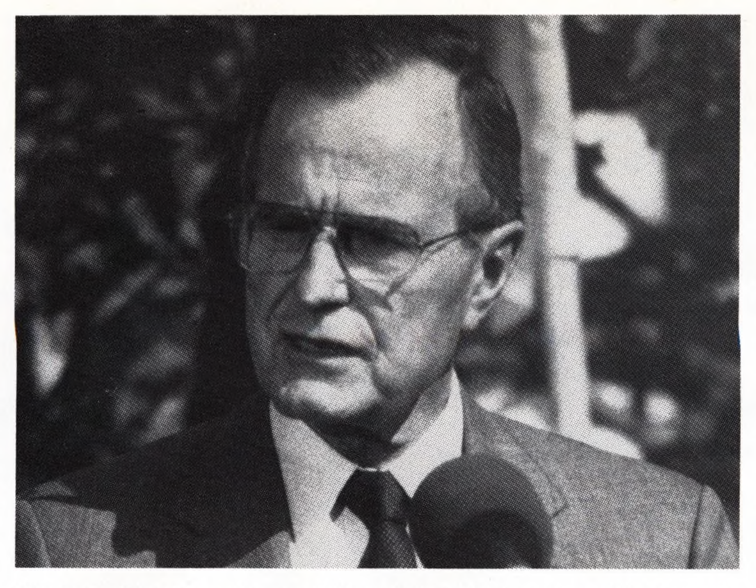
Solange die Ausbeutung von Öl und Ausplünderung gewährleistet sind, macht Lewis klar, sollte niemand von den »Außenmächten« erwarten, daß sie sich in ein solches Chaos verwickeln lassen. Lewis stellt ausdrücklich fest: »Der Westen wäre nicht mehr betroffen, sondern würde allen möglichen Geschehnissen gegenüber gleichgültig bleiben, – gegenüber Kriegen, Katastrophen und Umwälzungen, solange das Öl weiterfließt ... Die Fähigkeit des Westens, ein Auge zuzudrükken, die sich bereits in anderer Hinsicht kundtut, sollte nicht unterschätzt werden. In der Vergangenheit haben außenstehende Mächte gelegentlich eingegriffen, um arabisch-israelische Kriege zu verhindern, zu begrenzen oder zu stoppen. Araber und Israelis wären aber schlecht beraten, wenn sie sich in Zukunft auf derartige Interventionen verlassen würden.«

Ein Rammbock gegen den Nationalstaat

In dieser Hinsicht schaut Lewis wohlwollend auf eine besondere Variante der verschiedenen und oft miteinander im Wettstreit liegenden Bewegungen, die irreführend als »islamisch-fundamentalistisch« bezeichnet werden. Die von den Briten gesteuerte Variante, die er begünstigt, stellt sich gegen moderne Wissenschaft und Technologie und hat sich im Gegensatz zu den Grundsätzen des Islam, die Wucher verbieten, loyal dazu verpflichtet, die IWF-Schulden zu berappen. In dieser Hinsicht sieht Lewis eine solche Variante des Fundamentalismus als Rammbock gegen den Nationalstaat an.

Naher Osten

Der neue Bernhard-Lewis-Plan



US-Präsident Bush wandelt auf den Spuren von Sir Francis Drake und der alten aungelsächsischen Tradition, die da heißt: Beute machen!

»Durch den Untergang des Pan-Arabismus«, schreibt er, »bleibt der islamische Fundamentalismus als attraktivste Alternative für alle diejenigen erhalten, die der Meinung sind, daß es etwas Besseres, Wahreres und Hoffnungsvolleres geben muß als die unbeholfenen Tyranneien ihrer Herrscher und die bankrotten Ideologien, die ihnen von außen aufgeschwätzt werden.«

Er stellt fest, daß britische Unterwanderungsbewegungen die unter einem solchen Deckmantel agieren, in Gesellschaften wie der Nahe Osten einen praktischen Vorteil genießen. »Diktatoren können Parteien verbieten, und sie können Zusammenkünfte verbieten – sie können öffentliche Anbetung nicht verbieten, und sie können Predigten nur in einem begrenzten Ausmaß kontrollieren.«

Als solche stellen sie »ein Netzwerk außerhalb der Kontrolle des Staates dar ... je unterdrükkender das Regime, desto größer die Hilfe, die es den Fundamentalisten durch Ausschaltung der miteinander im Wettstreit liegenden Gegner zuteilwerden läßt«.

Indem er sich des längeren und breiten über die Vielfalt des von Britannien aus gesteuerten Fundamentalismus ausläßt, setzt Lewis hinzu: »In einem Programm der Aggression und Expansion genießen diese Bewegungen, wie ihre jakobinischen und bolschewistischen Vorgänger, den Vorteil fünfter Kolonnen in jedem Land und jeder Gemeinde, mit der sie ein gemeinsames Universum des Diskurses teilen. Es besteht auch noch die Möglichkeit, daß sie Atomwaffen besitzen, entweder zu terroristischen oder zu militärischen Zwecken.«

Solche Entwicklungen führen zu dem Prozeß, den er »Libanonisierung« nennt.

»Die meisten Staaten des Nahen Ostens ... sind erst kürzlich und künstlich konstruiert worden und für einen solchen Prozeß anfällig«, analysiert er. »Wenn die Zentralmacht genügend geschwächt ist, dann gibt es keine wirkliche bürgerliche Gesellschaft, um das politische System zusammenzuhalten, keinen realen Sinn für gemeinsame nationale Identität oder Loyalität gegenüber dem Nationalstaat, die über alles geht. Dann fällt der Staat auseinander – wie es im Libanon geschah – und stürzt in ein Chaos streitsüchtiger, sich befehdender und bekämpfender Sekten, Stämme, Regionen und Parteien.«

Eine neue Phase von Kriegen

Ein Blick auf den Bereich der Welt, den Lewis als den Mittleren Osten bezeichnet, zeigt, daß Lewis' Verkündigungen aktive anglo-amerikanische Politik sind.

Nehmen wir einmal den Fall Irak. Die anglo-amerikanisch/französische Verhängung einer »no fly« (Flugverbots)-Zone über den südlichen Irak im August hat die Zerstückelung dieses Staates in drei Teile, einen kurdischen Norden, eine zentrale Region Bagdad und einen schiitischen Süden beschleunigt. Wegen eines gemeinsamen Glaubensbekenntnisses, Schiismus, sowohl als auch wegen verschiedener geographischer und historischer Faktoren würde ein aus dem südlichen Irak herausgeschnittenes schiitisches Staatsgebilde dazu neigen, unter die Herrschaft des benachbarten Iran zu fallen. Diese Tatsache, gekoppelt mit iranischen Ambitionen gegenüber anderen Scheichtümern am Arabischen Golf, wird die Bedingungen für einen neuen iranisch-arabischen Krieg herbeiführen.

Ein aus dem nördlichen Irak bestehendes kurdisches Staatsgebilde wird dazu neigen, unter die Herrschaft einer immer ehrgeizigeren Türkei zu fallen. Die Herrschaft über das ölreiche irakische Kurdistan war ein dem türkischen Establishment gegenüber abgegebenes Versprechen, um dieses zu veranlassen, in den Krieg gegen den Irak einzutreten. Aber die Gründung eines auch nur nominell unabhängigen aus dem Irak herausgeschnittenen Kurdistan würde auch die angrenzenden kurdischen Regionen im Iran und in der Türkei selbst, wo ein kriegsähnlicher Zustand zwischen der türkischen Armee und den Kurden herrscht, in Flammen setzten.

Aus diesen Gründen könnte die Aufteilung des nördlichen Iraks zu einem iranisch-türkischen Krieg führen. Ein solcher Krieg ist umso wahrscheinlicher, als die mit der Türkei alliierte ehemalige sowjetische Republik Aserbaidschan Anspruch auf das iranische Aserbaidschan erhebt.

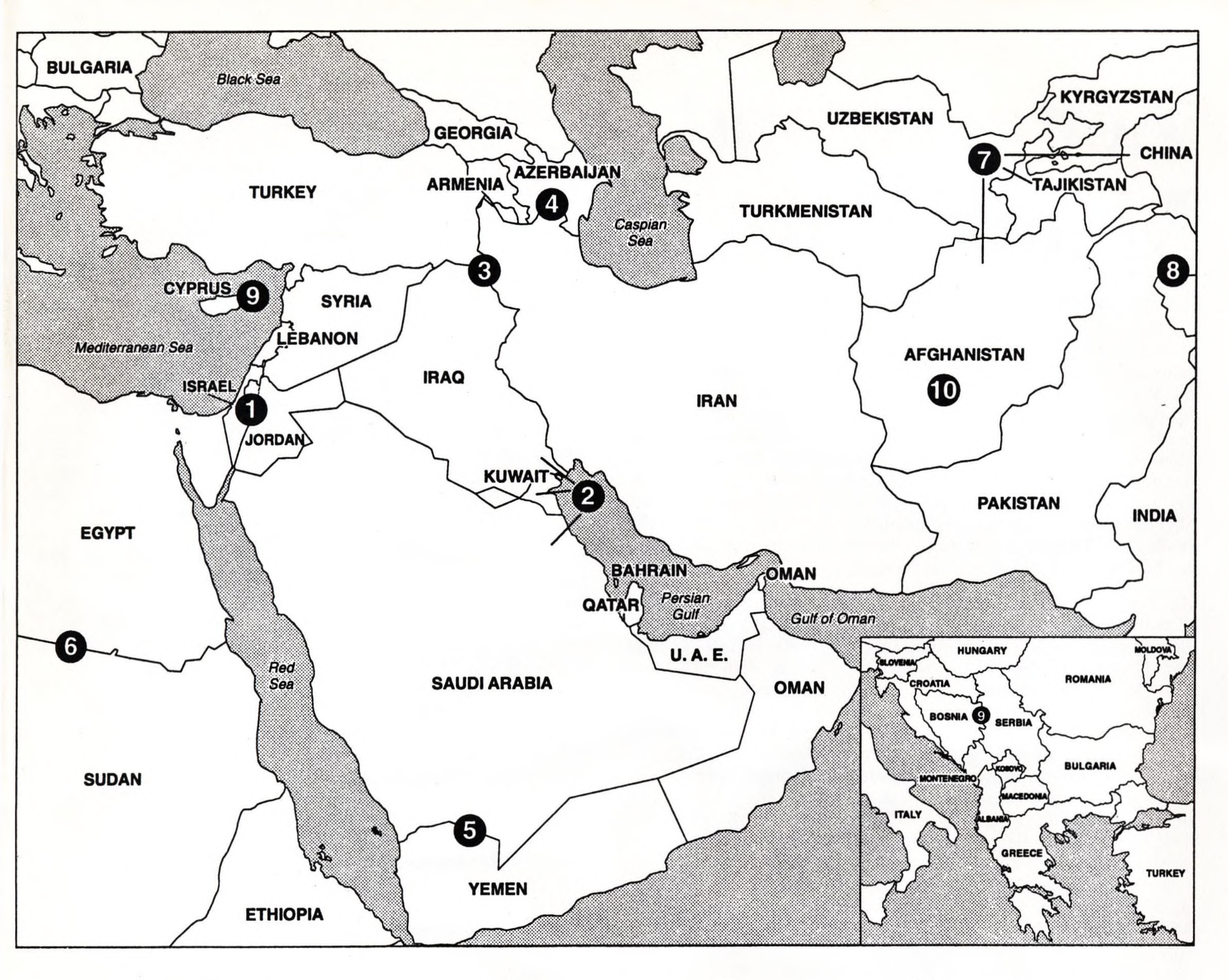
Im Balkan zieht der Krieg im ehemaligen Jugoslawien schnell benachbarte Staaten mit hinein. Wenn Serbien, wie geplant, in Kosovo einmarschiert, wird Albanien und dann die Türkei in den Krieg gegen Serbien eintreten, während Griechenland sich an die Seite Serbiens stellen wird.

In Zentralasien versuchen angloamerikanische Planer, Tajikistan, eine ethnisch iranische Republik, gegen Usbekistan, das türkisch ist, aufzuwiegeln. Der Krieg könnte sich auf das benachbarte Afghanistan ausdehnen, wo bereits Bürgerkrieg herrscht, und sogar auf das benachbarte chinesische Turkestan, dessen Bevölkerung ethnisch die gleiche wie die der neuen zentralasiatischen Republiken ist.

Während sie Kriege provozieren, arbeiten die Anglo-Amerikaner schwer daran, regionale Bündnisse zusammenzustellen, vor allem eine saudi-israelische und türkisch-israelische Achse, um die Region in ihrem Namen verwalten zu lassen.

Als Teil dieser Bemühungen streben die Anglo-Amerikaner ein separates Friedensabkommen à la Camp David zwischen Syrien und Israel an. Unter früheren Übereinkommen haben Syrien und Israel den Libanon verschluckt. Jetzt, so scheint es, ist Jordanien reif, »libanonisiert« zu werden.

Schon 1990 begannen die Planer im US-Verteidigungsministerium damit, einen alten Plan, die haschimitische Dynastie in Jordanien zu stürzen und einen »palästinensischen Staat, gemeinsam von Israel und Syrien verwaltet, an dessen Stelle zu setzen, neu in Erwägung zu ziehen. Die Festnahme des jordanischen Parlamentariers Laith Shubeilat auf Befehl der USA hat das Land destabilisiert, vor allem angesichts der Tatsache, daß Shubeilat eine irakfreundliche Politik nachgesagt wird. Wie Beobachter warnen, ist mit einem isrealischen schritt zur Sprengung islamischer heiliger Stätten in Jerusalem zu rechnen. Solche Versuche sind schon einmal von zionistischen Eiferern unternommen worden, mit dem vorgeblichen Ziel, den Weg zur Errichtung des dritten Tempels Salomons freizumachen. Die darauffolgenden Aufstände würden einer breitangelegten Kriegsführung in der Region den Weg ebnen. □



Kriege, die geplant sind, um Nationen zu zerstören

1. Jerusalem: Pläne jüdischer Eiferer, heilige islamische Stätten in die Luft zu sprengen, bereiten den Weg zur Zerstückelung Jordaniens.

2. Südirak wird dem Iran angegliedert, während eine schiitische Revolte in den arabischen Staaten am Persichen Golf vorbereitet wird. Die Folge: ein neuer arabisch-iranischer Konflikt.

3. Die kurdische Region, rittlings über dem Irak, der Türkei und Iran liegend, wird in die Luft gesprengt, was zum Krieg führen könnte.

4. Türkische Unterstützung der Ansprüche Aserbaidschans auf den nördlichen Iran und Unterstützung armenischer Ansprüche auf Aserbaidschan durch Iran werden zu einem türkisch-armenischen Krieg führen.

5. Jemen: Ein geplanter Bürgerkrieg soll nach Saudi-Arabien hinein überschwappen.

6. Ägypten wird ermutigt, gegen den Sudan in den Krieg zu ziehen und Libyen an sich zu reißen.

7. Manipulierte Konflikte zwischen iranischen Takijs und türkischen Usbeken werden in die ethnisch türkisch-iranische Region im benachbarten China und nach Afghanistan hinein überschwappen.

8. Pakistan: Ein von Iran unterstützter Anspruch Pakistans auf das von Indien besetzte Kaschmir wird eine sich entwickelnde indisch-arabische und indisch-israelische Allianz beschleunigen. Völkische Unruhen werden inszeniert, um Pakistan auseinanderzureißen.

9. Balkanstaaten: Der Einmarsch der Serben in Bosnien und geplante Angriffe auf Kosovo werden zu Konflikten mit Albanien und der Türkei führen; während Griechenland auf der Seite Serbiens in den Kreig eintreten wird. Alles ist darauf angelegt, Zypern, das sowohl von der Türkei als auch von Griechenland beansprucht wird, in die Luft zu sprengen.

10. Afghanistan: Der Bürgerkrieg wird Afghanistan in drei Teile spalten: Ein tajikisches Gebilde im Norden, ein zentrales usbekisches Gebilde und ein puschtunisches Gebilde im Süden. □

Medizin

Zeitgeist und Medizin

Gudrun Garstka

Homo generat hominem – der Mensch zeugt den Menschen –, er gibt seine eigene Natur weiter, aber das endgültige Sein, das actu esse, die Wirklichkeit des Menschen wird erst vom absoluten Sein des Schöpfergottes gewirkt. Die »ratio fiendi« ist nicht die »ratio essendi«, das heißt, die Wirkensweise eines Seienden ist nicht seine »Seinsweise«. Das Sein selbst ist die eigentliche Wirkung Gottes, der das Sein selbst ist. Das Sein ist das Innerlichste eines jeden Dinges und daher auch das Grundlegendste. Weil das Sein der höchste allgemeine, einfachste und darum auch der konkreteste, alles umfassende Begriff ist, kann er nicht von einem noch höheren, allgemeineren her bestimmt und abgeleitet werden.

Aus der Definition des Seins als dem allgemeinsten und höchsten Begriff ergibt sich, daß Würde und Grundrecht auf Leben jedem Menschen gleichermaßen zustehen, dem gesunden wie dem leidenden und todkranken, dem geborenen wie dem ungeborenen, dem unbeeinträchtigten wie dem gebrechlichen oder behinderten. »Es ist damit ausgeschlossen, Seinsweisen, die naturwissenschaftlich als menschliches Leben zu qualifizieren sind, nach sozialer Wertigkeit, Nützlichkeit, körperlichem Zustand oder geistiger Verfassung abzustufen und so auf definitorischem Wege dem Lebensschutz zu entziehen.«

Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Leben

Die Anschauungen des Utilitaristen P. Singer sagen dagegen, daß die Zugehörigkeit eines menschlichen Wesens zur Spezies homo sapiens alleine keine Bedeutung dafür hat, ob es verwerflich sei, es zu töten. Entscheidend seien vielmehr die Eigenschaften wie Rationalität, Autonomie und Selbstbewußtsein. Daraus folgert Singer, »daß kein Säugling – sei er mißgebildet oder nicht – in gleichem Maße Anspruch auf das Leben habe wie Wesen, die fähig seien, sich selbst als distinkte Entitäten zu sehen, die in der Zeit existieren«.

Hier macht Singer die Fähigkeit der Selbstreflexion zu einem Maßstab für Anrecht auf Leben. Leben aber wird verliehen, in welcher Qualität auch immer, so wie es in Psalm 139, 16 – 17 heißt: »Deine Augen sahen mich, als ich noch nicht bereitet war, und alle Tage waren in Dein Buch geschrieben, die noch werden sollten und von denen keiner da war.« Und prophetisch schreibt Jeremia (1, 5): »Ich (Gott) kannte dich, ehe ich dich im Mutterleibe bereitete und sonderte dich aus, ehe du von der Mutter geboren wurdest, und bestellte dich zum Propheten für die Völker.«

Naturwissenschaftlich bedeutet das: Unser gesamter genetischer Code ist eine Schöpfung und steht vollendet sichtbar vor den Augen des Höchsten, bevor sie in einer Chromosomenanalyse oder im Erscheinungsbild des Ungeborenen oder Neugeborenen Gestalt gewinnt.

Singer leitet Lebensrecht nicht aus dem Tatbestand der Schöpfung ab, sondern aus Zukunftsorientiertheit. Er sagt: »Ein Neugeborenes ist nicht imstande, sich selbst als ein Wesen zu sehen, das eine Zukunft haben kann oder nicht, und daher hat es auch keinen Wunsch weiterzuleben. Wenn ein Recht auf Leben auf der Fähigkeit beruhen muß, weiterleben zu wollen, dann kann ein Neugeborenes aus dem gleichen Grunde kein Rercht auf Leben haben.

Schließlich ist ein Baby kein autonomes Wesen, das fähig zu Entschlüssen wäre. Es töten kann daher nicht heißen, daß man das Prinzip des Respektes vor der Autonomie verletzt. In allen diesen Hinsichten befindet sich das Neugeborene auf demselben Stand wie der Foetus und folglich gibt es weniger Gründe gegen das Töten von Babys und Foeten, als gegen das Töten derjenigen, die sich selbst als distinkte Wesenheiten sehen können, welche in der Zeit existieren.«

Schöpfungsglaube contra Zukunftsorientiertheit

Der Wiener Philosoph Pöltner kommt in der Auseinandersetzung mit Singer zu dem Schluß, daß die konsequenzialistische Position des Interessenschutzes einen reduktionalistischen Wirklichkeitsbegriff habe. Sie identifiziere Sein mit bedeutungsloser Vorhandenheit ohne Anspruchscharakter.

In seinem Mai 1991 vor der Juristenvereinigung Lebensrecht gehaltenen Vortrag zur Diskussion um den Beginn des Rechts auf Leben führt Pöltner aus: »Daß wir nicht immer uns selbst gegenwärtig sind – im traumlosen Schlaf oder auf Grund von Verletzungen – heißt jedoch nicht, daß wir dabei eine Eigenschaft verloren haben, oder diese von uns oder von einem Beobachter bloß nicht festgestellt werden kann. Es heißt vielmehr, daß ich mein Dasein nicht selbst vollziehe oder vollziehen kann. Deswegen aber verliere ich nicht die prinzipielle Möglichkeit zum Daseinsvollzug, weil diese mit meinem Dasein identisch ist. Dazusein heißt nämlich in der prinzipiellen Möglichkeit zum Daseinsvollzug zu stehen. Das gilt nicht nur für das Erwachsenenalter, sondern für jede Zeitgestalt des Daseins. Faktisch sind Ungeborene zu ihrem Daseinsvollzug noch nicht in der Lage – sie stehen aber in der prinzipiellen Möglichkeit dazu. Diese prinzipielle Möglichkeit erwerben sie aber nicht im Laufe ihrer Daseinsentwicklung, vielmehr ist diese bereits mit ihrem Dasein eröffnet. Die prinzipielle Möglichkeit ist ihr Dasein selber.«

Singer spricht bei behinderten Kindern im Säuglingsalter von möglicherweise ersetzbarem Leben und versucht in konditionaler Weise daraus ein Tötungsrecht abzuleiten: »Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird. Der Verlust eines glücklichen Lebens für den ersten Säugling wird durch den Gewinn eines glücklicheren Lebens für den zweiten aufgewogen.«

Eine derartige Glücksgüter- und Glückaussichtenabwägung im Hinblick auf das Lebensrecht eines Menschen ist unzulässig. Eine »stichhaltige ethische Argumentation kann nur von einer Basis aus erfolgen, auf welcher jeder Angehörige der Gattung Mensch jeden anderen Menschen als Wesen gleichen Rechtes und gleicher Würde respektiert.« Nach dem Grundgesetz gilt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt« (Artikel 1), und: »In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden« (Artikel 19, Abs. 2).

Die Würde des Menschen und fragwürdige Glücksgüter

Für die Philosophin Helga Kuhse enthalten Begriffe wie Menschenwürde mehr Pathos als semantische Präzision. Sie meint, daß der Begriff der Menschenwürde so vage und anschmiegsam sei, daß man unter seinem Banner nahezu für alles argumentieren könne. Kuhse sieht die Würde des Menschen nicht als a priori auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Spezies homo sapiens, sondern für sie definiert sich die Würde des Menschen in Abgängigkeit von seiner Fähigkeit, »ein selbstbestimmendes und autonomes Wesen zu sein, vernunftgemäß und absichtlich handeln zu können und Präferenzen in Bezug auf sein Leben und Sterben zu haben«.

Der staatlichen Aufgabe, die Würde des Menschen in ihrer Unantastbarkeit zu schützen, wird hier die Würde als Ausdruck der Autonomie und Selbstbestimmung des einzelnen Menschen gegenübergestellt. Wenn jedoch der dem Staat gestellte Auftrag,

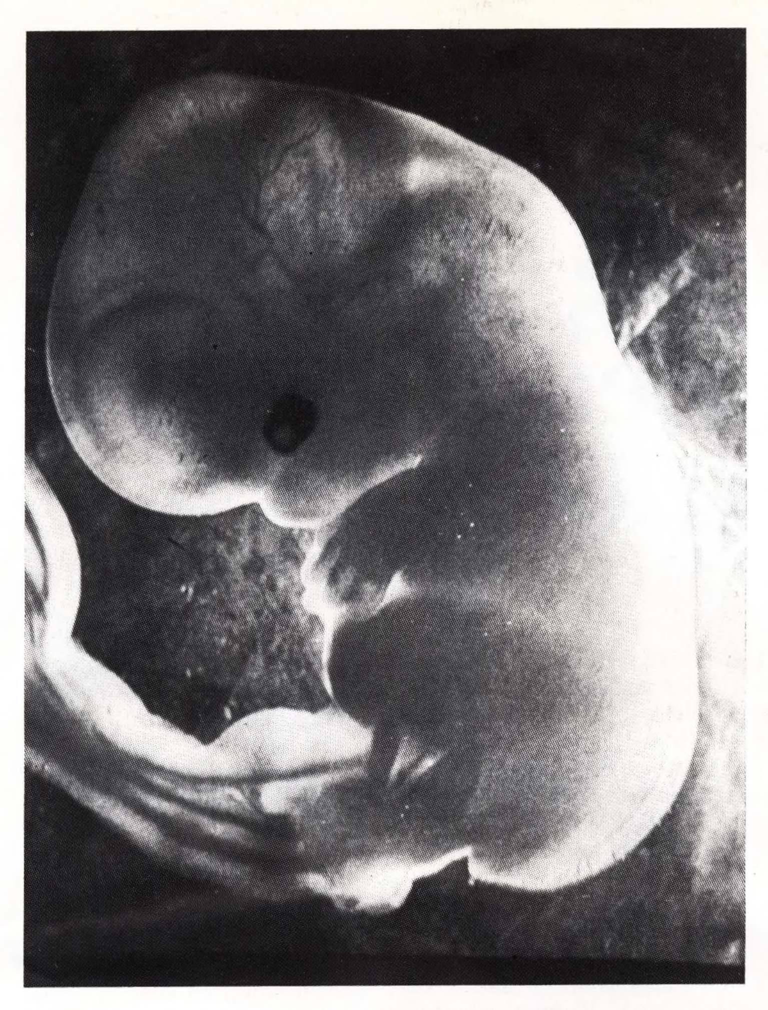
bestimmte unveräußerliche Rechtsgüter zu schützen, einem übersteigerten Selbstbestimmungsrecht des Menschen widerspricht, dann ergeben sich daraus im öffentlichen Bewußtsein unlösbare Konflikte. Hier bestehen zwei konträre Positionen zum Begriff der Würde: Einmal die auf das formale Recht bezogene staatsphilosophische und zum andern die persönlich, subjektiv und/oder ideologisch bestimmte.

So rechtfertigt Kuhse auch, daß urteilsfähige Personen frei entscheiden sollten, ob sie ihr Leben durch medizinische Maßnahmen verlängern lassen oder nicht, und ob sie »aktive Sterbehilfe« für sich in Anspruch nehmen können. Dieser Anspruch ist allerdings ein Übergriff in den ärztlichen Berufsauftrag. Nach ärztlicher Erfahrung bedeutet der Wunsch eines Kranken nach Beschleunigung des Sterbevorganges in aller Regel das Begehren nach besserer und wirkungsvollerer Hilfe. M. v. Lutterotti: »Fast nie sei es sittlich gerechtfertigt, den Wunsch wörtlich zu nehmen, immer sollte zunächst nach besserer Hilfe gesucht werden.«

Mit großer Mehrheit verschloß sich 1986 der Deutsche Juristentag der aktiven Sterbehilfe, also der gezielten Tötung Todkranker und Sterbender. Das ärztliche Gebot uneingeschränkten Lebensschutzes findet seine stärkste Stütze in dem der christlichen Lehre folgenden Verfassungsrecht. Die in der Verfassung normierten Grundwerteentscheidungen sind der gemeinsame sozialethische Nenner einer pluralistischen Gesellschaft. Die Grundwerteentscheidungen beinhalten: Schutz der Menschenwürde, Schutz des Lebens, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Schutz der Ehe, Gleichheit, Eigentums- und Berufsfreiheit oder politische Freiheit. Diese Grundwerte der Rechtsordnung sind im Bewußtsein der Bevölkerung durchaus noch präsent.

Grundwerte und Verfassung

Bei Bedrohung einzelner Grundwerte wird von der Öffentlichkeit und vom Einzelnen sehr heftig reagiert. In mehreren Bereichen



Ein Embryo in der sechsten Woche. Für Politiker ist es Zellgewebe, das man unbekümmert absaugen kann.

des sozialethischen Bewußtseins lassen sich stärkere Schwankungen und Veränderungen belegen: Die Einstellung zu Sterbehilfe und zum Schutz vorgeburtlichen menschlichen Lebens sind im Wandel begriffen. In dem Maße, wie sich der Einzelne aus den Bindungen christlicher Sozialethik löst, verlangt er ein Recht zur autonomen Entscheidung über sein Leben und über das ungeborene Leben.

»Das auffällige Kennzeichen bei den meisten subjektiv vielleicht ehrlichen Meinung ist die Tatsache, daß der Mensch immer weniger oder kaum noch nach Gott und seinem Willen in der Heiligen Schrift fragt.« Der Mensch will allein nach seinem »Gewissen« entscheiden, daß unterschiedlich ideologisch geprägt ist. Wer den Gedanken an die Schöpfung menschlichen Lebens ohne Gott zuläßt, für den ist es auch zulässig, nach humanistischen Kriterien über Beginn und Ende des Lebens zu entscheiden.

Für den Utilitaristen Singer ist die Begründung des Lebensrechtes die Eigenschaft der Personalität, die sich ergibt aus den Eigenschaften wie Rationalität, Autonomie und Selbstbewußtsein.

Die Überbewertung des Selbstbewußtseins und der Ratio übersieht, daß das umfassende Sein unserer Geistseele den Verstand an Vollkommenheit überragt. Tota anima perfectior est quam intellectus agens – die ganze Seele ist vollkommener als ihr tätiger Verstand. Wer das leugnet, hat natürlich seine liebe Not, die Unsterblichkeit der menschlichen Geistseele zu retten. »Keine jener idealistischen Seinsbestimmungen ist selbst ihr Sein, denn sie haben es dem vorbewußten Seelengrunde zu danken, dessen Wirklichkeit sie allemal entspringen.«

Der Mensch bekommt seinen Wert vom Schöpfer

Das Seiende, aus möglicher Wesenheit und wirklichem Sein selbst gefügt, besagt alles andere als ein bloß tot Daliegendes, eine »dumpfe Diesheit« oder »vulgäre Vorhandenheit«. »Das Sein mit der Selbstherrlichkeit des Einzelnen oder der Eigentlichkeit seines Seinkönnens zu identifizieren, ist absurd. Selbst das Wirken der Dinge ist nicht ihr Wirklichsein. Es muß, außer seiner endlichen Ursache, von Gott als dem Sein selbst gewirkt sein.«

»Alle Bereiche des Seins sind das Werk eines Schöpfers, dessen Wesen sie abbildhaft widerspiegeln. So fließen die physikalischen Fakten und die geoffenbarten Wahrheiten im Menschen in wundervoller Harmonie zusammen. Alles Geschaffene spiegelt sein (Gottes) Wesen, ist Träger seines Wesens, lebendige Verkörperung erster und letzter Wahrheit.«

Der Wert des Menschenlebens läßt sich an keinem Maßstab messen. Die Menschlichkeit eines Gemeinwesens zeigt sich nicht zuletzt darin, welche Mittel es für seine schwächsten und bedrohtesten Glieder aufzuwenden sich bereit findet. □

Dr. Gudrun Garstka gehört zum Vorstand des Vereins Ärzte für das Leben, Bahnhofstraße 40, D-4703 Bönen.



Medizin

Die Abtreibung und die Zeit »Nachher«

Ursula Hülsmann

Wie geht es weiter? Menschliches Leben wird verfügbar. Soll die Tötung eines ungeborenen Menschen wirklich und endgültig Privatsache der Frauen sein? Werden Ärzte nur noch als Erfüllungsgehilfen zur Durchführung des klinisch sauberen Tötungsvorganges benutzt? Noch ist in unserer Gesellschaft Töten (Mord, Totschlag, Hinrichtung) nicht erlaubt. Doch Ärzte sollen töten?

Eine parlamentarische Mehrheit, die dabei noch ununterbrochen von Lebensschutz redet, will das allgemeingültige Tötungsverbot für eine Berufsgruppe aufheben, indem der Schwangerschaftsabbruch dem ärztlichen Leistungskatalog zugeordnet wird. Durch kritikloses Befolgen muß ein ganzer Berufsstand seine Würde und das in ihn gesetzte Vertrauen verlieren. Kann nicht dadurch auch Angst bei den hilfesuchenden Patienten umsichgreifen? Statt der Aufgabe des Helfers, des Trösters, des Beraters werden Ärzte so zu Richtern und Henkern, die eine verachtenswerte Arbeit für die Gesellschaft leisten (Claasen).

Menschlicher Sinneswandel bestimmt über Leben und Tod

Eine jeder Spezies, so auch dem Menschen, innewohnende Tötungshemmung wird durch Ideologisierung, Anspruchsdenken, Druck der Gesellschaft, geistige Umformung mißachtet. Das natürliche Verhalten – ein Naturgesetz zur Erhaltung der Art – wird ausgeschaltet. »Geistiger Vater dieser Entwicklung ist ein sozialistisch-atheistisches Menschenbild.« (Karin Struck, Schriftstellerin, Mutter von fünf Kindern, eines davon wurde abgetrieben). Die Neuregelung des § 218 war nur dadurch möglich, daß sich die Auffassung, wie ungeborenes Leben am besten zu schützen sei, in der Gesellschaft geändert haben (»Deutsches Ärzte-Blatt«, Heft 28/29 vom 13. Juli 1992, Seite 1324). Wertvorstellungen sind damit dem Ansichts- und Verhaltenswandel einer pluralistischen Gesellschaft angepaßt, und somit – wie zu befürchten ist – auch in Zukunft variabel.

Ärzte, die sich dem Leben von seinem Beginn bis zu seinem Ende verpflichtet wissen, haben eine lebenswichtige Aufgabe als Dauerauftrag wahrzunehmen und deutlich zu vertreten. Erst recht in einer Zeit, in der selbst das Wissen um das Wunder des Lebens nicht zu dessen uneingeschränkter Akzeptanz geführt hat, sondern im Gegenteil zu seiner Mißachtung.

Das Ungeborene ist ein Mensch

Zweifelsfrei steht fest: Das, was vom Menschen gezeugt wird, ist Mensch. »Tatsächlich kann es keine intellektuelle, moralische oder gar juristische Rechtfertigung von Abtreibung geben, wenn der bei diesem Vorgang Getötete ein Mensch ist. Der Ungeborene ist sowohl aus der Sicht der Biologie als auch der Philosophie ein Mensch« (Rohrmoser, Die Grenzen der Demokratie im Recht, 1992).

Im jüdisch-christlichen Denken und Glauben ist das Recht auf Leben zugleich Anerkennung des Person-Seins. Dieses umfaßt das Sein und die Würde des Menschen, das qualitativ Einmalige des menschlichen Lebens in seinem Zusammenhang mit dem Leben der Natur. Person ist Jemand, der mich aus einem menschlichen Antlitz ansieht, und über den ich nicht wie eine Sache verfügen kann.

Die christliche Aussage ist: Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes und nach Seinem Wort sein Ebenbild. Wird aber das Recht auf Leben erst nach Fähigkeiten und Leistungsvermögen bewertbar anerkannt, dann ist menschliches Leben nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung eingestuft. Diese aus dem Raum der »Bioethik« in das allgemeine Bewußtsein verbreitete materialistische Sicht bedeutet Zerstörung christlich-abendländischer kultureller Werte, die einmal tragend waren.

Die Fragen sind berechtigt: Können dann überhaupt noch die seelischen Nöte, an denen Frauen nach einer Abtreibung leiden, ernstgenommen werden? Werden die Erfahrungen von Frauen, die an den Folgen einer Abtreibung leiden, zur Änderung der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung führen?

Bisher war es nicht gewünscht, in der Öffentlichkeit von der leidvollen Erfahrung dieser Frauen zu sprechen. Auch viele Politiker, von denen gesagt wird, daß sie mit großem Ernst über die Probleme diskutiert hätten, hörten diese Stimmen nicht, weil sie sie nicht hören wollten. Und im Zusammenhang mit der »Beratung« wurden Hinweise auf Schäden dieser Art als »manipulatorisch« und »repressiv« abqualifiziert.

Ärzte wissen um die Frauen, die nach dem Verlust ihres Kindes durch Abtreibung leiden. Deshalb ist es Pflicht, durch Wissensvermittlung und aufklärende Hinweisung die seelischen Folgen der Abtreibung als Warnung und Entscheidungshilfe den Frauen zu verdeutlichen, die eine Abtreibung erwägen. Dieses in der »Beratung« zu tun, ist wahre Prophylaxe. Letztere ist, wie im ärztlichen Alltag praktiziert, eine bedeutungsvolle ärztliche Aufgabe.

Die »Zeit des Nachher«: Bewältigungs-Mechanismen und ärztliche Leidensbegleitung

Partnerschaftliche Beziehungskrise und gesellschaftliches Umfeld (Personen, Institutionen, Medien, Zeitgeist) drängen eine Frau in eine so schwer empfundene Beziehungsnot, die sie dann in die »Sofort-Lösung« Abtreibung drängt. Nur, die Durchführung der Abtreibung ist keine echte Lösung, keine Lösung psycho-sozialer Schwierigkeiten, sondern der Beginn neuer Nöte. Die »Sofort-Lösung« tötet einen (ungeborenen) Menschen, und führt die Schwangere in weitere Schwierigkeiten. Der Vollzug der Abtreibung ist dem weiblichen Sein und Wesen diametral entgegen. Die Abtreibung ist ein widernatürlicher Akt, er ist gegen die Natur der Frau gerichtet. Damit kollidiert er mit der weiblichen Identität, auch dann, wenn eine immer größer werdende Zahl von Frauen meint, sich vom naturgegebenen (Schöpfungs-gegebenen) Verständnis der Frau und Mutter lossagen zu müssen. Durch die Abtreibung verliert die Frau ihr Kind – nicht ihren Embryo oder ihren Foeten. Die Erkenntnis über den Verlust des Kindes löst die Identitätskrise aus, die direkt nach der Abtreibung, häufiger jedoch zeitversetzt eintreten kann.

Die seelische Verletzung der Frau

Psychische (Spät-)Folgen sind bekannt:

Reue- und Schuldgefühle, Selbstvorwürfe, Stimmungsschwankungen (und psych.-veget. Symptome), depressive Verstimmungen (mit Suizid-Gedanken), unmotiviertes Weinen, Angstzustände, schreckhafte Träume.
Bemerkenswert ist, daß Reue und Schuldgefühle primär seelischer Genese sind, und auch nicht kirchlich-konfessionell induziert sind, wie statistische Erhebung nach Simon ergaben.
Die seelische Verletzung der Frau ist so schwerwiegend, daß bei der Betroffenen gewisse seelische Vorgänge in Gang kommen, um

weiterleben zu können. (Simon): 1. Verdrängung; 2. Projektion; 3. Konfrontation.
Ausschlaggebend für den Verarbeitungsvorgang ist die Persönlichkeit der Frau.

Zu 1: Es ist festzustellen, daß psychisch differenzierte und intelligente Frauen auf die Abtreibung wesentlich ungüngstiger reagieren als die seelisch weniger differenzierten. Die Letzteren sind häufiger gefühlsarm, zeigen weniger Verantwortungsgefühl und neigen zur Verdrängung, und daraus resultierender Somatisierung mit vegetativ-neurotischen Störungen.

Zu 2: Bei projektivem Verhalten versuchen belastete Frauen ihre Umgebung anzuklagen. Der Druck des Umfeldes und die hierher gekommene Beeinflussung zur Abtreibung haben die Frauen zu einer Entscheidung gedrängt, die sie im tiefsten Inneren nicht wollten. So kann es zu Haßgefühlen, Gefühlskälte gegen den Partner, Depressionen und sekundären Sexualstörungen kommen. Nicht nur die Männer werden zu äußeren Verfolgern, um den inneren zu entgehen, sondern auch die Ärzte, die wegen einer möglichen Behinderung des Kindes zum Abbruch drängten oder über Kontrazeptiva nicht genügend informiert haben.
Ein besonderer Vorwurf wird erhoben, wenn vor dem Abbruch keine oder eine nicht ausreichende Unterrichtung über mögliche Spätfolgen erfolgte. Daneben spielt die Selbstrechtfertigung eine nicht unwichtige Rolle, wobei die eigene Tat dadurch gerechtfertigt wird, daß eben viele dasselbe tun.

Zu 3: Die Konfrontation ist ein weiterer Verarbeitungsweg. Eine kleine Gruppe von Frauen versucht durch bewußte Konfrontation mit dem Abbruchgeschehen ihr inneres Gleichgewicht wieder zu erreichen: Suche nach Gesprächen zur Aufarbeitung; Versuche einer Wiedergutmachung (Adoption, Betreuung von Kindern, erneute Schwangerschaft); vehementer Einsatz als Gegnerin der Abtreibung.

Es kann kein Allgemeinrezept geben

Da die Schwere des Eingriffes durch die Abtreibung zur Ausprägung von schweren bis schwersten Neurosen mit erheblichem Leidensdruck führen kann, ist Beistand und Begleitung im mitmenschlichen Bereich oder vertiefend seelenärztlich – und auch seelsorgerlich – gefordert und notwendig. Der Zugang ist immer ein individueller. Es kann kein Allgemeinrezept geben, zumal je nach Persönlichkeitsstruktur der Frau und dem Verhalten des Umfeldes Mischreaktionsformen möglich sind, und diese eventuell differenzierter Analyse bedürfen.

Ein rein rationales Vorgehen reicht auf keinen Fall aus. Um einer verwundeten Seele zu begegnen, bedarf es der liebenden Annahme und des einfühlsamen Mittragens.

Leid ist eine conditio humana. Ärztliches Handeln kann wegbegleitend zur Sinnfindung der Betroffenen und zur Bewältigung des Leidens als einem Teil des Seins beitragen. □

Dr. Ursula Hülsmann ist Beisitzerin im Vorstand des Vereins Ärzte für das Leben, Bahnhofstraße 40, D-4703 Bönen.





Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin
Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Vertrauliches

Wird die Türkei Teile des Iraks annektieren?

Eine offizielle Erklärung der türkischen Regierung, über die am 10. Oktober 1992 in der französischen Tageszeitung »Le Monde« berichtet wurde, gibt zu Spekulationen darüber Anlaß, daß sich die Türkei anschickt, die Provinzen Mosul und Kirkuk des Iraks zu annektieren.

In der Erkärung heißt es: »Wir sind gegen alle Schritte, die dem Zerfall des Irak den Weg bereiten.« Aber auch: »Die Türkei ist der Hauptgarant für die Sicherheit der Menschen im nördlichen Irak, einschließlich der Kurden, Türkmenen, Araber und Assyrer.«

Laut »Le Monde« muß diese Erklärung im Zusammenhang mit der derzeitigen Kooperation zwischen irakischen Kurden und dem türkischen Militär bei gemeinsamen Einsätzen gegen die Türkisch-Kurdische Arbeiter-Partei (PKK) gesehen werden, die Stützpunkte in der kurdischen Region des Irak unterhalten. Das türkische Militär gibt den irakischen Kurden Luftunterstützung, und der türkische Generalstabchef sagte, daß türkische Truppen die irakischen Kurden notfalls verstärken werden.

Die interne Debatte innerhalb der Türkei soll auch auf eine allgemeine Vereinbarung über die Annexion der ölreichen Provinzen des Iraks hinauslaufen. Präsident Turgut Özal hat seit Beginn des Golfkrieges großes Interesse an diesen irakischen Provinzen, die 1926 von der jungen Republik Türkei an den Irak abgegeben worden waren, zum Ausdruck gebracht. Obwohl er seinerzeit wegen derartiger Erklärungen angegriffen wurde, akzeptiert jetzt fast jedermann in der Türkei diesen Gedanken.

Der türkische Ministerpräsident Suleyman Demirel soll gesagt haben, die beste Lösung bestehe darin, daß »der Irak Frieden mit der Welt macht«. Obwohl er seine Unterstützung für die territoriale Integrität des Iraks wiederholte, sagte er, daß Frieden in der Region unmöglich sei, solange Saddam Hussein an der Macht ist, und daß »eine Initiative von einem Bundesstaat im Norden des Irak mit dem Ziel einer Föderation mit der Türkei« eine Lösung sein könnte, denn »Mosul war schließlich einst eine ottomanische Provinz«.

»Le Monde« wies darauf hin, daß 1,5 Millionen Türkmenen in der Region von Kirkuk leben und wegen ihrer Sicherheit auf die Türkei schauen. Die Zeitung zitierte M. Muzaffer Arslan, Chef der irakischen Partei der Türkmenen, der behauptet, die Irakis hätten 2500 Türkmenen ins Gefängnis geworfen. Arslan erklärte: »Die Türkei betreibt eine konservative Politik, sie bietet nur humanitäre Hilfe an, aber ich hoffe, daß sie unsere Sicherheit gewährleisten kann.« □

Legalisierter Satanismus in Kolumbien

Senator Parmenio Cuellar, Mitglied der Liberalen Partei des Präsidenten César Gaviria, hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem satanische Praktiken unter dem Deckmantel, die »Freiheit der Religionen« zu schützen, legalisiert werden sollen. Der Schritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die kolumbianische Regierung neu über einen Vertrag mit dem Vatikan verhandelt und Anstrengungen unternommen werden, den obligatorischen Religionsunterricht in den Schulen abzuschaffen. Der Schritt ist Teil eines kontinentweiten Angriffs auf traditionelle kulturelle Werte, wie er auch in der Forderung der B'nai B'rith in Argentinien gesehen wird, daß das neue Bildungsgesetz, über das derzeit im argentinischen Kongreß debattiert wird, keinen Religionsunterricht mehr vorsehen soll.

Senator Cuellar bringt das prosatanische Ziel des Gesetzesentwurfs deutlich zum Ausdruck, indem er in der Präambel feststellt, daß Freiheit »nicht nur für diejenigen da sein sollte, die Gott anbeten, sondern Respekt gebühre auch denjenigen, die behaupten, Atheisten zu sein und sogar denjenigen, die den Satanismus als gültige Praxis erachten«. Er fügte hinzu, daß der »Parapsychologie, esoterischen Praktiken, der Zauberkunst und dem Satanismus« volle Rechte eingeräumt werden sollten.

Cuellar gibt zu, »daß Menschenopfer und sexuelle Praktiken in satanischen Riten, deren Anzahl ständig zunehme, sehr im Schwange sind«, aber dies sollte kein Anlaß zur Besorgnis sein, da diese Praktiken auf jeden Fall verboten sind, meinte er. □

China erhebt erneut Anspruch auf Tibet

China hat ein 37000 Wörter umfassendes »Weißbuch« veröffentlicht, in dem es erneut Anspruch auf Souveränität über Tibet erhebt, berichtete die Londoner »Times«. Das Papier mit dem Titel »Tibet – Seine Eigentums- und Menschenrechtslage«, versichert Chinas Anspruch auf Tibet und bezeichnet das heutige Tibet als stabil, wohlhabend und zufrieden, und besagt, daß China niemals »die geringste Konzession« an Tibets Unabhängigkeit machen wird.

Das Papier greift den tibetanischen buddhistischen Führer, den Dalai Lama, an und bezeichnet Berichte über Verletzungen der Menschenrechte in Tibet als »Gerüchte und Lügen«. In dem Dokument wird zugegeben, daß »der Stand der Wirtschaftsentwicklung und der Lebensstandard immer noch niedriger als der Landesdurchschnitt des Volkes liegen«. Es wird aber behauptet, daß Tibets harte Lebensbedingungen und »soziale Rückständigkeit« die Ursache dafür seien. Das Papier bestreitet, daß es eine Masseneinwanderung von Han-Chinesen nach Tibet gegeben habe. Tibetaner berichten, daß sie sich jetzt wegen der von der Regierung betriebenen Einwanderung von Chinesen im eigenen Lande in der Minderheit befinden. Es wird weiter behauptet, die tibetanische Unabhängigkeitsbewegung sei eine »Verschwörung der Imperialisten«. □

Freigabe hilft der Entwicklung der Fusionsenergie

Die »Vereinigten Staaten beginnen damit, die Technologie der H-Bomben-Fusion freizugeben«, um eine schnellere Entwicklung der Fusionsenergie-Systeme mit Laserkügelchen zu ermöglichen, berichtete William J. Broad in der »New York Times«. Die gleichen wissenschaftlichen Grundsätze werden bei der Zündung der Kernfusion in winzigkleinen Kügelchen mit Lasern, wie diejenigen, die zur Zündung von großangelegten H-Bomben mit Atombomben verwendet werden, angewendet. Über den Schritt zur Freigabe wurde erstmals in der Juli-Ausgabe des Nachrichtenbriefes von Fusion Power Associates, herausgegeben von Dr. Stephen O. Dean, berichtet.

Alle wesentlichen Konzepte der H-Bomben-Fusion sind über das vergangene Jahrzehnt hinweg von japanischen, französischen und spanischen Wissenschaftlern veröffentlicht worden. Die fortdauernde Geheimhaltung hat amerikanische Wissenschaftler daran gehindert, sich an internationalen wissenschaftlichen Konferenzen zu beteiligen, auf denen diese »streng geheimen« Fragen offen erörtert werden. Die »Times« stellte fest, daß die amerikanische Regierung 1979 versucht habe, die Zeitschrift »The Progressive« daran zu hindern, einen Artikel über die H-Bombe zu veröffentlichen.

Die Fusion Energy Foundation brachte einen amicus curiae-Schriftsatz in das Verfahren ein – das die Regierung anschließend verlor –, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Informationen, die die Regierung unterdrücken wollte, sowohl in der Zeitung »New Solidarity« als auch in der Zeitschrift »Fusion« bereits veröffentlicht und in Umlauf gebracht worden sind.

Der Schritt zur Aufhebung der Geheimhaltung ist zu begrüßen. Er bringt andere Fragen in den Vordergrund, wie zum Beispiel ob die Regierung die Schlüsselrolle von Bernhard Riemanns Ausarbeitung von 1865 über

Schockwellen bei der Entwicklung der Trägheits-Sperrfusion zugeben wird. □

Vietnam drängen die USA auf Normalisierung der Beziehungen

Der vietnamesische Außenminister Nguyen Manh Cam sagte in einer Rede vor der Nationalversammlung der Vereinten Nationen, daß »die Normalisierung der Beziehungen zwischen Vietnam und den Vereinigten Staaten nicht nur dem vietnamesischen und amerikanischen Volk, sondern auch dem Frieden und der Stabilität in Südost-Asien zugute kommt«, berichtete Reuters.

Cam sagte, Vietnam habe »das Blatt der Geschichte gewendet« und sehe der Zukunft entgegen. »Wir haben alles Mögliche getan, um wirksam mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, um die Frage der während des Vietnam-Krieges vermißten Amerikaner zu regeln.«

Die Frage der vermißten amerikanischen Soldaten hat bislang die Normalisierung der Beziehungen blockiert und die Vereinigten Staaten halten immer noch ein Handelsembargo gegen Vietnam aufrecht. Es ist durchaus möglich, daß die derzeitigen Anhörungen auf Senatsebene über die Frage der Kriegsgefangenen und Vermißten darauf abzielen, dieses Problem endgültig vom Verhandlungstisch zu bekommen.
Über Menschenrechte sagte Cam, jedes Land und Volk habe auf seine eigene Weise das Ideal der Demokratie und Freiheit anzustreben, anstatt über den Weg einer »stereotypen oder dogmatischen Problemlösung und noch weniger durch die Übernahme von Modellen, die von außen auferlegt werden«. Unter Hinweis auf die Vereinigten Staaten setzte er hinzu: »Es ist unannehmbar, daß ein Land seinen eigenen Standard von Demokratie und Menschenrechte einem anderen Land aufzwingt. Und es ist noch unannehmbarer, daß sich ein Land als Richter über ein anderes Land erhebt.« □

Japan warnt China vor dem Aufbau seines Militärs

Der japanische stellvertretende Außenminister Koji Kakizawa übte scharfe Kritik an Pekings kürzlichem Kauf einer Flotte russischer Jagdflugzeuge vom Typ Sukhoi 27 und seinen Plänen, einen ukrainischen Flugzeugträger zu kaufen. Dies bedeute, daß sich »die Anzahl der Länder, die sich von China bedroht fühlen, erhöhen wird«, sagte Kakizawa vor einem Symposium in Tokio unter dem Motto »Zwanzig Jahre japanisch-chinesische Beziehungen«.

»Unsere Hilfe an China über sechs Jahre hinweg beläuft sich auf 5,6 Milliarden Dollar, und der Flugzeugträger kostet zwei Milliarden Dollar«, berichtete Kakizawa.
Der ehemalige japanische Außenminister Saburo Okita äußerte vor dem Symposium, Chinas Kauf des Flugzeugträgers verstoße gegen Japans »Vier Grundsätze« für die Leistung von Auslandshilfe, die besagen, daß Tokio Hilfsleistungen an Länder einstellen wird, die zuviel für Waffen ausgeben. Okita ist ein Spitzen-Mann der Trilateralen Kommission und Freund Chinas, was auf das Ausmaß des Ärgers in Tokio über die chinesische Aufrüstung hindeutet. □

Frankreich will sich der »Neuen Weltordnung« nicht widersetzen

Die französische Regierung von Präsident François Mitterrand hat dem indischen Ministerpräsidenten Narashima Rao gegenüber klar zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich sich der Politik der »Neuen Weltordnung« der »technologischen Apartheit«, nicht widersetzen werde, um der Entwicklung der indischen Raumfahrt- oder Kernkraft-Technologie Hilfestellung zu leisten, berichtete die »Hindustan Times«, Rao, der sich drei Tage in Frankreich aufhielt, wurde nur eine halbe Stunde von Mitterrand empfangen, und kein Grund für diese kurze Begegnung wurde mitgeteilt.
»Die Hoffnung schien begründet zu sein, daß Frankreich über den vertraglich vereinbarten Zeitraum bis 1993 hinaus weiterhin Uran für das Kernkraftwerk Tarapur liefern und bereit sein werde, sich von fortschrittlicher Raumfahrt-Technologie zu trennen. In beiden Punkten gab Frankreich unverblümt zu verstehen, daß Kooperation in diesen Bereichen davon abhänge, daß Indien einen Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen und das Kontrollabkommen über Raketen-Technologie unterzeichnet«, berichtete die Zeitung in einem Leitartikel.

In gleicher Weise wird die Entscheidung der Russen, die Sicherheitsmaßnahmen bezüglich der Lieferung von Atomausrüstung an das Ausland voll zur Anwendung zu bringen, sich auch auf Indien auswirken. Nachdem die Kanadier das Land nach der Explosion in Pokhran von 1974 verlassen hatten, hatte Indien mit der Sowjetunion ein Abkommen über die Lieferung von schwerem Wasser für den 235-Megawatt-Reaktor Candu in dem Atomkraftwerk bei Rojasthan getroffen. Die Sowjets hatten Indien auch zwei 1000-Megawatt-VVER-Reaktoren für Koodnakulam in Tamil Nadu angeboten. Aber während einer kürzlichen Reise des Vorsitzenden der indischen Kommission für Atomenergie, Dr. P. K. Iyengar, nach Rußland, wies Rußland die Bitte um die Lieferung von angereichertem Uran für die Atomkraftwerke bei Tarapur ab. Ihm wurde mitgeteilt, daß, da Indien den NPT (Non-Proliferation Treaty) nicht unterzeichnet habe, die alte Sicherheitsvereinbarung, die New Delhi mit Moskau getroffen hatte, nicht mehr gültig sei, und daß schärfere Sicherheitsmaßnahmen verlangt werden, um mit den alten Vereinbarungen weiterzuarbeiten. □

Pakistan fällt auseinander

Die pakistanische Armee hat sich entschlossen, die Provinz Sindh zu verlassen, wo sie ausgeschwärmt war, um gegen die kriegerische Mohajir-Qaum-Bewegung und Pakistanische Volkspartei die Ordnung aufrechtzuerhalten.
Der Chef der MQM, Altaf Hussain, der in London ansässig ist, hat der pakistanischen Regierung mitgeteilt, daß, falls die Armee die Provinz nicht unverzüglich verläßt, Sindh sich schnell einer Situation ähnlich wie Bangla Desh im Jahre 1971 nähern werden – das heißt, Befreiung von der pakistanischen Regierung in Islamabad.

Die größte Stadt von Sindh, Karachi, ist das Drogen-Depot Nummer eins in Pakistan, das dafür vorgesehen ist, in einem unabhängigen Sindh finanziell aufgebessert zu werden. □

Der Einfluß der Freimaurer in Frankreich

Der gewaltige Einfluß des Freimaurertums auf die französische Politik wurde in einer reißerisch aufgemachten Sendung der Fernsehanstalt TF-1 aufgedeckt. In der Sendung wurde dokumentiert, daß 100 der 577 Abgeordneten und 30 der Senatoren Freimaurer sind. Mindestens 11 Mitglieder des Kabinetts des Ministerpräsidenten Bérégovoy stehen »unter dem Befehl des Großmeisters«. Dazu gehören der Verteidigungsminister Pierre Joxe und der Außenminister Roland Dumas, berichtete die italienische Tageszeitung »Corriere della Stella«.

In der französischen Fernsehsendung wurde auch darauf hingewiesen, daß es eine massive Manipulation der französischen Linken und Rechten, sowie wichtiger gesellschaftlicher Probleme, wie Abtreibung und Genetik, durch die Freimaurer gebe.

Ebenfalls dokumentiert sei die Macht, die die Freimaurer über den ehemaligen französischen Präsidenten Valery Giscard d'Estaing ausübten, der eine freimaurerische Zeremonie in seinem Präsidentenamt haben wollte, aber schließlich dazu überredet wurde, diese stattdessen in der Hauptgeschäftsstelle der Loge zu vollziehen. □

Briefe

Betr.: Deutschland »Grundrecht auf Asyl – der auszuräumende Krebsherd«, Nr. 11/92.

Es war um 1957 in der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Augsburg bei einer Vorlesung über öffentliches Recht durch Professor Dr. Wintrich, damals Präsident des Bundesverfassungsgerichts, einer der »Väter des Grundgesetzes«. Wintrich sagte sinngemäß:
»Meine Damen und Herren, vergessen Sie nie, daß im Grundgesetz viele Dinge stehen, die wir nie gewollt haben, zu denen uns die Alliierten gezwungen haben. Nehmen wir zum Beispiel die Gleichberechtigung. Was die Natur nicht gleich gemacht hat, kann auch das Recht nicht gleich machen. Meine Herren, stellen Sie mal Alimentenklage.«

Wintrich hat keine weiteren Beispiele damals erzählt, aber meiner Ansicht nach genügt dieser Hinweis auf die Alliierten. Sie können von Wintrichs Aussage Gebrauch machen. Es waren wohl hundert Hörer dabei. Schriftlich wurde die Aussage nicht festgehalten.

Hermann Buch, Augsburg

Betr.: Mitteldeutschland »Bei den Länderfinanzen wird es 1995 kritisch«, Nr. 11/92.

»Vater vergib ihnen, denn Sie wissen nicht, was sie tun!«

Als der Apostel Lukas den Satz niederschrieb (Lukas 23/34) gab es in Israel vermutlich noch keine Demokratie; daß dieser Satz aber 2000 Jahre später in einer Demokratie noch seine Gültigkeit hat, beweisen folgende Beispiele:
Das GSG = Gesundheits-Struktur-Gesetz à la Seehofer hat mit Struktur rein garnichts zu tun! Im Brockhaus steht unter Struktur: Gefüge, innerer Aufbau und im Knauer-Lexikon finden wir unter Struktur: Art der Zusammensetzung eines Gebildes, inneres Gefüge, Bau (von ... auch geistiger Art: Denkform, Kultur usw.). Offenbar sind Minister Seehofer die Definitionen des Begriffes Struktur unbekannt, denn statt »das innere Gefüge der Sozialversicherung neu zu strukturieren, bringt er wieder nur ein Kostendämpfungs-Gesetz zustande! Das heißt, Minister Seehofer denkt nicht an Strukturen, sondern nur an das Geld, das er anderen (beileibe nicht sich selbst) aus der Tasche ziehen will!
Die Zahnärzte, inklusive Zahnersatz, belasten die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung seit 1977 lediglich mit ein Prozent Steigerung pro Jahr; also mit den geringsten Kosten neben den Verwaltungskosten der GKV-Kassen und den Krankenhauskosten. Aber Minister Seehofer bittet ausgerechnet die Zahnärzte mit seinem höchsten Einsparungs-Potential zur Kasse, das heißt, er spart auch noch bei den falschen Kostenverursachern!

Der FDP-Chef Dr. O. Graf Lambsdorff hat vor ein paar Monaten noch ein 18 Seiten umfassendes Forderungspapier vorgelegt, in dem er eine Neuorientierung in der Sozialpolitik proklamiert und von dem Seehofer-Konzept als von »einer Reparatur der Reparatur« spricht. Und der FDP-Gesundheitssprecher Dr. Thomae – der voll hinter dem Liberalisierungs-Konzept der Zahnärzte stand – meint heute: »Nach 1995 steht eine umfassende Reform der medizinischen Versorgung an!« »Morgen, morgen – nur nicht heute!« sagt der Volksmund dazu und wir: Ausgerechnet Politiker mit solch einem schwachen Rückgrat erwarten von den Gesundheitsberufen das Rückgrat, ihre Gesetze umzusetzen! Honi soit qui mal y pense!

Das Blüm'sche GRG sollte ab 1989 ein Jahrhundertwerk für die soziale Krankenversicherung sein. Dieses Jahrhundertwerk hat nur 3,5 Jahre gedauert! Welche Blamage für unsere Gesundheits-Politiker!
Vor 3,5 Jahren, bei dem Blüm'schen GRG, wurde als vernünftigste Teilreform für Zahnersatz die sogenannte Kostenerstattung eingeführt – jetzt im GSG des Ministers Seehofer wird die Kostenerstattung wieder ausgeführt! Scherz, Ironie oder tiefere SPD-Rücksichtnahme? Jedenfalls ein unvernünftiger Rückschritt und alles andere, als eine zielstrebige Politik um »nach 1995« (wie Dr. Thomae prophezeite) endlich eine Reform der Sozialversicherung zu schaffen. Im Übrigen gab es früher, auch unter der SPD, bis Mitte der siebziger Jahre, für festsitzenden Zahnersatz nur Kostenerstattung!

Unser demokratischer Staat hat uns Zahnärzten 1987 eine neue private Gebührenordnung beschert, in der es erstmals nur 3,5 Gebührensätze gab – und natürlich einen Punktwert, der alle drei Jahre (nicht etwa erhöht) überprüft werden soll. Damit sind wir Ärzte bei der Abrechnung der Leistungen bei Privatpatienten de facto vom Staat abhängig gemacht worden – aber die Politiker sprechen immer noch von dem »freien« Beruf der Ärzte und Zahnärzte?
Die angeführte Gebührenberechnung in der GO-Z bis zum 3,5fachen Satz wird nun von Seehofer plötzlich auf den einfachen Satz reduziert, wenn der betreffende Zahnarzt seine Kassenzulassung zurückgegeben hat. Mit welchem Recht wird das verordnet, muß man die wohl fragen und nach welcher Staatsform: Demokratie oder Planwirtschaft? Oder Rachsucht, wie der Herr Zebaoth im alten Testament?
Die sogenannte Verjährungsfrist laut Bürgerlichem Gesetzbuch Paragraph 195 beträgt für ärztliche Dienstleistungen 30 Jahre. Jetzt plötzlich wird von unseren Gesundheits-Politikern zusätzlich eine zweijährige »Gewährleistungspflicht« für Füllungen und Zahnersatz bestimmt, wobei der Paragraph 195 Bürgerliches Gesetzbuch »unberührt« bleibt! Damit werden praktisch die ärztlichen Dienstleistungen entwertet und eine verlängerte Werkvertrag-Version (für die sechs Monate Garantie gilt) hineingemengt – die wir Zahnärzte auch noch freiweillig verlängern können und dafür dann belohnt werden. Wahrlich, es gibt nichts, was unseren Gesundheitsaposteln nicht einfällt. Da können wir uns nur hüten: ab 1993 noch mehrflächige Füllungen zu legen.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Geldmarkt »Bundesbank und Maastricht stürzen EWS in schlimme Krise«, Nr. 11/92.

Marktwirtschaft ist gut, doch Kapitalismus ist schlecht. Das eine ist aber ohne das andere nicht denkbar. Was weiß denn der mündige Bürger vom Kapitalismus als Macht, als Weltmacht? Ohne Kenntnis dieses Phänomens wird man die Pläne von Maastricht kaum richtig einordnen können.

Im Jahre 1910 trafen sich an einem geheimen Ort auf der Insel Jekyl im Staate Georgia im dortigen Jagdhaus des Bankhauses J. P. Morgan einige Herren zu einer geheimen Tagung. Unter ihnen der Senator Aldrich und der aus Deutschland eingewanderte Bankier Paul Moritz Warburg, der unter anderem die Interessen der Rothschilds bei den Bankhäusern Schiff und bei Kuhn, Loeb & Co wahrnahm. Sie berieten die taktischen Einzelheiten eines Gesetzes, das sich »Federal-Reserve-Gesetz« nannte und zum Inhalt haben sollte, daß die Bankiersfamilien der Wallstreet, also der Hochfinanz, das alleinige Recht haben sollten, die Höhe des Geldumlaufes, die Reserven und Zinsen festzulegen, praktisch also die Funktion der in Europa üblichen Staats- oder Notenbanken zu bestimmen, hier jedoch mit dem gravierenden Unterschied, daß der Staat selbst weder Weisungen geben noch Kontrollen ausüben durfte.
Sagte doch Anselm Rothschild 100 Jahre zuvor: »Gebt mir die Befugnis einer Notenbank, und ich kümmere mich nicht um den Gesetzgeber.«
Um es deutlicher zu sagen: ... dann wird nämlich der Gesetzgeber, der Staat, nach meiner Pfeife tanzen müssen.

Im Dezember 1913, als viele der Abgeordneten ahnungslos in den Weihnachtsurlaub gefahren sind, war der geeignete Moment, das Vertragswerk vorzulegen und als Gesetz durchzupauken. Damit war entschieden, wer in den USA in Wirklichkeit die Macht ausübte, und wehe dem, der daran etwas zu ändern versuchen sollte, wie beispielsweise John F. Kennedy. Sein Vater hatte ihn gewarnt: »Sie werden Dich töten!«
Es wäre nun müßig und wegen der Vielzahl geradezu langweilig, alle die Aktionen, Staatsstreiche, Revolutionen, Kriege und Weltkriege aufzuzählen, welche in diesen Machtkreisen ihren planerischen Ursprung genommen haben. Die Russische Revolution von 1917 war ebenso wenig eine zwangsläufige Entwicklung wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 ein Unfall war, und auch Hitler wäre 1933 nicht an die Macht gekommen, wenn »Jene« ihn nicht mit 135 Millionen Reichsmark über das Bankhaus Warburg dazu verholfen hätten. Die Pläne zur Beherrschung der Welt durch das Kapital vollziehen sich auf recht verschlungene, scheinbar gar abwegigen Pfaden. Wenn aber die Mutter der fünf Söhne Rothschilds damals schon sagte: »Wenn meine Söhne es nicht wollen, gibt es keinen Krieg«, so kann man sich vorstellen, wie wenig in der Weltpolitik dem Zufall überlassen worden ist. Auch Maastricht nicht.

Auf Deutschland und die Deutschen hatten Jene von jeher ein Auge geworfen, war es doch in seiner exponierten geopolitischen Lage zu besonderen Leistungen gezwungen, die es auch erbrachte. Die nach dem Ersten Weltkrieg aufgenötigte Weimarer Republik war eine schlechte Reklame für die angestrebte demokratische Internationale. Der in den Sattel gehobene Hitler wurde deswegen gefährlich, weil er sich vom Goldstandard abkoppelte und mit seiner antikapitalistischen und deswegen so erfolgreichen Wirtschaftspolitik das Kapital zu entmachten drohte. So gab es denn in den Kreisen der Hochfinanz konkrete Pläne, Deutschland zu vernichten oder die Deutschen gar mit Hilfe des Kaufmannplanes ganz auszurotten. Daß man auch den schon angelaufenen Morgenthauplan stoppte und in dieser Frage eine Kehrtwendung vollzog, war einmal dem plötzlich ausgebrochenen Konflikt mit der Sowjetunion zu verdanken, und außerdem erwiesen sich die nach antinazistischer Bewährung ausgewählten Nachkriegspolitiker und Medienmacher als geradezu unterwürfig kooperativ, so daß man beschloß, aus dem Erzfeind einen der gehorsamsten Vasallen zu machen.

Da existierte die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der sich kein vernünftiger Staat angeschlossen hätte, wenn er nicht Vorteile daraus ziehen würde. Nur Deutschland spielte den großzügen Zahlmeister, der mehr in den gemeinsamen Topf hinein tat als er wieder herausholte und begründete dieses Opfer mit der Behauptung, daß uns die Europäer dafür auch unsere Waren abkaufen. Als ob irgendein Kaufmann in der Welt sich beim Wareneinkauf je von anderen Kriterien als Preis und Qualität leiten lassen hätte! Aber unsere Politiker sind stolz darauf, sich den kostspieligen Liebesdienst in der europäischen Vernunftehe leisten zu können, da sie doch ein Volk hinter sich haben, dessen traditionelle Tüchtigkeit wohl in der Lage ist, die Brötchen für Europa zu verdienen. Mit der bedingungslosen Kapitaluation haben wir geschworen, nie wieder irgendeinen unserer Vorteile anders als in demütige Ergebenheit umzusetzen. Und Helmut Kohl, gesegnet mit dem höchsten Orden der B'nai B'rith, ist nun bereit, sich und Deutschland für sein großes Ideal zu opfern: Europa.

Nun soll »Maastricht« kommen, die einheitliche Europawährung, hinter der abermals das Versprechen steckt, daß es uns allen damit besser gehen wird.

Hans Werner Woltersdorf,
Remagen-Kripp